

Revolutionäre Stadtteilarbeit

Zwischenbilanz einer strategischen
Neuorientierung linker Praxis



Vogliamo tutto (Hg.)



VOGLIAMO TUTTO (Hg.)
Revolutionäre Stadtteilarbeit



Die Gruppe VOGLIAMO TUTTO widmet sich Fragen einer revolutionären Praxis in erster Linie theoretisch. Doch will ihre Arbeit aktive Gruppen in dieser Praxis unterstützen.

VOGLIAMO TUTTO (Hg.)

Revolutionäre Stadtteilarbeit

Zwischenbilanz einer
strategischen Neuausrichtung
linker Praxis

UNRAST

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<https://www.dnb.de> abrufbar.

VOGLIAMO TUTTO (Hg.)
Revolutionäre Stadtteilarbeit
1. Auflage, Mai 2022
ISBN 978-3-89771-184-6

© UNRAST Verlag, Münster 2022
www.unrast-verlag.de | kontakt@unrast-verlag.de
Mitglied in der assoziatiön Linker Verlage (aLiVe)

Umschlag: UNRAST Verlag, Münster
Satz: Andreas Hollender, Köln
Druck: Multiprint, Kostinbrod

INHALT

| | |
|---|-----|
| Vorwort VOGLIAMO TUTTO | 7 |
| Einleitung: Zur Debatte um revolutionäre Basisorganisation 2015–2018 VOGLIAMO TUTTO | 11 |
| BERG FIDEL SOLIDARISCH und ROSA Münster | 25 |
| SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und KOLLEKTIV Bremen | 63 |
| WILHELMSBURG SOLIDARISCH Hamburg | 95 |
| HÄNDE WEG VOM WEDDING Berlin | 109 |
| KIEZKOMMUNE WEDDING Berlin | 137 |
| Delegiertendiskussion: BERG FIDEL SOLIDARISCH & ROSA Münster, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN & KOLLEKTIV Bremen | 171 |
| Auswertung der Interviews VOGLIAMO TUTTO | 187 |

VORWORT

In Reaktion auf ihre geringe Wirkmächtigkeit und fehlende gesellschaftliche Verankerung wird in der deutschsprachigen radikalen Linken seit einigen Jahren eine Debatte um eine strategische Neuausrichtung geführt. Im Zuge dieser Debatte haben sich an unterschiedlichen Orten Initiativen entwickelt, die mit ihrer Arbeit im Stadtteil ansetzen. Sie versuchen, kapitalismus- und herrschaftskritische Politik im Alltag zu verankern, indem sie sich mit Menschen entlang von gemeinsamen Interessen organisieren und verbindliche solidarische Beziehungen aufbauen. Ein Ziel ist, dass sich in gemeinsamen Kämpfen, in Gesprächen und durch Bildungsveranstaltungen antikapitalistische Positionen entwickeln und verbreiten. Eine überregionale Organisation, auf die ein Teil der Gruppen parallel zu ihrer Arbeit im Stadtteil hinarbeitet, soll dabei helfen, eine Perspektive für eine umfassende gesellschaftliche Transformation zu erarbeiten und zu größerer Handlungsfähigkeit zu gelangen.

Wir von VOGLIAMO TUTTO gehören zum überwiegend theoretisch arbeitenden Teil der radikalen Linken und haben selbst keine Erfahrung mit Basisarbeit. Wir finden an dem Ansatz besonders spannend, dass er eine Perspektive bietet, die Selbstisolation der Linken zu überwinden. Die Idee zu diesem Interviewprojekt entstand im Gespräch mit Genoss:innen aus einer der Stadtteilgruppen, die bedauerten, dass ihnen oft die Zeit für den Austausch mit ähnlich ausgerichteten Initiativen fehle. Unser Interesse war es zunächst, ein möglichst genaues Bild sowohl von der Praxis – daher die teils recht kleinteiligen Fragen an die Gruppen – als auch von den zugrundeliegenden strategischen Überlegungen zu bekommen. So soll eine erste Einschätzung möglich werden, wie weit dieser Praxisansatz im Hinblick auf die formulierten Ziele trägt.

Das vorliegende Buch scheint uns derzeit die beste Form zu sein, in der wir selbst zum Gelingen dieses Ansatzes beitragen können. Unser Ziel ist es, Interessierten die bisherigen Erfahrungen der Gruppen zugänglich zu machen, damit sie möglicherweise als Inspiration für die eigene Praxis dienen können. Darüber hinaus wollen wir die Diskussion über das bisher Erreichte, über gemeinsame Problemstellungen und

die unterschiedlichen Lösungswege fördern. Nicht zuletzt möchten wir diese Praxis in der radikalen Linken bekannter machen.

Wir haben durch die Interviews sehr viel gelernt und einige unserer Vorannahmen und Erwartungen revidiert. Beispielsweise waren wir überrascht davon, wie gut es den Gruppen gelungen ist, etwa durch Haustürgespräche Nachbar:innen anzusprechen und Interesse für eine gemeinsame Organisation zu wecken. Zu Beginn unserer Auseinandersetzung mit Basisarbeit im Stadtteil stand für uns außerdem die Einschätzung im Zentrum, dass die Gründung einer überregionalen Assoziation für den Erfolg dieses Ansatzes unerlässlich ist. Für uns hat sich diese Annahme zwar bestätigt, aber es wurde auch deutlich, dass bisherige Versuche, eine solche Assoziation zu gründen, mit einigen Schwierigkeiten verbunden waren: So haben die Gruppen die Erfahrung gemacht, dass eine überregionale Organisation nicht per Beschluss im Hauruckverfahren entstehen kann, sondern mit den Bedürfnissen und Kapazitäten der Basisinitiativen korrespondieren muss und einer kontinuierlichen Beziehungsarbeit bedarf.

Wir würden diesen Praxisansatz gerne weiterhin unterstützen. Wenn ihr als Gruppe in diesem Bereich tätig seid und unsere Zuarbeit gebrauchen könntet – zum Beispiel, weil ihr das Bedürfnis nach Austausch mit anderen, ähnlich arbeitenden Gruppen habt oder weil ihr zu bestimmten Dingen, die ihr euch vorgenommen habt, nicht kommt und findet, dass diese Dinge im Sinne einer Arbeitsteilung auch von außen angegangen werden könnten –, dann würde es uns sehr freuen, wenn ihr auf uns zukommt.

Zum Aufbau dieses Buchs: In einem einleitenden Text diskutieren wir die aus unserer Sicht zentralen Aspekte der eingangs erwähnten Strategiedebatte. Darauf folgen die Interviews, die wir zwischen September 2020 und Mai 2021 mit jeweils zwei bis vier Mietgliedern von fünf Stadtteilgruppen geführt haben. Wir haben die Transkripte der Interviews, die zwischendurch immer wieder auch die Form eines Gesprächs angenommen haben, gekürzt und für eine bessere Lesbarkeit überarbeitet. Es ist nicht notwendig, sie in einer bestimmten Reihenfolge zu lesen. Wir haben sie nach geografischer Lage angeordnet, von West nach Ost: BERG FIDEL SOLIDARISCH und ROSA (Münster), SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und KOLLEKTIV (Bremen), WILHELMSBURG SOLIDARISCH (Hamburg), HÄNDE WEG VOM WEDDING (Berlin) und KIEZKOMMUNE WEDDING (Berlin). Danach folgt eine Diskussion mit Delegierten aus Münster und Bremen, die einige Problemstellungen aufgreift, die, wie sich in

den Interviews gezeigt hat, mehrere der Gruppen umtreiben. Der Band schließt mit einem Auswertungstext, in dem wir unsere Erkenntnisse aus den Interviews zusammenfassen: Was sind die Gemeinsamkeiten der Gruppen, was die Unterschiede zwischen ihnen und was könnten jeweils Gründe dafür sein? Welche Schwierigkeiten sind bisher aufgetaucht und wie gehen die Gruppen jeweils damit um? Welche Erfolge können bisher verzeichnet werden? Welche Perspektiven ergeben sich aus der derzeitigen lokalen Praxis für eine überregionale Organisation?

Wir wünschen viele Erkenntnisse beim Lesen und freuen uns über Rückmeldungen aller Art.

VOGLIAMO TUTTO, Dezember 2021

vogliamo.tutto@disroot.org

Einleitung: ZUR DEBATTE UM REVOLUTIONÄRE BASISORGANISIERUNG 2015–2018

Etwa in dem Zeitraum 2015 bis 2018 wurde in Teilen der deutschsprachigen antikapitalistischen Linken in Reaktion auf die wenig erfolgreichen Proteste im Zuge der Euro-Krise eine Debatte um Basisorganisation geführt, die den strategischen Hintergrund der Interviews in diesem Band bildet. Sie hat die Praxis der befragten Gruppen mitgeprägt, zwei von ihnen waren selbst zentral an ihr beteiligt, und bei der Vorbereitung unserer Interviewfragen hat sie uns als Orientierung gedient.¹ Deshalb zeichnen wir in der folgenden Einleitung Aspekte dieser Debatte nach, die wir für besonders wichtig halten. Primär beziehen wir uns dabei auf diese drei Texte: ANTIFA KRITIK & KLASSENKAMPF (Frankfurt am Main): »Der kommende Aufprall« (2015), KOLLEKTIV (Bremen): »11 Thesen um Organisation und revolutionäre Praxis« (2016) und RADIKALE LINKE BERLIN, KIEZKOMMUNE WEDDING, KIEZKOMMUNE KREUZBERG-NEUKÖLLN & KIEZKOMMUNE FRIEDRICHSHAIN: »Das Konzept Kiezkommune« (o. J.). Wir zitieren diese Texte als »Kommander Aufprall«, »11 Thesen« und »Konzept Kiezkommune«.

»Und wie soll man das alles schaffen? Die Ausgangsbedingungen sind doch so schlimm! Eins ist sicher: Wer sie bloß anstarrt, macht sie schlimmer.«
Dietmar Dath, Klassenkampf im Dunkeln²

■ Gesellschaftliche Verankerung antikapitalistischer Praxis

Die Einschätzung von Sinn und Unsinn einer politischen Praxis ist nur vor dem Hintergrund ihrer Ziele und strategischer Überlegungen zu deren Erreichen möglich. Das langfristige Ziel der für diesen Band befragten Stadtteilinitiativen ist eine von breiten Teilen der Bevölkerung getragene Überwindung des Kapitalismus und anderer Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus, Sexismus, Ableismus etc. Die durchaus in mancher Hinsicht unterschiedlichen Strategien, die in den Interviews thematisiert werden, haben einen gemeinsamen Hintergrund in einer

kritischen Auseinandersetzung mit den in der radikalen Linken dominanten Praxismodellen »mindestens der letzten 35 Jahre«, so die Gruppe KOLLEKTIV (11 Thesen, S. 11). Adressiert werden die Praxis des Schaffens und Verteidigens linker Freiräume sowie eine Kampagnenpolitik, die, besonders sichtbar im Kontext von politischen Großereignissen wie beispielsweise G20 oder Nato-Treffen, mit Demonstrationen, Protesten und Blockaden die Artikulation des Unmuts über die aktuellen Verhältnisse organisiert; sie richtet sich damit zwar an eine allgemeine Öffentlichkeit, erreicht letztlich aber doch nur die eigene Szene.

Beide Praxisformen wurden von den Debattenteilnehmer:innen dafür kritisiert, nicht bloß aufgrund äußerer widriger Bedingungen, sondern schon konzeptuell nicht in der Lage zu sein, außerhalb der eigenen Szene eine Wirkung zu entfalten.³ Gesucht wurde eine Praxis, mit der dies gelingen kann. Für die Protagonist:innen der Debatte lag die Notwendigkeit auf der Hand, die eigene Szene zu verlassen und auf Menschen zuzugehen, die die eigenen Überzeugungen nicht ohnehin bereits teilen. Die Einschätzung, dass es darum geht, eine breitere gesellschaftliche Verankerung antikapitalistischer und herrschaftskritischer Praxis voranzutreiben, indem man aktiv Leute dafür zu gewinnen versucht, wird in der antikapitalistischen Linken keineswegs allgemein geteilt. Zwei Einwände wurden dagegen vorgebracht:

Der erste Einwand ist ein revolutionstheoretischer. Bei den Gruppen beispielsweise, die die Zeitschrift *Kosmoprolet* herausbringen, ist die Überzeugung verbreitet, dass sich ein revolutionäres Potenzial nur aus den spezifischen Umständen einer besonderen, krisenhaften historischen Situation heraus ergeben kann, in der dann »die Massen« in einem elektrifizierenden Augenblick ihre Weltsicht und Gefühlswelt von jetzt auf gleich umkrempeln. Die Idee, Energie in den Versuch einer Vorbereitung dieses revolutionären Moments durch mühselige Organisierung zu stecken, basiere auf einer Überschätzung der Rolle, »die selbst eine gut organisierte Linke in einer Krise bestenfalls spielen könnte«⁴. Wir halten diese Annahme für unbegründet und finden es gewagt, sich auf ihr Zutreffen zu verlassen. Historisch spricht nicht viel dafür, wie auch die Gruppe KOLLEKTIV einwendet:

»Wir gehen nicht davon aus, dass der Zeitpunkt gesellschaftlicher oder revolutionärer Erhebungen durch revolutionäre Organisationen bestimmt oder vorhergesagt werden kann. Dieser hängt auch von den materiellen und historischen Bedingungen ab. Die Geschichte zeigt aber, dass revolutionären Erhebungen

ebenso wie radikalen Kämpfen häufig jahrzehntelange, kontinuierliche, geduldige, organisierte Arbeit vorausgegangen ist.« (11 Thesen, S. 6 f.)

Der zweite Einwand ist ein strategisch-politischer und betrifft die Rolle, die linke Aktivist:innen in diesem Konzept der gesellschaftlichen Verankerung antikapitalistischer Politik einnehmen. Diese Rolle besteht erstens darin, auf Menschen, die die eigenen Überzeugungen nicht unbedingt teilen, zuzugehen und sie dazu zu animieren, sich zu organisieren, solidarisch für ihre Interessen zu kämpfen und sich im Zweifelsfall mit der herrschenden Klasse anzulegen, und zweitens darin, die gesamtgesellschaftliche Perspektive in die Kämpfe einzubringen und zu versuchen dazu beizutragen, dass die Kämpfe sich perspektivisch gegen die kapitalistische Produktionsweise wenden. Aktivist:innen, die sich darum bemühen, Kämpfe anzustoßen und eine kapitalismuskritische Haltung zu verbreiten, werden in der Debatte auch als »Initiativkräfte« bezeichnet. Ihre Rolle ist dem zweiten Einwand zufolge als »bevormundend, instrumentalisierend oder manipulativ«⁵ abzulehnen. Auf andere zuzugehen, die erst mal die politischen Ziele gar nicht teilen, um sie dazu zu bewegen, diese Ziele zu verfolgen, häufig verbunden mit einem Wissensgefälle etwa in Hinblick auf strategische Debatten, birgt für die Kritiker:innen die Gefahr einer autoritären Stellvertreterpolitik.⁶ Sie trauen der Versicherung nicht über den Weg, dass es sich bei den Initiativkräften keineswegs um zukünftige Technokrat:innen in der Tradition realsozialistischer Staatskommunist:innen handle, die im Laufe der Zeit alle Macht an sich reißen würden, sondern bloß um diejenigen, »die bereit sind, die ersten Schritte zu gehen« und es dabei als ihre Hauptaufgabe sehen, »sich überflüssig zu machen« (Konzept Kiezkommune, S. 5).⁷ – Wir denken, dass nur der Versuch einer praktischen Umsetzung zeigen kann, ob und in welcher Hinsicht das Überflüssigwerden der »Initiativkräfte« gelingen kann.

■ Einzelne Kämpfe und gesamtgesellschaftliche Perspektive

Die Grundidee der im Rahmen der Debatte geäußerten strategischen Überlegungen ist nicht neu: Durch ein gemeinsames Engagement in Kämpfen, die sich an sozialen Problemen entzünden, sollen längerfristige Beziehungen und selbstorganisierte Solidarstrukturen aufgebaut werden, die perspektivisch über die einzelnen Kämpfe hinausweisen könnten. Solche Strukturen würden nicht nur der vereinzelt kapitalistischen Vergesellschaftung etwas entgegensetzen, indem sie ein

solidarisches Miteinander unabhängig von Familie und Freundschaft hervorbringen und die Lebensqualität der Beteiligten verbessern; sie könnten auch zu einem kritischen politischen Bewusstsein beitragen und, so zumindest die Hoffnung, eine Offenheit für gesamtgesellschaftliche Ursachenerklärungen und einen Veränderungswillen hervorbringen. Denn

»erst wenn der Widerspruch zwischen den eigenen Interessen und Bedürfnissen und denen des Kapitals, der sich in dieser Form des politischen Kampfes ausdrückt, von den Kämpfenden auf die gesellschaftliche Totalität bezogen wird, das heißt die eigene Position innerhalb dieser verortet wird, konstituieren sich potenzielle Träger:innen sozialrevolutionärer Veränderung.« (Kommender Aufprall, S. 7)

■ Felder der anvisierten Kämpfe und die Rolle des Stadtteils

Einigkeit besteht in der Debatte darüber, dass die Verankerung antikapitalistischer Praxis in Alltagskämpfen als eine langfristige *Basisarbeit* zu denken ist: als ein lokaler Zusammenschluss von Betroffenen kapitalistischer oder anderer herrschaftsförmiger Zumutungen zwecks solidarischer Unterstützung und gemeiner Kämpfe.

»Offenkundige Felder sind Erwerbstätigkeit (Betrieb, Ämter), Wohnen (Haus, Straße, Stadtteil), Reproduktion (insbesondere Kinder und Pflege) sowie Lebensgrundlagen (solidarische Netzwerke, Lebensmittelproduktion, Gesundheit) etc.« (11 Thesen, S. 19)

Diese Einschätzung hat sich erst im Verlauf der Debatte herauskristallisiert. Die ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF hatte in ihrem Strategiepapier noch die Organisation am Arbeitsplatz ins Zentrum gerückt, mit dem klassischen Argument, dass allein im Arbeitsprozess die Lohnarbeiter:innen wirklich eine gesellschaftliche Macht entfalten können, nämlich aufgrund ihrer Fähigkeit, den kapitalistischen Produktionsprozess zu unterbrechen. Dass die ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF zugleich auch in der teils kapitalistisch, teils privat organisierten Reproduktions- und Fürsorgearbeit ein wichtiges Kampffeld sieht, in dem sich ihrer Einschätzung nach aktuell die »Widersprüche ... zuspitzen« (Kommender Aufprall, S. 11), bleibt etwas unverbunden neben der Zentrierung der Lohnarbeit stehen.

In den elf Thesen der Gruppe KOLLEKTIV hat sich die Perspektive von der ökonomischen Macht am Arbeitsplatz auf alle Bereiche verschoben, deren Transformation angestrebt wird.⁸ Diese strategische

Dezentrierung des Arbeitsplatzes hat zunächst auch den Grund, dass KOLLEKTIV unter den gegenwärtigen, von Diskontinuität und Vereinzelung geprägten Arbeitsbedingungen ein vermindertes Potenzial für eine solidarische Organisation sieht (11 Thesen, S. 19). Hinzu kommt in Deutschland die Besetzung des Bereichs formaler Arbeit durch stark sozialpartnerschaftlich eingebundene Gewerkschaften.

Die Wahl des Stadtteils als Ort der Organisation hat aber auch den positiven Grund, dass er als ein Knotenpunkt gesehen wird, der den »Aufbau selbstorganisierter Strukturen in allen Bereichen des Alltages« ermöglichen könnte (11 Thesen, S. 18).

Die RADIKALE LINKE BERLIN und die KIEZKOMMUNEN subsumieren den Bereich Arbeit explizit unter die Organisation am Wohnort:

»Wenn wir davon sprechen, dass wir ›Kommunen‹ aufbauen wollen, dann bedeutet das, dass wir in kleinen territorialen Einheiten – Nachbarschaften, Kiezen, auf Perspektive [sic] Betrieben – Selbstverwaltungsstrukturen ermöglichen. Soll heißen, die Kiezkommune soll sich um *alle* Angelegenheiten in *ihrem* Kiez kümmern: soziale Fragen, Mieten-, Arbeitskämpfe, antipatriarchale Kämpfe, Aufbau sozialer Treffpunkte, Jugendarbeit, Antifaschismus.« (Konzept Kiezkommune, S. 4)

Im Stadtteil, so die Hoffnung, können sich die verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Auseinandersetzung bündeln und miteinander kommunizieren. Auch ein Verständnis des Zusammenhangs verschiedener gesellschaftlicher Konflikte kann auf diesem Weg vielleicht besser entstehen. Und es scheint besser möglich zu sein, der kapitalistischen Vereinzelung organisierte solidarische Strukturen entgegenzusetzen. Eine Einmischung in Arbeitskämpfe, die aus einer Stadtteilorganisation heraus geschieht, bietet möglicherweise einen stärkeren Rückhalt in einem gefestigten sozialen Gefüge. Nicht zuletzt ist es im Stadtteil auch möglich, die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse – neben dem Klassenverhältnis auch das Geschlechterverhältnis und verschiedene Formen des Rassismus – in ihrer Verschränkung zu bekämpfen. Gleichzeitig ist natürlich auch der Stadtteil keine sozial homogene Einheit; gesellschaftliche Interessensgegensätze schlagen sich dort nieder und können einer gemeinsamen Organisation teilweise entgegenstehen.

■ Aufbau von Gegenmacht

Als mittelfristiges Ziel muss es ANTIFA KRITIK & KLASSENKAMPF zufolge gelingen, »eine emanzipatorische Gegenmacht zu Staat und Kapital

aufzubauen, die insbesondere in Krisenzeiten eine praktische wie theoretische Alternative zu reaktionären Lösungsvorschlägen bieten kann« (Kommender Aufprall, S. 21).

»Gegenmacht« meint hier einen breiten, gut organisierten Widerstand gegen Kapital und Staat, der in der Lage ist, sowohl effektiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Hier und Jetzt zu kämpfen, als auch an einer Überwindung des kapitalistischen Systems zu arbeiten. Die RADIKALE LINKE BERLIN und die KIEZKOMMUNEN gehen in der Beschreibung ihrer Strategie so weit zu sagen, dem Staat »durch Schaffung neuer sozialer Beziehungen ... Schritt für Schritt« Terrain abtrotzen zu wollen (Konzept Kiezkommune, S. 4).

»Wenn wir unser eigenes Zusammenleben organisieren können, ist das Gegenmacht; wenn im Kiez nicht die Bullen, sondern die Kommune gerufen wird, um Konflikte zu regeln, ist das Gegenmacht; wenn wir unsere Reproduktionsarbeit kollektiv gewährleisten können, ist das Gegenmacht.« (Konzept Kiezkommune, S. 6)

■ **Organisierung von gesellschaftskritischer Bildung**

In Kämpfen kann Solidarität und das Bewusstsein von Handlungsfähigkeit entstehen und man erlernt eine Reihe wertvoller Fähigkeiten. Daraus allein erwächst jedoch nicht notwendigerweise auch ein Verständnis davon, unter welchen Bedingungen diese Kämpfe geführt werden und wie sie untereinander und mit dem System insgesamt in Zusammenhang stehen. Neben der Erfahrung, sich gemeinsam wehren zu können, ist aber dieses Wissen um Zusammenhänge und Ursachen eine Voraussetzung dafür, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als das Problem zu erkennen, eine realistische herrschaftsfreie Alternative anzuvisieren und eine revolutionäre Perspektive einzunehmen. Vor diesem Hintergrund ist Bildung ein zentraler Gegenstand in der Debatte. Die Gruppe KOLLEKTIV schlägt vor, sie in Form einer »Akademie von unten« zu einem festen Bestandteil revolutionärer Organisierung zu machen. Das könne auch ein Weg sein, der bestehenden Spaltung der deutschsprachigen Linken in Theorie- und Praxisgruppen entgegenzuwirken (11 Thesen, S. 27). Bildung könnte praktischer werden, wenn sie in organisierter und weniger zufälliger Form stattfindet und sich auch an den Erkenntnisbedürfnissen orientiert, die aus Kämpfen heraus entstehen; zudem könnte die Praxis stärker an strategische Überlegungen gekoppelt werden, die von einer Analyse

der gesellschaftlichen Bedingungen und von historischen Erfahrungen informiert sind.

■ Entwicklung einer »revolutionären Kultur«

Für KOLLEKTIV und die KIEZKOMMUNEN liegt in der Entwicklung neuer Umgangsformen oder einer »revolutionären Kultur« eine weitere notwendige Bedingung des Gelingens ihres Ansatzes. Beide gehen davon aus, dass die auch unter Linksradiakalen weit verbreiteten elitären Abgrenzungsbedürfnisse, Status- und Konkurrenzkämpfe eine Organisation erschweren können (11 Thesen, S. 24). Der Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse muss daher auch den Kampf dagegen einschließen, wie diese Herrschaftsverhältnisse unsere eigenen sozialen Beziehungen durchdringen. Und von Dauer können die neu geschaffenen Strukturen nur sein, wenn sie das Leben der Beteiligten bereichern, indem sie Räume schaffen, in denen sich die Menschen gerne bewegen und in ihren Bedürfnissen gesehen fühlen.

Unterschiede gibt es in der weiteren Konkretion dessen, was als »revolutionäre Kultur« anvisiert wird. Die RADIKALE LINKE BERLIN und die KIEZKOMMUNEN legen Wert auf die Entwicklung von Methoden, um soziale Probleme selbstorganisiert bearbeiten zu können, und von »Werkzeugen der Konfliktbewältigung«. Sie wollen eine Kultur des Zusammenlebens schaffen, die als Teil des Zurückdrängens von staatlicher Zuständigkeit begriffen wird. (Konzept Kiezkommune, S. 6)

KOLLEKTIV zufolge müssen als Teil einer revolutionären Kultur Umgangsweisen erarbeitet werden, die soziale Bedürfnisse berücksichtigen, die im Kapitalismus zu kurz kommen, etwa das »Bedürfnis nach Anerkennung sowie das Gefühl wertvoll zu sein«. (11 Thesen, S. 24)

»Eine revolutionäre Kultur zeichnet sich aus durch Offenheit, respektvollen Umgang, Empathie, Interesse, echte Freiheit, Solidarität, Gemeinschaftlichkeit (Kollektivität), die Fähigkeit zuhören zu können, Herzlichkeit sowie Humor. Das heißt, sie entsteht durch Verhaltensweisen, welche die Selbstbestimmung und Selbstentfaltung aller Einzelnen in der Gemeinschaft ermöglichen.« (11 Thesen, S. 25)

Die genannten Werte sind zwar auch in bestimmten Bereichen bürgerlicher Kultur zu finden. Revolutionäre Kultur soll es aber insgesamt erleichtern, diese Werte zu leben, auch in Bereichen jenseits von Freundschaften und Familienverhältnissen: Sie soll auch die Beziehungen von Menschen prägen, die sich nicht primär aufgrund von Sympathie,

sondern aufgrund gemeinsamer Interessen und wechselseitiger Abhängigkeiten zusammen tun, um sich gegen Konkurrenz und Spaltung zu wehren.

■ Überregionale Organisation

Der Kern der vorgeschlagenen Praxis ist zunächst die Organisation in lokalen Basisgruppen. Die strategische Perspektive erschöpft sich aber nicht darin, dass möglichst viele solcher Gruppen entstehen – idealerweise in jedem Stadtteil und jedem Dorf –, sondern es wird gleichzeitig die Notwendigkeit gesehen, dass sich die Gruppen überregional zusammen tun und eine gemeinsame Organisationsstruktur entwickeln. Dazu, wie solch eine Organisation aussehen und entstehen könnte, gibt es verschiedene Vorschläge.

Die RADIKALE LINKE BERLIN und die KIEZKOMMUNEN sehen in den einzelnen Basisgruppen – in ihrem Fall den Kiezkommunen – potenzielle Keimzellen einer demokratischen Selbstverwaltung, die sich nur in vollem Umfang realisieren lässt, wenn sich die lokal verankerten Gruppen stadt-, landes- oder weltweit zusammenschließen (Konzept Kiezkommune, S. 4). Der Ansatz ist also von vornherein nicht nur überregional, sondern internationalistisch und global ausgerichtet. RADIKALE LINKE BERLIN und die KIEZKOMMUNEN sehen sich in der Tradition der historischen Arbeiter:innenräte und stellen sich, ausgehend von den einzelnen Kiezkommunen als Basisräten, eine mehrstufige Struktur vor, die »von unten nach oben per imperativem Mandat organisiert« sein sollte (Konzept Kiezkommune, S. 4).

Das Konzept der Kiezkommunen hat die Besonderheit, dass die überregionale Perspektive hier schon in der Konzeption der einzelnen Basisgruppe angelegt ist, die von vornherein in ihrer Entstehung schon Teil eines größeren Zusammenhangs ist. Das vereinfacht einerseits die Frage nach dem Wie einer verbindlichen überregionalen Zusammenarbeit, kann aber zu einer fragwürdigen Geschlossenheit führen, sofern Basisgruppen, die in anderen Kontexten entstanden sind, von dieser überregionalen Organisation gar nicht angesprochen sind.

Die ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF stellt sich den Prozess einer überregionalen Organisation als eine »Verfestigung« von »Kommunikations- und Koordinationsstrukturen« vor, die zunächst im Modus einer lockeren Bündnisarbeit zwischen Basisgruppen untereinander und mit stärker theoretisch arbeitenden politischen Gruppen ent-

stehen (Kommender Aufprall, S. 19). Als Aufgaben, die auf überregionaler Ebene angegangen werden müssten, nennt ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF: Erfahrungen teilen, gemeinsam reflektieren und gezielt weitergeben; gemeinsame Kämpfe und Aktionen inhaltlich und organisatorisch koordinieren und lokale Aktionen unterstützen; sich wechselseitig organisatorisch unterstützen; Expert:innenwissen dorthin vermitteln, wo Bedarf danach besteht; gemeinsame politisch-strategische Diskussionsprozesse gestalten; Bildung organisieren; die Bewegung und Organisation nach außen hin sichtbar und ansprechbar machen (Kommender Aufprall, S. 19 f.). Dazu, wie die Organisation insgesamt intern strukturiert sein könnte, äußert sich ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF wenig, schlägt aber die Einrichtung eines ständigen »Büros« vor, das nach einem Rotationsprinzip besetzt wäre und Aufgaben der Kommunikation, Koordinierung, Ansprechbarkeit etc. übernehmen würde (Kommender Aufprall, S. 20).

KOLLEKTIV weist auf die Dringlichkeit von Organisation hin, die auf einer überregionalen Ebene angegangen werden muss:

»Weil die Hegemonie der kapitalistischen Ideen eine strukturelle Hegemonie ist, ist es nicht möglich, einzeln oder in gespaltenen, kleinen Gruppen gegen sie anzukämpfen ... Unorganisiert und vereinzelt wächst die Gefahr, dass wir die herrschenden Denkweisen verinnerlichen und reproduzieren oder im Versuch aufgesogen werden, die eigenen Alltagsprobleme individuell zu lösen. Um vor diesem Hintergrund emanzipative Denkweisen zu verteidigen, zu entwickeln und auszuweiten, bedarf es eines organisierten, kollektiven Kampfes. Gleichzeitig bildet Organisation die Grundlage für politisches Handeln, das sich an der Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklungen orientiert und daraus Strategien, Taktiken und Ziele ableitet.« (11 Thesen, S. 6)

Auch die radikale Linke ist gesellschaftlichen Spaltungen ausgeliefert, solange sie nicht durch einen bewussten Organisationsprozess dagegen angeht, wie es sich besonders deutlich an der Notwendigkeit zeigt, die »Gettoisierung von migrantischen und nicht-migrantischen radikalen Linken zu überwinden« (11 Thesen, S. 9). KOLLEKTIV zeigt aber ebenso eindringlich, dass sich das häufige Schiefelaufen von Organisationsprozessen nicht bloß einem Spleen Linksradikaler verdankt:

»Sich zu organisieren heißt, Kompromissfähigkeit zu entwickeln, kollektiv denken zu lernen und sich auch zurücknehmen zu können. Damit meinen wir nicht, eigene Überzeugungen und Standpunkte aufzugeben. Vielmehr gilt es zu unterscheiden

zwischen grundsätzlichen Überzeugungen, über die es zu diskutieren und notfalls zu streiten gilt, und der Tatsache, dass man nicht immer alles mitentscheiden, bestimmen oder beeinflussen muss. In der radikalen Linken sind egoistische Tendenzen und die Eigenschaft, immer die Unterschiedlichkeit zu betonen, stark verbreitet. Diese sind ... eine Folge jahrhundertelanger autoritärer Prägung. Daraus ergeben sich psychologische Faktoren, wie die Suche nach Anerkennung und Wertschätzung über Leistung und Profilierungsstreben, die Organisationsprozesse deutlich hemmen können.« (11 Thesen, S. 9)

Organisierung ist nicht als ein bloß formeller Akt misszuverstehen, nach dem dann die politische Arbeit erst beginnt, sondern als politische Herausforderung zu begreifen, die als solche angegangen und ernstgenommen werden muss.

Einigkeit herrscht in der Debatte darüber, dass bei einer Organisierung in größerem Maßstab einer möglichen Zentralisierung von Entscheidungsgewalt entgegengearbeitet werden muss. In den Texten fallen Begriffe wie »imperatives Mandat« oder »jederzeitige Rückrufbarkeit der Delegierten und Rotation«, doch sie gehen mit einer gewissen Unsicherheit einher – angesichts eines Mangels an lebendiger Erfahrung in diesen Dingen aus jüngerer Zeit und auch der Tatsache, dass aufgrund des Zustandes defizitärer Organisierung in den letzten Jahrzehnten »Erfahrungen zwischen Generationen von Aktivist:innen nicht weitergegeben werden können und alle immer wieder von vorne beginnen« (11 Thesen, S. 7 f.).

■ Sinn und Grenzen strategischer Überlegungen

Bei diesen theoretischen Vorstößen zu einer Neuausrichtung anti-kapitalistischer Praxis handelt es sich um eine Strategiedebatte. Mit dem Anliegen, sich über strategische Fragen zu verständigen, stößt man jedoch nicht immer und überall auf offene Ohren. Es gibt den Einwand, dass es sich dabei nur um ein Kreisen um sich selbst handle, eine Selbstbespaßung, ein sich Verzetteln, ein Verschwenden kostbarer Zeit und Kraft, die man besser in »Aktionen« stecken sollte. Außerdem könne man ohnehin nicht antizipieren, welche Praxisform erfolgreich ist. Schließlich lasse sich keine »Blaupause«, kein »Rezept« zur erfolgreichen Überwindung des Kapitalismus entwickeln. Deshalb enden wir mit der Frage nach der Funktion einer Strategiedebatte.

Eine Strategie ist eine Handlungsorientierung auf langfristige Ziele im Bewusstsein undurchsichtiger Umstände. Das unterscheidet eine

Strategie von einem Plan, der das Erreichen des Ziels durch das Antizipieren einer bestimmten Abfolge von Handlungen und deren Wirkungen vorwegnehmen kann, weil eine Durchsichtigkeit der Umstände gegeben ist.

Eine Strategie geht von einer Analyse der gegenwärtigen Umstände und der eigenen Mittel aus und behauptet davon ausgehend, dass eine bestimmte Ausrichtung des eigenen Handelns geeignet ist, ein ferner liegendes Ziel zu erreichen. Die Plausibilisierung der Strategie beinhaltet begründete Vermutungen über die möglichen Folgen eines bestimmten Handelns, also ein Moment von Spekulation. In der Strategiedebatte verschränkt sich daher die aktuelle praktische Schwäche der antikapitalistischen Linken mit einer unumgänglichen theoretischen Unsicherheit, was die ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF in ihrem eigenen Strategieentwurf so ausdrückt (wobei sie das Wort »Plan« verwendet, wo wir »Strategie« sagen würden):

»Uns ist klar, dass solche Reisepläne in Richtung Utopia zunächst einigermaßen lächerlich wirken ... Ihre Umsetzung ... hängt in der Praxis nicht vom starken Willen der Strateg:innen ab, sondern ... von Prozessen, deren Verlauf nicht in ihren Händen liegt. Daher die relative Hilflosigkeit der Schritt-für-Schritt-ins-Paradies-Pläne, die meist der Grund dafür ist, dass sie belächelt werden. Doch letztlich führt kein Weg in eine befreite Gesellschaft daran vorbei, gemeinsam praktische Ziele auszuloten und zu setzen und zu versuchen sie zu erreichen.« (Kommender Aufprall, S. 21, FN 22)

Wir können Strategien nur unter den Bedingungen der Machtlosigkeit und Unsicherheit formulieren, aber erst der strategische Bezug unseres Handelns auf das Ziel macht es zu einem zweckgerichteten politischen Handeln. Und wenn man eine soziale Revolution nicht für etwas hält, das ohne jede Beziehung zu vorhergehendem politischen Handeln einfach über uns kommt – sei es quasi-religiös als Erlösung gedacht oder schlecht materialistisch als ein automatischer Reflex ökonomischer Veränderungen –, dann stellt sich die Frage, wie unsere verschiedenen Handlungsoptionen strategisch zu bewerten sind.

Dass die Gruppen, die wir zu ihrer Praxis befragt haben, den Schritt getan haben, die in linken Szenen gewohnten und Anerkennung versprechenden Praxisfelder zu verlassen und ins kalte Wasser zu springen, ist in Anbetracht der skizzierten Schwäche und Unsicherheit umso mutiger. Ihre Praxis ist noch recht jung und die Zahl der Initiativen ist nicht groß – wir würden sie in Deutschland auf ca. 15 schätzen. Vor diesem

Hintergrund kann man die Verwendung des Attributs »revolutionär« im Titel dieses Buches natürlich für realitätsfern halten. Doch auch, wenn niemand weiß, ob diese Bewegung größer und welche Ausrichtung sie annehmen, wie sie sich zu möglichen anderen sozialen Bewegungen verhalten wird und vor allem, wie sich die gesellschaftlichen Bedingungen einer Transformation entwickeln werden: Für die *aktuelle* Ausrichtung der Praxis macht es einen Unterschied, welche übergeordneten Ziele man anpeilt.

In den Interviews schildern die Gruppen ihre bisherigen Erfahrungen mit der noch jungen Praxis und reflektieren diese in Bezug auf ihre mittel- und langfristigen Ziele. In der sich an die Interviews anschließenden Auswertung versuchen wir, diese Erfahrungen zu bündeln und strategisch einzuschätzen.

■ Anmerkungen

- 1 Die Debatte wurde unter anderem in Zeitschriften und Blogs wie dem *re:volt magazine*, dem *Lower Class Magazine*, dem *Autonomie Magazin*, der *analyse & kritik* und in Nr. 55 der *Frankfurter Student:innenzeitschrift diskus* geführt. An manchen Stellen überlappte sie mit den Diskussionen über »Neue Klassenpolitik«, ist von letzterer aber in ihrer durchgängig antistaatlichen Ausrichtung und revolutionären Perspektive zu unterscheiden. Auch ein Gegeneinander-Ausspielen verschiedener Herrschaftsverhältnisse, wie es zuweilen unter dem Stichwort »Neue Klassenpolitik« vorkommt, ist der hier behandelten Debatte völlig fremd.
- 2 Dietmar Dath: »Klassenkampf im Dunkeln. Zehn zeitgenössische sozialistische Übungen«. Hamburg: konkret 2014, S. 151.
- 3 Neuere Entwicklungen linker Kampagnenpolitik ergeben ein etwas anderes Bild – zum Beispiel die Erfolge der Klimabewegung und der Berliner Mieter:innenkämpfe, insbesondere im Zusammenhang mit dem Volksentscheid DEUTSCHE WOHNEN UND CO. ENTEIGNEN. In diesen Fällen gibt es eine Strahlkraft über die linksradikale Szene hinaus und es werden Themen verhandelt, die von vielen Menschen als sich zuspitzende Konflikte erlebt werden. Offen ist bisher, ob in diesen Kontexten auch eine langfristige Organisation mit revolutionärem Potenzial gelingen kann.
- 4 Vgl. Eine:r der Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft: »Fragmentarisches zur Organisationsfrage«. Kürzlich ist aus dem Umfeld des *Kosmoprolet* eine Kritik an der Vorstellung erschienen, eine revolutionäre (und wünschenswerte) Transformation der Gesellschaft könne aus einem krisenhaften Moment allein hervorgehen: Katja Wagner, Lukas Egger und Marco Hamann: »Was tun in Zeiten der Schwäche?« (*communaut*, 16. Oktober 2021, <https://communaut.org/de/was-tun-zeiten-der-schwaechе>, dieser sowie sämtliche folgenden Links wurden zuletzt aufgerufen am 14.02.2022). Als Schlussfolgerung, die aber in diesem Umfeld nicht

- auf positive Resonanz traf, wird in dem Text die Gründung einer Partei vorgeschlagen, von der ein Aufbau von Gegenmacht ausgehen soll.
- 5 Einige Teilnehmer:innen: »Nachbereitungspapier des Selber-Machen-Kongresses 2017«. Der Selber-Machen-Kongress fand 2017 in Berlin statt und versammelte rund 600 Personen, um Strategien rund um Basisorganisation, Gegenmacht und Autonomie zu diskutieren. Das Nachbereitungspapier zeichnet die zentralen Kontroversen des Kongresses nach, die etwa das Subjekt der Selbstorganisation und die Bedingungen für eine revolutionäre Organisation betrafen.
 - 6 Ebd.
 - 7 Es gibt viele Parallelen zwischen der hier behandelten Debatte und der Kritik der autonomen Szenepolitik, die Anfang der 1990er Jahre unter dem Titel »Heinz-Schenk-Debatte« geführt wurde und aus der die Berliner Gruppe FELS hervorgegangen ist sowie diejenige Praxis, für die heute die INTERVENTIONISTISCHE LINKE steht. In der von FELS herausgegebenen Broschüre mit Texten von damals heißt es: »Ein revolutionärer Prozess ist nie von außerhalb gegen die Gesellschaft, sondern nur innerhalb der Gesellschaft gegen ihre Unterdrückungsverhältnisse denkbar; daher geht es »um den Aufbau kollektiver Strukturen im Normalalltag, dort wo wir lernen, arbeiten, studieren und leben« (FELS: »Heinz-Schenk-Debatte«, S. 67). »Die Linke muss, wenn sie eine gesellschaftliche Option sein will, präsent sein und sie muss es ... auch endlich wieder den verschiedensten Leuten ermöglichen, an linker Politik teilzunehmen« (Ebd., S. 69). »Wichtig wird dabei auch sein, ob die Linke ... weiterhin glaubt, Wissen vermitteln zu müssen, oder aber ob sie ihre Umwelt zur Selbstfindung, zum Subjektwerden anstachelt« (Ebd.). Damals war das Ergebnis der Debatte die Gründung einer Organisation, die das längerfristige Führen strategischer Debatten, die Intervention in gesellschaftliche Kämpfe und Partizipationsmöglichkeiten für Leute schaffen sollte, die nicht aus der Szene kommen. Die an der jüngeren Diskussion Beteiligten teilen dagegen nicht mehr die Erwartung, eine bloß nach außen hin offenere Gestaltung linker Organisationen könne diese aus ihrem Szene- und Sektendasein befreien.
 - 8 Für eine Basisorganisation, die Lohnarbeit in den Mittelpunkt stellt, ihre Praxis jedoch ebenfalls auf den Stadtteil ausgeweitet hat, ist vor allem auf die Erfahrungen der ANGRY WORKERS aus London zu verweisen, die ihre Erfahrungen in dem 2020 erschienenen Buch »Class Power on Zero-Hours« dargestellt haben.

■ Literatur

- Antifa Kritik & Klassenkampf. 2015. »Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise. Strategische Überlegungen«. http://akkffm.blogspot.de/images/DerkommendeAufprall_web.pdf.
- Einer von den Freundinnen & Freunden der klassenlosen Gesellschaft, Berlin. 2016. »Fragmentarisches zur Organisationsfrage«. *diskus – Frankfurter*

Student:innenzeitschrift, Nr. 55. <https://diskus.copyriot.com/akk/fragmentarisches-zur-organisationsfrage>.

Einige Teilnehmer:innen des Kongresses. 2018. »Nachbereitungspapier des Selber-Machen-Kongresses 2017«. *Indymedia*, 22. März 2018. <https://de.indymedia.org/node/19035>.

FeS – Für eine linke Strömung. (1992) 2011. »Heinz-Schenk-Debatte: Texte zur Kritik an den Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe »Für eine linke Strömung««. https://fels.nadir.org/multi_files/fels/heinz-schenk-debatte_0.pdf.

kollektiv. 2016. »11 Thesen über Kritik linksradikaler Politik, Organisation und revolutionäre Praxis«. <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/data/2016/05/1882461437.pdf>.

radikale linke berlin, Kiezkommune Wedding, Kiezkommune Kreuzberg-Neukölln und Kiezkommune Friedrichshain. o.J. »Das Konzept Kiezkommune. Über Gegenmacht und wie wir sie aufbauen«. Kiezkommunen aufbauen. <https://kiezkommune.noblogs.org/files/2019/06/Konzept-Kiezkommune.pdf>.

BERG FIDEL SOLIDARISCH und ROSA | Münster

ROSA (Räte organisieren, Solidarität aufbauen) ist eine Gruppe in Münster, die es seit 2018 gibt und aus der heraus 2019 die Stadtteilgruppe BERG FIDEL SOLIDARISCH im Münsteraner Stadtteil Berg Fidel gegründet wurde. Beide Gruppen sind nicht formell, aber personell und thematisch verbunden. BERG FIDEL SOLIDARISCH¹ gliedert sich in themenspezifische Arbeitsgruppen, ein Aktiventreffen, das die Aktiven aus den AGs zusammenbringt und als politischer Ort der Initiative fungiert, sowie ein Strategietreffen, das die mittelfristige Ausrichtung der Gesamtgruppe in den Blick nimmt.

Wir haben das Interview im Februar 2021 geführt. Alle drei Interviewten sind bei BERG FIDEL SOLIDARISCH, zwei von ihnen außerdem bei ROSA organisiert.

Erster Teil: BERG FIDEL SOLIDARISCH

■ Was macht BERG FIDEL SOLIDARISCH?

LUISE: Könnt ihr zum Einstieg beschreiben, was die Hauptaktivitäten von BERG FIDEL SOLIDARISCH sind und wie die Praxis im Alltag aussieht?

TOM: Unser Ansatz ist, Menschen hier im Viertel anhand von konkreten Alltagsproblemen und sozialen Aktivitäten zu organisieren, um gemeinsam Widerstand zu leisten und Kollektivität zu stärken. Die Organisation betrachten wir als Voraussetzung von Prozessen der politischen Bildung und Selbstermächtigung. Im Moment geht es im Alltag viel um den Konflikt mit der LEG, einem großen Mietkonzern, dem mit den Hochbauten hier fast das komplette Viertel gehört. Wir sind viel damit beschäftigt, Nachbar:innen anzusprechen und dazuzuholen, mehr zu werden, zu überlegen, was wir gemeinsam tun können.

1 <https://bfsolidarisch.blackblogs.org/>

Eure Frage ist momentan schwer zu beantworten, weil unsere eigentliche Struktur, die sehr auf physischen Treffen basiert, wegen Corona so nicht funktioniert. Aber auf dem Papier sind wir strukturiert in ein Strategie-Treffen, ein offenes Aktiventreffen und themenspezifische AGs. Dazu gehören die AG zum Konflikt mit der LEG und die Frauen-AG, die versucht, Selbstorganisation für frauenspezifische Themen anzustoßen. Das Aktiventreffen soll der Ort sein, an dem Nachbar:innen aus den verschiedenen AGs zusammenkommen, wo sich also verschiedene Themen und Kämpfe verbinden und die Menschen sich kennenlernen; wo wir aber auch politisch diskutieren können, beispielsweise darüber, was gesellschaftspolitisch gerade anliegt, oder über Themen aus dem Viertel; und wo wir neue Initiativen starten können. Die meisten Nachbar:innen kommen über die Anti-LEG-Aktivitäten zu uns. Daneben verteilen wir ungefähr einmal pro Woche eine Stadtteilzeitung vor dem Supermarkt hier im Viertel – die wir natürlich vorher auch schreiben.

SARAH: Die Idee für eine Stadtteilzeitung kam auf, als es mit Corona anfang und wir gemerkt haben, dass wir nicht mehr mit unseren normalen Strukturen weitermachen konnten. Wir wollten einen Weg finden, die Menschen im Viertel weiterhin zu erreichen. Die Stadtteilzeitung hat sich bisher ganz gut bewährt, um den Kontakt im Viertel zu halten.

JANA: Das funktioniert auch nicht nur als einseitiger Kontakt in dem Sinne, dass das Viertel informiert wird oder Sachen lesen kann, die wir schreiben. Wir führen auch Interviews und tragen die Stimme der Leute, die in unseren AGs aktiv sind, ins Viertel, um in beide Richtungen das Gespräch aufrechtzuerhalten – wenn wir uns schon nicht bei Versammlungen treffen können. Die Hauptarbeit findet in den einzelnen AGs statt. Sachen wie das Aktiventreffen sind dazu da, ein allgemein politischeres Bewusstsein zu schaffen und Kämpfe zusammenzuführen – diese Treffen konnten im letzten Jahr selten stattfinden, weshalb wir da noch am Anfang stehen.



■ AGs und Aktiventreffen

LUISE: In welchem Verhältnis stehen Aktiventreffen und AG-Treffen zueinander? Gibt es übergeordnete Entscheidungen, die auf dem Aktiventreffen gefällt werden, oder sind die AGs autonom und das Aktiventreffen dient vor allem dazu, Informationen zusammenzutragen?

SARAH: Bisher ist es so, dass aus jeder AG Abgesandte ins Aktiventreffen gehen – das kann eigentlich jeder:r sein, je nachdem, wie die Einzelnen Zeit haben. Und dort tauscht man sich erstmal aus: Jede AG berichtet, was in den letzten Wochen gelaufen ist. Aber es können dort auch Ideen für neue AGs oder Aktivitäten entstehen, die in die Stadtteilarbeit einfließen.

TOM: Die Idee ist, dass beim Aktiventreffen BERG FIDEL SOLIDARISCH als politische Gesamtstruktur zusammenkommt, während es in den AGs ja um ein konkretes Thema geht. Wenn zum Beispiel die AfD hier ein Wahlkampfstand machen will, wäre das Aktiventreffen der Ort, um uns als BERG FIDEL SOLIDARISCH dagegen zu positionieren und zu gucken, was wir machen. Das geht eben über ein Problem mit der Miete hinaus. Und Leute können darüber auch in weiteren Bereichen aktiv werden – zum Beispiel die Zeitung mitverteilen oder mitschreiben.

SARAH: Es ist auch ein Ort, wo Leute, die sich noch nicht für eine AG entschieden haben, mehr darüber erfahren können, welche Möglichkeiten es gibt, bei BERG FIDEL SOLIDARISCH aktiv zu werden. Dort stellen wir regelmäßig vor, was gemacht wird und was wir vorhaben. Da kann man auch fragen, wer noch Lust hat, in ein bestimmtes Thema mit einzusteigen.

LUISE: Um eine Idee von der Größe zu bekommen: Wie viele Leute sind in der Regel bei den Treffen, und wie hoch ist die Auflage eurer Zeitung?

JANA: Ich würde schätzen, dass wir beim Aktiventreffen immer um die 10 Leute sind, und inklusive aller AGs wären es dann 20 Leute.

SARAH: Das soll natürlich noch wachsen, was aber aufgrund der Corona-Beschränkungen bisher noch nicht möglich war.

TOM: Dieses Aktiventreffen hat vielleicht vier- oder fünfmal stattgefunden. Wir haben versucht, erstmal die Aktiven aus den AGs einzubinden.

Der Plan ist, das offensiver zu bewerben, wenn es wieder möglich ist. Die Stadtteilzeitung hat eine Auflage von 100 bis 150, weil wir sie nur persönlich vor dem Supermarkt verteilen.

■ Der Stadtteil Berg Fidel

LUISE: Wie ist es dazu gekommen, dass ihr eure Praxis nach Berg Fidel verlegt habt, und wie würdet ihr die Sozialstruktur des Stadtteils charakterisieren?

SARAH: Berg Fidel ist kein großer Stadtteil, hier wohnen vielleicht 5.000 oder 6.000 Leute. Aber es ist ein spannendes Viertel mit hoher kultureller Vielfalt – vermutlich das Viertel in Münster, in dem die meisten Nationalitäten zusammenkommen. Außerdem gab es in Berg Fidel, bevor wir uns dort organisiert haben, wenig bis gar keine offizielle städtische Organisation. Es gibt auch jetzt noch kein Quartiersmanagement und auch kaum Angebote, die über Kitas, Schulen und einen Sozialträger hinausgehen. Die soziale Lage der Menschen ist gleichzeitig von hoher Arbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von Sozialleistungen geprägt, und es gibt insgesamt ein großes Gefühl von Abgehängtsein. Von außen wird Berg Fidel gerne mal als Brennpunkt betrachtet, die Leute im Viertel sehen sich selbst aber auf jeden Fall nicht so. Die Stadt fängt jetzt gerade an, sich um das Viertel zu kümmern, was vielleicht daran liegt, dass das Viertel 50 Jahre alt wird und dass sie denken, zum Jubiläum müssen sie ein bisschen was tun. Da kann man nur hoffen, dass sie das danach bald wieder aufgeben und wir uns selbst organisieren können.

JANA: Als wir anfangs überlegt haben, wo wir eine Stadtteilinitiative gründen wollen, haben wir in verschiedenen Vierteln Gespräche auf der Straße geführt und danach geschaut: Wo ist das Interesse hoch, etwas zu verändern? Wo sind Unzufriedenheiten, wo sind Probleme da? Und da ist Berg Fidel mit der LEG, also mit der Mietproblematik stark aufgefallen, weil dieses kollektive Problem allen auf der Seele brennt und relativ viel Wut zu spüren war. Auf der anderen Seite hat es eine Rolle gespielt, dass es nach wenigen Gesprächen schon erste Kontakte gab. Außerdem gibt es einen zentralen Platz, der sich ganz gut eignet, um dort im Viertel anzukommen und die Initiative aufzubauen.

TOM: Zu der Wut, die sehr schnell spürbar war, würde ich noch die Enttäuschung oder sogenannte Politikverdrossenheit ergänzen. Es gab viele Leute, die uns erzählt haben: Die Politik macht doch eh nichts, die

Stadt vergisst uns, das bringt doch alles nichts. Da haben wir Raum für unseren Ansatz der Selbstorganisation gesehen.

SARAH: Viele Leute wohnen schon sehr lange im Viertel; von den Nachbar:innen, mit denen wir Kontakt haben, wohnen die meisten schon seit 20, 30 Jahren hier. Die haben das Viertel auch anders erlebt und sehen, wie sich Vieles zum Schlechteren entwickelt. Früher gab es noch Cafés und Kneipen, so etwas gibt es gar nicht mehr. Und immer mehr steht leer, sodass Leute sagen: Wir müssen etwas tun, damit unser Viertel nicht komplett abgehängt wird und weiter lebenswert bleibt.

■ Herantasten an den Kiez, Befragung der Anwohner:innen

LUISE: Wie seid ihr auf Leute zugegangen, als ihr mit eurer Praxis angefangen habt? Wie haben die Leute bei der Kontaktaufnahme auf euch reagiert?

JANA: Wir haben wie gesagt Umfragen auf der Straße gemacht, um ein Gespür für das Viertel und für die Probleme und Wünsche der Menschen zu bekommen. Und so haben wir dann erstmal auch weitergemacht. Wir haben ein paar Versuche mit Veranstaltungen im Viertel gemacht, also mit Filmabenden und Cafés. Das kam nicht so gut an, aber das Gespräch kam dabei immer wieder auf einzelne Probleme, vor allem auf das Mietthema. Es war dann relativ klar, dass wir direkt in den LEG-Konflikt reingehen müssen.

SARAH: Ein Problem, das sich von Anfang an gestellt hat und vor dem wir jetzt auch stehen, ist, dass uns Räumlichkeiten fehlen. Wir haben am Anfang ein Gebäude einer städtischen Stadtteil-Orga mitgenutzt, in dem Nachhilfe und Ähnliches stattfindet, das aber sehr von Sozialarbeit geprägt ist. Dort haben wir versucht, unsere Filmabende zu machen, was aber die Leute im Viertel ganz schlecht erreicht hat, weil das Gebäude für viele negativ besetzt oder unbekannt ist. Für uns hat sich also das Problem gestellt, wo wir überhaupt etwas anbieten können, wir haben da viel ausprobiert. Später sind wir dann eher in den öffentlichen Raum gegangen und haben im Park Angebote gemacht, was deutlich besser lief.

JANA: Um in Bezug auf das LEG-Thema, wovon ja klar war, dass es das brennende Thema ist, eine erste große Versammlung zu starten und möglichst viele betroffene Nachbar:innen zusammenzubekommen,

haben wir dann Haustürgespräche geführt und relativ viele Häuser abgeklingelt. Eine erste Versammlung war der Startpunkt für die LEG-AG, die dann verschiedene Aktionen wie öffentliche Versammlungen, Unterschriftensammlungen und Protestaktionen durchgeführt hat. Wir haben auch eine spezifische Befragung zu feministischen und Frauen-Themen gemacht. Diese Umfrage-Methode funktioniert sehr gut, da wird einem sehr offen begegnet und es ergeben sich viele gute Kontakte.

SARAH: Ja, wenn man sich einfach mal mit einem Stand oder mit einem Transpi ins Zentrum des Viertels stellt, merkt man: Die Leute kommen und erzählen und sind total offen; und sind der Meinung, es passiert endlich mal was; toll, dass sich jemand interessiert, und toll, dass es eine Organisation gibt, dass sich Leute zusammentun und sich mal was trauen. Es kommt sehr positiv an. Es gibt tatsächlich auch Leute, die sich sofort anstecken lassen und dann eben auch kämpferisch sagen: Ja, wir schaffen das zusammen! Wir erreichen hier was zusammen im Viertel.

LUISE: Seid ihr bei den Befragungen von Tür zu Tür gegangen, oder haben sie im öffentlichen Raum stattgefunden? Gab es eine Art standardisierten Fragebogen, oder war es ein offenes Gespräch?

SARAH: Wir haben zwei verschiedene Sachen getan. Einmal haben wir mit verschiedenen Fragebögen Befragungen im öffentlichen Raum durchgeführt, am Anfang relativ offen, um herauszufinden, was die

Probleme sind, und später themenspezifischer. Bei der Befragung zur LEG sind wir dann in den LEG-Häusern wirklich von Haustür zu Haustür gegangen und haben bei ca. 700 Parteien geklingelt. Wir haben nicht alle erreicht, weil dafür die Kapazitäten zu gering waren, aber wir haben wirklich viele Häuser abgeklingelt und sind mit einem vorbereiteten Fragebogen mit den Leuten ins Gespräch gekommen. Wir haben erstmal Eindrücke zur Wut der Menschen gesammelt, um zu gucken: Was gibt



es für Möglichkeiten, und was können wir zusammen erreichen? Uns war es dann sehr wichtig, erst einmal zu sehen, auf welche Leute wir

bauen könnten und wer von den Nachbar:innen sich wirklich aktiv anschließen würde. Wir haben da tolle Kontakte geknüpft mit Leuten, die jetzt auch sehr aktiv in den AGs mit dabei sind, vor allem in der LEG-AG.

TOM: Diese Haustürbefragung war keine unmittelbare Mobilisierung zu der Versammlung, sondern wir sind hingegangen und haben versucht, Leute zu finden, die sich mit uns organisieren wollen, so eine Versammlung mit vorbereiten und zu »Kernaktiven« – so haben wir es damals genannt – werden können. Es war der erste Schritt, um eine kleine Gruppe von Kernaktiven aufzubauen, mit der wir dann zusammen später zu den Versammlungen aufgerufen haben und das zusammen organisiert haben.

SARAH: Außerdem wollten wir von den Leuten erfahren, wie der Zustand der Wohnungen eigentlich ist. Wir wurden durch Wohnungen geführt, konnten uns massive Schäden ansehen und haben auch das ganze Leid der Menschen gespürt. Das hat nochmal einen wirklich intensiven Einblick in das Viertel gegeben. Wir haben dann in den Wohnungen der Leute gestanden, die uns gezeigt haben: »Guckt mal, das habe ich hier selber renoviert, nachdem sich hier keiner gekümmert hat«, und wir haben uns die Fenster und die kaputten Heizungen und die kaputten Badezimmer und den ganzen Schimmel angeguckt. Wir waren da sehr nah dran und haben ein gutes Gespür für das Viertel gekriegt; man hat die Wut der Menschen gespürt, aber auch die Offenheit und die Hoffnung, dass sich vielleicht doch etwas ergeben kann.

LUISE: Habt ihr die Ergebnisse dieser Gespräche auch veröffentlicht, oder dienten sie nur der internen Auswertung?

SARAH: Das war intern.

TOM: Der Fokus lag ja darauf, Leute zu finden, die aktiv werden wollen. Wir haben nicht standardisiert gesammelt oder ausgewertet, wir hatten drei Kategorien je nachdem, wie wir das Aktivitätslevel und die Ansprechbarkeit der Leute eingeschätzt haben.

■ Sichtbarkeit linker Positionen

LUISE: Ihr habt gerade beschrieben, dass die Leute sehr positiv reagieren und sich freuen, dass es eine Organisation gibt. Tretet ihr offen als Linkradikale auf?

TOM: Ich würde sagen, dass das auch eine Entwicklung oder ein Prozess ist. Die ersten Befragungen haben wir sehr offen gehalten und nicht wirklich zu erkennen gegeben, wer wir sind beziehungsweise wo wir politisch stehen. Wir hatten ein Banner, auf dem stand: »Stadtteilumfrage: Erzählt uns Berg Fidel«. Da ging es allgemein darum zu gucken, ob und welche Probleme es überhaupt gibt und wie viel Bereitschaft, dagegen etwas zu tun. Als wir dann als BERG FIDEL SOLIDARISCH aufgetreten sind, haben wir als einen der ersten Schritte unsere Grundsätze² veröffentlicht, die wir immer zu den Treffen mitgebracht und den Leuten in die Hand gedrückt haben. Da steckt schon eine linksradikale Perspektive drin. Aber wir sind nicht am Anfang hingegangen und haben es raushängen lassen und gesagt: »Wir sind linksradikal, wollt ihr mitmachen?«, sondern wir haben versucht, die Leute über die Probleme anzusprechen, aber darin natürlich auch eine bestimmte Haltung zu vermitteln: was wir machen wollen und was nicht. Einer der Grundsätze ist: Wir sind keine Sozialarbeiter:innen, wir sind keine Dienstleister, sondern Aktivist:innen. Mittlerweile sprechen wir von uns meistens als linken Aktivist:innen, wenn wir uns vorstellen. Wir versuchen es eher in einer Haltung herüberzubringen, als abstrakt parolenhaft linksradikale Positionen rauszuhauen.

JANA: Bei der ersten direkten Ansprache wird man zum Teil schon gefragt, warum man das macht. Dann sagen wir: »Wir sehen, dass es wahnsinnig viele Probleme gibt, dass Leute damit allein dastehen, und wir wollen etwas dagegen tun. Und wir haben uns schon vorher überlegt, wo das vielleicht gut gehen könnte.« Wir verstecken uns also nicht, aber wir sind wenig parolenhaft oder superdirekt aufgetreten. Es gab auch Ausnahmen: Ich kann mich erinnern, dass jemand bei einer Umfrage gesagt hat: »Ja, ich bin Revolutionärin«. Das ist nicht ganz einheitlich.

SARAH: In dem, wie man miteinander spricht, und anhand der Aktionen und der Themen wird es dann deutlich, anhand unserer gemeinsamen Handlungen.

LUISE: Ist es schon mal vorgekommen, dass Leute negativ oder ablehnend auf eure linke Positionierung reagiert haben?

SARAH: In dieser Form tatsächlich nicht. Es war bei den Umfragen teilweise so, dass man auf der Straße eben auch an Menschen geraten ist,

2 <https://bfsolidarisch.blackblogs.org/uber-uns/unsere-grundsatz/>.

die eine entgegengesetzte Meinung haben. Wenn wir gemerkt haben, es bringt uns jetzt nichts, wenn wir mit diesen Leuten das Gespräch weiterführen, dann haben wir versucht, es möglichst kurz zu halten. Was wohl schon mal vorkommt, ist, dass Leute sagen: »Ja macht mal, hat eh keinen Zweck.« So eine desillusionierte Haltung ist uns tatsächlich häufiger begegnet, dass Leute denken: »Ich habe jahrelang gekämpft, aber es funktioniert nicht. Macht ihr jungen Leute mal!« Es gibt aber auch häufiger Leute, die sagen: »Ich selbst habe keine Probleme, aber es ist gut, dass sich mal jemand um die Probleme kümmert.«

TOM: Mir würden jetzt auch nicht so viele Beispiele für eine ablehnende Haltung einfallen, ich glaube, weil wir Leute ja schon immer mit etwas Konkretem ansprechen, zum Beispiel: »Die Situation mit der LEG ist total beschissen und wir würden gern zusammen etwas machen.« Dadurch entsteht der Kontakt. Dann ist es auch leichter, über politische Positionen zu reden. Leute sind offener dafür, weil sie merken, dass es uns auch um etwas Konkretes geht, um eine konkrete Veränderung, die sie ja dann auch betrifft.

■ Mietkampf mit der LEG

LUISE: Zum Kampf gegen die LEG habt ihr schon einiges gesagt. Könnt ihr nochmal einen kurzen Abriss geben, was die Hauptaktivitäten in diesem Kampf waren und wie ihr eure Erfolge bisher einschätzen würdet? Was seht ihr dabei überhaupt als Erfolge?

SARAH: Wir waren auf einem sehr guten Weg, bevor Corona kam. Als wir durch die Befragungen auf der Straße gemerkt haben, dass es hier ein Riesenproblem gibt, haben wir entschieden, dass das ein super Thema ist, um die Leute zu aktivieren. Dieser Konzern bereichert sich auf Kosten der Menschen, die Mietverhältnisse sind zum Teil katastrophal, es kümmert sich niemand darum. Die Menschen fühlen sich hilflos und alleingelassen. Das Problem betrifft ungefähr 80% der Leute. Die Wut der Menschen kann man total schnell wecken, das war vor allem bei den Hausbefragungen extrem. Sobald man gesagt hat: »Wir kommen von BERG FIDEL SOLIDARISCH und würden gern mit dir über die LEG reden«, da sind einige Türen zugeknallt, weil die Leute so eine Wut hatten. Wenn wir dann gesagt haben: »Wir sind nicht von der LEG, wir sind gegen die LEG«, dann ging die Tür wieder auf. Diese Wut hat geholfen, die Leute zu mobilisieren, um dann zu gucken: Was gibt es denn für Möglichkei-

ten, was für Maßnahmen, die man ergreifen könnte? Wie könnte eine bessere Perspektive aussehen? Durch die Haustürbefragung haben wir sehr viele Leute kennengelernt und auch schnell eine relativ gut funktionierende Gruppe gehabt, die wir LEG-AG genannt haben. Wir haben alle zwei Wochen LEG-Treffen veranstaltet, und die Gruppe der Nachbar:innen, die dazukamen, wurde immer größer. Teilweise saßen wir in den regulären AG-Treffen mit 30 Leuten, und das war eher durch Raumkapazitäten begrenzt. Auf diesen Treffen haben wir dann beschlossen, dass wir eine größere Versammlung machen wollen, und haben einen größeren Saal gemietet. Zu unserer ersten großen Versammlung im Dezember 2019 kamen knapp 100 Leute, und dort haben wir gemeinsam überlegt, was wir eigentlich wollen. Was sind Schritte, was sind Ideen von euch und von uns? Wie können wir uns gegen die LEG organisieren? Bei dieser Versammlung wurden gemeinsam drei konkrete Forderungen und Schritte beschlossen, und für diese Kernforderungen haben wir danach Unterschriften gesammelt und zusammen einen Brief verfasst. Es kamen 400 Unterschriften zusammen, und den Brief haben wir veröffentlicht und an die LEG verschickt. Dann gab es auch eine mediale Kampagne – wir haben uns ans Radio, ans Fernsehen gewendet und Druck auf die LEG aufgebaut. Für den März letzten Jahres hatten wir eine gemeinsame Demo geplant. Und dann kam Corona. Ich würde sagen, wir hatten da gerade einen richtig guten Lauf. Man hat gemerkt, dass die Fahrzeuge vom Reparaturservice der LEG ständig durchs Viertel fahren – die hatte man vorher jahrelang nicht gesehen. Man hat den Druck auf die LEG gespürt und gemerkt, dass sie das Viertel plötzlich wieder im Blick hatten und dass etwas passiert. Aber dadurch, dass dann die Demo und die regelmäßigen Treffen ausgefallen sind und wir den Druck nicht weiter aufbauen konnten, ist das Ganze erstmal ein bisschen zurückgegangen. Immerhin haben die Reparaturen besser funktioniert, das war eine unserer drei Hauptforderungen:

Wir fordern einen Hausmeister oder einen zuverlässigen Hausmeisterdienst für das Viertel; wir fordern wieder regelmäßige Sprechstunden der LEG im Viertel – normalerweise wird man dann nach Dortmund oder nach Düsseldorf verwiesen –; und wir fordern, dass die LEG transparente und nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen aufstellt. Was relativ schnell entstand, waren Sprechstunden vor Ort. Das waren Erfolge, die wir verbuchen konnten. Einen Hausmeister haben wir allerdings immer noch nicht. Die LEG sagt, dass aufgrund von Corona alles

schwieriger sei. Das ist ein sturer Konzern, und man rennt da immer wieder gegen Mauern. Aber wir versuchen es weiter.

TOM: Diese Forderungen aus der Versammlung sind für viele total nachvollziehbar. Wenn wir sagen »LEG – wir wollen einen Hausmeister«, dann hat das großes Mobilisierungspotenzial auf der Straße. Es war immer unsere Herangehensweise zu sagen: Wenn Sachen von Nachbar:innen nicht mitgetragen werden und sie selbst nicht bereit sind, das umzusetzen, sondern klar wird, da hat eigentlich niemand Bock drauf, dann machen wir das auch nicht – zum Beispiel Unterschriften zu sammeln, das haben nur die Mieter:innen selbst gemacht. Deshalb eignen sich diese Forderungen auch so gut, weil alle da als Minimalkonsens dahinterstehen und auch sehr schnell bereit sind, selber dafür aktiv zu werden. Im weiteren Verlauf gab es Infostände, die Nachbar:innen selber organisiert haben, wo wir teilweise nur daneben standen und den Pavillon aufgebaut haben.



Das ist abgesehen von materiellen Erfolgen – also zum Beispiel der Sprechstunde im Viertel – ein Erfolg der bisherigen Bemühungen: dass die Nachbar:innen selber aktiv werden, dass sich jetzt diese Gruppe von

ungefähr 5 bis 10 Aktiven relativ verstetigt hat und wir sehr eng zusammenarbeiten, dass sich die Leute wieder handlungsfähig fühlen und gleichzeitig miteinander verbunden. Das hat auch einen sozialen Aspekt: seine Nachbar:innen zu kennen und gemeinsam mit ihnen etwas zu tun. Uns ist es dadurch sehr gut möglich, immer politischer mit den Leuten zusammenzuarbeiten, mal über andere Themen zu diskutieren, mal zu fragen: Was macht eigentlich Corona oder diese Lockdown-Politik mit

euch? Wie sieht's auf der Arbeit aus? Und was haltet ihr eigentlich von Parteien? Da gab es eine große Diskussion zwischendurch. Aus einer längerfristigen Organisierungsperspektive sind das die größten Erfolge.

Wie verdienen Großvermieter*innen ihr Geld?
Und was können wir dagegen tun?

Online-Veranstaltung 17.06.21 - 19:00-20:30 Uhr

mit diesen Gästen:

- Deutscher Mieter*innen-Bund HB
- Deutsche Wohnen enteignen
- Kotti & Co (Berlin)
- Berg Fidel Solidarisch (Münster)

Solidarisch in Grönelingen

SARAH: Definitiv, und die Verbundenheit im Viertel ist dadurch enorm gestiegen. Die Leute fühlen sich deutlich weniger allein mit ihren Problemen. Darin, dass wir einen gemeinsamen Kampf haben und die LEG unseren Druck spürt, liegt der größte Erfolg. Der Konzernchef der LEG hat mal versucht, mit uns Kontakt aufzunehmen. Aber wir haben auch Kontakt mit der Gewerkschaft der Beschäftigten des Reparaturservice. Wir haben versucht, die Interessen der Beschäftigten dort und der Mieter:innen für einen gemeinsamen Kampf zu bündeln. Die Beschäftigten haben letztens gestreikt, und viele Nachbar:innen haben sich mit Soli-Plakaten fotografiert, so dass wir sehen können, wir stehen gemeinsam mit einer großen Gruppe gegen die LEG. Wir sind nicht mehr alleine.

■ **Frauen-AG, Care- und Reproduktionsarbeit im Stadtteil**

LUISE: Ich würde gerne mit der Frauen-AG weitermachen. Ich finde es sehr spannend, dass ihr diesen Arbeitsschwerpunkt habt. Was waren eure Überlegungen, diesen Schwerpunkt zu wählen, und wie genau sehen die Aktivitäten und Ziele der Frauen-AG aus?

JANA: Gestartet ist es eigentlich mit der offenen Frage, ob das sinnvoll wäre. Als Linke kennt man das so oder denkt, dass eine eigene Frauen-Organisierung zu feministischen Themen sinnvoll sein könnte. Wir wollten herausfinden, ob das im Viertel geteilt wird oder ob es da nochmal spezifische Probleme gibt. Ab und an ist in allgemeinen Umfragen auch schonmal so etwas aufgekommen, und da dachten wir, wir fragen mal gezielt nach, um herauszufinden, ob es den Wunsch nach einer gesonderten Organisierung oder nach einem Raum für Austausch gibt. Wir müssen sagen, dass das aus verschiedenen Gründen relativ schleppend läuft. Zum einen hat sich gezeigt, dass das nicht das brennende Problem ist, weil die Wohnsituation viel präsenter ist. Es ist dann eher mal passiert, dass wir bei Frauenbefragungen Kontakte für die LEG-AG gesammelt haben, was aber auch vollkommen in Ordnung ist. Es war allerdings ganz spannend, mal so Fragen zu stellen wie: »Nimmst du eigentlich Sexismus wahr?«, und zu merken, dass Probleme und eigentlich auch eine Notwendigkeit, sich zu organisieren, gesehen werden, aber meistens gesagt wurde: »Die anderen brauchen das, ich brauche das nicht.« Es kam schon oft das Feedback, dass es eigentlich schön wäre, sich zusammenzutun und sich gegenseitig zu stärken, aber es hat bisher noch nicht die Dringlichkeit erreicht, dass es tatsächlich

erfolgreich wäre. Wir haben auch verschiedene Formate ausprobiert, Frühstücke, Picknicks oder mal eine inhaltliche Veranstaltung gemacht. Es sind einige Leute vorbeigekommen, vor allem bei den Parkpicknicks im Sommer, für die wir auch eine Kinderbetreuung organisiert hatten, um in Ruhe mit den Frauen sprechen zu können. Das hat ganz gut funktioniert, aber es hat sich noch nicht verstetigt und nicht radikalisiert. Zum Teil liegt es aber auch daran, dass uns Corona dazwischengekommen ist, so dass wir noch nicht die Kontinuität hinbekommen haben, regelmäßig präsent zu sein. Wir glauben aber, dass es auch daran liegt, dass uns der Raum fehlt, um zusammenzukommen und als verlässliche Ansprechpartner:innen stetig präsent zu sein. Das steht vielleicht als Erstes an. Man muss aber sagen, dass wir uns schwer tun, die richtige Herangehensweise zu finden – ähnlich wie in den Anfängen von BERG FIDEL SOLIDARISCH, als wir zunächst nicht so erfolgreiche Filmveranstaltungen gemacht haben. Da sind wir noch ein bisschen auf der Suche. Bei der inhaltlichen Veranstaltung, die ich gerade angesprochen habe, ging es um den möglichen Austritt Polens und der Türkei aus der Istanbul-Konvention, einem europäischen Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Diskriminierung. Die haben wir mit einer internationalistischen Gruppe aus Münster gemacht. Das war auch ganz nett, aber es kamen kaum Leute dazu, obwohl vorher beim Flyer-Verteilen einige Interesse gezeigt hatten.

LUISE: Du hast gesagt, ihr seid mit dem Interesse reingegangen, herauszufinden, ob das ein wichtiges Thema sein könnte. Hattet ihr bestimmte Vorüberlegungen, aus welchen Gründen es wichtig sein könnte? War das etwas, das in den Gesprächen häufiger auftaucht ist und dem ihr dann genauer nachgehen wolltet?

JANA: Ich denke, es ist eine Mischung. Wir sehen auch selber die Notwendigkeit, wir würden uns zum Teil selbst als Frauen organisieren wollen und denken, dass es für eine erfolgreiche, breitere, größere feministische Bewegung nötig ist, dass man sich in der Gesellschaft zusammenschließt und nicht nur unter Linken. Da tasten wir uns jetzt heran. Zum Teil wurden solche Überlegungen dadurch bestätigt, dass Leute gesagt haben, das würde



eigentlich schon helfen, oder auch dadurch, dass Leute durch Care-Arbeit stark eingespannt sind und zum Beispiel aufgrund von Kinderbetreuung nicht an den LEG-Aktivitäten teilnehmen. Das heißt, wir sehen da schon irgendwie den Bedarf.

Luise: Welche Themen waren in den Gesprächen, die ihr geführt habt, besonders präsent? Ging es da eher um Alltagssexismus oder um Care-Arbeit und die Infrastruktur, die für Care-Arbeit zur Verfügung steht?

JANA: Zum Teil ging es tatsächlich um häusliche Gewalt, was ein sehr schwieriges Thema ist. Wir hatten dann auch Notfall-Telefonnummern dabei, die wir vor Corona verteilt haben. Andere Themen waren Care-Arbeit und ein starker Wunsch nach Gemeinschaft. Zum Teil kamen auch Sicherheitsfragen auf, zum Beispiel dass sich Leute zum Teil nachts nicht auf die Straße trauen. Bei einer Person gibt es in der Straße kein Licht, weil die Laternen nicht angehen.

LUISE: Bei einigen interviewten Gruppen gibt es separate Strukturen, um sich dem Thema Feminismus in der Stadtteilarbeit zuzuwenden, aber unser Eindruck ist, dass eine tatsächliche Umorganisation von Reproduktionsarbeit im Stadtteil bisher nicht gelingt. Uns interessiert, woran das liegt und ob ihr in diesem Bereich überhaupt Potenziale seht: Kann derzeit die Etablierung einer kollektiven Praxis und eine Politisierung gelingen, die auf eine Umgestaltung der jetzigen Care- und Geschlechterverhältnisse im Stadtteil zielt und darüber hinausweist? Man könnte dem die Einschätzung entgegenhalten, dass Care gerade so stark im privaten Rahmen organisiert wird, dass es unter den gegebenen Bedingungen keinen Ansatzpunkt für einen solchen Kampf gibt.

JANA: Ihr habt das als zwei Blickweisen, die man darauf haben kann, dargestellt, aber ich glaube, dass es beides sein kann. Einerseits würde ich zustimmen, dass die gesellschaftliche Organisation von Care- und Reproduktionsarbeit gerade immer präsenter wird; erst recht im letzten Jahr, in dem für einige die Situation noch prekärer geworden ist. Es gibt eine starke Notwendigkeit, etwas zu verändern, sodass durchaus Potenzial auch für weitergehende Veränderung da wäre, indem man anfängt, sich darum herum zu organisieren. Ich glaube, dass das gerade im Stadtteil gut gehen kann, weil es da möglich ist, gemeinsam andere Strukturen aufzubauen. Gleichzeitig ist es, soweit ich das bei

uns im Stadtteil auf der Straße erlebt und als Stimmung dazu bisher mitgenommen habe, derart normalisiert, Care als privates Problem zu sehen, dass es total schwierig ist, einen Drive reinzubekommen; einen tatsächlichen Veränderungswillen oder überhaupt die Vision, dass es anders sein könnte. Andere Themen sind einfach mit Wut behaftet, aber im Bereich von Care- und Reproduktionsarbeit sind viele Strukturen so weit normalisiert, dass es viel schwieriger ist, zu einer Organisation zu kommen. Hinzu kommt, dass gerade in diesem Bereich kein Weg daran vorbeiführt, sich langsam heranzutasten und erst einmal gemeinsame Strukturen und Austauschplattformen zu schaffen. Ich habe auch das Gefühl, gerade eine weitere Vereinzelnung zu erleben. Insgesamt würde ich euren beiden Thesen zustimmen – das ist ein Spannungsfeld.

■ **Verhältnis des Strategietreffens zur übrigen Struktur**

LUISE: Kann man innerhalb der Gruppe eine Trennung beobachten zwischen Leuten, die über konkrete Anliegen dazukommen und sich dann beteiligen, und Leuten, die zum Initiativkreis gehören und fest beteiligt sind? Wie sieht dieses Verhältnis intern aus?

TOM: Ich habe vorhin schon die verschiedenen Treffen vorgestellt. Der Initiativkreis entspricht dem Strategietreffen. Da sind wir so circa zehn Personen, die aus linken oder linksradikalen Motivationen dabei sind und revolutionäre Stadtteilarbeit aufbauen wollen. In diesem Kreis sind noch keine Leute dabei, die zunächst über die AG-Aktivitäten dazugekommen sind. Die erste Stelle, an der Nachbar:innen dazukommen, sind meistens die AGs. Die Idee ist schon, dieses Strategietreffen mittelfristig zu öffnen beziehungsweise die Aktiven aus den AGs reinzuholen, um diese Trennung, wenn man es so nennen will, aufzuheben und die Rolle der Initiativkräfte an mehr Leute aus dem Viertel abzugeben.

LUISE: Ist es trotzdem vorgekommen, dass einzelne Leute dazugekommen sind und sich danach als festen Teil von BERG FIDEL SOLIDARISCH gesehen haben?

TOM: Auf jeden Fall. Diese Gruppe von fünf bis zehn Aktiven in der LEG-AG, die fest Teil davon sind, haben sich überraschend schnell auch als Teil dieser kompletten Struktur verstanden. Die haben auf der Straße zu anderen gesagt, ich bin von BERG FIDEL SOLIDARISCH, kommen zu Aktiventreffen und haben auch ein Bewusstsein entwickelt, dass es

nicht nur um den Kampf gegen die LEG geht, sondern um einen Kampf für Solidarität und Gerechtigkeit insgesamt.

LUISE: Wie muss man sich das Verhältnis von Strategietreffen und AGs vorstellen? Werden auf dem Strategietreffen Entscheidungen getroffen?

TOM: Natürlich werden in dem Sinne Entscheidungen getroffen, aber wir entscheiden zum Beispiel nicht, was wir zu dem LEG-Thema machen.

Das wird in der AG entschieden. Was wir auf dem Strategietreffen machen, ist, zu reflektieren: Was machen wir in den einzelnen AGs eigentlich? Wie schaffen wir es, die Leute zu verbinden, ein Bewusstsein für andere Kämpfe herzustellen oder über das eigene Themenfeld hinauszublicken? Wir machen auch Vorschläge für neue Initiativen, zum Beispiel ist das Thema Jugendorganisation schon länger bei uns auf dem Zettel. Die Idee ist, dass wir Vorschläge entwickeln und diese in das Aktiventreffen hineintragen, weil wir das als den zentralen Entscheidungsort verstehen. Aber jetzt gerade, in der Aufbauphase, wurde dort zum Beispiel auch entschieden, dass wir eine Stadtteilzeitung machen, und auf diese Weise werden dann Projekte gestartet.



JANA: Was dort auch besprochen wird, ist das, was ich vorhin als Problem bei der Frauen-AG angesprochen habe. Bei diesem oder anderen Themen, die zwar zum Teil im Viertel auch als Probleme genannt werden, aber nicht ganz so breit geteilt werden, die nicht ganz so kollektiv sind oder nicht ganz so unter den Nägeln brennen wie dieses Wohnen/LEG-Thema, merkt man, dass es schwierig ist, das Thema tatsächlich anzugehen und die Strukturen und die Gemeinschaft dafür zu schaffen. Das zu reflektieren und zu bemerken, kann dann auf einem Strategietreffen passieren. So ist dann auch die Überlegung entstanden, für die nächste Zeit erstmal die Raumfrage anzugehen. Dieses Treffen bietet also Raum für die etwas längerfristig gedachten Themen und für breitere Reflexion.

■ Abgrenzung von Sozialarbeit, kollektive Ausrichtung

LUISE: Vorhin habt ihr erwähnt, dass ihr klarmacht, dass ihr keine Sozialarbeiter:innen seid. Kommt es manchmal vor, dass ihr in diese Rolle reinrutscht? Und falls ja, wie geht ihr damit um?

SARAH: Am Anfang war bei den Leuten schon diese Haltung zu merken: »Ah toll, da kommen jetzt Leute, die wollen das organisieren. Macht mal! Meinen Segen habt ihr.« Dann haben wir aber sehr schnell klargemacht, dass das so nicht funktioniert. Wie Tom das vorhin sagte, bei uns steht und fällt alles damit, dass die Nachbar:innen selbst aktiv werden. Wenn wir eine Idee haben, sich aber keine:r findet, der oder die das – vielleicht auch mit unserer Hilfe – umsetzen möchte, dann lassen wir es und überlegen stattdessen gemeinsam mit den Nachbar:innen, welche Wege es gäbe. Alleine dadurch, dass wir keine festen Beratungsangebote und keine feste Anlaufstelle haben, kommen wir auch gar nicht in ein Sozialarbeitsverhältnis. Das ist alleine durch die Struktur nicht gegeben. Und gerade bei dem Thema LEG wird es auch klar: Es funktioniert nur, wenn die Leute selbst mitmachen.

TOM: Die LEG-AG ist schon in einer vorangeschrittenen Phase, weil wir da natürlich auch schon Aktive haben, die sich als Teil dieser AG, als Teil von BERG FIDEL SOLIDARISCH verstehen. Wenn es zum Beispiel darum geht, die Frauengruppe aufzubauen, dann bedarf das am Anfang schon einer Gruppe von uns, die dafür die ersten Schritte geht, ohne dass unbedingt Nachbar:innen dabei sind. Wenn wir spüren, Leute setzen sich auf ein Treffen und wenden sich an uns, die wir das moderieren, und sagen: »Hier habe ich das und das Problem, könnt ihr mir dabei helfen?«, dann verweisen wir immer darauf, dass das ein kollektiver Raum ist. Wir moderieren vielleicht das Treffen oder kümmern uns um den Raum, aber es geht darum, zusammen zu überlegen, was wir machen können, und eben auch zu schauen, wie wir Veränderung für möglichst viele Leute schaffen können, statt nur ein einzelnes Problem zu lösen.

SARAH: Bei den Nachbar:innen, die schon länger dabei sind, ist das allen klar, und sie würden das auch selbst so formulieren. Sie sagen dann: »Wie können wir gemeinsame Lösungen finden, die allen helfen?« Diese Art und Weise, darüber zu kommunizieren, hat sich innerhalb der Aktiven im Viertel ganz gut verbreitet. Außerdem reflektieren wir auch auf Ebene des Strategietreffens bei einzelnen Punkten und einzelnen Aktionen immer wieder selbst darüber, inwiefern wir in die Gefahr

kommen, in ein Sozialarbeitsverhältnis zu rutschen. Und wir sind sehr darauf bedacht, dass das nicht passiert.

■ Antikapitalistische Positionen

LUISE: Habt ihr das Ziel, dass Leute durch eure Aktivitäten antikapitalistische Positionen einnehmen? Und wenn das so ist, wie stellt ihr euch den Weg dahin vor?

TOM: Zu der Frage würden wir alle ganz klar ja sagen. Die Idee von Basisarbeit ist vor dem Hintergrund der Frage entstanden, wie gesamtgesellschaftliche Veränderung möglich ist. Wie können wir diese in der Gesellschaft organisieren? Von daher ist das Ziel natürlich, antikapitalistische Positionen zu entwickeln. Das hört sich allerdings so an, als gäbe es die nicht. Wir merken immer wieder, dass ein Bewusstsein dafür schon ziemlich verbreitet ist. Gerade beim LEG-Kampf ist vielen Leuten ziemlich klar, dass da ein Konzern Profite macht und dass das gegen unsere Bedürfnisse steht. Den Weg zu antikapitalistischen Positionen stellen wir uns über genau solche konkreten sozialen Kämpfe vor, indem wir in diesem Kampf deutlich machen, was eigentlich das Problem ist, warum die LEG Profit machen muss und warum das auf Kosten von unseren Bedürfnissen geht. Es geht also darum, aus den eigenen Erfahrungen in diesen Kämpfen zu merken, dass dahinter eine grundlegende Struktur steht, dass wir natürlich in den Verhältnissen für bessere Bedingungen kämpfen, aber dass die kapitalistische Struktur dahinter das eigentliche Problem ist. Wir versuchen das über diesen Weg vom eigenen Interesse der Leute ausgehend zu entwickeln. Wir wollen nicht rein abstrakt sagen, dass Kapitalismus scheiße ist, sondern dass wir dieses und jenes Problem sehen, und dass das mit dem Kapitalismus zusammenhängt, der letztendlich das Problem ist. Wobei das nach meinem Eindruck für viele Leute auch keine sonderlich neue Erkenntnis ist.

JANA: Es ist für uns auch ein zentraler Aspekt, dass durch die gemeinsame Organisation und die Kämpfe, die geführt werden, wieder Hoffnung entsteht. Die Hoffnung ist, glaube ich, auch eine Bedingung, sich zu trauen, antikapitalistische Positionen zu haben beziehungsweise beizubehalten. Häufig wird gesagt: »Es ist scheiße, wie es ist, aber ich sehe nicht, wie es anders sein kann.« Da gibt es ein totales Ohnmachtsgefühl, und das muss man aufbrechen. Das führt auch dazu, dass man sich traut, andere Positionen einzunehmen und zu erkämpfen, und im

Organisieren lernt man, neue Strukturen und Möglichkeiten aufzubauen und zu erdenken.

SARAH: Auf dem Weg haben wir definitiv auch schon Erfolge gesehen. Die Leute kommen mit einer totalen Wut, aber auch einer totalen Machtlosigkeit. Und dann sehen sie, wir versuchen etwas gemeinsam, es kann anders funktionieren, und schöpfen aufgrund dieser positiven Erfahrungen neuen Mut und neue Hoffnung, etwas von unten anzugehen, um sich zu wehren. Gerade über diese Erfolgserlebnisse lässt sich etwas von unten organisieren und aufbauen.

JANA: Dass es jetzt mit dem gewerkschaftlichen Kampf innerhalb der LEG zusammenfällt, ist ein totaler Glücksfall. Da kann man schon bei einigen Leuten feststellen, dass sie sehen, dass es dasselbe Problem ist: Dass da die Arbeitsbedingungen schlecht sind, hat die gleichen Gründe wie, dass unser Mietverhältnis schlecht ist.

SARAH: Es war am Anfang total faszinierend zu sehen, dass die Nachbar:innen und die Mieter:innen eine große Wut auf den Reparaturservice hatten, also auf die Arbeiter:innen, die von der LEG ausgebeutet werden und gar nichts dafür können, weil sie selbst unter diesen Arbeitsbedingungen leiden, und an der Grundsituation gar nichts ändern können. Mittlerweile hat sich da ein gegenseitiges Solidaritätsgefühl entwickelt, das uns hilft, den wahren Gegner für alle ganz deutlich herauszukristallisieren. Nicht die Mieter:innen sind schuld daran, dass die Wohnungen so aussehen, wie sie aussehen. Nicht der Reparaturservice ist schuld daran, dass nichts repariert wird oder dass die Wohnungen so aussehen, wie sie aussehen, sondern der Konzern im Hintergrund. Und gerade aus diesen Erlebnissen entwickelt sich bei ganz vielen einfach von selbst eine antikapitalistische beziehungsweise kapitalismuskritische Haltung. Wir haben den gemeinsamen Gegner gefunden und erkennen hinter den verschiedenen Problemen ähnliche Strukturen, das gleiche System, aber auch unsere Interessen, die dagegen stehen.

■ Politische Bildung

LUISE: So wie ich das bisher herausgehört habe, waren Bildungsveranstaltungen bislang keine zentralen Aktivitäten für euch. Stimmt dieser Eindruck? Wie würdet ihr die Rolle von Bildung in eurer Praxis beschreiben?

TOM: Klassische Bildungsveranstaltungen, wie wir sie aus der Linken kennen, haben wir wie gesagt am Anfang versucht, also Filmabende und die Veranstaltung zur Istanbul-Konvention. Das sind nach unserer bisherigen Analyse immer Momente, die nicht besonders viele Leute anziehen, wenn sie vereinzelt stattfinden. Gleichzeitig haben wir einen Begriff von politischer Bildung, der nicht nur einen klassischen Vortrag oder Workshop meint. Wir begreifen die Organisationsprozesse als Teil von politischer Bildung, weil wir uns auch Sachen aneignen müssen: Wie schreibe ich Flyer, wie mache ich einen Infostand, wie mache ich Befragungen? Im Moment sind wir aber dabei, auch explizitere politische Bildung zu entwickeln, die dann allerdings an diesen Organisationsprozess angebunden ist. Zum Beispiel entwickeln wir gerade ein Konzept für eine Veranstaltung zu der Rolle von Parteien und Sozialarbeit und warum wir uns eigentlich unabhängig selbstorganisieren wollen. Das ist ein Prozess, der bei uns gerade erst losgeht. Wir denken, dass – gerade in Bezug auf eine emanzipatorische Perspektive – nicht alles organisch von unten entsteht, sondern dass für den Aufbau einer Bewegung und für ein tatsächlich antikapitalistisches Bewusstsein explizite politische Bildung nötig ist.

SARAH: Wenn wir mit den Nachbar:innen zum Beispiel in den AGs zu tun haben und merken, keine:r traut sich, den Vorschlag für den Brief zu entwerfen, dann sagen wir: »Sollen wir das zusammen versuchen?« Wir versuchen, den Nachbar:innen die Sicherheit zu geben, Aufgaben selber zu übernehmen, wenn sie sich zum Beispiel unsicher sind, wie man einen Brief formuliert oder strategische Überlegungen angehen sollte. Aber das findet bisher eher im Kleinen statt und nicht im größeren Rahmen.

TOM: Mit der politischen Bildung haben wir uns bis jetzt auf diese Gruppe an Kernaktivitäten konzentriert und zum Beispiel zwischendurch mal Einzelgespräche geführt: »Was heißt eigentlich Solidarität für euch? Versteht ihr euch als Teil



von BERG FIDEL SOLIDARISCH? Was ist für euch die Idee dahinter?« Wir wollten einerseits wissen, wie die Leute diese ganze Initiative verstehen, ob es für sie ein Mieterverein ist oder mehr. Eigentlich ist es für alle mehr als das. Andererseits war es auch eine Möglichkeit, darüber ins Gespräch zu kommen und von unserer Seite klarzumachen, dass es nicht reicht, das Problem mit der LEG zu bekämpfen, sondern dass wir insgesamt Solidarität aufbauen und gegen verschiedene Aspekte des Kapitalismus kämpfen müssen. Das waren Einzelgespräche, die dann aber auch die Funktion von politischer Bildung erfüllt haben. Allerdings ist das bisher nicht besonders institutionalisiert oder strukturiert.

SARAH: In gewissem Rahmen versuchen wir, politische Bildung auch über die Stadtteilzeitung einzubringen, indem wir darin politische Themen ansprechen und sie so an die Leute herantragen. Das ist aktuell unser Weg in der Corona-Zeit, um politische Ideen weiterzuverbreiten, anhand von aktuellen Themen, die im Stadtteil oder in der Stadt akut sind.

TOM: Jenseits von Corona ist eigentlich die Idee, auf dem Aktiventreffen Inhalte aus der Zeitung oder bestimmte Themen gemeinsam zu diskutieren.

■ Umgang mit diskriminierenden Spaltungen im Stadtteil

LUISE: Eingangs habt ihr erwähnt, dass ihr eure Grundsätze immer auf den Treffen dabei habt. Ist es schon einmal vorgekommen, dass Leute gegen diese Grundsätze verstoßen haben, indem sie sich zum Beispiel rassistisch oder sexistisch geäußert haben? Falls ja, wie geht ihr mit solchen Situationen um?

JANA: Einerseits gibt es das natürlich, weil die Gesellschaft eben ist, wie sie ist. Wir haben alle irgendwie rassistische Ressentiments und Geschlechterbilder im Kopf. Davon können wir uns nicht freisprechen und natürlich auch die anderen Aktiven nicht. Das heißt, es gibt immer mal einen Spruch oder Ähnliches. Aber wenn das bei einer Person wirklich verhärtet vorkommen würde, wäre das ein Ausschlusskriterium, bei uns mitzumachen. Das ist bis jetzt noch nicht passiert. Auf der Straße bei Gesprächen kommt es schon mal vor. Dann versucht man, das Gespräch kurz zu halten, auch je nachdem, wie die einzelne Person sich das zutraut. Wenn man das Gefühl hat, das ist jetzt vielleicht oberflächlich dahergesagt und gar nicht so sehr so gemeint, dann kann

man das Gespräch durchaus auch produktiv weiterführen. Aber es gab schon Fälle, in denen es die Grundhaltung war. Dann habe ich auch schon gesagt: »Na gut, wir haben keine gemeinsame Grundlage, da brauchen wir jetzt auch nicht weiterreden.« Natürlich gibt es Spaltungen im Stadtteil, sei das aus rassistischen oder sexistischen Gründen, aber viel auch zwischen Arbeiter:innen und Arbeitslosen, Menschen, die lange im Viertel leben und Menschen, die zugezogen sind – solche Spaltungslinien existieren. Und es funktioniert unterschiedlich gut, sie zu überwinden. Wenn das gemeinsame Interesse stark genug ist, geht das aber.

SARAH: Was man gerade im Kampf gegen die LEG oft feststellen kann, ist, dass viel von einer Ohnmacht der Aktiven oder der Leute, die aktiv werden wollen, zu spüren ist. Die sagen: »Ich habe versucht, im Haus meine Nachbar:innen zu mobilisieren, aber die Hälfte will einfach nicht.« Da kommen auch Ressentiments in einer gewissen Form vor, also dass Leute sagen: »Die zahlen ja eh nicht selber für ihre Wohnung, natürlich kümmern sie sich nicht.« Dann entgegnen wir, dass sie ja trotzdem dieselben Probleme haben. Solche Spaltungen erleben wir im Alltag häufiger, gerade wenn man mit Leuten spricht, die gerade anfangen, aktiv zu werden und teilweise auch schon frustriert sind, weil andere nicht aktiv werden wollen oder können und weil es nicht so gut klappt, eine große Masse zu mobilisieren. Dann überlegen sie sich, woran das liegen kann, und in den Erklärungsmustern, in die man schnell verfällt, tauchen dann auch Vorurteile auf.

TOM: Nach unserem Ansatz ist es immer von Vorteil, einen konkreten Kampf und eine kollektive Betroffenheit zu haben. Wir machen dann die Perspektive stark: Wenn wir uns aufgrund solcher Sachen spalten lassen, dann werden wir verlieren. Wir müssen uns alle zusammentun. Egal welche Nationalität oder Geschlecht oder ob Arbeiter:in oder Arbeitslose:r, letztendlich wohnen wir alle in diesen Wohnungen der LEG und müssen uns zusammentun, um gemeinsam etwas zu erreichen. So bieten wir auch ein anderes Deutungsmuster an, was dann relativ schnell übernommen wird und tatsächlich verfestigtem Rassismus den Rang abläuft. Oft sind es, wie Sarah sagt, Erklärungsmuster, um sich die eigene Situation und die Situation der anderen zu erklären. Unsere Rolle ist dabei, andere Deutungsmuster anzubieten. Das funktioniert ziemlich gut, weil es auch aufgrund der Logik dieses Kampfes für die meisten total ersichtlich ist.

SARAH: Allein über diese Erfahrung, dass ich hier die Flyer mit einer Frau verteile, die aus einem anderen Land kommt, und ich selbst komme schon aus einem anderen Land, also über die Erfahrungen, die sie im Viertel gerade in diesem Kampf zusammen gemacht haben, schmelzen solche rassistischen Vorstellungen ganz schnell dahin. Dafür ist eigentlich kein Raum. Wenn sich jemand zwar in den Kampf gegen die LEG einbringen würde, aber zu sehr mit rassistischen Vorurteilen beschäftigt ist, würde das langfristig einfach nicht funktionieren. Und die Gefahr, dass man sich spalten würde, wäre zu hoch. Hinter gewissen Grundsätzen müssen deshalb einfach alle stehen. Und zu unseren Grundsätzen gehört ja auch: Wir lassen uns nicht spalten.

TOM: In dem Sinne sind diese Grundsätze keine unmittelbare Voraussetzung, dass Leute überhaupt mal mitmachen. Wir sagen nicht: »Du hast jetzt einen Spruch gebracht, etwas Rassistisches oder Sexistisches gesagt, deswegen schließen wir dich aus.« Wir benutzen die Grundsätze eher als Diskussionsgrundlage, und auch als eine gewisse Absicherung für uns, als etwas, worauf wir verweisen können.

SARAH: Alle haben Zugang dazu, und wenn jemand konträr gehen würde, dann würden wir sagen, eine Zusammenarbeit passt einfach nicht. Aber im Prinzip stehen alle, die sich aktiv bei uns einbringen, sowieso schon dahinter, kommen über ähnliche Ideen dazu oder erleben in ihrer Alltagspraxis in den AGs, dass genau das der richtige Weg ist.

■ Positive Gestaltungsperspektive und Wunsch nach Gemeinschaft

LUISE: Ihr habt viel über die Wut der Leute gesprochen und dass sie ein Potenzial für Organisation birgt. Würdet ihr sagen, dass ihr über diese unmittelbare Betroffenheit – zum Beispiel durch die LEG – hinaus auch Potenzial dafür seht, den Stadtteil selbstorganisiert in einem positiven Sinne zu gestalten, ihn lebenswerter zu machen? Verfolgt ihr langfristig dieses Ziel, selbst wenn es jetzt keine unmittelbare Perspektive ist?

JANA: Ja. Das wird in Gesprächen auch immer wieder als Wunsch genannt, schon dadurch, dass es einfach keine Orte gibt, an dem Leute einfach zusammenkommen und Gemeinschaft leben können. Das Ziel ist auf jeden Fall, dass es ein lebenswerterer Stadtteil wird und insge-

samt kollektiv gestaltet wird. Natürlich ist das ein langer Weg, aber kein unmöglicher, würde ich sagen.

TOM: Bei denen, die aktiv werden, steht hinter der Wut meistens ein Wunsch nach eigener Handlungsfähigkeit oder danach, etwas fürs Viertel zu machen. Viele von den Leuten haben in den letzten Jahren auch schon allerlei probiert: Selbst ihre Nachbar:innen zusammenzutrommeln; mit anderen zum Beispiel etwas gegen das Müllproblem, oder auch gegen die LEG zu unternehmen; im Haus kleine Treffen oder einen Kaffeeklatsch abzuhalten. Ich glaube, eine Motivation bei Leuten, die aktiv werden, ist immer auch ein Wunsch nach positiver Veränderung und aktiver Mitgestaltung.

SARAH: Wir sprechen mit vielen Leuten, die schon sehr lange im Viertel wohnen und das Viertel anders erlebt haben und die sagen, im Viertel lässt sich mehr schaffen als das, was gerade da ist, wir müssen unser Viertel wieder lebendiger und lebenswerter machen. Diese Hoffnung, diese Ideen und Utopien sind in vielen Köpfen vorhanden.

TOM: Bisher haben wir nur am Rande von diesen Parkpicknicks oder Cafés erzählt, die wir vor Corona regelmäßig veranstaltet haben und die wir nicht nur als nettes Beiwerk zum Rest begreifen, sondern als zentralen Bestandteil unserer Praxis – genau mit dieser Idee, einen sozialen Ort zu schaffen, eine Alternative oder überhaupt einen Ort zum Zusammenkommen anzubieten, aber dadurch natürlich auch ein Stück weit eine gemeinsame solidarische, vielleicht widerständige Kultur aufzubauen. In diesen Momenten merken wir, dass es ein starkes Bedürfnis danach gibt. Bei den Leuten entstehen dann Ideen, was man alles noch machen könnte. Am Anfang waren wir sehr problemfokussiert und haben dann immer mehr gemerkt, dass der Wunsch nach positiver Veränderung und die eigenen Bedürfnisse der Leute ein genauso starker Antrieb sind, aktiv zu werden.

JANA: Obwohl die Erfahrung schon zeigt, dass der Wille, sich zu organisieren, bei akuten Problemen und Dingen, die Wut



LEG ES REICHT!
Protest-Planung am 29.04. 20 Uhr → Online!

Am 14.05 wollen wir nachmittags vor der LEG-Zentrale an der Hammerstraße protestieren!
Alle wissen warum!
Komm zur Protestvorbereitung am Do, den 29.04 um 20:00 Uhr. Onlineversammlung!
Anmeldung → 0177 6919494
Gemeinsam sind wir stark!

Unser Protest findet unter Einhaltung der Corona-Regelungen statt.

auslösen, höher ist. Der Wunsch nach dem anderen ist auch da, und das wird auch durchaus positiv angenommen, aber für einen festeren Zusammenschluss sind bisher die Alltagsprobleme als Ausgangspunkt nötig. Aber wenn es keine Gemeinschaft gibt, kann man auch die Alltagsprobleme nicht gemeinsam lösen, und über diesen Weg kommt es dann doch noch dazu.

■ Aktivitäten unter Corona-Bedingungen

LUISE: Es wurde schon deutlich, dass Corona euch viele Probleme bereitet hat. Wollt ihr dazu noch etwas ergänzen? Habt ihr die Erwartung, dass sich die ökonomische Krise in der nächsten Zeit noch zuspitzen und sich das auch auf eure Praxis auswirken wird?

TOM: Die ganzen Lockdowns haben seit einem Jahr vieles auf Eis gelegt, was eigentlich eine ganz gute Dynamik hatte, zum Beispiel den LEG-Kampf. Wir merken schon, wie wichtig diese Ebene von physischen Treffen ist – zusammenzukommen und sich gemeinsam zu erleben. Das geht gerade nur in sehr geringem Ausmaß, und dann oft auch über uns als Initiator:innen, was dem Ganzen eine gewisse Kollektivität nimmt. Andererseits haben wir uns darauf konzentriert, die bestehenden Kontakte zu halten und zu reflektieren, was wir bisher gemacht haben: War das erfolgreich, wie können wir weitermachen, wenn es die Bedingungen wieder zulassen? Es war nicht so gut möglich, viele Nachbar:innen über Onlinetreffen einzubinden, das heißt der Initiativkreis hat sich auch nicht vergrößert. Zu Beginn der Pandemie haben wir versucht, hier im Viertel ein solidarisches Netzwerk zur Einkaufshilfe, für Arztbesuche usw. einzurichten. Wir haben versucht zu schauen, was wir gerade machen können, was die Leute vielleicht brauchen und was unseren Ansatz stärkt. Bei dieser Einkaufshilfengeschichte gab es nicht so großen Bedarf, aber auch darüber haben wir wiederum Leute erreicht, oder es haben uns Leute kennengelernt, die zu helfen bereit waren. Positiv war die Gründung der Stadtteilzeitung, die den Zweck haben sollte, dass wir einerseits auf Leute zugehen und Interviews führen, so eine Art Ohr im Stadtteil behalten und mitkriegen, was los ist, und andererseits natürlich auch auf der Straße präsent bleiben, diese Zeitung verteilen, Gespräche führen.

■ Ausblick auf die Krise

TOM: Zur Frage nach der ökonomischen Krise: Wir haben relativ früh die Analyse gehabt, dass es wahrscheinlich die Wirtschaftskrise, die ja sowieso besteht, verstärken wird und sich irgendwann die Frage stellen wird, wer dafür zahlt. Wir haben Plakate mit dem Slogan »Wir zahlen nicht für eure Krise« aufgehängt, um genau diese Klassenfrage darin zu thematisieren. Das war vor ungefähr einem Jahr, wobei allerdings nach unserem Gefühl bei den Leuten selber noch kein starkes Bewusstsein existiert hat, was diese Krise bedeutet und was vielleicht kommen wird. Im letzten Jahr hat sich das aber verändert, weil sich immer mehr die Frage stellen: »Wer zahlt das?«, und jetzt auch die Haushaltszahlen rauskommen, wo zum Beispiel stark im Bereich Soziales gekürzt wird. So entwickelt sich ein Bewusstsein davon, dass das wahrscheinlich auch uns treffen wird. Und viele trifft es ja auch schon durch Kurzarbeit, Lohnkürzungen, Entlassungen oder auch zuhause mit Homeschooling und Reproduktionsarbeit. Allerdings arbeiten wir in einem Viertel, in dem viele dieser Probleme auch vor Corona schon existiert haben. Das ist also nichts Neues, es wird sich vermutlich weiter verschärfen und soziale Auseinandersetzungen hervorrufen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Strukturen und Methoden von sozialen Kämpfen von unten, die wir hier zu entwickeln versuchen, genau der richtige Schritt sind, beziehungsweise dass sie in Zukunft auch immer wichtiger werden. Deswegen denken wir, dass wir eigentlich ganz gut vorbereitet sind und der Ansatz sich auch für kommende Auseinandersetzungen eignet. Ungeklärt ist natürlich, ob unsere Strukturen dann offen und dynamisch genug sind, um diese ganzen Entwicklungen, die wir selber auch nicht komplett überblicken und einschätzen können, ausreichend aufzufangen und mit einer solidarischen Antwort zu verknüpfen und nicht rechten oder reaktionären Antworten das Feld zu überlassen.

■ Schwierigkeiten der Organisierung

LUISE: Gibt es über den Umgang mit Corona hinaus noch andere Probleme, die in eurer Praxis immer wieder auftauchen, vielleicht auch Vorhaben, die sich nicht haben umsetzen lassen?

JANA: Bisher gestaltet es sich schwierig, sich über das Wutthema LEG hinaus zu organisieren und eine hinreichende Dynamik zu erzeugen, sodass Aktivitäten wirklich erfolgreich werden. Das überschneidet sich

mit dem vorhin angesprochenen Gemeinschaftsthema: Ein Problem ist, dass wir keinen schönen Raum haben, den wir auch relativ frei gestalten und nutzen können. Gerade im Winter ist es schwierig mit Aktionen – im Sommer kann man das auch mal im Park machen, aber das bringt keine Kontinuität, wenn es keinen Ort gibt, der immer ansprechbar und nutzbar ist.

TOM: Eine klassische Schwierigkeit sind bei uns auch die Kapazitäten: An Ideen für weitere Initiativen, sei es Jugend oder eine Form von Organisation auf der Arbeit, zu Arbeitslosigkeit oder zur Viertelgestaltung mangelt es nicht. Es ist immer eine Frage, worauf wir uns fokussieren und was wir stemmen können. Wir setzen uns realistische Zwischenziele: Was ist gerade machbar, was bleibt erstmal im Ideenstatus? Gescheitert sind wir in einem Bereich noch nicht so wirklich. Im Hinblick auf den Aufbau einer sozialen und antikapitalistischen Bewegung merkt man aber in unseren konkreten Kämpfen schon, dass es relativ schwierig ist – und vielleicht auch unmöglich –, in einem einzelnen Stadtteil all diese Ziele umzusetzen, die wir mit revolutionärer Basisarbeit verfolgen. Das wird auch im LEG-Kampf schon deutlich, wenn wir größere Ziele angehen wollen. Dann brauchen wir einen Zusammenschluss von mehr Mieter:innen, dann müssen wir uns mit anderen Städten oder Stadtteilen zusammenschließen, wo ebenfalls Leute aktiv sind. Aus unserer Perspektive, in der das Ganze ja auch dem Aufbau einer größeren sozialen Bewegung dienen soll, die nicht nur auf ein Thema fokussiert bleibt, ist natürlich immer ein Ziel, über den eigene Stadtteil hinauszugehen, sich mit Gruppen in anderen Städten zusammenzuschließen, um auch als Bewegung und als gemeinsame Struktur zu funktionieren. Ich glaube, wir könnten ganz viele offene Fragen und Probleme aufzählen, die sich anderen Gruppen wahrscheinlich genauso stellen. Wir denken, dass das nicht in einem Stadtteil zu lösen ist und es dafür eine überregionale Zusammenarbeit braucht, und die fehlt gerade noch.

JANA: Jetzt auch aus der Perspektive von ROSA gesprochen: Wenn das Ziel ist, dass es einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, eine Revolution, wie auch immer man das nennen möchte, geben soll, und die Gesellschaft ganz anders strukturiert sein sollte, als sie gerade ist, dann funktioniert das natürlich nicht vereinzelt in einem Stadtteil, dafür brauchen wir das in jedem Stadtteil, und sei es erstmal in unserer Stadt, wo sich das zusammenschließen könnte. Aber natürlich wäre das auch auf größerer, überregionaler Ebene nötig. Ich würde nicht sagen, dass

das gescheitert ist, sondern es ist einfach etwas, was noch fehlt. Deswegen ist es schön, dass es – auch vielleicht nach Strategiedebatten, die breiter geführt wurden – nach und nach viele ähnliche Initiativen gab. Hoffentlich hat es das Potenzial, zu etwas Größerem zu werden.

Zweiter Teil: ROSA

■ Entstehung von ROSA

TOBIAS: Die Stadtteilgruppe BERG FIDEL SOLIDARISCH ist ja auf Initiative von ROSA entstanden. Was genau ist ROSA?

JANA: ROSA ist entstanden aus einer Kritik an bisheriger linksradikaler Praxis, wie wir sie zum Teil in Münster gelebt und umgesetzt haben. Es gab eine Unzufriedenheit damit, dass nicht gezielt auf eine größere Veränderung, auf eine Revolution oder grundlegende Veränderung der Verhältnisse hingearbeitet wird, sondern man eher von Projekt zu Projekt, von Kampagne zu Kampagne springt, immer Abwehrkämpfe führt, aber nicht wirklich weiterkommt. Dann wurde ein Such- und Diskussionsprozess gestartet, es gab eine Strategiekonferenz zu dem Thema, auch in Münster, wo solche Fragen und auch die Ideen von Basisarbeit und Stadtteilarbeit diskutiert wurden. Es ging darum, dass wir Politik mit der Gesellschaft und nicht eine Stellvertreterpolitik machen wollen; dass wir uns nicht als Linke unter Linken, sondern mit weiteren Teilen der Gesellschaft organisieren; nicht gegen, sondern für die Gesellschaft arbeiten wollen, indem wir uns als Teil der Gesellschaft sehen und verorten, um sie mitzuverändern. Aus diesem Such- und Diskussionsprozess und der Strategiekonferenz ist ROSA als politische Gruppe entstanden, mit dem Ziel, den Ansatz von revolutionärer Basisarbeit im Stadtteil zu stärken – als einem Ort, an dem verschiedene Konfliktlinien und Themen zusammenkommen. Die Idee ist, von unten Strukturen aufzubauen und Prozesse anzustoßen, die basisdemokratisch organisiert sind, die Interessen der Menschen im Stadtteil in den Vordergrund stellen und einordnen, um so darauf hinzuarbeiten, dass eine Revolution mit der Gesellschaft möglich wird. Das ist das eigentliche Ziel von ROSA: Der Aufbau einer basisdemokratisch und rätendemokratisch organisierten Gesellschaft. Solch ein revolutionärer Prozess hat dabei natürlich weitere Ebenen neben der Arbeit in Stadtteilen. Aus diesem Grund existiert ROSA neben den

Basisprojekten als eigenständige politische Struktur, die zum Beispiel auch das Ziel verfolgt, weitere Initiativen aufzubauen, Diskurspolitik zu machen, eine linksradikale überregionale Organisierung aufzubauen, politische Bildungsstrukturen zu entwickeln, Initiativkräfte auszubilden usw.

■ Verhältnis von ROSA und BERG FIDEL SOLIDARISCH

TOBIAS: In welchem Verhältnis stehen ROSA und BERG FIDEL SOLIDARISCH zueinander, sowohl in der Organisationsstruktur als auch im Blick auf personelle Überlappungen – zwei von euch dreien sind ja bei ROSA, eine Person nicht?

JANA: Im Initiativkreis von BERG FIDEL SOLIDARISCH, also bei den Leuten, die das gestartet haben, und nun im Strategietreffen gibt es eine personelle Überschneidungen mit ROSA. Ansonsten ist es strukturell unabhängig. Natürlich spielen Ideen, die zum Teil bei ROSA entwickelt werden, mit rein und stoßen mal einen Prozess an, aber der wird dann bei BERG FIDEL SOLIDARISCH gesondert besprochen. Es ist klar voneinander getrennt. ROSA macht weiterhin viel Diskussionsarbeit und will den Suchprozess noch weiterführen, während in Berg Fidel die tatsächliche Stadtteilarbeit stattfindet.

TOM: BERG FIDEL SOLIDARISCH ist auf Initiative von ROSA entstanden. Wir haben dann beschlossen, dass wir uns auch vor dem Hintergrund der Strategiedebatten vor ein paar Jahren nicht gänzlich in einem lokalen Stadtteilprojekt auflösen wollen, weil wir glauben, dass es – wie oben schon erwähnt – weitere Ebenen revolutionärer Arbeit braucht. Wir verstehen uns als Teil einer radikalen Linken und wollen uns auch neben der Stadtteilarbeit weiterhin so organisieren. Denn wir glauben, dass die Basisarbeit nur durch ein Zusammenspiel von lokaler Stadtteilarbeit, Prozessen überregionaler Organisierung und einer kollektiven Diskussion als radikale Linke zu einem gesamtgesellschaftlichen Wandel führen kann. Das findet in dieser Trennung, in diesen zwei Strukturen von ROSA und BERG FIDEL SOLIDARISCH, auch seinen Ausdruck.

TOBIAS: Ihr habt davon berichtet, dass sich einige Anwohner:innen BERG FIDEL SOLIDARISCH zugehörig fühlen. Gab es auch Übergänge von der Nachbar:innengruppe über BERG FIDEL SOLIDARISCH zu ROSA?

TOM: Den Übergang vom Stadtteil zu ROSA gab es jetzt noch nicht. Allerdings wäre da auch unsere Perspektive, die Leute erstmal zu ermutigen, Initiativkräfte für BERG FIDEL SOLIDARISCH zu werden, sich im Strategietreffen in Berg Fidel zu organisieren und dieses Projekt voranzubringen. Das Ziel ist nicht, möglichst viele Leute aus dem Stadtteil zu ROSA hin zu agitieren, auch wenn das mittelfristig eine schöne Entwicklung wäre.

■ Warum Stadtteilarbeit? Verhältnis zu einzelnen Kämpfen

TOBIAS: Es gibt mehrere Möglichkeiten, linke Politik zu betreiben, die sich nicht auf den Ortsteil konzentrieren. Warum habt ihr euch trotzdem für die Stadtteilarbeit entschieden?

TOM: Ausgehend von unserer Diskussion über die linksradikale Subkultur, aus der wir kamen oder kommen und die von der Gesellschaft getrennt stattfindet und sich teilweise gegen sie konstituiert, haben wir gesagt: Für einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, der nicht durch eine Avantgarde-Partei oder eine Minderheit gegen die Gesellschaft durchgesetzt werden soll, sondern vom Großteil der Gesellschaft getragen wird und so auch in einer emanzipatorischen Gesellschaft, die herrschaftsfrei ist, ankommen soll, muss es einen Prozess geben, der aus der Gesellschaft heraus kommt und von vielen Leuten mitgetragen wird. Dann haben wir geschaut: Wo gibt es in der Gesellschaft Potenzial dafür, dass Leute sich organisieren? Wir waren der Ansicht, dass wir uns konkret da organisieren müssen, wo Leute leben, die Interesse an einem radikaleren Wandel haben könnten. Für uns steht Stadtteilarbeit gar nicht unbedingt gegen eine Organisierung in Arbeitskämpfen oder feministischen und anderen Kämpfen. Wir begreifen den Stadtteil als einen Ort, wo viele dieser Kämpfe zusammenkommen, wo es möglich ist, verschiedene Kämpfe zu führen und durch die physische Nähe zusammenzuführen. Stadtteilarbeit bedeutet für uns nicht Mietkampf, sondern wir begreifen das schon als ein umfassendes Politikmodell.

SARAH: Ich bin nicht bei ROSA dabei. Als ich von BERG FIDEL SOLIDARISCH gehört habe, hat mich das total angesprochen, gerade in der Vielseitigkeit, die man in so einem Stadtviertel erlebt, wo man sich nicht auf eine Sache konzentrieren muss, sondern wirklich in allen Bereichen Kämpfe führen kann.

TOM: Nochmal zu der Frage, warum im Stadtteil und nicht feministische Kämpfe oder Arbeitskämpfe: Für uns ist die Organisierungsperspektive

sehr zentral. Wir glauben, wir müssen Orte schaffen, wo sich Leute kontinuierlich organisieren und letztlich radikalieren können, wo Prozesse von politischer Bildung und der Aufbau von Kollektivität stattfinden. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es im Stadtteil unter den aktuellen Bedingungen gut möglich ist, Langfristigkeit und Kontinuität aufzubauen, die dann Organisationsprozesse im Alltag der Leute lostreten kann.

JANA: Außerdem ist beispielsweise bei feministischen Kämpfen, die sonst häufig stadtübergreifend stattfinden, die Verortung im Stadtteil eine Chance, das auf stärkere und breitere Beine zu stellen, weil Leute sich viel enger und direkter und langfristiger organisieren können und somit auch schlagkräftiger werden. Dort hat man eine Basis, die Stärke gibt, weil man vielleicht auch von den negativen Konsequenzen eines Streiks beispielsweise weniger abgeschreckt wird, weil es solidarische Strukturen gibt, die einem den Rücken stärken. In der Breite der Gesellschaft fehlt das oft, oder man muss in den linken Kreisen sein, die vielleicht untereinander solidarisch, aber nach außen geschlossener sind. Deshalb glaube ich, dass es da Potenzial gibt, die übergeordneten Themen auch im Stadtviertel zu verorten, und dass sich das gegenseitig stärkt.

■ Zielvorstellungen

TOBIAS: Was würde passieren, wenn alles so läuft, wie ihr euch das vorstellt?

TOM: Das langfristige Ziel ist natürlich eine basisdemokratische, solidarische Gesellschaft und auch ein solidarisches und demokratisches Wirtschaftssystem – was für uns heißt: ein Bruch mit dem Kapitalismus, ein Bruch mit den Unterdrückungsmechanismen, die das einschließt. Kurzfristig geht es für uns darum, erst einmal erfolgreiche Projekte in einzelnen Orten aufzubauen, erfolgreiche Kämpfe zu führen und Leute in unseren Strukturen zu organisieren – was auch einschließt, sich die Methoden, die wir brauchen, um wirklich soziale Kämpfe zu führen und zu gewinnen, wieder anzueignen und Solidarität und widerständiges Handeln aufzubauen. Dann denken wir, dass es solche Projekte an vielen Orten braucht, dass wir weitere Projekte aufbauen müssen, aber auch, dass wir uns mittelfristig mit bestehenden Projekten zusammenschließen müssen, um nicht nur Politik für einen schöneren

Stadtteil zu machen, sondern letztendlich eine Basisarbeitsbewegung aufzubauen, die im Alltag der Menschen verankert ist und nicht nur als abstrakte Kampagnenpolitik stattfindet. Also eine Bewegung, die konkrete Verbesserungen erkämpfen kann, aber sich auch schon in der Art organisiert, wie wir uns eine zukünftige Gesellschaft vorstellen. Und dafür braucht es Organisation – nicht nur eine Vernetzung zwischen Gruppen, sondern auch ein Projekt, um eine gemeinsame Struktur aufzubauen und sich gemeinsam zu organisieren, um an Stärke zu gewinnen und die Gruppen in die Lage zu versetzen, immer mehr Errungenschaften zu erkämpfen. So weit können wir im Moment vielleicht denken.

■ Räte­demokratie

TOBIAS: Gemeinsam eine Struktur für eine basisdemokratische, antikapitalistische Gesellschaft aufbauen ist auch ein gutes Stichwort zur Frage der Organisation: Und zwar steht das RO in ROSA ja für »Räte organisieren«. Bis jetzt haben wir aber noch nicht über die Organisation in Räten gesprochen. Ist das etwas, das ihr anstrebt oder angestrebt habt?

JANA: Tom hat das schon angeschnitten mit der Bemerkung dass es uns auch darum geht, jetzt schon, in den Kämpfen die wir führen, Elemente einer kommenden Gesellschaft aufzubauen, wo man sich vorstellen kann, dass so eine solidarische Struktur in einem Stadtteil auch ein Anfang oder eine Basis für eine Rätestruktur sein kann, die sich



dann, wenn wir solche Initiativen auch in den anderen Stadtteilen haben, für stadtweite Themen austauschen und

zusammentun. Deswegen würde ich das schon als Keimzelle einer Rätestruktur sehen. Was wir machen, ist, die Selbstorganisation in der Gesellschaft nach basisdemokratischen Grundsätzen zu stärken. Das ist ein Schritt hin zu einer Räteorganisation.

TOM: In der Praxis nennen wir das, was wir aufbauen, noch nicht Räte, weil es, glaube ich, auch ein bisschen vermessen wäre. Aber wir denken, dass beispielsweise das Aktiventreffen das Potenzial hat, sich zu einer Struktur auszubilden, in der wir vielleicht irgendwann auf einer breiteren

Basis zusammenkommen und auch Entscheidungen treffen können, die den Stadtteil und die Menschen, die hier wohnen, betreffen. Wir müssen natürlich schauen, wie sich das überhaupt umsetzen lässt. Über die konkreten materiellen Dinge, über die wir entscheiden, müssen wir letztlich auch verfügen können. Deswegen ist das ein Prozess, würde ich sagen. Aber wir versuchen Elemente davon mit diesem Ziel einer rätedemokratischen Gesellschaft jetzt schon Stück für Stück aufzubauen.

■ Welche Arbeit macht ROSA?

TOBIAS: Gibt es bei ROSA Aktivitäten, die über die Basis- und Stadtteilarbeit hinausgehen?

TOM: Ja, die gibt es. Das ist vor allem eine Arbeit in der Linken in Münster, aber auch bundesweit. Wir sind in Münster in Bündnissen aktiv, in sozialen Kämpfen oder in sozialen Bewegungen, und versuchen, diesem Ansatz der revolutionären Stadtteilarbeit eine gewisse theoretische Grundlage zu geben, ihn zu verbreiten oder dafür zu werben. Ein Teil unserer Aktivität in sozialen Bewegungen ist es, diese Perspektive starkzumachen. Daneben organisieren wir bei ROSA Bildungsveranstaltungen, die wir teilweise auch für Nichtmitglieder öffnen, und sind durch ROSA mit Gruppen in anderen Städten in Kontakt. Mit denen tauschen wir uns aus, führen Diskussionen zu Basisarbeit und revolutionären Perspektiven.

TOBIAS: Könnte man sagen, dass BERG FIDEL SOLIDARISCH konkrete Arbeit vor Ort leistet und ROSA versucht, eine Art theoretisch weiterführende Perspektive zu vermitteln?

JANA: Ja, so könnte man es sagen.

TOM: Hätte ich spontan auch gesagt. Die Grundlage bei BERG FIDEL SOLIDARISCH ist eher, dass Leute aufgrund gemeinsamer sozialer Probleme, aufgrund des Stadtteils zusammenkommen und versuchen, Verbesserungen zu erkämpfen. ROSA verstehen wir eher als politische Organisation, bei der ideologische Gemeinsamkeit eine stärkere Rolle spielt.

■ Zur Vorgeschichte: Der »Lasst uns reden«-Prozess

TOBIAS: Ihr habt erwähnt, dass die Strategiekonferenz »Lasst uns reden« für euch wichtig war. Wie kam es zu dieser Konferenz, und welche Ergebnisse waren aus eurer Perspektive wichtig?

TOM: Die Konferenz hat 2016 stattgefunden. Es war die Zeit, in der die überregionale Strategiedebatte viel Dynamik hatte und sich viele Gruppen an vielen verschiedenen Orten die gleiche Frage gestellt haben: Passt unsere Praxis eigentlich zu unseren Ziel eines revolutionären Wandels? In dieser Zeit sind ziemlich viele Strategiepapiere entstanden, und in Münster haben sich aus verschiedenen Motivationen heraus Leute gefunden, um eine Konferenz zu organisieren, auf der mit Bezug auf die eigene Stadt die eigene Praxis diskutiert werden sollte. Es wurde breit eingeladen. Es sollte für dieses Wochenende die Organisation in viele Kleingruppen, die letztlich jahrelang nichts miteinander zu tun gehabt hatten, aufgebrochen werden, um allgemein über Ziele in der radikalen Linken und Strategien und Organisation zu diskutieren. Da hat im Vorhinein schon eine Debatte stattgefunden. Es wurde ein Reader veröffentlicht, in dem verschiedene Gruppen Positions- oder Kritikpapiere veröffentlicht haben. Der positive Effekt war vor allem, dass knapp 100 Leute an diesem Wochenende zusammenkamen, was für Münster eine beträchtliche Zahl ist, und gemeinsam diskutiert haben. Daraus ist eine Selbstkritik an der eigenen Praxis und eine Offenheit entstanden, über eine Neuausrichtung der eigenen Praxis nachzudenken. Konkret wurde daraus letztlich ein Strategietreffen, auf dem Leute das auch mit der Perspektive, eine Praxis daraus zu entwickeln, weiter diskutieren wollten. Daneben gab es verschiedene Kooperationen zwischen Gruppen, wovon aber aus heutiger Sicht nicht viel übriggeblieben ist, weil viele Gruppen letztlich doch wieder das gemacht haben, was sie sowieso machen. Es gibt immer noch einen starken Fokus auf Kampagnenpolitik und Organisation in linksradikalen Kleingruppen. Das Strategietreffen konnten wir über zwei Jahre weiterführen. In diesem Diskussionsprozess ist die Idee von Basisarbeit immer stärker geworden: Wir haben in diesem Ansatz viel wiedergefunden, was uns vorher gefehlt hat, was nicht stattfand. Wir haben gesehen, dass es möglich ist, zu sagen: Wir organisieren uns in einem Stadtteil, wir organisieren uns mit den Menschen, die da wohnen. Und letztendlich haben wir aus diesem Kreis ROSA gegründet und BERG FIDEL SOLIDARISCH als lokale Praxis.

JANA: Ein großer Punkt ist, sich zu trauen oder den Absprung zu schaffen, die Praxis zu verändern und Dinge anders zu machen, als man es vorher gemacht hat und dann auch erstmal mit vielen Fragezeichen dazustehen und nicht zu wissen, wie man anfangen soll. Bei uns gab es einen starken Bruch mit dem, was wir vorher gemacht haben. Das hat

es erleichtert, tatsächlich etwas langfristiges anderes aufzubauen und nicht in das Vertraute zurückzufallen.

Tom: Die Perspektive von Basisarbeit oder Hinwendung zur Gesellschaft aus linksradikaler Perspektive war auch eine Konsequenz aus der Konferenz. In Münster hat sich das im Diskurs so verbreitet, dass sich teilweise Monate oder Jahre später noch Gruppen auf Basisarbeit beziehen, aber als ein Bestandteil unter vielen. Dann werden Dinge als Basisarbeit verstanden, die höchstens ein Aspekt davon sind. Zum Beispiel am 1. Mai eine Kundgebung in einem Außenbezirk zu machen. Da sehen wir eher die Gefahr, dass es den Begriff von Basisarbeit schwammig macht. Aus unserer Sicht ist Basisarbeit ein bestimmtes Organisationsmodell, das wir mit BERG FIDEL SOLIDARISCH aufzubauen versuchen und nicht eine Komponente, die man mal macht und dann wieder nicht.

■ Überregionale Kontakte und Organisation

TOBIAS: Wie sieht euer überregionaler Austausch als ROSA mit anderen Gruppen aus?

JANA: Es gibt ein Beispiel, was uns in der Entscheidung, tatsächlich Stadtteilarbeit zu machen, sehr vorangebracht hat. In Bielefeld hat eine Gruppe eine Veranstaltung zu Stadtteilarbeit gemacht und eine Gruppe aus Argentinien vorgestellt, die dort Stadtteilarbeit und Basisarbeit macht. Wir waren als gesamte Gruppe dort und hatten einen totalen Aha-Moment. So gibt es schon verschiedene Formen von Austausch.

Tom: Wir haben schon gesagt, dass Basisarbeit für uns auch bedeutet, eine überregionale Organisation aufzubauen. Deshalb schauen wir auch immer, wo es Gruppen gibt, die ähnliche Sachen machen, und versuchen in Kontakt zu treten. Wir sehen zwei Ebenen der überregionalen Perspektive: Wir glauben, es braucht einen Zusammenschluss dieser Basisarbeitsprojekte zu einer gemeinsamen organisierten Bewegung. Daneben denken wir aber, weshalb es ja noch ROSA als eigenständige Struktur gibt, dass es auch den Aufbau einer überregionalen politischen Organisation von linksradikalen Initiativkräften braucht. Der Aufbau dieses Modells benötigt ein Zusammenspiel dieser beiden Ebenen. Deshalb diskutieren wir immer mal wieder mit Gruppen über diese Fragen und tauschen uns aus.

TOBIAS: Könnt ihr vielleicht jeweils ein Beispiel nennen, wie sich eine Vernetzung von Gruppen überregional auf dieser Stadtteil-ebene von Berg Fidel darstellen und auswirken kann und wie es im Unterschied dazu auf der Ebene von ROSA aussieht?

TOM: Auf der Basisarbeitsebene entsteht der Bedarf letztlich aus der Praxis selbst. Wenn wir beispielsweise merken, hier stoßen wir an eine Grenze, oder wenn wir einen Mietkampf führen und merken, es gibt viele Initiativen, die Mietkämpfe führen, und um stärker zu werden, müsste man sich eigentlich zusammenschließen – da gilt es, eine überregionale Organisation herzustellen, die aus den Fragen und Herausforderungen der lokalen Praktiken entsteht und durch die man voneinander lernen und Ressourcen teilen kann. Aber eben auch Orte für politische Bildung zu schaffen, damit das Ganze über eine reine Vernetzung hinausgeht und wir uns als wirklich gemeinsame Bewegung mit ähnlichen Prinzipien und Zielen begreifen können. Auf ROSA-Ebene wäre das die ideologische Funktion: Wir denken, dass es eine politische Organisation braucht, die daran arbeitet, eine eigene Erzählung aufzubauen, eine Utopie zu entwickeln, eine gesellschaftliche Alternative zu propagieren, Diskursarbeit zu machen; diese Perspektive in weiteren Teilen der Gesellschaft zu verbreiten und nicht nur in Stadtteilen; und Bildungsarbeit zu machen, Initiativkräfte zu entwickeln. Das wären Sachen, die eine politische Organisation erfüllen könnte.

JANA: Als Ergänzung zum überregionalen Zusammenschluss auf ROSA-Ebene als politische Organisation: Ich finde, das hängt auch stark mit dem Verständnis als Initiativkräfte zusammen, die versuchen, in den Stadtteil zu gehen und dort basisdemokratisch Selbstorganisationsprozesse anzustoßen. Dabei ist es natürlich hilfreich, wenn man sich mit Menschen zusammenschließen kann, die ein ähnliches Verständnis haben, und sich überlegen kann: Was ist das für eine Rolle, wie kann man das gut machen, was braucht man für Strukturen? Und: Was braucht man für Alternativstrukturen für eine bessere Gesellschaft? Was sind Dinge, die anzustoßen sinnvoll wäre? Es wäre gut, das nicht an jedem Ort alleine für sich zu überlegen, sondern voneinander profitieren zu können. Dabei ist der Zusammenschluss der Basisstrukturen der Stadtteilprojekte besonders wichtig, und dass sich Utopien entwickeln können. Das muss nicht nur in der politischen Organisation geschehen, es ist besonders wichtig, dass es dabei eine Verortung in der Basis gibt.

■ Neue Klassenpolitik

TOBIAS: ROSA leistet auch Theoriearbeit. Zu Beginn des Gesprächs habt ihr gesagt, dass die Menschen in eurem Stadtteil bereits ein starkes Gefühl von Abgehängtsein haben und dass man ihnen zum Teil nicht mehr erklären muss, dass etwas nicht richtig läuft, wenn sie in schlechten Wohnungen wohnen, wo sich nichts verbessert. Das sind Phänomene, die in Theoriedebatten aufgenommen werden und zum Teil unter dem Begriff »Neue Klassenpolitik« laufen. Wie beurteilt ihr die Debatte zur Neuen Klassenpolitik? Seht ihr eine Neuausrichtung in der radikalen Linken?

Tom: Auf der einen Seite sind wir als Gruppe aus dieser Debatte entstanden und beschäftigen uns auch immer noch damit, oder diskutieren verschiedene Beiträge. Wir denken also, viel von dem, was wir praktisch tun, findet sich da wieder. Wir denken, dass diese kollektive Diskussion erst einmal total positiv ist. Die Frage ist, ob es sich in konkreter Organisation, in einer konkreten Praxis niederschlägt. Da hatten wir teilweise das Gefühl, dass die Debatte ziemlich breit ist – bis hin zu einem Bernd Riexinger, der ein Buch mit diesem Titel geschrieben hat – und dadurch teilweise auch abstrakt, akademisch und unkonkret. Für uns geht es darum, diese theoretischen Erkenntnisse aufzunehmen und zu schauen, wie wir daraus eine Praxis entwickeln und ein Organisationsmodell aufbauen können. Eine Auswirkung davon ist die Gründung von vielen Solidarisch-Gruppen oder neuen Stadtteilgruppen, was positiv ist, weil Gruppen es offenbar in eine Praxis übersetzen wollen. Wir sehen allerdings die Gefahr, dass es diese recht abstrakte Debatte auf der einen Seite gibt und konkrete lokale Projekte auf der anderen, und dass dieser Faden einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung und einer überregionalen Organisation verloren geht, weil sich viele Gruppen in ihrer eigenen Praxis oder im eigenen Stadtteil befinden und Basisarbeit ein bisschen zum Selbstzweck wird. Eigentlich müssten wir wieder schauen, wie wir diese lokalen Projekte auf eine überregionale oder gesamtgesellschaftliche Ebene heben können. Wir glauben aber auch, dass wir im Laufe der Zeit viele praktische Erfahrungen gemacht haben, die es jetzt ermöglichen würden, auf die Frage der Neuen Klassenpolitik, der verbindenden Klassenpolitik oder überregionalen Organisation tatsächlich auch praktische Lösungen oder Antworten zu finden, und nicht nur rein theoretische.

TOBIAS: Das wäre wahrscheinlich noch einmal ein eigenes Gespräch wert. Kannst du kurz beschreiben, was euch vorschwebt?

TOM: Vor allem diese Perspektive erst wieder stark zu machen: Dass lokale Basisarbeit für einen gesamtgesellschaftlichen Wandel eine überregionale Perspektive braucht und den Zusammenschluss zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung. Beispiele könnten sein, Kongresse zu veranstalten, auf denen verschiedene Gruppen zusammenkommen und sich nach und nach Gemeinsamkeiten oder verschiedene Strukturen herausbilden können. Unser Eindruck ist im Moment, dass im Zuge dieser Debatte viel über Basisarbeit und lokale Stadtteilarbeit geredet wurde und Gruppen angefangen haben, sich dort zu organisieren, und jetzt vor Problemen oder Herausforderungen stehen und das auch reflektieren. Aber die Perspektive eines gemeinsamen überregionalen Zusammenschluss findet sich nicht mehr so stark wie zu Beginn dieser Debatte.

TOBIAS: Seht ihr neben dieser überregionalen Vernetzung, die gestärkt werden muss, in der Stadtteilarbeit noch Potenziale, die durch die Debatte um die Neue Klassenpolitik angestoßen, aber noch nicht ausgeschöpft worden sind?

JANA: Ich würde sagen ja. Das würde zum Beispiel heißen, in den Stadtteilen noch mehr zu gucken, wo genau die Überschneidungspunkte unterschiedlicher Unterdrückungsmechanismen liegen. Wie kann man Mietkämpfe mit Arbeitskämpfen zusammenführen? Wie kann feministische Stadtteilarbeit aussehen? Wie können wir im Stadtteil oder an der Basis antirassistische Kämpfe führen und weiterführen? Da ist noch ganz viel Ausbaupotenzial. Ich glaube, dass wir da auf jeden Fall vor Fragen stehen und dass es an anderen Orten auch so sein wird und man voneinander profitieren könnte. Ein anderes Beispiel ist, dass man unter Basisarbeit und Stadtteilarbeit vieles verstehen kann. Und den Fokus auf die basisdemokratischen und Selbstorganierungsprozesse zu legen, bedeutet nicht nur, in einen anderen Stadtteil zu gehen und dort für eine Demo zu flyern, sondern es braucht eine langfristige kontinuierliche Arbeit und eine gemeinsame Organisation an dem jeweiligen Ort mit den dort lebenden Menschen.

SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und KOLLEKTIV | Bremen

Nachdem die Bremer Gruppe KOLLEKTIV 2016 den in der deutschen radikalen Linken breit rezipierten Text »Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik – Kritik & Perspektiven um Organisation und revolutionäre Praxis« veröffentlicht hatte, haben Teile des KOLLEKTIV gemeinsam mit weiteren Bremer:innen als SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN den Versuch gestartet, die im oben genannten Text skizzierte Praxis in die Tat umzusetzen.

Dabei ging es um die Etablierung einer Stadtteilgewerkschaft im Stadtteil Gröpelingen, um dort solidarische Kämpfe anzuheizen und zusammenzuführen. Die Stadtteilgewerkschaft hatte in der Nachbarschaft zu zweiwöchigen Treffen eingeladen, wo Einzelne von ihren Problemen bei der Arbeit, beim Amt oder mit ihren Vermieter:innen berichten konnten und wo Strategien entwickelt werden sollten, um sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Konkreter bearbeitet wurden die Themen in entsprechenden Komitees – einem Arbeitskampfkomitee und einem Mietenkampfkomitee. Allerdings befindet sich die Gruppe seit einiger Zeit in einem Umstrukturierungsprozess, wie auch im Interview zu erfahren ist.

Wir haben das Interview im Oktober 2020 geführt.

■ Bisherige Arbeitsweise und Hürden bei der Arbeit

LUISE: Zunächst einmal allgemein: Was macht ihr als Stadtteilgewerkschaft? Auf eurer Website schreibt ihr, dass ihr eine Mietinitiative und eine Initiative für Arbeitskampf habt und dass eine Jugendgruppe in Planung ist. Was sind die Aktivitäten dieser Untergruppen? Gibt es regelmäßige Treffen? Was passiert auf den Treffen?

EMMA: Wie die Stadtteilgewerkschaft auf der Homepage dargestellt wird, so haben wir sie die letzten drei Jahre praktiziert. Alle zwei Wochen gab es ein einstündiges offenes Treffen der Stadtteilgewerkschaft

und anschließend haben sich das Mietkomitee und das Arbeitskampfkomitee getroffen. Diese Stadtteilgewerkschaftsstruktur war lange Zeit ergänzt durch verschiedene kulturelle, soziale und auch politische Aktivitäten.

Vor einiger Zeit haben wir dann angefangen, die letzten drei Jahre auszuwerten und einen Veränderungsprozess einzuleiten. Deswegen wäre im Moment die Frage eigentlich nicht »Was macht ihr gerade?«, sondern eher »Was habt ihr gemacht und was werdet ihr zukünftig machen?«

JOSEFINE: Zurzeit haben wir wegen Corona und unserer Umstrukturierung als einzig offen zugängliche Aktivität den »Freitagstreff«. Den gibt es erst seit anderthalb Monaten. Zwei bis drei Stunden ist dann unser Raum geöffnet und Leute können einfach kommen und mit uns quatschen. Die Treffen des Mietkomitees, die zurzeit stattfinden, würde ich dagegen als halboffenen beschreiben, weil wir dafür gerade nicht so sehr werben. Dahin kommen Mieter:innen, die uns schon länger begleiten und mit denen wir Kontakt zu halten versuchen. Ansonsten sind wir, wie Emma schon sagte, intern sehr damit beschäftigt, eine Umstrukturierung und Neuausrichtung vorzubereiten.

INSA: In den letzten zwei Jahren hat das Mietkomitee Kampagnen und Kämpfe gegen den Immobilienkonzern Vonovia in den Bereichen Modernisierung und Betriebskostenabrechnung geführt. Das werten wir zurzeit aus. Ein Grund für die Umstrukturierung im Bereich Mietenkampf ist, dass das, was wir bisher gemacht haben, stark in eine Individualisierung der Probleme gemündet und auf Rechtsfragen hinausgelaufen ist. Wir haben zwar immer versucht, als Gruppe aufzutreten, aber Vonovia hat das immer wieder vereinzelt. Dadurch wurden die Leute verunsichert und haben individuell reagiert.

Wir haben es zwar geschafft, einzelne kleinere Kämpfe zu führen und auch zu gewinnen, aber den zentralen Kampf gegen die falschen Betriebskostenabrechnungen konnten wir nicht erfolgreich beenden. Es ist uns hier nicht gelungen, Menschen dauerhaft zu organisieren und ausreichend Druck auf der Straße oder durch Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen. Deshalb überlegen wir im Mietkomitee gerade, eher auf Themen zu setzen, bei denen einem Konzern die Anwendung solcher Strategien der Vereinzelnung und Verrechtlichung nicht so leicht möglich ist.

ANNA: Wie sieht es beim Arbeitskampfkomitee aus?

EMMA: Das ist auch von der Umstrukturierung betroffen, wenn es auch weniger aktiv ist als das Mietenkomitee. Im Arbeitskampfkomitee haben wir uns mit der Frage beschäftigt, was eine Perspektive für Arbeitskämpfe sein kann, die aus dem Stadtteil kommt und die außergewerkschaftlich ist, was auf schlechten Erfahrungen mit Gewerkschaften beruht. Wir haben angefangen, uns mit Leiharbeit zu beschäftigen, weil es viele Leute in Gröpelingen betrifft und Bremen eine Hochburg der Leiharbeit ist, vor allem im Logistikbereich. Wir haben im Stadtteil und in den Logistikzentren, wo viele verschiedenen Firmen auf einem Fleck sind, Flyer verteilt. Das war auf ein regelmäßiges Treffen, eine Art Stammtisch ausgerichtet, aber wir haben auch Kundgebungen und Infotische organisiert.

Wir haben jedoch gemerkt, dass eine Organisation von Leiharbeiter:innen aus dem Stadtteil heraus die Kapazitäten unserer Stadtteilgewerkschaft übersteigt und es da eine breitere Perspektive braucht – auch wenn Leiharbeit eng mit dem Stadtteil verknüpft ist und oft eine Gewerkschaft nicht existiert. Deshalb sind wir einen Schritt zurückgegangen und haben angefangen, Interviews über Arbeitsbedingungen im Stadtteil zu machen, um herauszufinden, was die tatsächliche Situation ist. Es ist uns allerdings mit diesem Ansatz nicht gelungen, wirklich Leute zusammenzubringen. Einzelne sind dazugekommen. Aber die Idee, dass es einen Raum gibt, der außerhalb von wechselnden Betrieben steht, der im Stadtteil verankert ist und in dem Leute sich austauschen und Perspektiven entwickeln können, ist bisher nicht aufgegangen.

Das Arbeitskampfkomitee hat auch Veranstaltungen gemacht. Wir hatten Arbeiter:innen von Amazon aus Posnań in Polen und aus Hersfeld zu Besuch und haben eine Veranstaltung über den LKW-Bereich gemacht, um das Thema präsenter zu machen.

Auch haben wir einzelne kleine Kämpfe geführt, zum Beispiel als eine Person aus unserem Komitee von seiner Leiharbeitsfirma entlassen wurde und Lohn nicht ausgezahlt bekommen hat. Da sind wir gemeinsam zu der Firma gefahren und haben so parallel zu der laufenden Klage Druck aufgebaut. Aber im Arbeitsbereich ist es sehr schwierig, weil die Leute viel Angst haben und die rechtliche Situation oft nicht auf der Seite der Leute ist.

Also: Wir haben das Thema Arbeitskampf bearbeitet, aber wir haben es nicht geschafft, eine Organisierungsperspektive daraus zu entwickeln.

ANNA: Ihr seid noch in einer Suchbewegung?

EMMA: Genau. Auch das Arbeitskampfkomitee befindet sich in diesem Umstrukturierungsprozess. Wir wollen ab Beginn nächsten Jahres mit unserem neuen Konzept starten und dann stellt sich die Frage, wie die verschiedenen Kommissionen und Komitees damit verbunden werden.

ANNA: Ist die Jugendgruppe noch in Planung?

INSA: Einerseits konnten wir uns nicht entscheiden, ob wir einfach einen Ort für Jugendliche schaffen sollten, um dann im Prozess zu sehen, was passiert; oder ob wir eher direkt eine politische Gruppe anvisieren sollten, zum Beispiel eine Antifa-Gruppe, um von vornherein mit dem gewählten Thema auf Jugendliche zuzugehen. Da gab es lange ein Hin und Her. Schwierig war, dass unsere Räume zu klein sind – da können sich junge Menschen nicht gut treffen. Das dritte ist, dass viele von uns weiß sind und viele der jungen Menschen in Gröpelingen POC.

LUISE: Nochmal zurück zu eurer Umstrukturierung: Gab es noch weitere Gründe, diesen Prozess zu beginnen?

JOSEFINE: Beim Treffen der Stadtteilgewerkschaft, in das wir schon recht viel Hoffnung gesteckt hatten, konnten wir die Probleme der Leute, die zu uns kamen, nicht wirklich aufnehmen und damit etwas machen. Zwar hatten wir das Treffen genauso beworben – »Kommt mit euren Problemen mit dem Amt, mit der Miete und so weiter zu uns!« – und dann waren die Leute plötzlich da und haben tatsächlich von solchen Problemen erzählt, was aber in dem Setting dann einfach nicht so funktioniert hat, wie wir das erwartet hatten. Einerseits gab es Hemmungen, in der größeren Gruppe genauer nachzuhaken, was das Problem ist, weil dabei auch intimere Sachen zur Sprache kommen können; andererseits waren wir uns als Gruppe nicht im Klaren darüber, was genau wir eigentlich machen wollten und was nicht. Klar, wir wollten am liebsten sofort vor das Jobcenter ziehen und Radau machen – aber an diesem Punkt waren die Leute meistens nicht. Sie brauchten eher eine Begleitung, um die Sachen zu sortieren, bevor dann der Schritt kommen

men könnte, dass sie Lust haben, mit uns politisch aufzutreten. Dieser Schritt hat ge-



**SOLIDARISCH
IN GRÖPELINGEN**

fehlt. Da ist einfach nicht so viel passiert, oder es ist nicht das passiert, was wir wollten. Wir sind nicht zusammen weitergekommen.

INSA: Dass wir da in der großen Gruppe saßen, hat auch dazu geführt, dass die einen von uns mit den Leuten über ihre Themen gesprochen haben, während die anderen dabeisaßen und eigentlich nur auf ein anschließendes AG-Treffen gewartet haben. Es war unklar: Wer spricht mit den Menschen, und was ist die Rolle von denen, die dabeisitzen? Wir konnten nicht gut deutlich machen, warum es uns überhaupt wichtig war, diese Dinge in der Gruppe kollektiv zu besprechen, und was als Ansatz dahintersteht. Dass da so viele Leute saßen, hat die Menschen eher eingeschüchtert.

■ Pläne für Umstrukturierung

INSA: Und das ist auch ein Aspekt unserer neuen Herangehensweise, dass wir den Beratungsansatz und den Vollversammlungsansatz kombinieren wollen. Unsere ersten Anlaufstellen werden individuelle Bera-



tungen in rechtlichen Fragen sein. Sie sind insofern niedrigschwelliger, weil diejenigen, die dorthin kommen, erstmal auf weniger Leute von uns treffen. Ihr Problem und ihre Sicht der Dinge können dann mehr Raum bekommen und wir können besser erklären, wer wir

sind, was wir wollen und warum wir überhaupt die Beratung anbieten. Die Leute können uns in dieser Beratungssituation und vielleicht auch darüber, dass sie Unterstützung erfahren, erst einmal kennen lernen, um dann daraufhin vielleicht auch an Treffen teilzunehmen, auf denen es darum geht, wie wir gemeinsam politisch aktiv werden können.

Vorher gab es für all das nur das eine Treffen: Dort haben wir uns kennengelernt, wollten die Leute unterstützen, wollten uns politisch gemeinsam organisieren und irgendwie ging das alles zu schnell. Den Leuten war oft unklar, in was für einem Rahmen sie da eigentlich gelandet sind. Deshalb wollen wir die Räume für individuelle Probleme, für die gemeinsame Organisation und die für die Komitee-Treffen stärker voneinander trennen.

EMMA: Unsere Frage war immer: Wie können wir Strukturen aufbauen, in denen Menschen gemeinsam kämpfen? Und wie können wir dabei einen Politisierungsprozess anstoßen? Unsere Analyse und Bewertung der letzten drei Jahre ist, dass wir es zwar – insbesondere bei den Mietkämpfen – geschafft haben, immer wieder vereinzelt Kämpfe zu führen, und auch, Leute zusammenzubringen, dass wir auch einen Namen im Stadtteil haben und Leute uns kennen, dass auch Leute zu unseren kulturellen und sozialen Angeboten kommen; dass es uns aber nicht gelungen ist, kontinuierlich Leute gemeinsam zu organisieren und dass vor allem ein Politisierungsprozess nicht in dem Maße stattfindet, wie wir uns das vorher gedacht haben.

Die Idee der Stadtteilgewerkschaft war ja eigentlich: Wir führen verschiedene Kämpfe wie Miet- und Arbeitskämpfe, und dadurch, dass die Beteiligten sich freitags alle treffen, findet eine Verbindung der unterschiedlichen Kämpfe statt; es wird ein Ort der Politisierung. Das hat so aber nicht funktioniert, denn es sind nur wenige Leute geblieben.

ANNA: Liegt das Problem also darin, dass die Leute, die zu euch kommen, nicht mit der Art zurechtkommen, wie ihr als Stadtteilgewerkschaft Probleme angehen wollt? Sie kommen in der Erwartung, dass sie als Individuen eine Art Rechtsberatung bekommen, und das stimmt dann nicht mit dem überein, was ihr anbietet?

INSA: Dem würde ich zustimmen.

EMMA: Ich würde sagen, dass für die meisten Menschen, die in Deutschland leben, individuelle Rechtsberatung das Mittel der Wahl ist um ihre Probleme zu lösen; denn Leute sind es gewohnt, so an ihre Probleme heranzugehen, und das ist auch durch die Verfasstheit der Probleme nahegelegt. Bei den Mietkämpfen, bei denen wir häufiger mit vielen Leuten zusammen an einem Tisch saßen, oder mit 80 oder 100 Leuten kollektiv Widerspruch eingelegt haben, haben wir immer wieder gemerkt, dass man am Ende dahin getrieben wird, doch wieder individuelle Rechtsfragen zu lösen, damit Leute nicht ihr Haus verlieren oder Ähnliches.

Und wenn Leute mit einem Problem zum Treffen der Stadtteilgewerkschaft kommen, das wir nicht konkret lösen können, dann ist der Nutzen für sie nicht groß genug. Davon ausgehend haben wir uns überlegt: Wenn individuelle Rechtsberatung so eine große Rolle spielt und sie momentan von sozialstaatlichen und kirchlichen Trägern

nahezu abgedeckt wird und individualisiert bleibt, dann können wir sie auch anbieten, um sie als Ausgangspunkt der Organisierung zu nutzen.

TABO LAMARCA: Die Beratung als Ausgangspunkt kann man auch aus einer internationalistischen Perspektive betrachten. Migrant:innen wie ich haben viele Probleme mit der Miete, mit dem Jobcenter etc., und müssen immer wieder zur Beratung gehen. Die Leute brauchen das mit einer gewissen Regelmäßigkeit. Beratung hat für uns die Funktion, dass die Leute kontinuierlich immer wieder kommen und dass das einen Organisierungsprozess ermöglichen kann. Es geht uns nicht einfach um die Beratung an sich.

EMMA: Ja genau, die Hoffnung ist, dass Leute, die regelmäßig an Beratung teilnehmen, auf Dauer auch zu den regelmäßig Vollversammlungen kommen, in denen wir besprechen, welche kollektiven Aktionen wir machen können und was im Stadtteil passiert.

■ Anliegen, mit denen Nachbar:innen kommen

LUISE: Mit welchen Anliegen sind die Leute bisher zu den Treffen der Stadtteilgewerkschaft gekommen?

INSA: Vielleicht hilft es, ein paar Beispiele zu erzählen, etwa die Geschichte mit den Razzien: Da sind Nachbar:innen zu uns gekommen, bei denen Razzien durchgeführt worden waren, bei denen es offiziell darum ging, Überbelegungen oder Baumängel festzustellen – aber die Razzien waren natürlich auf Kosten der Mieter:innen und wurden von ihnen als extrem erniedrigend erlebt. Die Nachbar:innen haben erst mit uns Kontakt gesucht, sind dann aber schnell wieder zurückgerudert. Wir wissen nicht genau, woran das lag; vielleicht daran, dass wir in dem Gespräch gleich in Richtung Öffentlichkeitsarbeit gegangen sind – ich kann mir vorstellen, dass das vielleicht abschreckend war.

Andere, die gekommen sind, hatten zum Beispiel Probleme mit dem Jugendamt. Es war aber oft so, dass wir den Leuten in dem Moment nicht genügend anbieten konnten, um sie zu überzeugen, dass das der richtige Ort ist, um ihre Probleme zu lösen; weil wir einfach stark in Richtung Organisierung gedacht haben, aber die Begegnungsmomente zu kurz waren, um die Leute mitzunehmen.

JOSEFINE: Manche Leute kamen auch mit ihren Jobcenter-Bescheiden. Da können dann immer nur zwei oder drei Leute reinschauen, um sich ein Bild zu machen – das passte nicht so in den Rahmen.

Oder es kamen Leute wegen Problemen mit ihren Nachbar:innen, wobei so ein Rassismus bei ihnen durchgeklungen ist.

■ Rassistische Spaltungen im Stadtteil

INSA: Da ist beispielsweise das Thema Müll. Eigentlich haben wir uns immer davor gedrückt, etwas dazu zu machen, weil das Thema so rassistisch aufgeladen ist.

Gröpelingen ist sehr von Müll geprägt, der sich überall stapelt. In den anliegenden Parzellegebieten wird der Müll hingeschmissen. Ich bin einmal an einem Sperrmüllhaufen stehen geblieben, und dann hat gleich irgendwer aus dem Fenster gebrüllt, dass ich weitergehen und bloß nichts hinwerfen solle. Es ist eine sehr aufgeladene Stimmung. Wir hatten kurz Hoffnung, dass daraus etwas Positives entstehen könnte, als sich in einer unserer WhatsApp-Gruppen ein paar Mieter:innen darüber unterhalten haben, dass das ja so nicht geht und dass man da was machen sollte. Ich glaube, es gab die Überlegung, dass es mehr Information in verschiedenen Sprachen bräuchte. Zumindest war es etwas konstruktiver als die sonst typischen rassistischen Schuldzuweisungen. Aber den Impuls konnten wir nicht aufnehmen. Dann gab es in Verbindung mit dem Müllthema Razzien in Wohnhäusern, in denen vor allem bulgarische Nachbar:innen wohnen.

Das Thema ist schwierig. Und wir wussten nicht, was unsere Position zu der Problematik sein könnte. Am Anfang haben wir rumgesponnen, dass wir eine Kunstaktion machen und aus Müll etwas bauen könnten, um erst einmal ins Gespräch zu kommen. Aber das ist schon länger her.

EMMA: Wenn wir eine Vollversammlung zum Thema Müll machen würden, wäre die Gefahr ziemlich hoch, dass dabei Forderungen nach mehr Kameras vor jedem Haus, mehr Polizei und härteren Strafen herauskämen. Deshalb kann man nicht einfach Leute dazu zusammenbringen, ohne eine Idee davon zu haben, wie wir uns darüber hinaus weiter mit den Leuten zusammen organisieren können. Außerdem bleibt es sehr wichtig, im Diskurs endlich die Forderung stark zu machen, dass die Stadt dafür verantwortlich ist, sich um die Abholung des Mülls, wenn nötig alle zwei Tage, zu kümmern anstatt immer mehr Methoden zu

entwickeln, um Menschen zu überwachen und zu bestrafen und so die gegenseitige Denunzierung zu fördern.

LUISE: Kommen rassistische Vorstellungen dieser Art im Stadtteil häufiger vor?

EMMA: Ich würde sagen, dass es sehr häufig vorkommt und in verschiedene Richtungen geht: Für die alten Deutschen sind die gesamten Migrant:innen oder Geflüchteten das Problem, für die Türk:innen sind es die Kurd:innen, für die Kurd:innen die Bulgar:innen, für die Bulgar:innen die Rom:nija. Deshalb ist es umso wichtiger, Menschen zusammen zu bringen und den Fokus auf die strukturellen Ursachen der Probleme zu richten.

■ Interne Struktur von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN

LUISE: Könnt ihr eure interne Struktur beschreiben?

JOSEFINE: Bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gibt es eine Strategieguppe aus Initiativkräften, die sich jede Woche trifft. Wir gewichten die Treffen abwechselnd entweder auf Strategie oder auf Organisatorisches. Strategietreffen beinhalten viel Reflexion unserer Praxis. Bei den organisatorischen Treffen geht es dann eher um Fragen wie »Wer kümmert sich um den Brief an unseren Vermieter und wer ist beim Info-Tisch nächste Woche?«. Neben diesen Gesamtgruppentreffen organisieren wir uns in verschiedenen Kommissionen, die sich unter anderem um Öffentlichkeitsarbeit oder unsere internen politischen Bildungen kümmern. Oder wir bilden kurzzeitige Arbeitsgruppen, die für eine Ausgabe der Zeitung oder die Vorbereitung des nächsten Strategie-Wochenendes verantwortlich sind. Das Miet-Komitee und das Antira-Komitee sind zurzeit unsere einzigen festen Komitees. Dorthin kommen auch Leute, die nicht in der Strategieguppe sind.

ANNA: Bestimmte Untergruppen nennt ihr Kommissionen, andere Komitees: Was unterscheidet sie?



EMMA: Ursprünglich waren Komitees die Teile der Stadtteilgewerkschaft, in denen sich Menschen in bestimmten Kampffeldern gemeinsam organisiert haben, wie

zum Beispiel Miete, Arbeit, Jugend, Rassismus. Kommissionen gehören der Strategiegruppe an und sind nicht offen, sondern es braucht eine gewisses inhaltliches Verständnis und Übereinstimmung mit den Zielen und Strategien von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN.

JOSEFINE: Seit Neuestem haben wir noch ein Team zu Prozesskoordination. Das versucht, all die Stränge, an denen wir arbeiten, im Auge zu behalten und die Leute zu erinnern, an bestimmten Sachen weiterzuarbeiten und zu schauen, ob es schon Ergebnisse gibt, damit nicht so viel unter den Tisch fällt. Es geht aber auch darum, Möglichkeiten zu schaffen, leichter in die Gruppe reinzuwachsen – einen besseren Überblick zu bekommen und sich mehr verbunden zu fühlen, dadurch dass es in dem Team vielleicht eine Person gibt, die schon ein bisschen länger dabei ist, und eine andere, die noch nicht ganz so tief drinsteckt.

ANNA: Wie trifft ihr Entscheidungen? Gibt es eine Art Rätestruktur mit Delegierten, oder ist es eher informell geregelt? Habt ihr Erfahrungen gemacht, was gut und was schlecht funktioniert?

JOSEFINE: Entscheidungen treffen wir beim Strategie-Treffen. Es gibt Entscheidungen, die so folgenreich sind, dass wir das noch einmal mit anderen Leuten rücksprechen – das kommt aufs Thema an. Ansonsten sind die Strategie- und die Orga-Treffen Orte, wo Entscheidungen getroffen werden. Aber auch im Miet-Komitee, an dem Menschen teilnehmen, die nicht in der Strategiegruppe sind, werden Entscheidungen getroffen.

INSA: Es gibt Leute, die sich als Teil des Miet-Komitees, aber nicht als Teil von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN sehen. Die Leute in der Strategiegruppe fühlen sich dagegen als Teil der Gesamtstruktur; sie werden auch als »Initiativkräfte« oder »Aktivist:innen« bezeichnet. Wir haben kein Delegiertensystem, es wird nicht gewählt, wer zur Strategiegruppe geht. Allen im Miet-Komitee ist aber klar, dass wir als Kernaktive in Zusammenhängen arbeiten, die über dieses Komitee hinausgehen, und die Leute wissen, dass sie Sachen an uns herantragen können, zum Beispiel wenn sie mit etwas nicht einverstanden sind.

ANNA: Es gibt also eine interne Gruppe, die das Ganze ins Rollen gebracht hat, die sich strategische und organisatorische Überlegungen macht usw., und dann gibt es Leute, die beim Komitee mitmachen und die ganze Sache sozusagen mit tragen?

INSA: Genau. Es ist natürlich möglich, Teil der Strategieguppe zu werden. Das hängt davon ab: Wie sehr will ich das Gesamt Ding mit voranbringen, wie sehr sehe ich das als meine Aufgabe? Und habe ich dafür Kapazitäten? Einige sehen sich auch als Vertreter:innen des Miet-Komitees und sprechen auch in dieser Funktion auf Versammlungen usw., aber nur für diesen einen Bereich.

ANNA: In der Strategiedebatte um eine Neuausrichtung der radikalen Linken sind ja die »11 Thesen« von KOLLEKTIV stark rezipiert worden. Ist KOLLEKTIV einfach ein früherer Namen von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN? Oder ist es eine eigenständige Gruppe?

EMMA: Nachdem KOLLEKTIV die »11 Thesen« veröffentlicht hatte, gab es in Bremen verschiedene Leute, die Interesse an einer Stadtteilorganisation geäußert haben; und weil klar war, dass wir von KOLLEKTIV nicht in der Lage waren, so eine Praxis zu beginnen, hat sich eine Gruppe – SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN – gegründet, die nicht deckungsgleich mit KOLLEKTIV ist und in der diskutiert wurde, wie man das Konzept aus den »11 Thesen« in die Praxis umsetzen kann. Diese Gruppe ist es, die sich für den Stadtteil Gröpelingen entschieden hat und die dieses Konzept der revolutionären Stadtteilarbeit weiterentwickelt und trägt. Viele von KOLLEKTIV sind Teil von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN, aber nicht alle; und bisher ist eine Person von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN auch mit zu KOLLEKTIV gekommen.

Insgesamt würde ich sagen, dass das Verhältnis der beiden Gruppen immer wieder neu bestimmt werden muss. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN hat ursprünglich spezifischer die Frage der lokalen Umsetzung verfolgt, während KOLLEKTIV immer mit der Frage der überregionalen Organisation und der innerlinken Diskursverbreitung zu tun hatte. Inzwischen ist aber auch die Praxis von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN darauf ausgerichtet, eine organisierte soziale Bewegung zwischen den verschiedenen Basisprojekten zu schaffen.¹

1 Siehe dazu den 2021 von BERG FIDEL SOLIDARISCH und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gemeinsam verfassten Text im Untergrund Blättle: <https://www.untergrund-blättle.ch/politik/theorie/stadtteilbasisbewegung-stadtteilarbeit-die-konstruktion-einer-alternative-6633.html>

■ Räume und Finanzierung

ANNA: Wie wichtig ist es bei eurer Arbeitsweise, eigene Räume zu haben? Wie seid ihr an Räume gekommen und wie finanziert ihr sie?

JOSEFINE: Wir zahlen das selbst. Jede:r von uns zahlt so viel, wie er oder sie kann, und wir haben auch noch über die Kerngruppe hinaus Leute von außerhalb, die regelmäßig Geld überweisen. Vielleicht gibt es auch ab und zu mal Spenden von Eltern oder anderen Leuten. Das klappt eigentlich ziemlich gut – wir haben teilweise mehr, als wir ausgeben. Wir hatten trotzdem auch überlegt, mal wieder eine kleine Spendenmail zu schreiben, um einen Puffer für später aufzubauen oder für den Fall, dass Leute abspringen und nicht mehr zahlen können.

ANNA: Es reicht aber nicht für größere Räumlichkeiten?

INSA: Es ist die Frage, ob wir das wirklich wollen. Uns um Räume zu bemühen, hat uns ein halbes Jahr lang für andere Themen außer Gefecht gesetzt. Es ist auch eine Frage, wie viel wir uns zumuten wollen, was die Betreuung und Pflege von Räumen angeht.

Und nochmal zur Finanzierung: Wir haben von Anfang an die Regel gehabt, dass wir alle laufenden Kosten selber aus der Gruppe und über Kontakte stemmen wollen und Gelder nur für einmalige Kosten beantragen – zum Beispiel wenn wir wegfahren oder eine Anschaffung machen. Wir wollen nicht Gefahr laufen, in Abhängigkeiten zu geraten.

Und wie wichtig eigene Räume für eine Stadtteilgruppe sind? Es gibt auch Gruppen, die gute Erfahrungen damit machen, keine eigenen Räume zu haben. Bei uns ist das Problem, dass wir andere Räume nicht mehr nutzen durften. Die Träger haben gesagt, dass wir inhaltlich kooperieren müssen, wenn wir deren Räume nutzen wollen, oder sie haben uns einfach rausgeworfen. Wir haben keine gute Erfahrung damit gemacht, andere Räume zu nutzen.

■ Wer ist adressierbar? Womit erreicht man Leute?

LUISE: Wie hat sich die Zusammensetzung eurer Gruppe entwickelt? Gibt es Leute, die neu dazugekommen sind?

JOSEFINE: Im Miet-Komitee sind drei Leute, die zu Versammlungen von uns gekommen sind oder eine Begleitung von uns angefragt haben und dann dageblieben sind. Eine von ihnen hat vorher schon Menschen organisiert und Mieter:innen geholfen, sich zu wehren. Eine andere war

ebenfalls früher schon in linken Kontexten aktiv. Es bleiben eher Leute dabei, die sich eigentlich selbst helfen können, die aber Lust haben, das mit anderen zu machen.

EMMA: Unsere interne Gruppe ist auch ein bisschen gewachsen. Wir haben zum Beispiel Anfang des Jahres einen Kennenlernabend gemacht – da

war eine Person, die auch vorher schon mal auf einem Vortrag von KOLLEKTIV gewesen ist und die jetzt in der Kerngruppe ist.



ANNA: Was sind das für Leute, die eure Angebote wahrnehmen?

EMMA: Das sind alles ganz unterschiedliche Leute. Der Stadtteil insgesamt ist sehr arm und migrantisch geprägt. Ich würde sagen, dass die Leute, die zum Miet-Komitee kommen, eher weiß und älter sind. Aber zu den Beratungsangeboten und sozialen Aktivitäten kommen sehr unterschiedliche Leute. Leute, für die das Angebot über existenzielle Probleme vielleicht nicht der passende Zugang ist, sind Jugendliche, würde ich sagen.

LUISE: Wie werden Leute auf euch aufmerksam, und wie geht ihr auf sie zu? Wie ist euer Auftreten? Geht ihr offen mit euren politischen Positionen um?

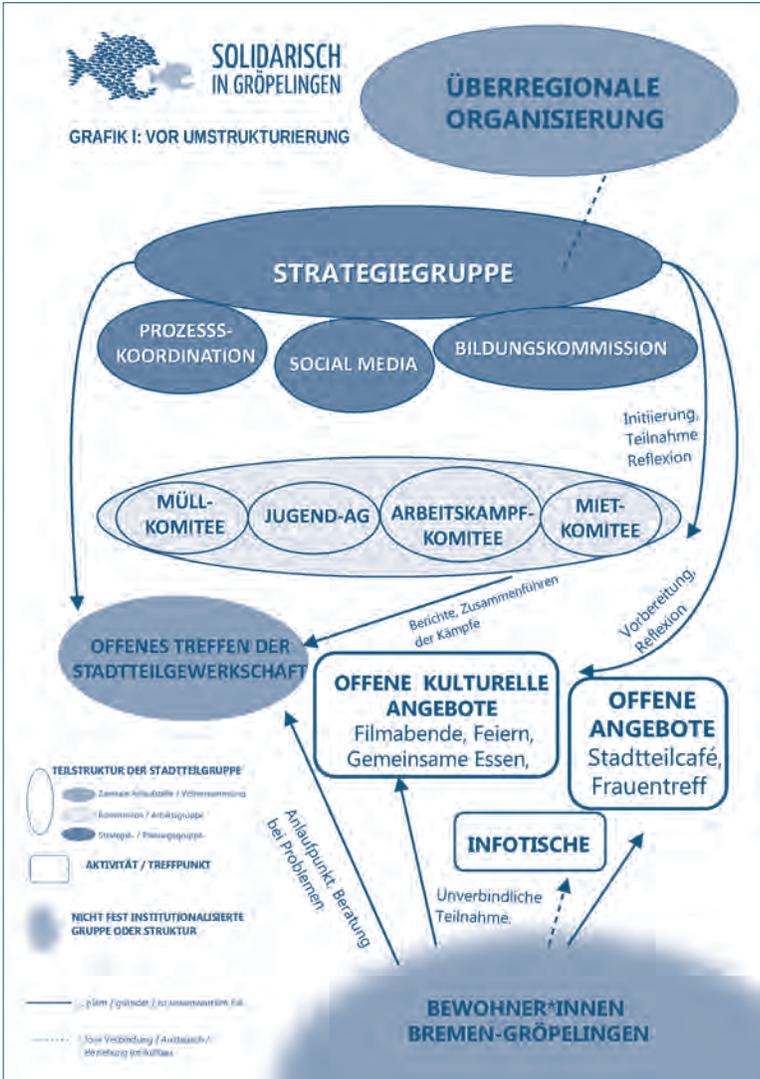
JOSEFINE: Das hat sich auch geändert. Wir versuchen inzwischen, deutlicher aufzutreten – vor allem in der Stadtteilzeitung – und natürlich trotzdem eine verständliche Sprache zu sprechen.

Wir verwenden Flyer und mit der Stadtteilgewerkschaft haben wir viel plakatiert. Darüber haben uns die Leute auch gefunden. Wir sind in verschiedenen Facebook-Gruppen, die Gröpelingen zum Thema haben. Außerdem machen wir Infotische und versuchen, auf der Straße mit Leuten ins Gespräch zu kommen.

EMMA: Ich würde die Infotische als einen besonders wichtigen Teil hervorheben. Wir haben ziemlich regelmäßig Infotische an verschiedenen Plätzen gemacht, immer, wenn es etwas Aktuelles gab und wir neue Flyer hatten, in Hochzeiten einmal die Woche.

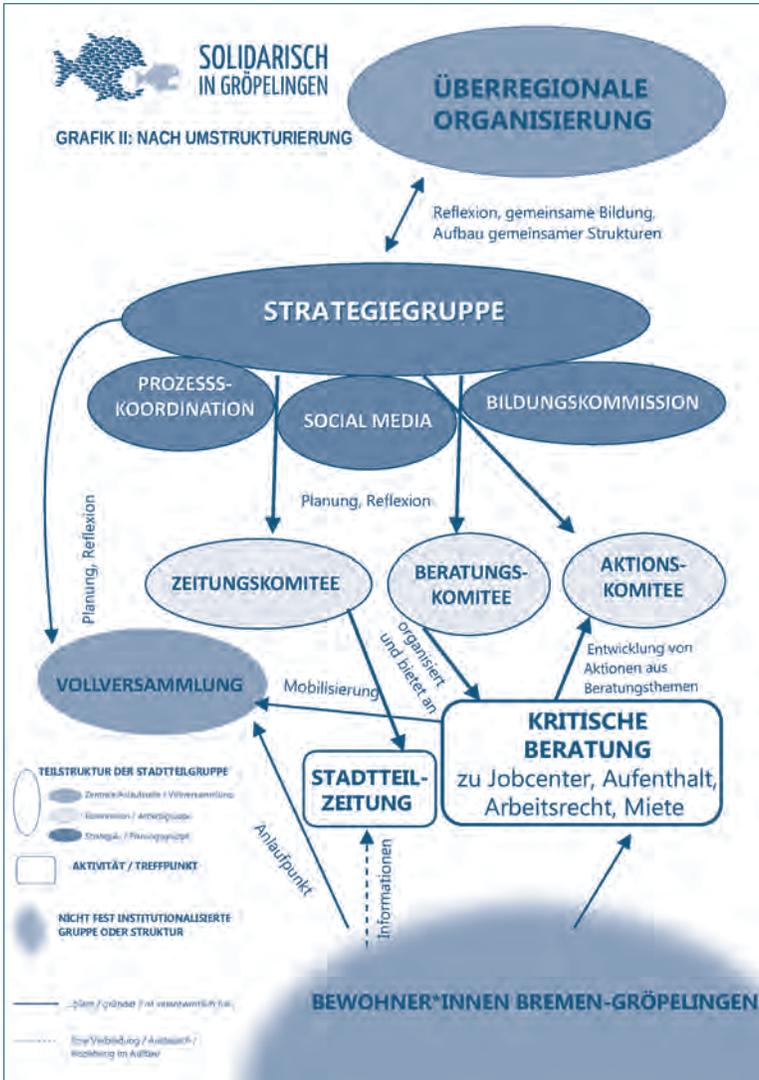


GRAFIK I: VOR UMSTRUKTURIERUNG



INSA: Als wir eine Versammlung zu Vonovia gemacht haben, haben wir fast an jeden Hauseingang eine Einladung geklebt.

JOSEFINE: Als wir noch keinen eigenen Raum hatten, haben wir einen von der Stadt finanzierten Bewohner:innentreff benutzt. Die Häuser stehen direkt um diesen Treff herum, und wenn wir dort ein Café gemacht haben, sind wir klingeln gegangen und haben die Leute einge-



laden. Geklingelt haben wir auch im Zusammenhang mit der Vonovia-Aktion – da aber mit sehr konkreten Fragen, zum Beispiel, ob schon Widerspruch gegen die Betriebskosten eingeleitet wurde.

INSA: Ich möchte noch etwas dazu ergänzen, wie wir vielleicht auf Leute im Stadtteil wirken. Ich glaube, wir sind schon weißer, wir sind teilweise auch akademischer und haben teilweise andere Werte: Viele von

uns haben keine so starke Bindung an so etwas wie Heimat, Familie, Religion oder Arbeit, und ich glaube, dass viele Menschen im Stadtteil ein anderes Weltbild haben. Da ist es manchmal nicht so leicht, miteinander auf eine gemeinsame Sprache zu kommen und sich gegenseitig zu verstehen.

■ Revolutionäre Kultur

LUISE: In euren Thesen findet sich das Konzept einer revolutionären Kultur. Wir fanden den Gedanken sehr spannend, dass es bei revolutionärer Organisation nicht nur darum gehen kann, sich von bestimmten Positionen abzugrenzen, sondern dass man auch im positiven Sinne bestimmte Formen im Umgang miteinander neu entwickeln muss. Findet das in Eingang in eure Arbeit? Habt ihr Versuche unternommen, darauf hinzuarbeiten?

EMMA: Dieser Punkt der revolutionären Kultur war gedacht als Abgrenzung, um gerade in so einem Stadtteil wie Gröpelingen nicht in eine Art Multikulti zu verfallen, wie es vor allem von einer weiß-deutschen Linken praktiziert wird. Gerade auch die türkischen Genoss:innen oder andere aus unserer Gruppe haben betont, dass es in jeder Community Rassismen und Nationalismen usw. gibt, und dass es darum gehen muss, eine neue gemeinsame Kultur zu entwickeln, die entsteht, wenn verschiedene Leute zusammenkommen und solidarisch miteinander sind; und die aus sehr verschiedenen Elementen oder mit verschiedenen Methoden hergestellt werden kann. Ich würde allerdings sagen, dass das bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN schwierig ist, weil wir, ganz banal, bisher keinen kontinuierlichen, gemeinsam organisierten Rahmen hatten, und auch unsere kleinen Räumlichkeiten machen es schwierig, dass etwas Lebendig-Dynamisches entsteht. In unserem Raum kann keine Café-Atmosphäre entstehen.

TABO LAMARCA: Wenn wir von populärer Macht oder von Macht von unten reden und bestimmte Formen schaffen möchten, in denen eine Gesellschaftsveränderung vorbereitet werden kann, dann gehört es dazu, dass wir neue kulturelle Beziehungen zwischen allen Leuten schaffen, die daran teilnehmen. Das haben wir in den Thesen so geschrieben, aber das praktisch umzusetzen, ist eine Herausforderung. Das ist nichts, was von heute auf morgen geht, das braucht Zeit und natürlich Kraft und Leute.

LUISE: Spielt die Verteilung von Care- und Reproduktionsarbeit im Stadtteil eine Rolle in eurer Arbeit? Wie finden feministische Themen allgemein Eingang in eure Arbeit?

JOSEFINE: Zu der Frage ist uns in der Vorbereitung nicht so viel eingefallen, weil das Themen sind, die wir nicht so oft ansprechen. Was Care innerhalb der Gruppe angeht, merken wir, dass wir es nicht schaffen, Menschen mit Kindern in der Gruppe zu entlasten, und wir führen Diskussionen darüber, wie es für sie einfacher wäre, an Treffen teilzunehmen – was für Strukturen braucht es, damit Menschen mit Kindern dabei sein können? Kinderbetreuung haben wir am Anfang mal probiert, aber die Menschen haben sich natürlich auch selbst schon darum gekümmert, sich ihre Strukturen geschaffen und ihre Bezugspersonen für die Kinder gesucht. Das zu verändern ist schwierig, dazu muss man gut miteinander in Kontakt sein und sich auf einer sehr persönlichen Ebene austauschen.

Um da etwas voranzukommen, haben wir soziale Treffen für uns selbst eingeführt, weil wir nicht ein Freundeskreis sind, sondern aus verschiedenen Gruppen kommen. Wir waren bisher viel in einem Arbeitsmodus und versuchen jetzt, uns auch außerhalb dieser Arbeit im Stadtteil näher zu kommen. Damit Beziehungen gelingen, braucht es Zeit und Vertrauen. Wenn wir selbst in der Gruppe noch keine guten Antworten haben, wie man das Leben kollektiver macht, so dass es für alle einfacher ist und alle ein bisschen mehr Zeit haben, dann ist es natürlich schwierig, auch noch eine Idee für den Stadtteil zu haben. Das Einzige, was mir einfällt, um auf Stadtteilebene Reproduktionsarbeit kollektiver zu gestalten, ist, eine Küfa zu machen, also auf den gemeinsamen Treffen gemeinsam zu kochen, sodass Leute sich nicht überlegen müssen, was mache ich heute Abend, wann geh ich einkaufen usw. Eine Küfa können Leute einfach in Anspruch nehmen. Da trifft man sich, es findet ein Austausch statt. Aber dafür braucht es geeignete Infrastruktur. Unsere Küche ist nicht so groß, aber es ist schon möglich. Uns kam allerdings Corona dazwischen.

NIMAH: Eines unserer wichtigsten Vorhaben war immer, ein Frauenkomitee zu bilden, mit einigen Genossinnen als Initiativkräften und interessierten Frauen aus dem Stadtteil. Daran sind wir bis jetzt gescheitert, einerseits, weil unsere Kapazität nicht so groß ist, und andererseits, weil wir keine solche Basis um uns organisiert haben. Wir waren auf dem Weg dahin, aber Corona hat die Bedingungen verschlechtert.

Deshalb fokussieren wir uns bei unserem Ziel, Care zu politisieren, jetzt auf uns als Initiativkräfte. Im Moment geht es nur wenig nach außen, sondern vor allem nach innen. Das hat mit Bildung zu tun, und auch damit, dass wir uns in unseren Reflexionstreffen kollektiv ein kritisches und verbindliches Bewusstsein darüber schaffen wollen. Wie Josefine gesagt hat, kommen wir aus unterschiedlichen Ecken, daher braucht es so einen Prozess nach innen. Manchmal haben Genossinnen die gesamte Gruppe zum Beispiel darauf aufmerksam gemacht, dass nicht genug auf Care-Arbeit geachtet wird. Sie haben Kritik geäußert, und das hat zu Diskussionen geführt. Das war insgesamt positiv.



Nach außen haben wir am 8. März eine Aktion vor dem Laden gemacht. Wir haben Leute, die bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN sind oder in der Nähe wohnen, eingeladen, etwas gemeinsam zu machen. Das ist symbolisch, das Ziel war, Aufmerksamkeit zu schaffen. Durch unsere Stadtteilzeitung haben wir versucht, das Thema aufzugreifen, wie schwierig Reproduktionsarbeit für Frauen während Corona ist. Wir hatten eine Sonderausgabe für Frauenthemen. Auch in zwei Interviews haben wir Hausarbeit während Corona thematisiert.

JOSEFINE: Das war auch irgendwie erfolgreich, weil sich nämlich eine Person in den Texten wiedergefunden hat und deshalb zu uns in den Laden gekommen ist. Leider konnten wir die Zusammenarbeit mit ihr nicht fortsetzen, weil es doch zu viel für sie war, mit dem ganzen Kram, den sie zu bewältigen hat. Das war ein bisschen schade. In dieser Ausgabe war es auf jeden Fall schon mal Thema, es ist aber generell, würde ich sagen, nicht so ein großes Thema. Wir hatten eine Zeit lang vormittags ein Sprachcafé und da kamen vor allem Frauen – das war teilweise eine reine Frauengruppe.

■ Entscheidung für Stadtteilarbeit

ANNA: Wie seid ihr überhaupt zu der Entscheidung gekommen, Stadtteilarbeit zu machen – im Unterschied etwa zu Arten der Organisierung, die mehr an bestimmten Themen oder bestimmten

Kampfformen hängen? Man könnte sich beispielsweise ja auch vorstellen, bremenweit Mietprotestgruppen oder Beratungsgruppen zu machen. Warum ist es wichtig für euch, das im Stadtteil zu machen?

EMMA: Das war eine Überlegung, die sich bei den Diskussionen während des Schreibens der »11 Thesen« ergeben hat. Eine der Analysen ist, dass die radikale Linke seit dem Ende des Realsozialismus in Teilbereichskämpfe zerfallen ist und dass eine übergeordnete Strategie oder die Frage nach einer Systemalternative oder einer Gesellschaftsveränderung, die über einen Teilbereichskampf hinausgeht, verlorengegangen ist, während diese Teilbereichskämpfe häufig von sozialen Kämpfen getrennt waren.

Seit den Diskussionen nach der Krise 2009/2010 sind soziale Kämpfe zwar wieder mehr Thema geworden, sie sind aber wieder mit denselben Methoden bearbeitet worden, nämlich mit Kampagnen und so weiter. Die Überlegung, in den Stadtteil zu gehen, ist: Es geht darum, die verschiedenen Kämpfe zusammenzubringen, und den Stadtteil wählen wir als sozialen Ort, wo Menschen leben, die gleichzeitig von schlechten Arbeitsbedingungen, von Mietproblemen und von Rassismus betroffen sind; wo es die Chance gibt, verschiedene Unterdrückungsverhältnisse und verschiedene Kämpfe zusammenzuführen, die Verbindung der unterschiedlichen Probleme deutlich zu machen und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive abzuleiten.

INSA: Bisher hat es noch nicht in der Dimension geklappt, die Kämpfe miteinander zu verbinden, wie wir uns das wünschen würden. Aber Menschen, die eigentlich nur zum Mietkomitee kommen oder zu einzelnen Treffen des Mietkomitees, bekommen zum Beispiel auch antirassistische Kämpfe mit oder Sachen, die wir gegen Polizeigewalt machen. Das ist schon ein großer Vorteil bei dem, was wir tun: dass verschiedene Themen gleichzeitig Raum haben können, mit verschiedenen Schwerpunkten in den einzelnen Begegnungen. Wir können uns mit den Menschen im Stadtteil zu verschiedenen Bereichen austauschen und aufzeigen, wo sie zusammenhängen und wo dieselben Ursachen hinter unterschiedlichen Problemen stecken. Das ist etwas, was in einzelnen Teilbereichskämpfen nicht so gut funktioniert.

■ Vor- und Nachteile der Wahl von Gröpelingen

ANNA: Wir würden gerne mehr über eure Entscheidung für den Stadtteil Gröpelingen wissen. Wenn ich das richtig mitbekommen habe, wolltet ihr in einen Stadtteil gehen, der besonders arm und besonders migrantisch geprägt ist. Warum?

INSA: Wir haben uns verschiedene dieser prekären Stadtteile angeschaut und Umfragen vor Ort gemacht, um herauszubekommen, wie die Stimmung dort ist und was die Leute bewegt. Aufgrund verschiedener Faktoren – einerseits der Umfragen, andererseits auch, wo wir selbst wohnen und wie der Stadtteil generell aufgestellt ist – haben wir uns dann für Gröpelingen entschieden. Da bekommen wir Sachen mit, die es in reicheren Stadtteilen nicht in der Weise gibt, wie zum Beispiel dieses Müllthema, zu dem wir noch keinen Weg gefunden haben, wie wir es bearbeiten könnten, das aber sehr präsent ist; oder die Razzien in der Straße, in der unser Laden ist; oder auch die Taktiken und Strategien der großen Wohnungsbaukonzerne, die genau dort ihre Wohnungen haben. Es ist ein Ort, an dem wir das Gefühl haben, dass es Sinn macht, präsent zu sein. Dort gibt es höchstens die Generation von Linken, die jetzt Soziale Arbeit und kulturelle Arbeit macht; aber es gibt keine linken Strukturen, die nicht von Wohlfahrts-trägern oder Parteien abhängig sind. Zuletzt wurde da ein Mensch von der Polizei erschossen – es passieren einfach Sachen, die in anderen Stadtteilen nicht passieren, und die wichtig für uns sind und für das, was wir machen.

JOSEFINE: Wir haben nicht gedacht: Je prekärer, umso besser organisierbar. Vielleicht eher: Hier gibt es Probleme und vielleicht ist das eine Möglichkeit, in Kontakt zu kommen, um dagegen etwas zu tun. In Wirklichkeit ist es aber so, dass die Leute keinen Kopf dafür haben, sich mit uns zu organisieren, oder wir konnten noch nicht verständlich machen oder zeigen, dass das was bringt. Leute müssen die ganze Zeit fies arbeiten und auch zu unterschiedlichen Zeiten, sodass wir Leute nie gut zu einem Termin zusammenbringen konnten, weil immer irgendwer arbeitet oder mal einspringen oder auf Kinder aufpassen muss. Das ist ein Hindernis, für das wir noch keine Lösung gefunden haben.

Dadurch, dass hier viele migrantische Leute wohnen, haben wir auch oft Sprachbarrieren, die wir bisher nicht zufriedenstellend überwinden können. Die Zeitung können wir übersetzen lassen, wenn wir

Leute finden, die Zeit dazu haben, aber in der Kerngruppe sind nicht immer Leute da, die Türkisch oder Persisch sprechen, wenn wir einen Infotisch machen.

EMMA: Wir haben uns am Anfang verschiedene Kategorien von Stadtteilen angeschaut, nämlich zum einen die, in denen es eine linke Subkultur gibt und die meistens zentrumsnah sind, und auf der anderen Seite prekäre Stadtteile, die oft weit weg vom Zentrum liegen, in denen kaum Linke wohnen, die man kennt, und in denen es wenig Strukturen gibt. Es war eine bewusste Entscheidung zu sagen: Wir wollen linke Politik und Organisationsansätze genau dahin tragen, wo bisher vor allem religiöse und reaktionäre Kräfte aktiv sind oder wo es eben gar keine Angebote gibt. Wenn man als Jugendliche:r in Gröpelingen aufwächst, ist die Wahrscheinlichkeit relativ gering, dass man mit linken Organisationsansätzen oder Ideen in Kontakt kommt.

Wir haben am Anfang Umfragen in anderen Stadtteilen gemacht, wo uns oft gesagt wurde: »Schöne Idee, was ihr macht, aber nee, ich habe meine eigene Wohnung, ich habe meinen Job.« Also natürlich: Umso mehr Probleme da sind, desto mehr ist auch ein Potenzial da. Aber das heißt noch lange nicht, dass es eins zu eins genutzt werden kann, weil natürlich Prekarität auch wahnsinnig viel beschränkt – die Leute haben überhaupt keine Zeit.

JOSEFINE: Ich würde wieder nach Gröpelingen gehen. Problematisch ist dort allerdings, dass es viele städtische oder sozialstaatliche Akteur:innen gibt, von denen wir uns nicht so gut abgrenzen können. Auf den ersten Blick sehen wir wahrscheinlich relativ ähnlich aus, hauptsächlich junge weiße Deutsche. Wir versuchen uns dann politisch abzugrenzen mit dem, was wir sagen, und indem wir nicht mit diesen Akteuren zusammenarbeiten. Aber ob das für andere Leute wirklich durchsichtig ist? Wahrscheinlich nicht. Wir haben noch nicht ganz raus, wie wir Leuten, die bei uns vorbeikommen, erklären können, wer wir sind, was wir wollen und warum wir wollen, dass sie zu uns kommen.

EMMA: Wir haben auch geschaut, in welchen Bereichen und anhand welcher existenziellen Probleme sich andere Bewegungen organisieren. In Deutschland gibt es immer noch die sozialstaatlichen Abfederungssysteme. In einem Stadtteil wie Gröpelingen werden Kinderprogramme, Frauenkurse, Mädchenangebote, Boxclubs angeboten – vom Staat organisiert, von Trägern umgesetzt. Es ist nicht so, dass da eine Leere

herrscht, in die eine politische Bewegung einfach reinspringen und ein Angebot machen kann. Und im Zweifelsfall haben die anderen mehr Geld. Zum Beispiel hat in unserer Straße vor einem Jahr ein vom Innenministerium finanziertes Projekt namens »Europa Zentral« zur Verhinderung des Abgleitens ärmerer Stadtteile begonnen. Die machen Kulturelles, Beratungen, Straßenfestivals und so weiter. Das bringt am Ende null im Sinne konkreter Verbesserung, aber ist ein Projekt, das nur eine Ecke weiter sitzt. Es gibt auch ein Quartiersmanagement. Darüber wird ja in Deutschland auch wahnsinnig viel staatliches Geld in solche ärmeren Stadtteile reingepumpt. Das kommt zwar bei den Leuten nicht an, hat aber eine fette Schicht von Sozialarbeit zur Folge.

INSA: Woran wir auch im Rahmen unserer Umstrukturierung immer noch arbeiten, ist die Frage, wie wir den Leuten relativ schnell das Gefühl geben können, dass es ihnen etwas bringt, Sachen mit uns zu machen und trotz ihrer prekären Lage noch zu einem Treffen oder in den Laden zu gehen. Deswegen wollen wir mit der Verbindung von Beratungsansatz und Versammlungsansatz zusätzlich zu den Komitees einen Raum schaffen für Leute, die wir anfangs einfach unterstützen können, um danach erst den Vorschlag zu machen: »Hast du Lust, mit uns zusammen auch Sachen zu gestalten?« Wie das funktioniert und was es bringt, können wir dann in zwei Jahren erzählen.

■ **Mittelfristige Ziele**

ANNA: Emma, du hattest vorhin gesagt, dass ihr bei KOLLEKTIV mit der Basisorganisierung immer ein revolutionäres Ziel verbunden habt. Was heißt das übersetzt in mittelfristige Ziele?

EMMA: Mit dem neuen Ansatz drehen sich die Diskussionen darum, zu einer festeren, organisierteren Struktur zu kommen und sich zu überlegen: Wie können wir populäre Macht oder Gegenmacht von unten aufbauen? Ich würde sagen: Das mittelfristige Ziel wäre, dass viele Leute, die über die Beratung zu uns kommen, sich mit uns organisieren, an Vollversammlungen teilnehmen, in den Komitees aktiv sind, kulturelle Veranstaltungen machen und sich SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN zugehörig fühlen; und dass SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN eine soziale politische Organisation im Stadtteil ist, mit einem fest organisierten Rahmen, mit klaren Prinzipien, und dass bei den regelmäßigen Vollversammlungen die Möglichkeit besteht, Themen zu diskutieren, die

im Stadtteil aktuell sind, zum Beispiel: »In der letzten Beratung hatten fünf Leute das gleiche Problem mit der und der Leiharbeitsfirma – gibt es die Möglichkeit, dass wir eine kollektive Aktion machen?«

Es geht also immer um die Frage: Wie können wir die individuellen Probleme aus der Beratung in ein gemeinsames kollektives Handeln umwandeln? Gleichzeitig ging es darum, einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, zu dem sich immer mehr Leute zugehörig fühlen und in dem Lernprozesse stattfinden können: Wie laufen Versammlungen ab, wie läuft Basisdemokratie ab, wie laufen kollektive Aktionen ab, wie spreche ich, wie mache ich eine Kundgebung? Revolutionären Charakter bekäme das aber nur in Verbindung damit, dass Gleiches oder Ähnliches in vielen anderen Stadtteilen und Städten auch entsteht und daraus eine soziale Bewegung wird.

TABO LAMARCA: Zu den mittelfristigen Zielen gehört auch, dass wir eine überregionale Organisierung entwickeln müssen. Eine Revolution, eine tiefe Gesellschaftsveränderung kann man nicht in einem Stadtteil alleine erreichen. Das ist eine Abgrenzung von Ansätzen wie dem Community Organizing. Es geht nicht um eine Community, sondern um eine Gesellschaft. Um eine Veränderung an der Wurzel zu schaffen, müssen wir größer werden. Wir streben auf jeden Fall an, nicht nur in Gröpelingen, sondern in Bremen und überregional als Stadtteilbasisarbeitsbewegung größer zu werden. Es ist eine Herausforderung, eine revolutionäre Kraft zu entwickeln.

■ Überregionale Organisierung

ANNA: Wir haben über diesen Punkt auch mit HÄNDE WEG VOM WEDDING gesprochen. Die haben das auch so gesehen, dass eine revolutionäre Arbeit zwar auf Stadtteilarbeit angewiesen ist, aber darüber hinausgehen muss. Sie haben aber betont, dass eine überregionale Organisierung ihrem Eindruck nach überhaupt erst dann funktioniert, wenn man lokal schon sehr gut verankert ist. Würdet ihr das auch so sehen oder würdet ihr eher sagen, dass es eine Wechselwirkung gibt und dass man mit der überregionalen Organisierung nicht warten kann, weil sie auch bei der Stadtteilarbeit hilft?



JOSEFINE: Es ist die Frage, was fest verankert genau heißt. Sobald Leute mit Leuten im Stadtteil in Kontakt sind, gemeinsam Dinge tun und Erfahrungen haben, kann man sich darüber austauschen und kann voneinander lernen. Bei unserer politischen Bildung war einmal jemand von BERG FIDEL SOLIDARISCH, und es war spannend zu hören, was dort passiert, was sie versuchen und was bei denen gut klappt und was nicht. Ich glaube schon, dass man damit etwas anfangen kann, auch um sich Mut zu machen und zu sagen: Jetzt bloß nicht aufhören, auch wenn es gerade scheiße läuft oder nicht so viel dabei rumkommt.

INSA: KOLLEKTIV ist stärker in die überregionalen Prozesse involviert als SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN. Deshalb ist es aus der Perspektive von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN nicht so einfach zu sagen, was gut läuft und was nicht. Leute aus anderen Gruppen waren bei uns zu Besuch und wir haben Leute aus anderen Städten auf gemeinsamen Veranstaltungen oder Bildungsveranstaltungen getroffen – dort gab es einen eher praktischen Austausch. Ich würde sagen, dass gemeinsame Bildung gut funktionieren kann, aber die Gruppen müssen sich dafür schon relativ ähnlich sein.

EMMA: Ein Problem ist es, wenn x-beliebige Gruppen, die sehr unterschiedliche Strategien und ideologische Hintergründe haben, quasi einen Dachverband gründen wollen, und das auch noch relativ schnell und mit hohem Druck. Das funktioniert nicht so gut, würde ich sagen, und das war auch das Problem, das wir beim Kongress der Kommunen² gesehen haben. Aber es ist wichtig, von Anfang an die überregionale Organisation parallel zur lokalen Praxis zu denken. Denn wenn Gruppen erstmal eine total unterschiedliche lokale Praxis haben, wird es schwieriger, sie zusammenzubringen.

Was Josefine schon meinte: Es bringt viel, sich auszutauschen und gemeinsam über strategische Fragen zu sprechen. Die großen strategischen Fragen, vor denen Gruppen stehen, die einen ähnlichen Ansatz verfolgen, können nicht von den einzelnen Gruppen gelöst werden, sondern es braucht einen kollektiveren Prozess. Insofern denke ich, dass der überregionale Prozess ein wesentlicher Teil auch des lokalen Prozesses ist.

2 Eine Initiative zum überregionalen Zusammenschluss von linken Basisgruppen; siehe <https://lowerclassmag.com/2018/04/23/kongress-der-kommunen/>.

Wenn man mit revolutionärer Basisarbeit anfängt, denkt man, man geht irgendwo hin und dann kommen ganz viele Leute aus dem Stadtteil dazu und tragen das Konzept weiter. Aber es dauert wahnsinnig lange, bis so etwas passiert. Und der Ansatz der revolutionären Basisarbeit ist in der radikalen Linken immer noch marginal. Das heißt, dass es auch eine politische Kraft braucht, die diesen Ansatz stärker macht, sodass mehr Leute sich dafür interessieren. Das braucht gemeinsame Bildungsveranstaltungen, wo man sich die Skills und Herangehensweisen aneignet, um so etwas umsetzen zu können. So etwas haben wir in der ersten politischen Bildungsveranstaltung von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gemacht. Aktuell sind wir dabei, uns mit anderen Stadtteilgruppen zu organisieren.

ANNA: Verbindet ihr dann auch bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN mit überregionaler Organisation mehr als wechselseitige Besuche zwecks Skillsharing?

INSA: Aus meinem Verständnis heraus würde es schon darum gehen, mit Gruppen, die eine ähnliche Strategie, eine ähnliche Praxis und auch einen ähnlichen theoretischen oder ideologischen Hintergrund haben, zu schauen, dass es auch auf einer Organisationsebene auf Dauer enger werden kann.

EMMA: Bei KOLLEKTIV sehen wir das genauso. Das eine ist ein reiner Austausch von Fähigkeiten, das ist eine Sache auf der praktischen Ebene. Aber damit sich ein Ansatz von revolutionärer Basisarbeit im Stadtteil mit einer Perspektive von tatsächlicher Gesellschaftsveränderung verbinden kann, braucht es auch Initiativkräfte, die so eine Strategie verfolgen, und das geht über einen Austausch hinaus. Es ist ein gemeinsamer Suchprozess, eine gemeinsame Weiterentwicklung von Strategien und Praxen, um eine Parallelität von Praxen zu entwickeln und auch auf einer organisatorischen Ebene zusammenzuwachsen. Organisation ist für die Linke weltweit eine offene Frage. Wenn man auf Selbstorganisation setzt und gleichzeitig eine revolutionäre Perspektive anstrebt, dann müssen Antworten auf die Frage gesucht werden, wie das Verhältnis von politischer Organisation und Basisorganisation aussieht oder wie das Verhältnis zwischen Initiativkräften und neuen Mitgliedern gestaltet werden kann. Wie kann die Verbindung zwischen dem Organisationsansatz der politischen Organisationen und dem der Basisorganisationen so aussehen, dass es nicht autoritär gelöst

wird, und trotzdem der Notwendigkeit von Organisierung gerecht wird?

TABO LAMARCA: Die eine Sache schließt die andere nicht aus, sondern beide ergänzen sich. Wenn wir über KOLLEKTIV oder SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN sprechen, sollten wir klar haben, dass es um zwei Arten von Organisierung geht, um politische Organisationen, die bestimmte Aufgaben haben. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN ist meiner Meinung nach eine Protoform eines Teils einer organisierten sozialen Bewegung, die nicht in einem einzelnen Stadtteil entwickelt werden soll. Zur Organisationsform von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gehört auch, groß und überregional zu werden. Man kann das in Münster, Berlin, Hamburg sehen. Überall passiert das schon, dass Leute sich organisieren, um den Stadtteil zu bewegen oder die Basisarbeit zu entwickeln. Dahinter steht die Frage, wie wir diese Welt verändern können. Wenn man die Welt und die Gesellschaft verändern will, dann braucht man mehr Kraft und mehr Leute, auch mehr Erzählung. KOLLEKTIV und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN haben verschiedene Aufgaben, was diese Erzählung, die Diskussionen und Debatten angeht. Beide sollen auf ihrer Ebene größer und überregional vernetzt werden.

ANNA: Ich bin mir nicht sicher, ob ich es ganz verstanden habe. Du meinst, dass die verschiedenen Ebenen, auf denen sich KOLLEKTIV und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN bewegen, von der Sache her auch dauerhaft getrennt sein müssen? Wenn du sagst, es sind zwei Arten der Organisierung, dann sind das nicht bloß verschiedene Ebenen innerhalb eines Gesamtprozesses, sondern zwei unterschiedliche Stränge von Aktivitäten, die organisatorisch nicht aufeinander bezogen werden müssen oder können?

TABO LAMARCA: Politik ist der Anker: Beide müssen zusammenarbeiten, aber es sind zweierlei Sachen. Wenn wir an die Geschichte der alten Linken denken – orthodoxe Kommunistische Partei, Sozialdemokrat:innen usw. – galt für die immer, dass es eine Partei für eine Gesellschaft oder eine Bewegung gab. Alles gehört zur Partei. Wir hingegen möchten das nicht – wir sagen, diese Bereiche sollten getrennt werden. Unsere Gesellschaft ist heterogen und wir können nicht eine einzige Organisierung entwickeln. Was wir tun können ist auf politischer Ebene zusammenzuarbeiten. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN hat politischen Übereinkünfte: populäre Macht, Basisdemokratie, Antikapitalismus, Veränderung

dieser Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir als SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN auch eine bestimmte Art und Weise von Politik entwickeln, die anders ist als das, was KOLLEKTIV macht. Wir sind nicht gleich, aber wir können zusammenarbeiten. Ich gehöre zu KOLLEKTIV und gleichzeitig zu SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN, eine Sache schließt nicht die andere aus. Wir können auf dieser Ebene keine Politik entwickeln, indem die einen die anderen dominieren oder kontrollieren, also indem wir autoritär arbeiten. Das möchten wir nicht.

■ Bildung und Politisierung

LUISE: Zielt ihr mit eurer Arbeit darauf ab, dass die Leute, mit denen ihr interagiert, antikapitalistische Positionen einnehmen? Und wenn es so ist: Wie stellt ihr euch den Weg dahin vor? Seht ihr euch als Agitator:innen, oder geht ihr eher davon aus, dass sich solche Positionen organisch im kollektiven Prozess herausbilden?

INSA: Ich denke wir machen beides. Wir sehen den Schwerpunkt schon im gemeinsamen Prozess, machen aber auch Öffentlichkeitsarbeit oder versuchen, Gesprächen eine bestimmte Richtung zu geben ... Wir gehen allerdings davon aus, dass das der deutlich schwächere Weg ist im Vergleich dazu, gemeinsame Erfahrungen zu machen und dabei zu lernen.

JOSEFINE: Um den Kapitalismus zu überwinden, ist es unabdingbar, dass Leute antikapitalistische Positionen einnehmen. Wir sind auf der Suche danach, wie wir das befördern können. Leute haben unterschiedliche Zugänge, und die versuchen wir zu bedienen. Wir schauen zum Beispiel Spielfilme mit einem politischen Background oder einem gesellschaftlichen Thema und sprechen danach miteinander. Oder wir versuchen, bestimmte Erfahrungen zu thematisieren – wobei ich nicht sagen kann, welche Erfahrungen eine antikapitalistische Haltung nahelegen.

LUISE: Ihr habt ja schon angesprochen, dass ihr auch Bildungsarbeit macht und eine Bildungs-AG habt, die sich darum kümmert. Welche Bildungsformate gibt es bei euch, und wie entscheidet ihr über die Inhalte? Welche Rolle spielt Bildung im Politisierungsprozess?

EMMA: Unser Bildungsprogramm hat sich bisher vor allem auf uns als Strategiegruppe bezogen. Am Anfang haben wir relativ regelmäßig alle sechs Wochen ein Bildungstreffen gemacht. Dann haben wir das ein

bisschen schleifen lassen, aber jetzt mit der AG für politische Bildung wieder aufgenommen. Zuletzt haben wir auch eine längere interne Bildungsveranstaltung gemacht, um uns als Gruppe zu entwickeln.

Die Frage nach der politischen Bildung im Stadtteil ist davon teilweise getrennt. Wir fangen an, im Zusammenhang mit den zukünftigen Vollversammlungen darüber nachzudenken. Natürlich haben wir im Mietkomitee Filme gezeigt oder darüber diskutiert, was die Mietsituation mit dem Kapitalismus zu tun hat, aber eher unstrukturiert in den Gesprächen, oder teilweise in den Versammlungen. Eine Idee ist, die Versammlungen auch zu nutzen, um stückweise einen Raum für niedrigschwellige politische Bildung zu schaffen, also bei Versammlungen zum Beispiel zu sagen: »In den Beratungen der letzten vier Wochen hatten viele Leute Probleme mit dem Jobcenter, lasst uns mal gemeinsam gucken: Was ist das Jobcenter, und woher kommt das eigentlich?«

■ Utopien in der Stadtteilarbeit

LUISE: In der achten der »11 Thesen« von KOLLEKTIV geht es darum, dass die Auseinandersetzung mit Utopien, mit gesellschaftlichen Alternativentwürfen in der Praxis wieder einen größeren Stellenwert haben sollte. Spielt das in der Arbeit von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN eine Rolle?

EMMA: Ich würde sagen, dass das eine gemeinsame Herausforderung aller Linken ist. Stadtteilarbeit kann auf Dauer nicht funktionieren, ohne eine Perspektive aufzuzeigen. Wenn man der Unterscheidung von Tabo folgt – das eine ist eine politische Organisation, das andere eine organisierte soziale Bewegung –, brauchen beide eine Gesellschaftsperspektive. Die Klarheit, mit der vor 100/150 Jahren Kommunismus oder Sozialismus als einende Perspektive gesehen wurde, besteht heute so nicht mehr. Ich glaube es ist notwendig, ein Verständnis und Narrativ von einem Sozialismus von unten zu entwickeln, der feministische, ökologische und basisdemokratische Aspekte umfasst, und die konkrete Praxis damit zu verbinden.

Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, dass wahnsinnig viele Leute wissen, dass Kapitalismus nicht gut ist und wie viele Probleme es gibt. Es wird aber auf Dauer nicht funktionieren, Leute immer nur über Probleme zu organisieren. Das Haupthindernis ist, dass Leute sagen: »Ja klar, wir wissen, dass ganz viel schief läuft, aber es gibt keine Alternative.« Das ist einer der Knackpunkte, auf die man Antworten schaffen

muss – auf der einen Seite durch konkrete, erkämpfte Erfolge, aber auch durch eine überzeugende gesellschaftliche Perspektive.

JOSEFINE: Ich glaube, die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen stellt sich sehr häufig. Als Person, die im Stadtteil unterwegs ist und davon redet, dass Gesellschaft sich verändern muss, ist es ganz wichtig, dafür Beispiele zu haben. Wir haben in letzter Zeit immer wieder gemerkt, dass wir auch für unser eigenes Auftreten im Stadtteil die Auseinandersetzung über Perspektiven brauchen, und vielleicht auch mal einen Hinweis, dass es anderswo auch jetzt schon Alternativen gibt – Leute, die andere Wege gehen, weil sie erkannt haben, dass es ein Problem gibt, und es gerne anders machen würden. Wir sollten uns auch als Gruppe viel mehr mit jetzt schon existierenden alternativen Modellen beschäftigen und für uns in Diskussionen klarer kriegen: Finden wir das gut? Denken wir, dass es wirklich die Lösung ist, das so zu machen? Darüber könnten wir auch noch viel mehr reden, auch anhand von konkreten Beispielen, um uns noch besser kennenzulernen und herauszufinden, wo wir alle stehen.

TABO LAMARCA: Das ist schon eine große Frage. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und KOLLEKTIV sind kleine Organisationen, KOLLEKTIV ist fünf oder sechs Jahre alt, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN drei. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN ist jetzt schon eine praktische Antwort auf die Frage. Denn zum Beispiel bedeutet Utopie für viele Leute auch Solidarität. Diese Solidarität in einen Stadtteil und in eine Gesellschaft zu bringen, in der die Leute sich immer mehr allein fühlen, diese Solidarität von unten mit einem politischen Ziel zu verbreiten, ist schon eine Art Utopie. Natürlich brauchen wir mehr Zeit, wir müssen uns mehr auseinandersetzen, wie wir eine Utopie verbreiten, und was das für die anderen Leute im Stadtteil bedeutet: Wie können wir es schaffen, dass die Leute das nicht nur auf der Verstandesebene erfassen, sondern auch im Gefühl? Dabei hilft auch die Erfahrung, nicht allein zu sein und zu sehen, dass es andere Leute gibt, die mit ihnen etwas machen und dabei eine politische Perspektive für die Gesellschaftsveränderung haben. Auch das ist eine Frage von Utopie: Immer diese Perspektive zu zeigen.

■ **Debatte um eine Neuausrichtung der Praxis**

LUISE: Mit unserem Interviewprojekt beziehen wir uns auch auf die Debatte um die Neuausrichtung der Praxis der radikalen Lin-

ken, die sich im Anschluss an die Euro-Krise entwickelt hatte. Wie schätzt ihr diese Debatte und die Initiativen, die daraus hervorgegangen sind, inzwischen ein?

EMMA: Ich finde, dass diese Debatte sehr wichtige Impulse gesetzt hat, dass die große Frage aber immer ist, wie sich diese Impulse in eine Praxis umsetzen lassen. Es verbleibt manchmal auf einer theoretischen Ebene. Es wurden viele theoretische Artikel und Beiträge veröffentlicht, und als KOLLEKTIV haben wir die Erfahrung gemacht, dass wir zwar mit sehr vielen Gruppen in Austausch waren, viel zu Veranstaltungen eingeladen wurden, dass es aber leider noch nicht entsprechend viele praktische Ansätze gibt. Gleichzeitig geben die praktischen Ansätze, die entstanden sind, aber viel Hoffnung, dass die verschiedenen einzelnen Praxen mehr zusammenwachsen und sich zu einer Strömung entwickeln, die zwar momentan noch relativ marginal ist, aber in Zukunft hoffentlich stärker wird, sodass neue Generationen von radikalen Linken diesen politischen Ansatz miterleben und sich da hineinentwickeln.

■ Auswirkungen der Pandemie und Zukunftserwartungen

LUISE: Das leidige Thema Corona haben wir bisher ausgespart. Was hat sich für euch durch die Pandemie verändert? Welche Veränderungen erwartet ihr im Hinblick auf eine ökonomische Krise, die sich jetzt möglicherweise verschärfen wird? Spielt das für eure Arbeit eine Rolle?

EMMA: Für uns war es anfangs schwierig, vor dem Hintergrund einer Praxis, die viel an gemeinsame Treffen und gemeinsame Räume gebunden war, eine Orientierung zu bekommen, wie wir die Situation einschätzen sollten und was wir machen könnten. Aber wir haben dann eine Zeitung entwickelt.

INSA: Corona macht unsere Praxis schon schwieriger. Wir haben den offenen Treff im Zuge der zweiten Welle im November wieder deutlich eingeschränkt. Es ist jetzt noch schwieriger, Räume für Versammlungen zu bekommen,



aufgrund der Raumgröße, die wir aktuell benötigen. Viele Leute sind auch zurückhaltender, andere Menschen zu treffen. Aber dafür können wir die strategische Diskussion intensiver führen.

EMMA: Ich denke, wir stehen am Anfang einer relativ großen Krise und für den Beratungs- und Organisationsansatz ist das vielleicht eine Möglichkeit, weil es definitiv mehr Bedarf an Beratung geben wird und auch mehr Bedarf, sich zu organisieren und sich zu wehren. Es ist jetzt schon klar, dass die Ausgaben, die gerade getätigt wurden, um Unternehmen zu retten, wieder reingeholt werden, dass schon der Haushalt für 2021 krasse Kürzungen im sozialen Bereich und in Gesundheit usw. aufweist und es danach weitergehen wird. Insofern hat dieser Versuch, eine Organisation im Stadtteil aufzubauen, die sich wehren kann, auch etwas mit einer sich verschärfenden Krise zu tun. Ich persönlich finde es abgefahren, wie wenig die radikale Linke sich mit dieser Krise beschäftigt. Es wird viel Zeit darauf verwendet, sich gegen die Corona-Leugner:innen zu positionieren, statt eigene Positionen zu dieser Krise zu entwickeln. Ich glaube, es gibt zwei größere Bündnisse³, aber ansonsten fehlt eine konkretere Diskussion, auch bei uns selbst im Stadtteil.

TABO LAMARCA: Sowohl KOLLEKTIV als auch SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN erwarten die Folgen dieser Krise. Wir denken, dass wir mehr existentiellen Problemen begegnen werden und darauf zielen wir ja auch mit dem Beratungsansatz, dem neuen Organisationsansatz ab. Das bedeutet nicht, dass wir in der Lage sind, eine Antwort zu geben, aber schon, dass wir uns Gedanken machen, wie wir in Zukunft – vielleicht im nächsten Jahr – solchen Sachen begegnen können.

Mit der neuen Organisation möchten wir die einfache Basisarbeit überwinden und eine komplexe Basisarbeit entwickeln. Es geht darum: Wie verbinden wir Leute, wie entwickeln wir Verbindlichkeiten, wie Zugehörigkeiten, damit die Leute sich nicht allein fühlen? In der kommenden Phase einer tiefen Krise brauchen wir diese komplexen Organisationsformen.

BALDO: Könnt ihr die Unterscheidung zwischen einfacher und komplexer Basisarbeit genauer erklären?

3 Gemeint sind die Bündnisse WER HAT DER GIBT UND NICHT AUF UNSEREM RÜCKEN.

TABO LAMARCA: Einfache Basisarbeit meint: Wir mobilisieren Leute im Stadtteil, um bestimmte Ziele zu erreichen, aber am Ende werden diese Leute nicht Teil der Organisation, es zeigt sich keine Verbindlichkeit. Das trägt dazu bei, dass sich keine komplexe Form der Organisation entwickelt, bei der es um die Schaffung einer Basis geht. Man kann keinen kontinuierlichen Bildungs- oder Politisierungsprozess durchführen, weil die Betroffenen einfach weggehen, wenn die Sachen erledigt sind. Mit komplexer Basisarbeit ist gemeint, dass zu dieser Form der Basisarbeit drei Seelen gehören – wir Migrant:innen sagen Seele, aber unsere deutschen Freund:innen nennen es eher Säule oder Aspekt. Die eine Seele von Basisarbeit ist, dass wir durch die Arbeit im Stadtteil eine Basis für eine Organisation von unten schaffen möchten. Und das bedeutet gleichzeitig, dass wir einen ständigen Bildungsprozess, eine Politisierung mit der Basis entwickeln. Das ist auch Basisarbeit. Und das bedeutet gleichzeitig, dass diese Basisarbeit mit den Leuten im Stadtteil auf Augenhöhe stattfindet, mit einer intersektionalen Haltung.

LUISE: Habt ihr abschließend noch etwas, das ihr loswerden möchtet?

EMMA: Eine Hauptfrage für uns ist: Wie kann man kontinuierlichere Organisation erreichen? Wir haben festgestellt, dass Leute sich für bestimmte, konkrete Probleme mobilisieren lassen, aber es ist nicht so, wie ursprünglich gedacht, möglich, daraus schon kontinuierlichere Prozesse abzuleiten. Eine Politisierung passiert nicht einfach durch Mobilisierung für eine bestimmte Problematik. Das braucht es zwar auch, aber es ist nicht ausreichend, dass verschiedene Leute zusammenkommen und zusammen für ihre Interessen kämpfen. Eine Schwierigkeit ist auch, dass unsere Strategiegruppe – wir sind nicht nur weiß und deutsch, aber dennoch – im Vergleich zum Stadtteil zu wenig heterogen ist. Ich glaube, da sind wir immer auf der Suche, wie wir die Initiativkräfte erweitern können.

INSA: Es ist ja wahrscheinlich schon klar geworden, dass wir danach suchen, wie revolutionäre Stadtteilarbeit oder Basisarbeit gut funktionieren kann und dabei noch am Anfang stehen. Wir hoffen, dass es auch in anderen Städten Gruppen gibt, die so eine Praxis ausprobieren und entwickeln wollen, und freuen uns darüber, wenn Leute sich bei uns melden oder mit uns in Kontakt treten.

WILHELMSBURG SOLIDARISCH | Hamburg

Die Initiative WILHELMSBURG SOLIDARISCH wurde 2014 im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg gegründet. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht das offene, zweiwöchige Treffen, der »Anlaufpunkt«, bei dem individuelle Anliegen besprochen und gemeinsam Lösungsstrategien entwickelt werden. Solche Anliegen können zum Beispiel Konflikte mit dem Jobcenter, mit Vermieter:innen oder bei der Lohnarbeit sein. Das Ziel ist, gemeinsam eine widerständige Strategie zu entwickeln und so der Vereinzelung entgegenzuwirken. – Bei den ebenfalls offenen, aber tendenziell auf mehr Kontinuität und Verbindlichkeit angewiesenen Reflexionstreffen nehmen diejenigen teil, die auch organisatorische Arbeiten übernehmen und die Anlaufpunkt-Treffen vorbereiten. Dort wird auch die Zusammenarbeit reflektiert und es werden auftretende Probleme ausgewertet. Bei beiden Treffen werden Aktionen und Bildungsveranstaltungen geplant.

Das Interview führten wir im September 2020.

■ Das politische Konzept der Gruppe

LUISE: Wie ist eure Initiative entstanden?

PAUL: Wir sind beide nicht seit der Gründung dabei, aber der Gedanke von denjenigen, die angefangen haben, war zum einen, wegzukommen von klassischer linker Kampagnenpolitik. Es gab aber auch ein großes Interesse daran, nicht nur individuell in Jobcenterfragen und Arbeitsrecht- oder Arbeitskampffragen involviert zu sein, sondern einen Weg zu finden, solche Fragen kollektiv zu bearbeiten und zu lösen: sich zum Beispiel gegenseitig zum Jobcenter oder zu andern Behörden zu begleiten und Leuten, die privat anfragen, sagen zu können, »Hey, geh doch da hin, und da bearbeiten wir das dann kollektiv.« – Gleichzeitig gab es das Interesse, eine Gruppe zu gründen, die sehr stark auf sich Acht gibt und nicht immer aktuellen Themen hinterherrennt, bis sie total außer Puste ist und sich erstmal ein halbes Jahr wieder regenerieren muss,

sondern die in den Fokus nimmt, wie wir miteinander umgehen und auf unsere Ressourcen achten können.

LUISE: Wie schlägt sich das in euren Tätigkeiten nieder? Wir haben zum Beispiel auf eurer Website gelesen, dass ihr regelmäßig Reflexionstreffen habt.



RICHARD: Das Reflexionstreffen ist auf jeden Fall ein Teil davon. Da machen wir zum Beispiel eine »Wie geht's-mir-Runde«, und wir haben eine Wohlfühlfrage, die sich daran anschließt und die zum Beispiel lautet: »Werden deine Erwartungen in der Gruppe gerade erfüllt, oder fühlst du dich überfordert?« Diese Frage beantworten wir alle und kommen darüber ins Gespräch. Dann wissen wir das voneinander.

Wir haben außerdem beispielsweise die Gruppe *Survival of the Sickest* gegründet, um einen kollektiven Austausch über und eine Normalisierung von Krankheit zu bewirken. *Survival* ist eine »Krankenselbstorganisation«, bei der die gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen von Krankheit nicht ausgeblendet werden.

LUISE: Was war der Hintergrund der Wahl des Stadtteils Wilhelmsburg als Ort? Wenn ich das richtig verstanden habe, ist es nicht der Stadtteil, in dem ihr selbst lebt?

RICHARD: Doch, wir haben genau deshalb hier angefangen. Alle Leute, die gerade regelmäßig verbindlich dabei sind, wohnen auch hier im Stadtteil. Auf der anderen Seite ist Wilhelmsburg ein ehemaliges Arbeiter:innenviertel mit hohem migrantischen Bevölkerungsanteil und aufgrund der intensiven, auch städtisch vorangetriebenen Gentrifizierung treten hier viele Konfliktslagen und Diskriminierung hervor. Das ist auch ein Grund, warum dieser Kontext sich hier entwickelt und etabliert hat. Wir sind nicht von außen hingegangen und haben gesagt, »Wilhelmsburg, da gibt es zu wenig Angebote, da müssen wir jetzt etwas ändern«, sondern der Ansatz ist, an dem zu arbeiten, was einen selbst betrifft.

ANNA: Ihr wollt euch also wechselseitig im Alltag helfen, und ihr baut dafür ein solidarisches Netzwerk auf. Ist das auch selbst das Ziel eurer Arbeit? Oder versteht ihr das als Teil einer größeren Praxis, beziehungsweise erhofft ihr euch von dieser Art von Praxis Effekte, die darüber noch hinausgehen?

RICHARD: Ich denke, da gibt es ganz unterschiedliche Positionierungen und Perspektiven der Einzelnen in der Gruppe. Wir fokussieren uns weniger auf unser Selbstverständnis, als auf die Arbeit, mit der wir nach außen gehen wollen. Im Zentrum unserer Arbeit stehen auch nicht so etwas wie starke gesellschaftliche Forderungen, sondern die Selbstermächtigung.

PAUL: Ich würde sagen, wir sind dogmatisch keine homogene Gruppe. Einigkeit besteht darin, dass das Ziel ist, ein gutes Leben für alle herzustellen. Es gibt aber keine konkrete revolutionäre Theorie, die ganz weit oben steht oder die alle teilen. Ich glaube, da schlägt man ganz schnell in der Realität auf, wenn man dann auf dem Anlaufpunkt ist und mit anderen kleinteilige Konflikte bespricht.

Ich denke, es ist sehr wichtig, dieses solidarische Netzwerk im Viertel zu haben und der Vereinzelung von Konflikten entgegenzuwirken. Wenn alle Leute sich dem System gegenüber als vereinzelt wahrnehmen, werden sie ohnmächtig und wenden sich anderen Formen der Kollektivität zu, irgendwelchen kirchlichen oder faschistischen Gruppen. Indem dieses Netzwerk im Stadtteil existiert, Konflikte anders angeht und eine andere Praxis als Antwort bereitstellt, auch einen empathischen Umgang der Menschen miteinander – damit, würde ich sagen, bewegen wir sehr viel in den Köpfen der Menschen, die zum Anlaufpunkt kommen oder die davon als Option wissen.

Darüber hinaus bieten wir ein Forum, um einzelne Kämpfe zu kollektivieren. Dabei stellt sich die Frage, wie die Machtverhältnisse zurzeit sind. Davon, würde ich sagen, hängt ab, wie erfolgreich die Kämpfe geführt werden können. Es ist auch ein Thema bei uns, dass wir Konflikte nicht nur rechtlich versuchen wollen zu lösen, sondern auch gucken: Wie können wir hier sinnvoll in einen Konflikt hereingehen? Dabei gibt es natürlich immer mal wieder auch Ernüchterung, weil viele Leute das nicht wollen und es eine kleinteilige Arbeit ist, sich rechtlich durch das System zu scharwenzeln. Trotzdem: Ich nehme unsere Initiative als das Sinnvollste wahr, was ich politisch jemals getan habe.

■ Etablierung im Stadtteil und Aktivitäten

LUISE: Wie adressiert ihr Leute im Stadtteil? Wie werden Leute auf euch aufmerksam und stoßen zu euch? Welche Erfahrungen habt ihr beim Aufbauen von Kontakten und Beziehungen gemacht?

PAUL: Mittlerweile ist die Gruppe ziemlich stark im Stadtteil etabliert und wir sind immer mindestens zehn Leute beim Anlaufpunkt, teilweise sogar über zwanzig. Das spricht sich dann rum und Leute verweisen auch häufig auf die Gruppe. Unsere Treffen finden immer im Infoladen in Wilhelmsburg statt. Dort hängt auch unser Plakat im Schaufenster, und der Raum wird ein Stück weit mit der Gruppe assoziiert.

Gewisse Aktionen führen auch dazu, dass die Gruppe bekannter wird. Das war am Anfang vielleicht noch stärker der Fall. Kurz nach der Gründung der Gruppe gab es eine Zwangsräumung, die wir versucht haben zu verhindern. Dafür wurde ziemlich stark mobilisiert. Wir sind im Viertel durch die Häuser gegangen, haben bei den Leuten geklingelt und mit ihnen gesprochen. Bei einzelnen Aktionen haben wir immer wieder geflyert. Zum Beispiel hatte ein größerer Vermieter in Wilhelmsburg eine Vertragsabschlussgebühr verlangt und bei einem anderen Vermieter gab es Schwierigkeiten mit der Untervermietung. Da haben wir Flyer ausgeteilt und aufgehängt – an den Hauseingängen, der Bushaltestelle und so weiter – und Leute motiviert, zum Anlaufpunkt zu kommen.



RICHARD: Letztes Jahr haben wir eine Infoveranstaltung gemacht, für die wir direkt geworben haben; es gab dafür ein Plakat und einen Flyer, und wir haben dazu eingeladen, uns kennenzulernen. Wir haben eine Art Abriss gemacht – ich glaube wir haben das »WILHELMSBURG SOLIDARISCH gestern, heute, morgen« genannt. Und viele Leute

sind davon ausgehend neu dazugekommen und aktiv.

Teilweise machen wir auch Workshops. Einen Debattenabend hatten wir eine Zeit lang, und es ist auch in Planung, das weiterhin zu machen. So kriegt man dann auch von der Gruppe mit. Am Anfang hatten wir außerdem eine Connection zu einzelnen linken bis linksradikalen

#2

BRAUCHEN WIR UTOPIEN?

 WILHELMSBURG SOLIDARISCH DEBATTENABEND

Sozialarbeiter:innen, die die Leuten bei manchen Themen an uns verwiesen haben, wenn sie das Gefühl hatten, dass die Leute ihre Konflikte kämpferischer angehen wollen.

LUISE: Welche Funktion haben die Bildungsformate, die ihr gerade schon angesprochen habt, für eure Arbeit? Dienen sie vor allem dazu, Aufmerksamkeit zu generieren und neue Leute anzuziehen, oder geht die Funktion noch darüber hinaus?

RICHARD: Dazu ist grundsätzlich zu sagen, dass wir unsere Arbeit im Allgemeinen als Bildungsarbeit sehen. Wir bilden uns gegenseitig, im Idealfall zur Selbstermächtigung – über den Konflikt, über das Anliegen, das die Leute haben.

Eine konkrete Funktion ist, die Leute aus der Gruppe zu ermächtigen, beispielsweise dazu, Begleitungen zum Amt zu machen. Und wenn wir einen Flyer dazu machen und aushängen, auf dem steht, dass alle Leute im Endeffekt Begleitung zu Behörden machen können, dann hat das auch eine gewisse Außenwirkung und setzt vielleicht auch Prozesse in Gang. Ich würde nicht sagen, dass das unser erstes Anliegen ist, aber das ist auch nicht unwichtig: »Ach so, ich muss überhaupt nicht allein zur Behörde gehen? Begleitung ist eine Option?« Und dann thematisiere ich das vielleicht bei nächster Gelegenheit, wenn ich zum Amt muss, oder suche mir jemanden.

ANNA: Könnt ihr ein paar Themen nennen, die ihr auf den Bildungsveranstaltungen und Debattenabenden behandelt?

PAUL: Wir behandeln immer Themen, die uns selbst interessieren oder die für unsere Praxis relevant sind. Wir sind jetzt tendenziell weniger Theoriechecker:innen als am Anfang, und aktuell geht es viel darum, uns auszutauschen, Unsicherheiten zu einzelnen Fragen abzubauen, und einfach aus Interesse am Thema Bildungsarbeit zu machen.

RICHARD: Ich würde es untergliedern. Zum einen gibt es praxisorientierte Wissensweitergabe: Wenn beim Anlaufpunkt Fragen auftauchen, zum Beispiel rechtliche Fragen was ALG I oder II angeht, und wir sie auf dem Anlaufpunkt nicht beantwortet kriegen, dann bildet sich eine Gruppe von Leuten, die Interesse daran haben, sich damit zu beschäftigen, und die einen Termin ausmachen, um sich dazu Wissen zu beschaffen. Jetzt gerade geht es zum Beispiel um Mailverschlüsselung, und es gibt einen Workshop zu der Frage: »Wie begleite ich zum Jobcenter oder zu Ämtern?«

Und politische Bildungsarbeit im engeren Sinne wäre dann vielleicht die Diskussionsveranstaltung und Buchvorstellung mit den ANGRY WORKERS¹ oder das, was dann unter dem Begriff »Debattenabend« firmiert: eine Veranstaltung zu bestimmten Themengebieten wie Utopie, Krankheit als Waffe oder Staatsvertrauen. Damit versuchen wir auch, nach außen zu treten. An den Debattenabenden haben bisher die meisten Leute teilgenommen.

■ **Zusammensetzung und interne Struktur**

ANNA: Was sind es für Leute, die zu euch kommen? Bleibt es eher in der linksradikalen Szene, oder gelingt es darüber hinauszukommen?

RICHARD: Ich glaube, das ist ziemlich unterschiedlich bei den verschiedenen Sachen, die wir machen. Wir sind in der Kerngruppe überwiegend weiße Studierende, auch wenn das nicht auf alle zutrifft. Auf der anderen Seite gibt es Leute, die beim Anlaufpunkt und bei den Events auftauchen, aber nicht beim Reflexionstreffen. Es fällt mir schwer zu sagen, welche Menschen zu welchen Treffen kommen.

Es wechselt auch viel: Erst letztes Jahr sind fünf Leute neu verbindlicher dazugekommen, die tendenziell einen anderen Hintergrund hatten als die Leute, die vorher da waren. Insgesamt würde ich aber sagen, dass die Leute, die regelmäßig dabei sind – wenn auch weniger als die Gruppen, die ich vorher erlebt habe – verhältnismäßig homogen sind, was Herkunft und teilweise auch den Bildungsstand angeht, und dass es uns bisher noch nicht gelungen ist, das zu ändern. Wir werben beim Anlaufpunkt immer dafür, zum Reflexionstreffen zu kommen, und sprechen Leute auch direkt an. Ich wüsste nicht, wie wir es besser machen sollten als bisher.

LUISE: Ihr habt gerade schon von der Kerngruppe gesprochen. Gibt es eine Trennung zwischen dieser Gruppe und Leuten, die bei einzelnen Projekten und Aktionen dabei sind, oder kann man das eigentlich nicht beobachten?

1 Die ANGRY WORKERS sind ein kleines politisches Kollektiv in London. 2014 zogen sie in einen Stadtteil in Westlondon und unternahmen verschiedene Organisationsversuche in der Nachbarschaft, in Lagerhäusern und Fabriken. Über ihre Erfahrungen haben sie in dem Buch »Class Power on Zero-Hours« berichtet; darüber hinaus veröffentlichen sie Analysen und Beiträge zur Strategiedebatte auf ihrem Blog: <https://www.angryworkers.org>.

RICHARD: Das Reflexionstreffen hatten wir ja schon: Darüber formiert sich sozusagen die Kerngruppe; das sind Leute, die regelmäßiger am Start sind. Aus dem Reflexionstreffen heraus finden sich immer Personen, die die Verantwortung für die einzelnen Anlaufpunkt-Treffen übernehmen. Wir teilen uns das dann auf, damit immer verantwortliche Leute da sind – allein wegen des Schlüssels für den Laden und solcher Geschichten.

PAUL: Diese Gruppe hat dann auch einen eigenen E-Mail-Verteiler, an den zum Beispiel die Mails von der Gruppenadresse hingehen, die vielleicht nicht für alle Leute interessant sind, die auf dem großen Verteiler sind. Die Leute, die zum Reflexionstreffen kommen, sind tendenziell daran interessiert, an der Gestaltung von WILHELMSBURG SOLIDARISCH mitzuwirken und die entsprechenden Informationen zu bekommen.

RICHARD: Das Reflexionstreffen ist offen und es wird auch bei den Anlaufpunkt-Treffen gesagt, dass Leute sehr gerne dazukommen sollen, wenn sie Bock haben, regelmäßiger und auch organisatorisch mitzumachen. Es gibt aber auch Leute, die ich auch zur Kerngruppe von WILHELMSBURG SOLIDARISCH zählen würde, die vielleicht nie aufs Reflexionstreffen kommen, aber regelmäßig zum Anlaufpunkt kommen. Und die Frage »Gehören die jetzt zur Kerngruppe?« ist nicht so relevant, weil die Entscheidungen gemeinsam beim Anlaufpunkt von den Leuten im Konsens getroffen werden, die da sind. Es ist nicht so, dass eine Kerngruppe das abnicken müsste.

RICHARD: Probleme mit Machtverhältnissen sehe ich eigentlich eher nicht. Natürlich gibt es immer einen Unterschied in der selbst wahrgenommenen Handlungsfähigkeit, ob Leute das erste oder das 30. Mal dabei sind. Aber wir gehen damit offensiv um, indem wir Aufgaben auf dem Anlaufpunkt an alle verteilen und viel Struktur auf dem Anlaufpunkt haben mit Einführung, Vorstellungsrunde, Übersetzung und Handzetteln, auf denen die einzelnen Aufgaben erläutert sind. Diese Struktur wirkt aktiv informellen Hierarchien entgegen. Zum Beispiel hatten wir einmal einen Menschen, der zum ersten Mal beim Anlaufpunkt war und direkt die Moderation übernommen hat. Das war sicherlich jemand, der das schonmal woanders gemacht hat, aber durch die Tools, die wir haben, und die Art, wie wir vorbereitet sind, ist das möglich, und dadurch werden schon viele kommunikative Probleme,

die ich aus anderen Treffen kenne, im Vorfeld umgangen; durch das Aufeinander-Achten als eine der Maximen, die wir haben.

■ Konflikte, Schwierigkeiten und Lösungsstrategien

LUISE: Welche Schwierigkeiten tauchen in eurer Arbeit auf, und wie geht ihr damit um? Welche Probleme und Lösungsstrategien gibt es, was hat sich als erfolgreich herausgestellt und was eher nicht?

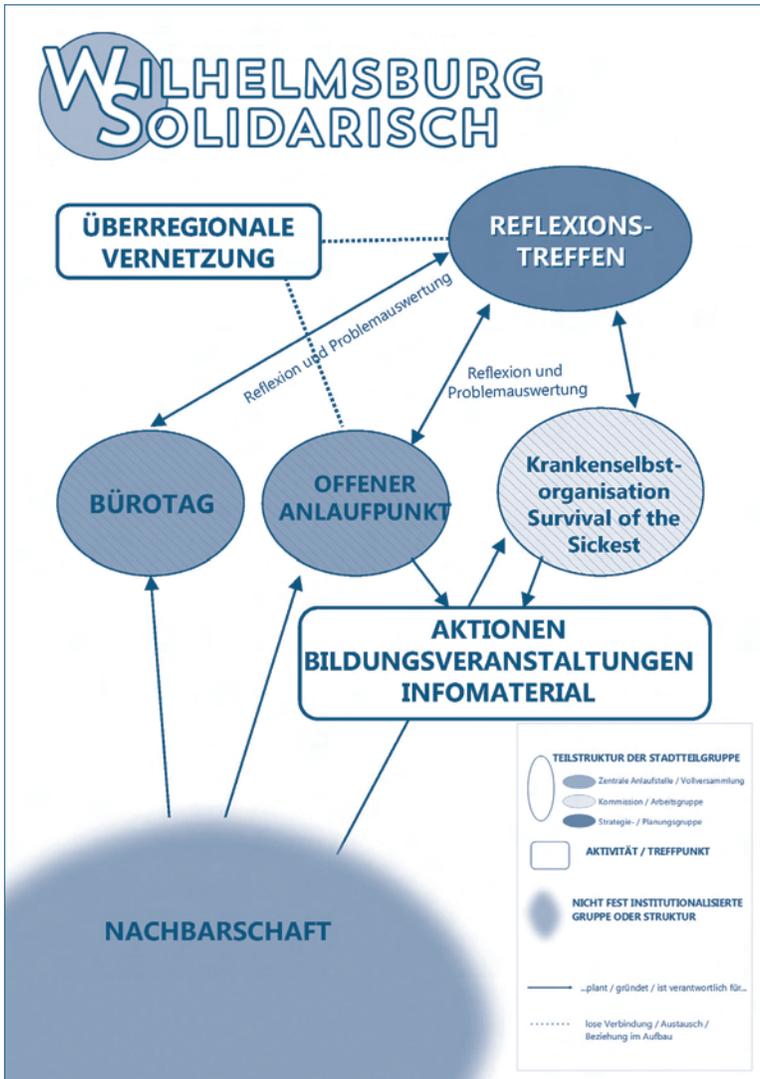
RICHARD: Wir versuchen, alle Konflikte oder Probleme zu dokumentieren und auch offensiv anzugehen, beim Reflexionstreffen oder wenn nötig auch darüber hinaus. Wir haben ein Protokoll von unseren Anlaufpunkten, da stehen keine Namen drin und keine konkreten Fälle. Was dokumentiert wird sind die Themenbereiche, um die es gerade geht – ist es gerade viel ALG1, viel ALG2 oder etwas anderes? Das machen wir, um im Nachhinein daraus Schlüsse zu ziehen und eine Kampagne anstoßen zu können, wie wir es zum Beispiel mit hohen Mieten bei der Vonovia gemacht haben. Da gab es dann eine temporäre Extragruppe, die dazu mobilisiert und vor Ort, beim Vermieter und den Leuten, die dort wohnen, gearbeitet hat.



PAUL: Ein Problem, das uns über die letzten Jahre begleitet, ist sicherlich, dass viele Leute WILHELMSBURG SOLIDARISCH eher als eine Rechtsberatung nutzen und es oft wenig Interesse daran gibt, Konflikte öffentlich anzugehen. Das läuft dann meinem Interesse entgegen, Konflikte zu politisieren und die gesellschaftliche Dimension durch

öffentliche Aktionen aufzuzeigen und Veränderung zu bewirken. Andererseits ist unsere Form der kollektiven Unterstützung natürlich auch eine Politisierung von Konflikten mit Ämtern, Vermieter:innen etc. – halt eher auf der Mikroebene: dadurch, dass ich den Konflikt gegenüber einer Vielzahl von Leuten öffne und damit auch meine Erfahrungen und meinen Umgang damit teile, was einen solidarischen Umgang ermöglicht. Und natürlich gehen die Tipps und Unterstützungsangebote aus der Runde beim Anlaufpunkt deutlich über das hinaus, was eine Rechtsberatungsstelle sonst macht. Und wenn sich die Leute eher

durchwursteln wollen, weil sie grad bis zum Hals in der Scheiße stecken und vielleicht auch wenig Kraft für eine große Aktion haben, kann ich das individuell auch nachvollziehen. Schade ist es natürlich trotzdem, und es führt manchmal dazu, dass es sich ein bisschen frustrierend anfühlt.



LUISE: Wie geht ihr damit um? Versucht ihr dann, explizit zu machen, dass ihr mit eurer Arbeit eigentlich etwas anderes wollt?

RICHARD: Es wird auf jeden Fall versucht, am Anfang immer zu sagen, was wir machen. Wir haben einen Einführungsteil, in dem die Bandbreite an Möglichkeiten, politisch mit den Konflikten umzugehen, aufgezeigt wird. Und manchmal versuchen wir es auch beim Reflexionstreffen, bei dem dann gesagt wird, »Hey Leute, also in letzter Zeit gab es zu viel Paragrafenstruggle, lasst uns doch auch mal wieder ein bisschen – was weiß ich, eine Aktion machen oder mehr einfordern als die blanken Rechte«. Das funktioniert dann mal besser, mal schlechter.

Ich hab es auch schon erlebt, dass man sich da einfach wirklich in diese Rechtslogik so richtig reindreht – und das soll wahrscheinlich auch genauso sein –, und dann gibt es immer wieder Momente, in denen Leute sagen: »Das fuckt hier voll ab. Lass das mal anders machen, ich brauch da mehr Freiheit.«

PAUL: Das ist auch nicht nur schlimm; der kreative Umgang mit Rechtsfragen ist ja auch etwas, das bei WILHELMSBURG SOLIDARISCH durchaus dazu gehört, aber wenn es sehr stark in den Fokus rückt, dann versuchen wir, uns vorher dafür zu sensibilisieren, wie wir anders mit solchen Themen umgehen könnten: Lässt sich das Problem vielleicht nicht nur durch einen Widerspruch lösen, sondern indem wir zu fünf beim Jobcenter aufschlagen und auf diese Weise Druck machen, zum Beispiel.

Ansonsten gibt es gelegentliche Probleme mit alten weißen Männern, die viel reden wollen. Dadurch, dass auf dem Anlaufpunkt die geschlechtermäßige Besetzung divers ist und wir eine Moderation und eine strukturierte Vorgehensweise haben, wird einem dominanteren Verhalten ziemlich gut Einhalt geboten, und die Erfahrung zeigt, dass sich Leute mit dem Anliegen zu dominieren bei uns nicht so gut aufgehoben fühlen und dann auch nicht mehr wiederkommen.

RICHARD: Sprache ist eine Hürde oder Barriere. Da versuchen wir entgegenzuwirken, indem wir anbieten, eine:n Dolmetscher:in zu bezahlen, wenn wir es selbst nicht stemmen können. Es bleibt aber natürlich trotzdem eine Hürde, noch jemanden dazwischen zu haben, und es ist einfacher, mit allen sprechen zu können. Dieses Problem kommt immer wieder. Aber es ist etwas, das uns durchaus auch näher aneinander heranbringen kann. Die Normalität, dass Mehrsprachigkeit gleichwertig Raum hat, ist auch eine Erfahrung von Solidarität.

■ Verhältnis zu Arbeitskämpfen

ANNA: Ist es schon mal vorgekommen, dass ihr Arbeitskämpfe direkt praktisch unterstützt habt, oder geht es eher darum, dass man sich über die Arbeitsbedingungen austauscht oder sich zum Beispiel informiert, was es bringt, einen Betriebsrat zu gründen?

PAUL: Bis letztes Jahr hatten wir den Anlaufpunkt gegen Arbeitsunrecht als separaten Termin, auf dem es schwerpunktmäßig um Arbeitskonflikte und Arbeitskämpfe ging, zusammen mit der FAU, mit den IWW Hamburg und der Grupo de Acción Sindical. Es war ursprünglich die Idee, das konkreter betrieblich auszurichten. In der Tat ist es aber eher so, würde ich sagen, dass wir in den Arbeitskämpfen die individuellen Perspektiven unterstützen. Ich selbst habe mit WILHELMSBURG SOLIDARISCH zumindest noch keine betriebliche, in die gewerkschaftliche Richtung gehende Arbeit gemacht.

PAUL: Es ist schon festzustellen, dass wenige Leute ihre Konflikte am Arbeitsplatz in einer größeren Gruppe thematisieren wollen. Es kommt zwar immer mal wieder vor, aber eine konkrete Unterstützungsarbeit an einem Arbeitsplatz hat sich daraus nicht ergeben. Aber ich bespreche zum Beispiel die Themen, die ich am Arbeitsplatz habe, auch gerne in der Gruppe, um Rückmeldungen zu bekommen, wie ich mit einzelnen Dingen umgehen kann, und das habe ich in der Vergangenheit als sehr hilfreich wahrgenommen, auch wenn ich daraus noch keinen konkreten Kampf mit Unterstützungsarbeit von WILHELMSBURG SOLIDARISCH gemacht habe.

Was wir zum Beispiel schon mal gemacht haben: Jemand war zum Personalgespräch eingeladen, und dann ist jemand von uns zur Ver-



stärkung und als Zeug:in mit hingegangen und hat Notizen gemacht. Oder wir haben die Schwierigkeiten, die jemandem aufgrund eines Arbeitsgerichtsverfahren hatte, durchgesprochen und ihn emotional supportet. Das schon, aber keinen Streik oder dergleichen.

LUISE: Wir haben gelesen, dass ihr eine Kampfkasse habt. Wie funktioniert sie? Wie kommt das Geld da rein, wie wird darüber entschieden, wie es verteilt wird? Wie wichtig ist diese Kasse für eure Arbeit?

PAUL: Das Geld kommt über Spenden rein. Die Kampfkasse für sich genommen wird wirklich sehr wenig in Anspruch genommen. Sie dient dazu, es Leuten zu erleichtern, wenn sie bestimmte Kämpfe führen wollen und dadurch finanzielle Einbußen hätten. Sie hat also eigentlich die Funktion, Ängste zu nehmen vor Kämpfen, oder auch zu verhindern, dass das Geld vorgeschoben wird als Grund dafür, dass man Kämpfe nicht führen möchte. Faktisch ist es aber meist so, dass Leute nicht bereit sind, das Geld anzunehmen, obwohl wir wirklich sehr stark dafür werben.

Aus unserer Gruppenkasse werden auch Fahrkarten, Kinderbetreuung und Übersetzungen gezahlt und solche Sachen, einfach um Beteiligung zu ermöglichen für Leute ohne oder mit sehr wenig Kohle. Aber das ist nicht unbedingt die Kampfkasse, sondern einfach Geld, das dafür zur Verfügung steht. Entschieden über die Ausgabe in einer konkreten Situation wird immer von denjenigen Menschen, die in dem Moment beim Anlaufpunkt sind, wenn das Thema auftaucht.

■ Umgang mit der Corona-Pandemie

ANNA: Was hat die Pandemie mit euren Aktivitäten gemacht?

RICHARD: Dafür mussten wir uns ganz schön umstrukturieren. Aber wir haben zu keinem Zeitpunkt aufgehört zu arbeiten und haben verschiedene Wege gefunden, die Arbeit anders zu strukturieren. Den Anlaufpunkt können wir jetzt digital machen beziehungsweise wir haben jetzt die Option, dass sich Leute digital dazu schalten können.

PAUL: Wir haben ein Rummikrofon und dadurch können die Leute, die live beim Anlaufpunkt sind, verstanden werden. Das war unser Weg, für möglichst Viele einen Zugang zu schaffen, denn der digitale Anlaufpunkt schließt extrem viele Leute aus. Wenn es einen Überset-

zungsbedarf gegeben hätte – und das hat es nicht, was Bände spricht –, dann wäre es nicht so leicht gewesen, eine Simultanübersetzung hinzubekommen.

PAUL: Corona ist natürlich super scheiße gewesen, wenn es darum geht, mit Leuten im Viertel in Kontakt zu treten. In der Anfangszeit von Corona hatten wir die Initiative aus dem Anlaufpunkt heraus, mit den Nachbar:innen zu sprechen und Leute dabei zu unterstützen, mit ihren Vermieter:innen in Kontakt zu treten, um Miete zu sparen. Das ist im Endeffekt gescheitert. Es war auch einfach nicht so realistisch, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, während in der Anfangsphase der Pandemie viel Unsicherheit und große Ängste bei Kontakt vorherrschten.

■ Überregionale Zusammenarbeit

ANNA: Ihr hattet eben schon gesagt, dass ihr zumindest am Anfang auch mit anderen Gruppen zusammengearbeitet habt. Ist das etwas, das ihr weiterhin macht oder vorhabt zu machen, und wie sieht diese Zusammenarbeit aus?

RICHARD: Wir haben immer mal wieder, und am Anfang verstärkt, Netzwerkarbeit betrieben – das heißt: Zwei »Kernmenschen« sind viel rumgereist. Und ich treffe überall immer mal wieder Leute, jetzt kürzlich in Freiburg, die meinten, »WILHELMSBURG SOLIDARISCH, die waren doch mal bei uns vor fünf Jahren«. Und über diese Netzwerke haben dann Leute, die von woanders her nach Hamburg kommen, auch schon von der Gruppe gehört.

PAUL: Es gab vereinzelte Besuche von anderen Gruppen bei uns, aber es ist nicht so, dass man sagen könnte, dass die Vernetzung bei uns im Vordergrund steht.

In der Vergangenheit hatten wir auch Konferenzen für Skillsharing mit anderen Gruppen, die im Bereich der Selbstorganisation in Alltagskämpfen arbeiten. Unser Ziel ist es weiter mit ähnlich arbeitenden Gruppen im Austausch zu bleiben. Aktuell gibt es mit der Ini WER HAT DER GIBT eine sehr schöne Möglichkeit, Aktionen verschiedener Initiativen unter deren Dach zusammenzuführen. Hier haben wir uns auch kürzlich mit einer Aktion beteiligt und planen das auch weiter zu verfolgen.

ANNA: Findet ihr Vernetzung wichtig, auch über konkrete Anliegen wie zum Beispiel Skillsharing hinaus? Würdet ihr in einem überre-

gionalen Zusammenschluss von Basisorganisationen auch einen Selbstzweck sehen, oder gibt es diese Perspektive bei euch nicht?

PAUL: Wir versuchen, Vernetzung nicht als Selbstzweck zu betrachten, sondern mit einem konkreten Anliegen an die Vernetzung ranzugehen. Wenn du sowas ansprichst wie sich zu vernetzen, um gemeinsam Dinge durchzusetzen für eine gesellschaftliche Transformation, dann würde ich sagen: Wir sind noch nicht an dem Punkt, an dem wir realistisch Veränderung damit bewirken können. Die Vernetzung ist recht arbeitsintensiv. Wir schauen gerade auch, wer was wofür geben kann, und die Vernetzung steht eher hinten. Bisher hatten wir Vernetzung vor allem zum Skillsharen, und der Wunsch besteht auch weiterhin. Bei der Vernetzung lernt man sich kennen, und da gibt es immer auch sinnvolle Impulse.

HÄNDE WEG VOM WEDDING | Berlin

HÄNDE WEG VOM WEDDING ist eine Gruppe im Norden Berlins, die sich 2012 gegründet und 2018 nach einem rätekommunistischen Modell umstrukturiert hat. Seitdem gibt es neben der Vollversammlung vier themenspezifische Kommissionen – zu Arbeitskämpfen, Feminismus, Mietenkämpfen und Antirassismus/Antifaschismus –, die offene Angebote wie Bildungsveranstaltungen, Kundgebungen und Cafés organisieren und über sogenannte Vorfeldstrukturen in den Stadtteil hineinwirken. Die Kommissionen entsenden Delegierte in den Rat, der für die Analyse und strategische Ausrichtung zuständig ist und unter anderem auch interne Weiterbildungen für die Gruppe plant. HÄNDE WEG VOM WEDDING betreibt gemeinsam mit anderen Gruppen das Kiezhaus »Agnes Reinhold« und gibt mit der Kiezkommune Wedding die Stadtteilzeitung *Plumpe* heraus. Das Interview haben wir im September 2020 geführt.

■ Organisationsstruktur

BALDO: Am Anfang würden wir gern ein konkreteres Bild davon bekommen, was ihr eigentlich macht und wie eure Gruppe funktioniert.

JULE: Wir sind nach einem rätekommunistischen Modell organisiert und arbeiten aktuell in vier Kommissionen: zu Arbeitskampf, Mietenkampf, Feminismus und Antirassismus beziehungsweise Antifaschismus. Delegierte aus diesen Kommissionen treffen sich in einem Rat – dem »Kern« –, in dem gemeinsame Beschlüsse gefasst werden.

MARCEL: Die Delegierten im Rat sind per imperativem Mandat an ihre Kommission gebunden. Je eine delegierte und eine co-delegierte Person füllen diesen Rat. Die Kommissionen haben eine gewisse Autonomie im Rahmen ihrer eigenen Praxis. Aber der ideologische und organisationstheoretische Rahmen wird gemeinsam vom Kern beschlossen. Der Kern hat a) eine strategische sowie koordinierende Funktion und

b) ist er der Ort, wo die organisationstheoretischen Leitplanken und die gemeinsame Theorie formuliert und weiterentwickelt werden.

ANNA: Und dass sich die Leute aus den Kommissionen im Rat oder Kern abwechseln, bedeutet, dass sich dieser nicht verselbstständigen kann?

MARCEL: Auf jeden Fall, das wird aktiv verhindert. Die Gruppe ist darüber demokratisch legitimiert, dass regelmäßig Wahlen der Delegierten stattfinden, sodass der Kern nicht von der realpolitischen Praxis entkoppelt bestehen kann, sondern immer wieder daran angebunden wird.

ANNA: Wenn es im Rat einen theoretischen Diskussionsprozess gibt und die Delegierten regelmäßig wechseln, dann müsste man eigentlich, um da weitermachen zu können, wo eine andere Person aufgehört hat, wirklich die ganze Zeit die Diskussion genau mitrezipiert haben. Ist das so? Oder bildet sich dadurch, dass gewählt und nicht rotiert wird, dann doch so eine Theoretiker – vielleicht :innen oder auch nicht :innen (Lachen) – -Kombo?

JULE: Also ich bin Teil der feministischen Kommission, und wir haben das immer so gehandhabt, dass wir richtig eine Diskussion darum geführt haben – nicht nur, wie es kapazitätentechnisch aussieht, sondern auch, wie es Sinn macht und wer welche Unterstützung braucht, wenn er oder sie in den Kern kommt. Und wir haben es eigentlich bisher ganz gut hinbekommen zu rotieren. Das war bisher noch kein Problem – bei den anderen Kommissionen eigentlich auch nicht.

ANNA: Gelingt es durch diese Struktur, Hierarchien informeller Art zu vermeiden?

JULE: Ich denke, es ist ein Modell, in dem Hierarchien abgebaut werden, weil es so transparent ist. Wir haben Delegierte mit klaren Verantwortlichkeiten. Es wird diskutiert und beschlossen, wer wofür zuständig ist. Informelle Hierarchien sind natürlich immer ein Punkt. Wir werden auch nicht irgendwann alle auf dem gleichen Wissensstand sein. Aber es ist so eine Struktur, die uns hilft zu erkennen, wer wofür gerade zuständig ist und an wen ich mich wie wenden und auf welcher Ebene ich welchen Beschluss fassen und wie mitwirken kann.

MARCEL: Das ist ja gerade die Stärke des rätekommunistischen im Gegensatz zum autonomen Modell. Es gibt nichts Undemokratische-

res als eine autonom verfasste Gruppe, in der alle über alles entscheiden und die relevanten Entscheidungen dann doch eher beim Bier in der Kneipe oder in der WG getroffen werden. Wenn du bei einer autonomen Gruppe nicht auf dem wöchentlichen Plenum bist, hast du ein Problem, dann bist du weg von der Informationskette. Wenn du im autonomen Zirkel zum Beispiel ein persönliches Problem hast, das aber vielleicht politisch aufgeladen ist, dann kennt man das doch, dass es sich fraktioniert und teilweise einen Sprengcharakter für alle hat. Das verhindern wir mit unserer Organisationsform.



Wir haben nicht nur ein Selbstverständnis – in dem geht es um Inhalte –, sondern wir haben auch ein Statut, das unsere Organisationsform regelt und das auch immer weiterentwickelt wird, wenn es zum Beispiel darum geht, wie Aufnahmeprozesse ablaufen oder welche Funktionen und Ämter es gibt, die Leute temporär übernehmen. Damit ist dann auch durchsichtig, was an welcher Stelle passiert und was die Anforderungen an die Menschen sind. Da wird einem nicht vorgegaukelt, dass es ein Mitmachzirkus sei, sondern alles ist formal demokratisch geklärt.

ANNA: Ich persönlich finde das total gut, erlebe es aber auch, dass Leute davon abgestoßen sind, weil sie solche organisatorischen Festlegungen als Gegenteil von Freiheit empfinden oder weil sie es für überflüssig halten, alles durchzuformalisieren. Hattet ihr da Debatten?

MARCEL: Es gibt ja auch Leute, die seit unserem Umstrukturierungsprozess von einer postautonom zu einer rätekommunistisch verfassten Organisation nicht mehr dabei sind. Aber das sind Leute – darüber freue ich mich auch –, die uns teilweise sozial und politisch erhalten geblieben sind. Durch unseren Reorganisationsprozess sind wir von diesem individual-anarchistischen Verständnis, was Freiheit bedeutet, weg und hin zu einer sozialistischen, rätekommunistischen Perspektive gekommen, die bestimmte Notwendigkeiten, Kollektivität und Ernsthaftigkeit betont. Die Betonung liegt hier auf Verbindlichkeit: die Maßgabe, dass Politik eine Lebensaufgabe ist und nicht eine kulturelle Phase, die ich

gerade durchlaufe, und dass es notwendig ist, eine gemeinsame Linie zu haben, die wir uns als Gruppe gemeinsam überlegen.

■ Arbeitskampfkommission

BALDO: Wie betreibt ihr Politik, aktuell hier im Kiez?

MARCEL: Als Arbeitskampfkommission, der ich angehöre, wollen wir einerseits Momente der Solidarität zu bestehenden Arbeitskämpfen sowohl aus dem Kiez heraus- als auch in den Kiez hineintransportieren und andererseits ...

ANNA: Sagst du mal kurz, was das heißt – »aus dem Kiez heraus ... in den Kiez hinein«?

MARCEL: Als Arbeitskampfkommission haben wir die Aufgabe, Solidarität für Arbeitskämpfe zu schaffen – auch im Kiezhaus¹, der räumlichen Entsprechung unserer Organisation und dem Multiplikationsort für unsere Praxis. Zum Beispiel im Wedding wären das Arbeitskämpfe wie am Virchow-Klinikum, wo die ins Charité Facility Management outgesourceten Kolleg:innen der Charité gerade in die Auseinandersetzung gehen. In der Vergangenheit waren das auch die Kolleg:innen der S-Bahn oder der BVG. Beispielsweise findet eine Kundgebung am Bahnhof Gesundbrunnen zum Thema S-Bahn-Privatisierung statt, und es gibt eine Streikkundgebung von BVG-Fahrer:innen hier in der Afrikanischen Straße. Wir suchen den Kontakt zu den Kolleg:innen und zeigen neben der symbolischen Solidarität auch, dass wir sie als Lohnabhängige mit uns – ebenfalls Lohnabhängigen – und dem Stadtteil in Kontakt bringen.

Wir wollen Momente der Solidarität schaffen, indem wir die Streikkundgebungen besuchen und indem wir thematische Veranstaltungen dazu hier im Kiezhaus machen. Aber andererseits wollen wir natürlich auch aus diesem beschränkten ›Lokalismus‹ raus. Zum Beispiel machen wir bei der KAMPAGNE GEGEN OUTSOURCING UND BEFRISTUNG mit. Getragen wird diese Kampagne berlinweit von Akteur:innen aus verschiedenen gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Strukturen. Wir wollen auch andere Arbeitskämpfe miteinbeziehen und perspektivisch

1 Gemeint ist das »Kiezhaus Agnes Reinhold« im Wedding, dessen Nutzung sich HÄNDE WEG VOM WEDDING mit den Initiativen LAGERMOBILISATION NETWORK BERLIN, OFICINA PRECARIA BERLIN und SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT teilt. <https://www.kiezhaus.org/>.

zum Beispiel zu Union-Busting, Veränderung von gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben wie etwa aktuell bei Starbucks arbeiten. Dazu zählt auch der Solidaritätstreff für die Kolleg:innen der Sozialen Arbeit, den wir regelmäßig durchführen und der über den Bezirk hinaus Lohnabhängige in diesem Bereich erreicht.

■ Kommissionen und Vorfeldstrukturen

ANNA: Das klingt alles nach irrsinnig viel – wie viele Leute seid ihr denn?

MARCEL: Ja, tatsächlich sagen wir das gar nicht nach außen. (Lachen) Die Stärke unserer gemeinsamen Organisation liegt darin, dass sie den Kommissionen den Rücken freihält sowohl für ihre Praxis als auch für Bildung, und dass wir dadurch, auch durch die Koordinierung mit dem Kern und seiner strategischen Arbeit, eine ganz neue Ansprechbarkeit und politische Schlagkraft nach außen hin haben. Und die Stärke einer Kommission hängt nicht nur daran: Jede Kommission hat wenigstens eine Vorfeldstruktur, wo ihre Arbeit nochmal multipliziert wird: wo Leute dazukommen, die nicht Teil von HÄNDE WEG VOM WEDDING sind, die aber sagen: »Ich brenne für dieses Thema und möchte das unterstützen.« Das ist vielleicht der erste Raum der politischen Berührung und ein aktionsorientierter, solidarischer Arbeitsrahmen. Deshalb müssen wir nicht alles allein tun, sondern arbeiten gemeinsam mit den interessierten Multiplikator:innen, die mehr Verantwortung in den Vorfeldern übernehmen wollen.

Diese Vorfeldstrukturen entstehen aus einer gewissen Analyse heraus. Als wir damals in dem Umstrukturierungsprozess waren, haben wir bewusst vier populäre Themenfelder aufgegriffen, wo wir sagen: Die sind einer revolutionären Praxis integral. Wir wollen keinen Antifaschismus ohne Arbeitskampf, und keinen Arbeitskampf ohne jedes andere Standbein umsetzen. Und diese Vorfeldstrukturen sind einfach wie offene Strukturen, die von uns inhaltlich mitangeleitet werden. Wir haben natürlich als Kommission eine koordinierende, aber auch eine inhaltlich sinnstiftende Funktion. Deswegen, glaube ich, ist das auch so interessant für viele: weil wir so verschiedene Lebensrealitäten berücksichtigen können und weil die Vorfelder eine inhaltliche Orientierung geben. Die Erwartung ist klar: Es ist keine autonome Vollversammlung, sondern ein offenes Arbeitstreffen, für das bestimmte Verantwortlichkeiten geklärt sind und wo wir den organisatorischen und inhaltlichen

Rahmen stellen. Das empowert Leute zu sagen: Ja, da kann ich mich auch mit meinen geringen Kapazitäten zum Thema Mietenkämpfe oder zu anderen Kämpfen, Antifaschismus zum Beispiel, einfach direkt engagieren.

Seit unserer Umstrukturierung bauen wir also diese vier Kommissionen auf, aber es gibt natürlich noch ganz andere Themen, die abgedeckt und populär gemacht werden müssen, zum Beispiel Ökologie, Gesundheit und weitere. Solchen Themenfeldern werden wir uns in Zukunft auch widmen.

BALDO: Wie generiert ihr diese Vorfeldstrukturen? Wenn ich das richtig verstehe, gibt es von euren Kommissionen organisierte Treffen, zu denen Leute von außen regelmäßig dazukommen?

JULE: Ich kann es ja mal für den FRAUEN*STREIK WEDDING erklären. In der feministischen Kommission haben wir ein Vorfeld, das FRAUEN*STREIK-KOMITEE WEDDING. Das ist eine offene Gruppe, die perspektivisch auch eine Plattform für feministische Themen im Kiez sein soll. Da haben wir einmal im Monat eine Vollversammlung. Wir versuchen, darüber immer wieder Leute anzubinden.

BALDO: Wie ladet ihr dazu ein? Wie kriegen Leute überhaupt mit, dass es das gibt?

JULE: Ganz viel über Social Media, und dann sind wir auch viel im öffentlichen Raum – über Kundgebungen zum Beispiel. Es gibt einmal im Monat den Hände-weg-vom-Wedding-Tresen. Und das Kiezhaus ist auch ein Raum, worüber wir Aufmerksamkeit auf uns ziehen.

ANNA: Welche Art von Leuten spricht ihr damit an?

JULE: Zum FRAUEN*STREIK kommen anpolitisierte Menschen. Das müssen nicht Leute aus der linksradikalen Subkultur sein, aber das sind Menschen, die zum Beispiel schon mal was mit dem Wort Patriarchat anfangen können. Wir bauen gerade wieder ein Frauen*-Café auf, das es im Kiezhaus auch schon mal gab, und ich könnte mir vorstellen, dass man darüber mit Menschen in Kontakt tritt, die vielleicht nicht speziell aus der linken Denke kommen. Aber wir machen uns auf jeden Fall keine absurden Vorstellungen davon, dass wir mit der Politik, die wir betreiben, jetzt die gesamte Nachbarschaft hier ansprechen würden.

MARCEL: Wir wollen ja auch nicht alle ansprechen. Es ist halt ein Klassenansatz, den wir fahren. Wir bewegen uns hier auch in Feldern, die hochgradig von Verdrängung, von sexualisierter Gewalt geprägt sind – Femizide waren und bleiben im Wedding tatsächlich ein großes Thema –, genauso von rassistischer Gewalt, aber natürlich auch von Arbeitskämpfen. Und da versuchen wir im Sinne Neuer Klassenpolitik, auch einen neuen Klassenbegriff zu formulieren. Wer sind eigentlich die Leute, mit denen wir revolutionäre Praxis entwickeln wollen?

BALDO: Noch einmal zurück zur Arbeitskampfkommission: Wie sieht deren Verhältnis zu Gewerkschaften aus?

MARCEL: Wir üben einerseits Kritik an Sozialpartnerschaften und an Gewerkschaftsfunktionär:innen, die völlig entkoppelt von ihrer Basis ein Rädchen im System sind und häufig gar kein Interesse haben, die Situation der Beschäftigten oder die ökonomische Ordnung grundlegend zu ändern. Die Dialektik besteht darin, mit den häufig sehr patenten Basisgewerkschaftler:innen (nicht nur die FAU, auch die GEW, teilweise auch Ver.di oder bei Ryan Air die Flugbegleiter:innen-Gewerkschaft) und mit den Leuten an der Basis zusammenzuarbeiten und ihnen dort von uns, als außerparlamentarische und außergewerkschaftliche Kraft, die Solidarität kundzutun und die Basis darüber zu stärken. Das ist natürlich eine sehr kleinteilige Arbeit. Wir sind weit davon entfernt, eine machtvolle gesellschaftliche Kraft zu sein. Aber das ist der Aufbauprozess, den wir uns gerade geben.

BALDO: Bei Arbeitskämpfen geht es ja immer um die Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen, aber meistens geht es ja nicht darüber hinaus; meistens haben diese Kämpfe keinerlei Perspektive auf Überwindung der kapitalistischen Strukturen. Wie wählt ihr aus, wo ihr eingreift?

MARCEL: Ich glaube, es kommt auf das Feld an: Reden wir gerade zum Beispiel von dem Arbeitskampf an der Charité und dem Virchow, ist das nochmal etwas ganz anderes, weil da die Gewerkschaftsführung überhaupt kein Interesse an einer Kooperation mit uns hat. Gegen uns – als KAMPAGNE GEGEN OUTSOURCING UND BEFRISTUNG, bei der wir mitmachen – gibt es teilweise eine sehr aggressive Stimmung. Da gibt es auch Versuche, die Belegschaft dazu zu bewegen, unsere Solidaritätsaktionen nicht zu besuchen. Dass es solche Versuche gibt, liegt in der Natur der Sozialpartnerschaft. Aber davon lassen wir uns nicht

entmutigen. Die Kolleg:innen, die wir erreichen, erreichen wir vielleicht auch nur, indem wir einen Kuchen vorbeibringen oder ein Protestzelt organisieren oder einen Redebeitrag auf ihrer Kundgebung halten. Das ist wie gesagt eine ganz kleinteilige, aber notwendige Arbeit.



Bei dem Kampffeld Soziale Arbeit ist das nochmal anders, denn da gibt es kaum gewerkschaftliche Organisation. Da fangen wir eine kleine Wühlarbeit an, wobei es darum geht, erst einmal eine Grundlage zu schaffen: Wie kann ich denn mein eigenes Lohnarbeitsverhältnis verbessern in so einer krass neoliberalisierten Trägerlandschaft, die auf ganz eigene Art und Weise auf Profite getrimmt ist, in einer krass isolierten Kolleg:innenlandschaft mit krass isolierten Trägern, die massiv im Konkurrenzverhältnis zueinander stehen? Der Betriebsrat ist auch nichts Revolutionäres, aber besser ein Betriebsrat als keiner, und es ist eine sehr gute Ausgangslage, um sich als Lohnabhängige zu emanzipieren – oder zumindest einen Grundstein dafür zu legen.

ANNA: Wie kommt das eigentlich an? Wenn ihr beispielsweise zu einem Streik geht, wo die Leute euch nicht kennen: Was sagt ihr denen, warum ihr da seid? Und wie reagieren sie darauf?

MARCEL: Wir sagen denen das gleiche, was wir euch auch gesagt haben. Wir gehen mit einem gewissen Selbstbewusstsein da rein und sagen, dass wir als Lohnabhängige, als Arbeiter:innen ein gemeinsames Interesse haben, dass es einen Grund gibt, warum wir ihnen Solidarität zeigen, ohne gleichzeitig zu sagen, die Gewerkschaftsfunktionäre wären jetzt die Verräter – so leicht ist es dann ja auch nicht. Wir laden sie zu Veranstaltungen ein, wo dann vielleicht auch nur fünf Leute kommen, die nicht unbedingt in diesen Kämpfen drinstecken – aber die sind auf einer gemeinsamen Veranstaltung, beziehen sich das nächste Mal auch solidarisch auf diesen Arbeitskampf, tragen die Inhalte der Arbeitskämpfe – zum Beispiel gegen Privatisierung, gegen Outsourcing oder auch für einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung – auch weiter, vielleicht zu ihren Freund:innen, in ihre Familien, in ihre politischen Kreise; vielleicht wird es auch Teil einer akademischen Ausbildung oder



Abschlussarbeit. Aber so etwas empfinden wir schon als Erfolg, auch wenn hier Solidaritätsplakate im Kiez hängen. Das ist, glaube ich, eine sehr langfristig angelegte Arbeit, aber dem müssen wir uns stellen. – Das ist das eine, das andere ist natürlich, die eigene Lohnarbeit zu thematisieren.

JULE: Und man muss diesen Mut erlernen, »radikale Linke« nicht als Schimpfwort zu verstehen (alle lachen), also dass wir lernen auszudrücken, dass dahinter Werte stehen, von denen wir überzeugt sind, und dass das nicht etwas wird, das wir verstecken.

ANNA: Diesen Vorwurf gegenüber dem Ansatz der Stadtteilarbeit habe ich schon öfter gehört: dass es eine Tendenz gäbe, sich zu sagen: Wir müssen jetzt in den Alltag rein, und um das hinzukriegen, müssen wir uns verstecken. Gibt es das bei euch?

MARCEL: Natürlich müssen wir in den Alltag der Klassengeschwister. Es ist schließlich unser gemeinsamer Alltag als Lohnabhängige. Ich komme zum Beispiel aus einer Bewegung, in der Linkssein sehr fleißig versteckt wurde, wo es eine militante, klandestine, subversive Art gab. Aber das war ein strategischer Fehler. Wir sind ja in Berlin, wir haben hier liberale Ausgangsbedingungen, die uns auch bestimmte Dinge ermöglichen.

ANNA: Was sind Themen, Formate und Aktionsformen, mit denen ihr Leute gut ansprechen könnt?

JULE: Wir haben im letzten halben Jahr die Erfahrung gemacht, dass Kundgebungen und das Verteilen von Infomaterial, beispielsweise unsere Ausgaben der Forderungskataloge zur Lösung der Coronakrise, als Format ziemlich gut laufen – sich zum Beispiel vor dem Jobcenter auf dem Leopoldplatz hinstellen, wo Leute schon kurz stehenbleiben. Das ist ein Format, das wir zuletzt häufig benutzt haben – gerade in der Coronazeit haben wir teilweise einmal pro Woche, manchmal alle zwei Wochen eine Kundgebung gemacht. Ansonsten gibt es die Internationalistischen Abende, die meist in Kampagnen oder größere Bündnisse eingebettet waren. Die sind auch ziemlich gut gelaufen, da war das Kiezhaus immer dabei.

MARCEL: Der eben erwähnte, mehrfach aktualisierte Forderungskatalog zu Corona-Maßnahmen hat reißenden Absatz gefunden – wir haben ihn aktiv auf der Straße auch außerhalb der Kundgebungen verteilt.

Wir haben auch die Forderungen der SOLIDARISCHEN AKTION NEUKÖLLN und anderer unterstützt, um die soziale Frage von links zu besetzen. Es war uns ein großes Anliegen, dass nicht faschistische Kräfte oder andere Reaktionen dieses Themenfeld mit ihrem Wahnsinn besetzen. Und im Wedding wurden die Forderungen sehr gut rezipiert. Es war gut, dass es überhaupt diese Kundgebungen und Infotische gab. Die Materialien an diesen zentralen Orten zu verteilen, hatte für mich eine sehr interessante Ausstrahlung, das war sehr ermutigend für viele. Darüber haben einige Leute den Weg zu unseren Inhalten gefunden.

■ Die Rolle des Kiezhauses

BALDO: Eine Sache, die mich noch interessieren würde: Wie ist das Verhältnis zwischen eurer Gruppe und dem Kiezhaus? Habt ihr es gemietet? Seid ihr als Gruppe der Betreiber oder nutzt ihr das mit?

MARCEL: Wir sind eine der Säulen des Kiezhauses. Wir haben den Prozess 2015 aus der Analyse heraus begonnen, dass wir für unsere Praxis eigene Räume brauchen. Wir können nicht darauf angewiesen sein, in Stadtteilzentren, die kommunal finanziert werden, oder in subkulturellen linken Räumen wie Hausprojekten oder Kneipen unsere Inhalte umzusetzen. Wir brauchen auch eigene Räume, die wir inhaltlich füllen können: die keinen Mikrokosmos bilden, sondern immer wieder versuchen, die Wurzeln nach außen zu schlagen und sich im Stadtteil einzubinden.

Seit 2018 gibt es das Kiezhaus. Wir sind einer der prägenden Teile und es gibt noch andere Organisationen, die das mitbestimmen. Uns fällt es auch als Gruppe zu, die Ratsstruktur des Kiezhauses mit umgesetzt zu haben, die auch ein rätekommunistisches Modell ist, sehr ähnlich zu HÄNDE WEG VOM WEDDING. Wir administrieren das Kiezhaus gemeinsam, beispielsweise die Raumanfragen und die Renovierungsarbeiten, die zu tätigen sind. Wir haben ein gemeinsames Selbstverständnis inhaltlich erarbeitet, wir haben eine Kiezhausordnung, um zu zeigen, wofür das Kiezhaus steht, was wir hier wollen und was nicht.



Das ist auch online nachzulesen.² Wir sind aber nicht der Träger des Kiezhauses.

BALDO: Könnt ihr noch einmal die Gründe nennen, warum ihr sagt: »Wir brauchen ein Haus, das nicht subkulturell ist, wir brauchen etwas Eigenständiges«? Warum ist es so wichtig, in dieser Form im Stadtteil vertreten zu sein?

JULE: Zum einen ist das Kiezhaus ein Raum, den wir als Gruppe selbst nutzen, in dem wir uns selbst ermächtigen, aber zum anderen ist es auch die Möglichkeit, sich mit anderen Gruppen im Stadtteil zu organisieren, politische Inhalte nach außen zu tragen, und der Raum, in dem wir potenziell mit mehr Gruppen politisch zusammenkommen können.

MARCEL: Und das Kiezhaus steht ja auch – man sieht das, finde ich, schon ästhetisch – für einen Bruch mit bestimmten anderen tradierten Formen linker Subkultur, autonomer Subkultur. Wir schaffen Strukturen, die generationsübergreifend sind, die andere Zugänge ermöglichen, wo wir – da spreche ich auch für uns – selbst altern können, wo es nicht darum geht: Zwischen 20 und 29 bin ich Teil der radikalen Linken in Berlin, und danach bin ich fertig, habe meine Ausbildung beendet, beginne eine kleinbürgerliche Existenz und gehe im Linkliberalismus auf.

BALDO: Was sind die Ideen, wenn du sagst, »gemeinsam altern«? Habt ihr euch dazu schon Gedanken gemacht, oder ist das gerade eher ein Wunsch und noch nicht so ganz ausgefüllt, wie das genau funktionieren kann?

JULE: Es geht darum, das Bewusstsein und die Perspektive zu schaffen, dass Politik Teil des Alltags und eine Lebensaufgabe ist und kein Projekt, das man mal macht, oder Aktivismus, den man kurz betreibt. Dass verschiedene Lebensrealitäten, Menschen mit Kind zum Beispiel, Menschen verschiedener Generationen, an so einem Raum teilhaben können.

ANNA: Im Unterschied zu einer Kiezkneipe, in der es die Tendenz gibt, dass man – erfahrungsgemäß – irgendwann nicht mehr dort hingehst ...

MARCEL: Oder Leute bleiben hängen! (Lachen)

2 Vgl. <https://www.kiezhaus.org/ueberuns/>.

ANNA: ... wo es einen bestimmten Stil gibt und so weiter.

MARCEL: Genau. Wir hatten das am Anfang ausgelassen, es gibt ja – das war auch ausschlaggebend für unsere Umstrukturierung – den Artikel im *revolt:magazine* »Zum Ende einer Bewegung und eines Organisationsansatzes«³. Der kommt nicht von uns, aber daran haben wir uns in der Umstrukturierung orientiert. Das Kiezhaus ist kein alternatives Jugendzentrum, sondern es versucht, wirklich ein soziales Zentrum zu sein. Deswegen bricht es mit ganz vielem.

■ Bildung nach innen

ANNA: Als Gruppe bildet ihr euch auch gemeinsam weiter. Wie genau funktioniert das?

JULE: Es geht darum, Bildung nicht als verkopfte und entkoppelte Anforderung an die Organisation zu stellen. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir im Rahmen unserer regelmäßigen Vollversammlungen theoretische und strategische Debatten führen. Wir haben beispielsweise die Frage debattiert: »Wie können wir feministische Inhalte jenseits der feministischen Kommission in unseren Arbeits- und Kampffeldern implementieren, als verbindlicher, integraler Bestandteil unserer Praxis und Theorie?« Und wir haben natürlich auch eine Debatte um die Frage nach der Dialektik von Reform und Revolution geführt: Was ist unsere Position in unseren realpolitischen Kämpfen? Gleichzeitig machen wir theoretische Arbeit dazu, um eben auch dem Anspruch gerecht zu werden, revolutionär zu sein und sich nicht von liberalen oder anderen reformistischen Akteuren in diesen Betrieb integrieren zu lassen.

Bildung wird über den Kern delegiert. Dort wird besprochen, welche Bildung anstehen könnte, wie wir einen Bildungsplan aufstellen können und welche Inhalte da verankert werden sollen. Dieser Bildungsplan ist dann verbindlich für die Gesamtorganisation. Das heißt, wir überlegen uns eine inhaltliche Reihe, überlegen, welche Teile davon gruppenintern sind, welche Teile wir öffentlich machen, zum Beispiel mit einer Kiezhausveranstaltung.

Es gibt bestimmte Aufgaben in der Gruppe, die wir für elementar halten und an Personen delegieren, die diese klar definierten Funktionen dann ausfüllen. So etwas gibt es auch bei der Bildung: Der Kern

3 Siehe <https://revoltmag.org/articles/zum-ende-einer-bewegung-und-eines-organisationsansatzes/>.

delegiert das an Bildungsbeauftragte, die den Auftrag haben, den Bildungsplan terminlich zu koordinieren und die Inhalte, die über die Kommissionen in den Kern gegeben werden, in den Bildungsmodulen praktisch umzusetzen.

ANNA: Wie gestaltet sich so eine Bildungsreihe? Hat das dann eine Lesegruppenform oder Seminarform? Ladet ihr Leute ein, oder macht ihr das selber?

JULE: Wir suchen uns interne und externe Dozierende, zum Beispiel machen wir eine größere Bildung zum Thema materialistischer Feminismus. Ich stelle mir beim Thema Feminismus aber auch vor, dass wir die Verhaltensebene mit den materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen verbinden. Es geht darum, die Überwindung der Widersprüche der Gesellschaft mit einer kollektiven revolutionären Perspektive zu vereinen.

■ Bildung nach außen

ANNA: In diesem Kontext taucht ja Bildung als ein Tool auf, das man für die Praxis braucht. Tretet ihr mit Bildung auch nach außen, um aufzuklären, zu agitieren? (Jule und Marcel lachen) Und wenn, warum?

JULE: Natürlich, das ist ein ganz wichtiger Teil der politischen Bewusstseinswerdung. Bildung ist das A und O. Agitation ist ein wichtiges Tool in unserer politischen Arbeit, und sie muss gelernt werden und vor allem mit Inhalt gefüllt sein.

ANNA: Also so selbstverständlich finde ich es nicht. Es gibt ja in der Linken auch die Position, dass das Allerwichtigste so etwas wie Erfahrung und Solidarität ist. Und es gibt ja auch die Position, dass man explizit nicht agitieren soll und kann, weil Politisierung nicht so funktioniere. Warum ist es für euch das A und O?

MARCEL: Also das Spannende ist, Bildung als etwas Planvolles zu begreifen. Die Relevanz von Erfahrungen wird ja nicht bestritten. Aber Bildung kann nicht alleine über die Erfahrung gehen, denn woher soll denn das Bewusstsein kommen? Nehmen wir zum Beispiel Diskriminierungsformen: Woher kommen sie, welche Funktionsweise haben sie gerade in diesen Verhältnissen? Die Antworten darauf fallen ja nicht vom Himmel. Und auch die Leute, die beispielsweise Rassismus oder Antisemitismus erfahren, können ganz unterschiedliche Schlüsse daraus ziehen, warum

das passiert. Das kann auch wiederum rassistische oder diskriminierende Formen annehmen. Da wäre es dann schon gefährlich zu sagen, dass das alles so wertfrei nebeneinandersteht und die Erfahrung alles ist. Nee, die Erfahrung ist wichtig, aber die materialistische Deutung ist ja nicht davon wegzudenken. Man versucht ganz klar, den Leuten zu vermitteln, warum man jetzt zu dieser Position kommt. Und die hat ja auch etwas Objektives, man erklärt es gesellschaftlich.

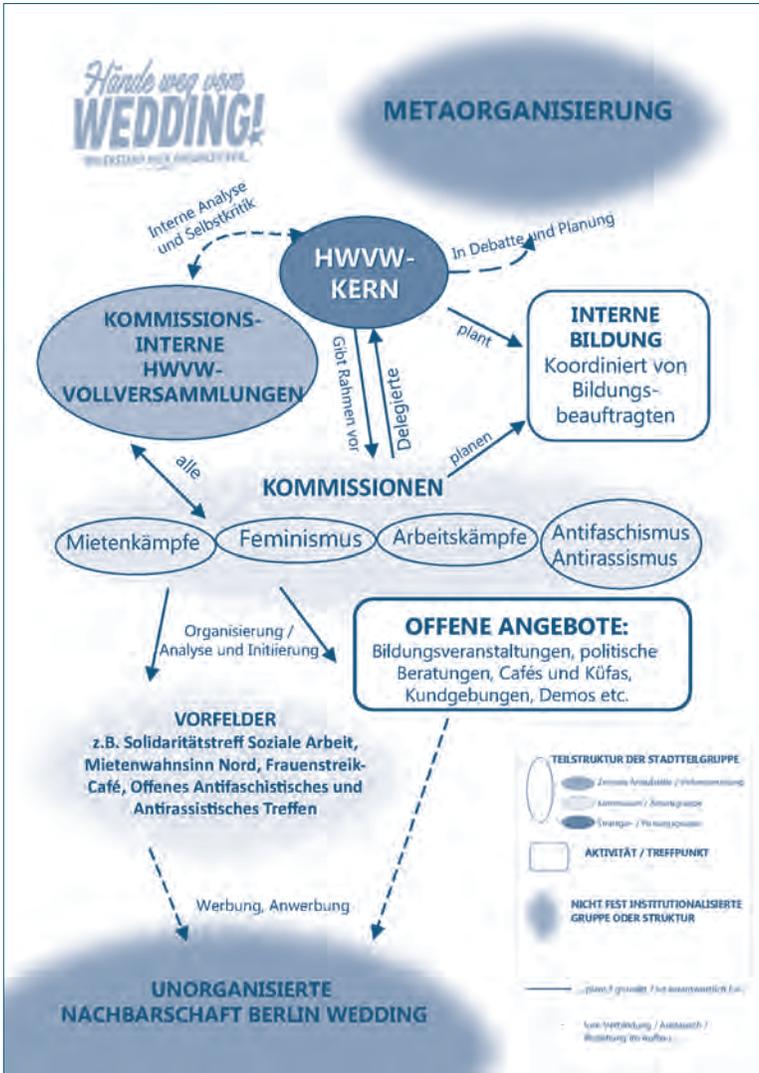
BALDO: Was ja nicht so leicht ist ... Wie ist da eure Erfahrung? Wenn man anfängt, radikalere Ideen zu äußern, gerät man leicht in diese Schublade.

MARCEL: Das ist aber auch unser gesellschaftlicher Auftrag. Weil in einer Gesellschaft, die so krass von Neoliberalismus geprägt ist, behauptet wird – gerade nach 1989 –, das sei das Ende der Geschichte. Und dann gibt es einen massiven antikommunistischen Diskurs hier in Deutschland, gerade in dieser deutschen Gesellschaft mit der Erfahrung des Faschismus und dem Abriss von Tradierungen innerhalb der Linken. Natürlich stoßen wir da auch auf Widerstand. Das sind einfach die aktuellen gesellschaftlichen Objektivitäten. Aber das ist die kleinteilige agitatorische Arbeit, das immer wieder zu vermitteln. Natürlich gibt es Leute, die behaupten, es gäbe keinen antimuslimischen Rassismus, es gäbe keine Klasse – mit so einem liberalen Verständnis von »irgendwie müssen doch jetzt alle gut miteinander sein«. Solche Gespräche habe ich schon geführt, aber das ist die Gesellschaft, die kann ich nicht sofort verändern. Wir haben den Realismus, dass wir mit unserer Agenda nicht alle erreichen können oder wollen.

■ Professionalisierung

BALDO: Wir haben schon viel über eure Organisationsstruktur gesprochen. Gibt es noch Punkte, die ihr ergänzen wollt, bevor wir zum nächsten Thema übergehen?

MARCEL: Ich glaube, ich hätte was: Gibt es in so einer Organisation auch Möglichkeiten, sich so weit zu professionalisieren, dass eine progressive Konzeptionierung von Berufsrevolutionär:innen möglich ist? Szusagen Leute, die hauptamtlich und demokratisch legitimiert für die Organisation arbeiten, nicht als ewige Funktionäre, aber mit den Möglichkeiten, die man in dieser Gesellschaft hat. Das haben wir angefangen zu diskutieren, aber das wird eine längerfristige Debatte, weil



es natürlich enorme Schwierigkeiten bedeuten kann. Trotzdem gibt es da auch Potenziale, die noch nicht ausgeschöpft sind.

ANNA: Es soll auf diese Weise also eine andere Art von Arbeitsintensität möglich werden? Wenn ihr größer werdet und dadurch mehr Leute habt, die einige Stunden in der Woche Zeit haben, dann wäre das nicht äquivalent zu jemandem, der sich sozusagen

hauptberuflich einen Kopf um das Funktionieren der Organisation macht. Ist das der Gedanke?

MARCEL: Es gibt immer notwendige Büroarbeit, zum Beispiel Mails zu beantworten. Da geht es nicht ums Konzeptionalisieren – das muss in der Basis passieren –, sondern einfach um Rückenfreiheit, indem bestimmte Verwaltungsaufgaben übernommen werden. Dann gäbe es nochmal einen enormen Boost, weil du nicht mehr damit befasst bist, in deinen drei Stunden politischer Arbeit außerhalb der Lohnarbeit anderthalb Stunden Mails zu schreiben. Und man muss anerkennen, dass jede erfolgreiche kommunistische Bewegung auf dieser Welt immer so einen Apparat hatte – grundsätzlich, mit unterschiedlichen Ausprägungen, aber so, dass Leute bestimmte technische sowie ideologische Verantwortung hatten und dafür auch ihre Miete und das Essen bezahlen konnten, agitieren konnten. Aber die Frage ist immer, wie das an der Basis gemeinsam legitimiert ist und keine Fachidiotie und kein Apparatschik daraus entsteht.

■ Sozialistische Stadt

ANNA: Als Nächstes geht es um eure Ziele. Bei manchen der Stadtteilgruppen ist auf die Frage »Was wollt ihr?« eine Antwort: Solidarität herstellen. Oder: Sich gemeinsam gegen die Zumutungen des Kapitalismus wehren und sich wechselseitig stärken. Teilt ihr das? Oder habt ihr primär die Perspektive, revolutionäre Politik zu machen?

JULE: Natürlich wollen wir Solidarität schaffen, natürlich vermitteln wir auch das Gefühl, sich gegen die Ausgrenzung, die man im Kapitalismus erfährt, zur Wehr zu setzen. Aber die große Perspektive ist, revolutionäre Politik im Stadtteil zu verankern, und darüber hinaus eine breite linke Bewegung aufzubauen.

MARCEL: Wir beziehen uns auf die »sozialistische Stadt«. Das ist auch unser Ausdruck in den Kommissionen, um beispielsweise zu sagen: Wohneigentum soll vergesellschaftet werden; oder bei uns in der Arbeitskampfkommision wären das die Arbeitsabläufe, die Produktionsmittel und die Arbeitsverhältnisse, die vollkommen vergesellschaftet werden sollen. Natürlich hat das in der feministischen Kommission oder der Antifa-Kommission auch eine Entsprechung, dass man hier nicht versucht, eine Kosmetik der bestehenden Verhältnisse zu machen.

Wir können natürlich gerade nur von der kapitalistischen Stadt als Ausgangspunkt reden, weil das das Feld ist, in dem wir uns bewegen. Es ist auch ein längerfristiges Ziel, noch viel klarer zu formulieren, wie eine sozialistische Stadt aussieht.

ANNA: Was genau meint ihr mit dem Wort »sozialistisch«?

MARCEL: »Sozialistisch« ist für uns ganz klar die vollkommene Vergesellschaftung der Produktionsmittel und aller Lebensbereiche, im Sinne des Klasseninteresses der Lohnabhängigen. Das bedeutet zum Beispiel in Mietkämpfen die Abschaffung von privatem Wohneigentum, Profiten und Renditen. Es bedeutet, den Widersprüchen des Kapitalismus, die sich auch in Femiziden oder rassistischer Gewalt äußern, zu begegnen und faschistische Akteure, die in unserem Kiez und in der ganzen Stadt existieren, als klare politische Gegner anzugehen. Es bedeutet, Arbeitskämpfe zu stärken und sie als Emanzipationsmoment zu begreifen. Wir arbeiten nicht monothematisch, zum Beispiel zum Thema Racial Profiling oder für den bloßen Austausch über Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Diese Teilbereichskämpfe nutzt man ja als Katapult für eine gemeinsame revolutionäre Bewusstseinswerdung als Klasse der Lohnabhängigen.

BALDO: Ich habe noch nicht ganz verstanden, welche Bedeutung der Begriff oder das Konzept der »sozialistischen Stadt« für euch hat. Richtet ihr eure Realpolitik daran aus wie an einem Ideal? Schaut ihr euch konkret an, wie die Stadt, in der wir gerade leben, funktioniert, und wie es anders sein müsste?

MARCEL: Das ist etwas, was stetig entwickelt wird. Es braucht eine neue Form der Klassenanalyse. Neue Klassenpolitik bedeutet ja auch, dass man sich nicht die Gesellschaft von vor hundert oder zweihundert Jahren anschaut; die Gesellschaft ist durch den Neoliberalismus teilweise anders strukturiert, wenngleich die Ausbeutungsverhältnisse selbstverständlich immer noch da sind. Sie zeigen sich teilweise anders, haben sich entweder verschärft oder sind versteckter geworden. Im Rahmen unserer Bildung haben wir zum Beispiel einen Schwerpunkt zu Klasse, wo wir genau das entwickeln, also auch schauen, wie unser Kiez, unsere Stadt ökonomisch strukturiert ist und wie unser eigener Zugang zu Klasse, unsere eigene klassenspezifische Herkunft ist. Daraus entwickelt sich ja auch eine Programmatik, die man realpolitisch umsetzt. Auch zu sagen: Ich mache jetzt nicht nur die Arbeit gegen steigende Mieten, weil

ich das ungerecht finde, dass wenige Leute ganz viel Geld und ganz viele Leute ganz wenig Geld haben, sondern aufgrund einer Vorstellung, die man dazu entwickelt, wie man das umstürzen kann, wie man eine andere Gesellschaft und Produktion sowie Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums strukturieren kann, emanzipiert und gleichberechtigt. Wo der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt ist und die Produktionsweise allen zugutekommt.



Wir versuchen, uns zu bilden und ein Programm zu entwickeln, weil es das in einer spontaneistischen, aktionsorientierten radikalen Linken häufig gar nicht gibt, jenseits von Phrasen, die gedroppt werden. Die sind manchmal richtig, die Phrasen, aber sie müssen gefüllt werden. Und das ist tatsächlich eine große Arbeit. Die kann in Berlin besondere Spezifika haben und in einer Stadt wie Reutlingen oder einer Region wie dem Ruhrpott noch mal andere.

■ Stadtteilpolitik als revolutionäre Realpolitik

BALDO: Was ist für euch die Idee dahinter, diese Form von Stadtteilpolitik zu wählen? Seid ihr optimistisch, dass euer Ansatz mehr dazu beiträgt, dass die Zahl der Leute, die den Kapitalismus überwinden wollen, größer wird – im Unterschied zu autonomer Vollversammlung, im Unterschied zu linksradikalen Kleingruppen, die Bildungsarbeit machen, oder auch zu Gruppen wie die TOP, die Kampagnenarbeit machen?

JULE: Stadtteilpolitik schafft das Bewusstsein, dass der Kampf vor der Haustür stattfindet. Das hat den Vorteil, dass die Menschen merken: Das ist Teil meines Alltags, es passiert um mich herum. Gerade in einer Stadt wie Berlin, die so groß ist mit so unterschiedlichen Bezirken, die sozioökonomisch unterschiedlich aufgestellt sind, ist es wichtig, dass innerhalb der Stadtteile Basisarbeit gemacht wird. Die Stadtteilperspektive muss aber gesamtgesellschaftlich als Klassenperspektive gedacht werden.

MARCEL: Es gibt immer ein Spannungsfeld zwischen der realpolitischen Ausformung und dem revolutionären Anspruch. Beispielsweise in der

Mietenpolitik: Wenn die Zwangsräumung verhindert wird, ist das gut; wenn sie nicht verhindert wird, aber man hat es geschafft, aus dem Haus heraus oder dem Stadtteil heraus Solidarität zu generieren, eine große Kundgebung dagegen oder eine symbolische Blockade zu machen, ist das auch gut. Das ist Realpolitik. Gleichzeitig haben wir den theoretischen Anspruch, revolutionär zu sein, den wir natürlich erstmal auch theoretisch formulieren. Dann bleiben wir nicht dabei stehen, die Zwangsräumung zu verhindern, sondern greifen gleich das Wohneigentum an, das Eigentum an Wohnraum. Genauso sieht es ja auch beim Arbeitskampf und unseren anderen Themenfeldern aus. Klar kämpfen wir gegen Rassismus, klar kämpfen wir gegen patriarchale Unterdrückung, aber integriert, als wichtiger Bestandteil in gemeinsamen Kämpfen, wo man sagen kann, dass das Kämpfe mit wirklich antikapitalistischem Charakter sind, weil wir anfangen, eine Vorstellung einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln; und nicht nur zu sagen: Am Ende steht ein Aufruf oder es steht da noch ein Punkt gegen Kapitalismus. Das drückt sich schon im Kiezhaus und in unserer eigenen Organisationsform aus. Deswegen haben wir uns ja in einem rätekommunistischen Modell organisiert, weil wir der Überzeugung sind: So wie wir uns organisieren, sollte auch eine Gesellschaft organisiert sein – in einer ähnlichen Weise, nicht eins zu eins. In ähnlicher Art und Weise sollte auch die Verteilung von Gütern und von gesellschaftlichem Reichtum funktionieren. Die Gesellschaft ist viel komplexer. Aber wir müssen zumindest anfangen, die Perspektive zu entwickeln, die übrigens auch gar nicht so neu ist. Wir haben uns an historischen Modellen und auch aktuellen Modellen orientiert.

JULE: Und die Perspektive, dass Kapitalismus scheiße ist, ist glaube ich auch nichts, was man vielen Menschen erklären muss. Wir müssen nicht nur sagen: Antikapitalismus, sondern wir müssen auch erklären, was unsere Vorstellung einer sozialistischen Stadt ist; wofür wir stehen. Und ich glaube, wir sind jetzt, verschärft durch diese Krise, an einem Punkt zu sagen: Die ökonomischen Formen, die Gesellschaftsform, in der wir leben, sind nicht tragfähig.

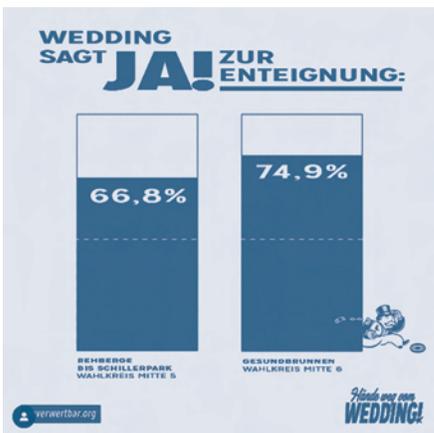
ANNA: Du hast eben gesagt, der Antikapitalismus ist eher der theoretische Teil. Das klingt ein bisschen so: Ihr macht auf der einen Seite reformistische Praxis, und wenn ihr unter euch seid, um es mal polemisch zu sagen, dann macht ihr noch antikapitalistische Theorie. Ich weiß, dass das nicht so gemeint war, aber könnt ihr

genauer sagen, welche Relevanz dieser theoretische Teil hat? Es ist ja immer eine total schwierige Frage, wie man Theorie und Praxis vermittelt.

MARCEL: Beim Thema Miete ist der realpolitische Teil zum Beispiel der Versuch, Zwangsräumung zu verhindern, und dabei wird Propaganda gemacht. Und die besteht nicht einfach darin, das ganze dadurch propagandistisch zu begleiten, dass man sagt: »Das Wohneigentum ist hier das Problem«, sondern dies braucht auch eine praktische Entsprechung. Das bedeutet zum Beispiel, dass man ein Solidaritätskomitee gründet, das versucht, die Leute aus dem Haus zu agitieren, die Leute auf der Straße und aus dem Viertel zu agitieren. Das hat dann einerseits die Seite, ganz praktisch die Zwangsräumung verhindern zu wollen; andererseits hat es aber natürlich symbolischen Charakter, denn wir können innerhalb Kapitalismus ja das Wohneigentum nicht einfach aufheben. Aber das müssen wir verbalisieren und auch noch verschärfen: Es gilt nicht nur, diese Zwangsräumung zu verhindern, sondern es gilt, alle Zwangsräumungen zu verhindern. Es geht grundsätzlich darum, das System Miete, das System Wohneigentum, wenn wir mal bei diesem Beispiel bleiben, anzugreifen. Und darum geht es auch in unseren Vorfeldstrukturen: Da wird inhaltliche Arbeit gemacht mit den Leuten, die dazukommen, sich solidarisch zeigen, diese Zwangsräumung gemeinsam verhindern wollen. In unserer Verantwortung als Kommission gehen wir da rein und fragen: Warum wollen wir sie verhindern? Wo ist das grundsätzliche Problem? Das ist eine Form der Bildungsarbeit, die man macht, eine Form der Agitationsarbeit, um Zusammenhänge im

Kapitalismus zu erklären.

Ein Beispiel ist dann eine Kampagne wie DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN oder wenn sich – auch von uns mit angeleitet – Mieter:innen von Covivio, Ake-lius etc. treffen, also von großen Wohnungskonzernen. Das sind Ansätze, wo man auch jene Mieter:innen erreicht, die sonst nie zum Hände-weg-vom-Wedding-Tresen oder zu einer Kundgebung von uns gehen würden, weil sie vielleicht auch gar nicht davon wissen, weil sie gar nicht an unsere Kommuni-



kationskanäle angeschlossen sind; oder die vielleicht im Rahmen ihrer eigenen Bedrohung anfangen, das Bewusstsein zu entwickeln.

■ Kollektive Ausrichtung und individuelle Solidarität

BALDO: Wir haben bisher nicht über innerlinke Solidarität gesprochen, aber viele der Solidarisch-Gruppen konstituieren sich wesentlich darüber, dass sie erstmal gegenseitige Unterstützung organisieren. Ihr habt bisher vor allem davon erzählt, wie ihr in den Stadtteil hineinwirkt. Wie ist das Verhältnis zwischen diesen Seiten – sind es überhaupt zwei Seiten eurer Organisation?

JULE: Ich finde das megaschwer zu beantworten, weil beides ja miteinander einhergeht. Ich begreife mich als Teil der Gesellschaft, ich versuche, nach außen zu arbeiten. Ich bin gleichzeitig Teil einer Gruppe, in der ich mich selbst ermächtige.

MARCEL: Wir haben ja mit dem Kiezhaus einen Ort, der auch Dienstleistungscharakter hat, weil es Beratungsangebote gibt, wie heute zum Beispiel mit der OFICINA PRECARIA⁴ oder auch mit der Sozialberatung oder dem Sprachcafé für Geflüchtete. Das nutzen wir auch selber als Instrument, wenn Probleme mit dem Jobcenter oder andere Dinge auftauchen; wo wir hin vermitteln können, auch uns selbst. Aber viele der Solidarisch-Gruppen, das ist mein Eindruck, machen viel über diesen Beratungscharakter, als Empowerment. Im Wedding macht das zum Beispiel Basta, die Erwerbslosen-Initiative. Das ist bei uns natürlich nicht im Fokus. Bei uns ist das eine andere Art von politischer Aktivität, die weniger an einem konkreten Fall einer Person, als an einem gesellschaftlichen Thema arbeitet.

ANNA: Ist es vielleicht nicht eher so: Ihr setzt an Konflikten an, die eher kollektiver Natur sind, während diese Solidarisch-Gruppen sich erstmal als Individuen begegnen?

MARCEL: Ich würde sagen, das ist richtig, wenn du es so ausdrückst, ja.

ANNA: Und habt ihr dazu eine Meinung? Also würdet ihr sagen, das ergänzt sich, oder würdet ihr sagen, dass Solidarisch-Gruppen eine eher unpolitische Selbsthilfe sind?

4 OFICINA PRECARIA bietet spanischsprachige Sozialberatung und Unterstützung bei Behördenkram.

MARCEL: Ich will mich nicht entsolidarisieren. Das ist falsch. Nicht alles kannst du im kollektiven Kampf auflösen, wenngleich aber die repressive Struktur dahinter angegriffen werden muss. Wenn dein Leistungsbezug um 100% gekürzt wird, hilft dir keine politische Kundgebung davor, da hilft dir eine konkrete juristische oder fachliche Beratung. Aber meine persönliche Haltung ist zu sagen, dass man aufpassen muss, dass es nicht so einen Dienstleistungscharakter bekommt.

■ Umgang mit diskriminierenden Haltungen

BALDO: Ihr habt ja eine Feminismuskommission, eine Antira-Kommission und offenbar auch interne Auseinandersetzungen mit diesen Themen. Wie geht ihr bei Veranstaltungen und Aktionen mit sexistischem oder rassistischem Verhalten um?

JULE: Wir haben das marxistische Grundverständnis, dass der Mensch Produkt der Gesellschaft ist, also der materiellen Verhältnisse, dass wir Sexismus und Rassismus internalisiert haben, aber auch, dass wir klare Grenzen aufweisen können. In unsere öffentlichen Veranstaltungen kommen schon viele Menschen nicht, weil die Veranstaltungen entsprechend beworben werden. Ich erinnere mich an einem Abend zum Thema antimuslimischer Rassismus, bei dem es zu rassistischen Äußerungen kam. Das ist etwas eskaliert, und wir haben die Person dann aus dem Kiezhaus rauswerfen müssen. Für uns war dann auch klar, dass der Punkt gesetzt werden muss: Du darfst jetzt nicht hier an diesem Ort sein, das geht so nicht; wir stellen uns gern mit dir nach draußen und erklären dir genau, warum das nicht ok ist.

BALDO: Wenn ihr eine Solidaritätsaktion mit Streikenden macht, mit denen man in Kontakt kommen will, dann ist das nochmal etwas anderes ...

ANNA: Ja, so war die Frage gedacht: Man verlässt den Schutzraum der radikalen Linken und redet mit Leuten, die anders denken. Funktioniert es auch in solch einem Kontext zu sagen: »Sobald rassistische oder sexistische Äußerungen kommen, schmeißen wir die entsprechenden Personen halt raus oder reden nicht mehr mit ihr«?

JULE: Das ist, glaube ich, auch die Erfahrung, die viele von uns machen und die wir auch gemacht haben, als wir in den CFM-Streik reingegangen sind. Bestimmt sind da auch AFD-Wähler:innen, und auf jeden Fall

sind da sexistische Kommentare gefallen. Es gehört zum Klassenbewusstsein dazu, das einordnen zu können, und es gehört auch dazu, dass wir einen Umgang mit diesen Widersprüchen erst einmal lernen müssen.

MARCEL: Das bedeutet ja nicht, dass man sie einfach stehen lässt. Es ist unser politisch-pädagogischer – das ist auch wieder so etwas begriffsschwanger – Auftrag, dann in die Auseinandersetzung zu gehen. Und die passiert natürlich je nach Situation, je nachdem, wen du da gegenüber hast, sowieso. Aber ich glaube, das ist genau auch der Fehler gewesen, dass die Linke gemeint hat, sie hätte Schutzräume außerhalb der herrschenden Gewalt. Die hat sie ja nicht. Sie hat sich sozusagen rausgenommen aus der Gesellschaft und hat behauptet, es gäbe so etwas wie einen Freiraum oder einen Schutzraum. Also mir ist bis heute schleierhaft, was das denn sein soll. Natürlich gibt es Sexismus, sexualisierte Gewalt auch in den linken Strukturen.

ANNA: Naja, aber es stimmt ja schon in der Weise, dass es innerhalb der radikalen Linken etablierte Formen gibt damit umzugehen. Wenn ihr beispielsweise eine linke Gruppe einladet, dann könnt ihr zwar nicht davon ausgehen, dass kein Sexismus vorkommen wird, aber doch davon, dass es bei vielen eine Einigkeit darüber geben wird, dass man sich zu Sexismus verhalten muss. Wenn man dagegen eine Streik-Soli macht, gibt es da vielleicht nicht unbedingt bereits etablierte Verhaltensweisen, auf die man zurückgreifen kann. Ich glaube, ich würde da zumindest denken: »Scheiße, was machen wir denn jetzt?« Möglicherweise habt ihr da schon Erfahrungen gemacht: Funktioniert es, auf Leute zuzugehen und ihnen einfach sehr offen die eigene Position mitzuteilen? Oder ist dann das Gespräch zu Ende?

MARCEL: Klare Haltung zeigen, würde ich sagen. Das hatten wir auch in der Vollversammlung zum Thema Sexismus. Die ideologische Position ist da, aber ich muss auch die Haltung haben, sie ganz klar zu signalisieren. Wir als Kommission sagen dann schon, wofür wir stehen, und dass das nicht in Ordnung war. Und dann entscheidet sich anhand der Reaktion, ob die Person das annimmt – und das tun auch ganz viele – oder du eine Person vor dir hast, die einfach nicht zu überzeugen ist und sich beispielsweise auf rassistische oder sexistische Weise gegen seine Kolleginnen abzugrenzen versucht. Dieses Spiel spielen wir nicht

mit, das würde unsere Grundsätze verletzen. Da arbeiten wir mit unseren Selbstverständnissen nach innen und nach außen, auch hier im Kiezhaus. Man hat ja auch ein niedergeschriebenes Selbstverständnis, auf das man verweisen kann. Also wenn du keinen Veränderungswillen zeigst, dann ... Natürlich sind die Leute das Produkt ihrer Gesellschaft und materiellen Verhältnisse, natürlich erzählen die zum Teil Mist, aber man gesteht den Leuten auch zu, dass sie sich verändern können.

■ Überregionale Organisation

ANNA: In dem Text im *re:volt magazine* über eure Neukonstituierung⁵ habt ihr das Ziel einer überregionalen Organisation formuliert. Ist das nach wie vor euer Ziel, und arbeitet ihr derzeit darauf hin – oder fokussiert ihr euch auf die kleinteilige Arbeit, von der ihr eben gesprochen habt?

MARCEL: Wir arbeiten darauf hin. Aber das ist ein Spagat: Einerseits gibt es gerade den fortgesetzten eigenen Aufbauprozess, für den wir uns auch die Zeit zum Konsolidieren nehmen müssen. Und wenn ihr unser Selbstverständnis lest⁶ – und das ist auch im internen Statut formuliert –, dann braucht es andererseits eine übergeordnete Organisation. HÄNDE WEG VOM WEDDING wird nicht die Massenorganisation sein. Was wir aber brauchen, ist eine breite gesellschaftliche Basis, auf der wir diese Praxis als Lohnabhängige machen. Und die muss es natürlich auch in anderen Städten und anderen Regionen geben. Die Themen, die wir haben, die sind immer aktuell. Die Organisationsform, die wir haben, kann immer angewendet, immer weiterentwickelt werden, soll weiterentwickelt werden für andere Städte, andere Regionen. Da sind wir ja auch schon im Austausch gewesen mit anderen Organisationen aus anderen Städten im Austausch gewesen, die sich ebenfalls umstrukturieren. Aber das ist etwas, was bundesweit sehr zaghafte funktioniert.

Der Aufbauprozess einer übergeordneten Organisation wird auch von uns schon thematisiert und muss erfolgen. Die Frage ist: Wie kann so etwas langfristig und tragfähig und verbindlich und auch ausstrahlungskräftig passieren? Es sind ja auch viele Prozesse gescheitert, zum

5 Gemeint ist der Text »Bau auf. Bau auf! Revolutionäre Stadtteilarbeit neu organisieren«, <https://revoltmag.org/articles/bau-auf-bau-auf-revolutionäre-stadtteilarbeit-neu-organisieren/>.

6 Siehe »Unser Selbstverständnis«: <https://www.unverwertbar.org/ueber-uns/unser-selbstverstaendnis/>.

Beispiel der »Kongress der Kommunen«⁷, aus unterschiedlichsten Gründen. Und um zu versuchen, das richtig zu machen und aus diesen Prozessen zu lernen, dafür braucht es noch ganz andere und viel mehr Akteure, mit denen man sich inhaltlich und organisationstheoretisch verständigt und zu dem Punkt kommt, dass man miteinander Berührung schaffen und gemeinsam nach vorne gehen kann. Das ist alles immer so sehr phrasenhaft, weil das Thema komplex ist. Das merken wir ja auch, dieser Aufbauprozess wird Zeit brauchen.

Letztens haben uns Gruppen aus anderen Städten gefragt, ob sie unser Statut lesen können und ob wir uns vorstellen können, sie mal zu besuchen oder sie uns besuchen kommen. Da denke ich: Es ist schön, diese Ausstrahlungskraft zu haben.

ANNA: Ich weiß nicht, ob ihr euch solche Fragen zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt stellt, aber was wäre der Sinn eines solchen überregionalen Zusammenschlusses? Man könnte ja sagen, dass das gar nicht wichtig ist, weil entscheidend ist, dass es ganz viele solche Gruppen in allen möglichen Stadtteilen in Deutschland und auf der ganzen Welt gibt. Was wäre das Spezifische, das ein solcher Zusammenschluss bewirken würde – über das hinaus, was ihr schon macht und was andere analog in vielen anderen Stadtteilen machen könnten?

MARCEL: Das ist natürlich jetzt im Aufbauprozess nur ein Punkt von sehr vielen, die teilweise höhere Priorität haben. Aber wir haben ja schon in unserem Statut ganz klar: Wir wollen eine übergeordnete Organisation, damit auch mehr Leute andocken können. Eine übergeordnete, zum Beispiel bundesweite Struktur muss eine Form von Massenorganisation sein, die ideologisch arbeitet. Eines darf allerdings nicht passieren: Viele Strukturen, die in Metaorganisationen wie zum Beispiel Ums Ganze oder teilweise die INTERVENTIONISTISCHE LINKE gegangen sind, haben versucht, ihre lokale Schwäche in einem bundesweiten Prozess aufzuheben. Diese Gruppen haben dann nur noch für einen Metaprozess gearbeitet, aber waren teilweise nicht mehr vor Ort verankert. Teilweise haben sie sich dann auch aufgelöst. Gerade in den letzten Jahren sind viele bundesweite Organisationsprozesse zum großen Teil gescheitert. Und der Spagat ist hier, sich eben nicht

7 Eine Initiative zum überregionalen Zusammenschluss von linken Basisgruppen; siehe <https://lowerclassmag.com/2018/04/23/kongress-der-kommunen/>.

von sozialdemokratischen oder linken Akteur:innen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, in das bestehende System integrieren zu lassen. Als ›kritische Stimme‹ etwa. Und das wollen wir anders machen: Wir wollen mit den Klassenbrüdern und -Schwestern selbstverständlich eine lokale Wirkmächtigkeit haben.

Wir arbeiten auch nicht für einen unkontrollierten, verselbstständigten Apparat, der entsteht und politische Dynamiken durch überbordende Bürokratisierung lähmt. Sondern es braucht immer eine Entsprechung in der Basis. Was übergeordnet ist, das muss noch genauer skizziert werden. Aber das muss die Möglichkeit für Leute bieten, auch bundesweit auch eine ideologische Ausstrahlungskraft zu haben und die Möglichkeit geben zu sagen, ja natürlich, das ist unsere gemeinsame Organisation, da können Leute Mitglied werden und können Teil von einer größeren, klassenkämpferischen Bewegung sein.

ANNA: Es geht also um Sichtbarkeit, aber auch um Erreichbarkeit ...

BALDO: Ihr habt ja schon relativ viel über eure Rätestruktur gesprochen. Ich finde das schon relativ spannend: Sich in Räten zu organisieren, das verbinde ich mit einer Theorie und Praxis von vor hundert Jahren (Lachen). Eure Erfahrungen damit scheinen ja ziemlich positiv zu sein, und gleichzeitig gibt es Ideen wie: »Das kann man auf eine überregionale Ebene einfach übertragen, und es muss sozusagen immer nur höhere Räte geben« – wo ich mich frage, ob das überhaupt etwas ist, das skalierbar ist. Ihr habt eine Vollversammlung, ihr habt diesen Rat, von dem immer alles zurückgetragen wird in die Kommissionen, in denen dann alles diskutiert wird und so weiter – das ist ja in der Form nicht übertragbar auf überregionale oder bundesweite Strukturen ...

ANNA: Warum nicht?

BALDO: Weil das einfach zu viele Vermittlungsschritte wären, glaube ich. Das wären so viele Ebenen, nicht einfach nur ein Rat und dann die Kommissionen: Man hätte einen Stadtteilrat und einen Stadtrat und einen Regionalrat und so weiter, das heißt man hätte es mit vielen Vermittlungsschritten zu tun, bei denen mir unklar ist, wo die Zeit herkommen soll, das überhaupt alles zu machen.

MARCEL: Ja, ist dann komplex. Wir denken, dass es möglich ist, aber die Frage ist die Form, in der es möglich ist. Es gibt historische und aktuelle

Beispiele – die würde ich überhaupt nicht über einen Kamm scheren, das machen ja ganz viele Linke: Barcelona 1936 ist zum Beispiel etwas Anderes als das sozialdemokratische Modell in Rojava. Historische Beispiele zeigen, dass bestimmte Formen von Räte­demokratie oder Räte­kommunismus möglich sind.

Das imperative Mandat ist dabei ganz elementar bei uns. Als Delegierte bist du gebunden an die Diskussion der Basis, du gibst das demokratisch weiter, handelst das aus. Aber natürlich gibt es auch bestimmte Funktionen, die – und das ist dann, glaube ich, die Herausforderung der Linken – sich nicht verselbstständigen, die keinen eigenen Apparat bilden dürfen und die es nicht unnötig zu bürokratisieren gilt, damit es nicht dazu führt, dass sich bestimmte Machtpositionen oder kleine Oligarchien entwickeln, die dem ganzen Modell zuwiderlaufen. Das zeigt auch das Beispiel der Russischen Revolution 1917, die ganz anders gestartet ist, aber dann eine ganze eigene Dynamik entwickelt hat. Aber anstatt hier den antiautoritären Zeigefinger zu heben, könnte man sich als klassenkämpferische Linke auch die Frage stellen, was die materiellen Bedingungen und die Widersprüche waren, unter denen solche revolutionären Umwälzungen stattfanden. Und daraus auch wirklich fruchtbare Schlüsse für Theorie und Praxis in diesem Jahrtausend stellen. Wir können also daraus lernen, und wir fangen erstmal im Kleinen an ... Wir können noch keinen nationalen Anspruch erheben. (Lachen) Und die Frage, wie aus den historischen Irrungen und Wirrungen der eigenen Geschichte und den reaktionären Angriffen des Kapitals zu lernen sei, wird häufig unterkomplex, ja moralistisch beantwortet. Also bleibt es unsere Aufgabe als revolutionäre Linke, uns einerseits in die revolutionären Traditionen zu stellen, andererseits uns auch ideologisch wie organisationstheoretisch weiterzuentwickeln.

KIEZKOMMUNE WEDDING | Berlin

Die KIEZKOMMUNE WEDDING besteht aus Nachbar:innen, die sich in und um den Stadtteilladen »Kommune 65« in der Buttmanstraße in Berlin-Wedding organisieren. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Aufbau nachbarschaftlicher Kontakte, einem engen Netzwerk im direkten Umfeld des Ladens. Dort findet wöchentlich ein offenes Café als Anlaufpunkt für alle Nachbar:innen statt. Die KIEZKOMMUNE organisiert darüber hinaus Demos, Stadtspaziergänge und Infotische und gibt gemeinsam mit HÄNDE WEG VOM WEDDING die Stadtteilzeitung *Plumpe* heraus. Intern ist die KIEZKOMMUNE in Kommissionen untergliedert, aktuell mit den Arbeitsfeldern Kultur und Soziales, Bildung und Geschichte, Wohnen, Gewalt gegen Frauen und Gesundheit. Zudem gibt es eine autonome FRAUEN*KOMMUNE, deren Vollversammlung einmal im Monat stattfindet. Die KIEZKOMMUNE WEDDING ist Teil von Stadtteilkomitees, die derzeit in verschiedenen Bezirken Berlins sowie in Magdeburg-Stadtfeld bestehen. Das Interview haben wir im April 2021 geführt.

LUISE: Als erstes soll es um eure Arbeitsweise gehen. Könnt ihr zunächst beschreiben, wie ihr euch im Kiez etabliert habt und wie sich eure Arbeit seitdem entwickelt hat?

JENI: Angefangen haben wir 2018 mit einer kleinen Gruppe. Anfangs haben wir viele Befragungen durchgeführt, um uns einen Überblick über den Stadtteil zu verschaffen. Wir haben Kontakt zu Einzelpersonen, verschiedenen Gruppen und Initiativen aufgenommen und dann die Zusage für diesen Laden bekommen. Wir haben ihn renoviert und umgebaut, bis dann die Corona-Pandemie kam. Letzten Oktober, quasi in der Woche unserer Eröffnung, kam der zweite Lockdown und das hat uns in unserer Arbeit sehr zurückgeworfen. Wir konnten die ganzen Pläne, die wir geschmiedet hatten, gar nicht richtig umsetzen, weil wir nicht öffnen konnten. Wir haben momentan zwar trotzdem jeden Freitag eine offene Sprechstunde, aber Aktivitäten wie gemeinsames

Kochen oder die Initiativen, die wir in unserem Laden haben, funktionieren gerade nicht. Trotzdem haben wir es geschafft, personell relativ stark anzuwachsen, gerade während Corona, sodass wir gerade über 30 Leute sind, die bei uns in der Gruppe aktiv mitwirken. Wir haben uns entsprechend unserer Arbeitsfelder in Kommissionen und Arbeitsgruppen aufgeteilt und die Gruppe wieder mit der FRAUEN*KOMMUNE zusammengeführt, die sich 2019 autonom aus der KIEZKOMMUNE heraus gegründet hatte. Zu den aktuellen Arbeitsfeldern werden noch weitere dazukommen, zum Beispiel Ökonomie.

■ Befragungen im Kiez

LUISE: Worum ging es bei den Befragungen, die ihr durchgeführt habt? Was wolltet ihr herausfinden, und wie seid ihr dabei vorgegangen?

Jo: Das hatte mehrere Ebenen. Wir haben zu türkischem Nationalismus im Wedding recherchiert und eine Art Mapping erstellt. Wir vertreten einen internationalistischen Ansatz in unserer Arbeit: Wir versuchen gemeinsam mit anderen KIEZKOMMUNEN, international Kontakte aufzubauen, und gleichzeitig suchen wir Kontakte zu verschiedensten migrantischen Communities in Berlin-Wedding. Wir haben zum Beispiel enge Kontakte zur kurdischen Bewegung und zur türkischen Linken, aus der wir auch viele Ideen aufnehmen, und deshalb



war es uns am Anfang wichtig, uns über die Lebensrealität im Wedding als einem sehr migrantisch geprägten Bezirk einen Überblick zu verschaffen. Dazu haben wir eine Recherche gemacht, eine Broschüre herausgegeben, Stadtpaziergänge organisiert usw.

Konkret zu den Befragungen haben wir das Konzept der militanten Untersuchung diskutiert, das von den Operaist:innen aus dem Italien der 70er Jahre stammt, und haben es ein Stück weit an unsere Verhältnisse angepasst. Wir haben einen Fragebogen zu verschiedensten Themenbereichen entwickelt, um für uns einen Gesprächsaufhänger und Leitfaden zu haben, und sind klingeln gegangen: Wir haben uns eine Straße ausgesucht, sind die Häuser abgegangen, haben geklingelt und gefragt, wer Lust hat, mit uns ein paar Fragen zu besprechen. Wir hatten zusätzlich einen Infostand in der Straße und haben uns vorher

mit Flyern angekündigt. Eine richtige soziologische Auswertung war nicht das Ziel; wichtig war für uns, erst einmal ein Gefühl für den Kiez zu bekommen und zu merken, dass es voll klargeht, einfach zu klingeln – manche Leute haben keinen Bock, aber manchmal wird man auch auf Sofas eingeladen und unterhält sich dort dann eine Stunde. Die Erfahrung war sehr wichtig, und die Kontakte bestehen teilweise noch.

Wir haben das letzten Sommer noch einmal diskutiert und wollten es im Umfeld des Ladens noch einmal ausweiten, haben uns aber dazu entschlossen, in einem ersten Schritt ein offenes Gespräch ohne Fragebogen zu führen. Wir klingeln zum Beispiel bei Wohnungen im Haus, in dem unser Laden ist, und versuchen zu informieren, was wir machen, ins Gespräch zu kommen und herauszufinden, was die Leute sich wünschen, was sie bedrückt und welche Vorstellungen sie darüber haben, was in unserem Laden passieren sollte. Diese persönlichen Gespräche sind ein sehr zentraler Moment unserer Arbeit.

JENI: Es ist aber auch die größte Hürde, die wir haben. Obwohl es sich eigentlich natürlich anfühlen sollte, sich mit seinen Nachbar:innen zu unterhalten, ist das oft eine sehr verkopfte Angelegenheit und man muss sehr viele Blockaden abbauen, um zu merken, dass das ein ganz normales Gespräch ist. Wenn es einmal anläuft, klappt es aber meistens ganz gut.

■ Ansprechbarkeit im Laden

LUISE: Ihr habt von einer Sprechstunde erzählt, die regelmäßig im Laden stattfindet. Wie müssen wir uns das vorstellen? Was passiert dort, und mit welchen Anliegen kommen Leute dorthin?

JENI: Manchmal gibt es gar keine konkreten Anliegen. In letzter Zeit sind besonders häufig Leute reingestolpert, die Stress mit dem Jobcenter hatten oder auf Wohnungssuche waren und die unser Angebot vielleicht überinterpretiert haben, weil sie dachten, dass wir bei der Wohnungsvermittlung helfen. In solchen Fällen vermitteln wir an andere solidarische Gruppen aus dem Wedding weiter, zum Beispiel an die Erwerbsloseninitiative Basta! oder die Berliner Mietergemeinschaft, mit der wir beim Thema Mietrecht eng zusammenarbeiten.

Die Sprechstunde ist der erste Schritt, um überhaupt mit Menschen in Kontakt zu kommen: Sie merken, dass wir da sind und Probleme ernst nehmen, und meistens ist das ein ganz guter Türöffner, Leute wei-

terzuvermitteln, denn oft kommen sie auch wieder und wir versuchen dann, engen Kontakt zu halten. Meistens bringen die Leute interessante Biografien mit. Das kann man dann zum Beispiel in Interviews für unsere Stadtteilzeitung *Plumpe* aufgreifen und sagen, »du bist doch in der Pflege tätig und hast gerade deinen Job verloren – das kann man sehr gut skandalisieren.«

Jo: Darüber hinaus ist es für uns wichtig, regelmäßig persönlich erreichbar zu sein. Wenn Leute interessiert sind, dann treffen wir uns immer zu dieser Zeit mit ihnen im Laden, wenn Aktionen geplant sind, bereiten wir sie während dieser Zeit vor und wir verteilen in dieser Zeit Plakate an Interessierte. Das ist unser Anlaufpunkt, an dem wir uns treffen und Dinge erledigen. Zusätzlich zu dem, was Jeni schon gesagt hat, ist es für den Laden sehr wichtig, dass er nicht nur da ist, sondern auch offen wirkt, dass wir präsent sind und die Leute auf der Straße sehen, dass dort etwas passiert. Wir trinken im Laden mit Nachbar:innen Kaffee oder Tee, man redet ein bisschen, und es geht viel darum, sich kennenzulernen und auf dem Laufenden zu halten – vom Postboten, der die Straße langgeht und mittags dort Kaffee trinkt, bis zum Spätibesitzer oder dem Fleischverkäufer von nebenan.

■ Kontaktaufnahme und Neuzugänge in der Gruppe

LUISE: Wie reagieren Leute auf euch, wenn ihr Kontakt zu ihnen aufnehmt, und wer sind die Leute, die Interesse an eurer Arbeit haben? Ihr habt erzählt, dass ihr als Gruppe ziemlich stark gewachsen seid, das fand ich sehr beeindruckend; falls ihr das verallgemeinern könnt, was sind Momente, die dazu führen, dass Leute zur Gruppe dazukommen und sich entschließen, aktiv mitzumachen?

JENI: Ich denke, der Großteil der Rekrutierungsarbeit passiert an Infotischen oder bei den Kundgebungen. Wir haben mittlerweile ein Standing im Wedding, sodass die Leute uns kennen. Oft sind das junge, weiße Menschen mit akademischem Background – die meisten unserer Genoss:innen sind zwischen 20 und 40 Jahren alt. Da gibt es noch keine besonders große Diversität. Ein paar sind dabei, die einfach von der Straße in unseren Laden gekommen sind, sich eine *Plumpe* und ein Konzept¹ mitgenommen und recht schnell an unseren Plena

1 Gemeint ist der Text »Das Konzept Kiezkommune«, ein Gründungstext der Kiezkommunen, 2018 verfasst von RADIKALE LINKE | BERLIN, KIEZKOMMUNE WEDDING,

oder am Transpi-Malen teilgenommen haben. Ich glaube, am besten funktioniert es, wenn man direkt Angebote für eine konkrete Sache schafft – zum Beispiel Zeitungverteilen oder Flyern, so kann man die Leute schnell einbinden, mit dem Gefühl, dass sie auch etwas beitragen können und ohne dass es ein einseitiges Verhältnis wird.

Ich würde jedenfalls sagen, dass am meisten Leute nach unseren Kundengebungen zu uns gekommen sind; sie sind auf uns aufmerksam geworden und hatten Interesse an unserer Arbeitsweise, und dann sind wir in Austausch getreten. Nach Türgesprächen kommen die Leute schon ganz gerne mal auf einen Kaffee vorbei, oder man unterhält sich, aber dass es zur Organisation kommt, also zu einer aktiven Teilnahme an der Arbeit, die über ein Plenum hinausgeht – das klappt mit den Türgesprächen allein noch nicht so gut. Wobei das auch gar nicht unbedingt Ziel der Sache ist. Ich bin nicht sicher, ob man das so stark unterscheiden sollte.

Jo: In Bezug darauf, wen wir erreichen, haben sich im letzten Jahr durch Corona ein paar Vorzeichen verändert. Die Frage von Organisation stellt sich in der direkten Arbeit in unserer Straße jetzt etwas anders. Wir sind ein bisschen davon weggekommen, alle Leute, mit denen wir dort einen Austausch haben, auch direkt auf die Treffen mitnehmen zu wollen. Ich glaube, Organisation heißt nicht nur, Teil des Kollektivs zu sein. Im Umfeld vom Laden fassen wir das ein bisschen weiter auf. Im letzten Jahr gab es durchaus einige Leute, die zwar nicht zu unseren Treffen kommen, die aber beispielsweise zu bestimmten Themen sprechen, wenn wir Schulungen oder interne Veranstaltungen haben. Oder wir gestalten einzelne Projekte gemeinsam. Zum Beispiel haben wir jetzt den Plan, einen Stolperstein zusammen mit einem Nachbarn zu verlegen, der dazu sehr lange Recherchen gemacht hat. Wir versuchen, auf unterschiedlichen Ebenen die Kontakte zu nutzen und uns zu überlegen, wie wir Leute einbinden können. Aber wir bringen nicht alle Leute bei einem Onlinetreffen zusammen.

BALDO: Wie werden Individuen dann verbindlich Teil der Kiezkommune?

JENI: Wir sind eine sehr offene Struktur und wollen nicht zögerlich sein mit Leuten, die wir in die Struktur mit aufnehmen. Wie halten

KIEZKOMMUNE KREUZBERG-NEUKÖLLN & KIEZKOMMUNE FRIEDRICHSHAIN: <https://kiezkommune.noblogs.org/die-kiezkommune/>.

das bewusst offen und niedrigschwellig. Es bestehen persönliche Kontakte, dann redet man zum Beispiel beim Transpi-Malen mal ein bisschen länger über die Wohnkommission, um das näherzubringen, und dann können die Leute auf Plena kommen. Was wir auch etabliert haben, ist eine Art »Buddy-System«, um Leute an das Konzept heranzuführen. Das »Konzept Kiezkommune« wird im besten Fall von den Leuten gelesen, bevor sie beitreten, und die Buddys können es nochmal genauer erläutern und Fragen klären, sodass den Leuten im Dialog klar wird, worauf sie sich mit der Kiezkommunenarbeit einlassen. Darüber wird auch ein bisschen Verbindlichkeit geschaffen. Es ist uns wichtig, dass Leute nicht einmal in der Woche kommen und stillschweigend auf dem Plenum sitzen, sondern dass es Spaß macht und die Leute nicht überfordert sind. Aber es gibt bei der Teilnahme keine Hürden, sondern wir versuchen, so transparent wie möglich zu machen, wie wir arbeiten und was unsere Ziele sind. Irgendwann werden die Buddys vielleicht auch mal losgelöst, aber erst einmal bleibt man in einem vertrauten Verhältnis, damit man immer wieder Nachfragen stellen kann. Und dann können die Leute auch sofort auf eine VV von uns kommen. Das kann am Anfang überfordernd sein, aber im Prinzip ist es offen.

■ Außenwirkung als radikale Linke

LUISE: Gebt ihr euch offensiv als radikale Linke zu erkennen, wenn ihr auf neue Leute zugeht, oder haltet ihr das eher zurück? Spielt diese Label für euch überhaupt eine Rolle?

JENI: Wir outen uns schon recht schnell als Linke. Es ist ja auch unser Ziel, unsere Position als Linke nicht verdeckt zu halten, sondern anschlussfähig zu machen, ohne sie zu verwässern. Unsere Nachbar:innen bekommen mit, dass unser Laden eine linke Ausrichtung hat, ohne dass er ein autonomes Hausprojekt oder so etwas ist. Und wir kommen auch dadurch in Gespräche, dass wir Themen von links nochmal neu anstoßen. Ich wüsste nicht, was der Sinn wäre, das zu verstecken. Durch Offenheit schafft man auch Vertrauen, was bei uns ziemlich wichtig ist. Die Leute sind nicht blöd, und merken, dass wir Linke sind.

Jo: Was wir versuchen, nicht nach außen zu tragen, sind bestimmte Formen, die mit linker Politik beziehungsweise der linken Szene verbunden werden.



JENI: Wir versuchen einen bestimmten Habitus, der der linken Szene aus unserer Sicht immanent ist, nicht zu reproduzieren: typische Verhaltensweisen oder Codes in der Sprache, die auch Ausschlussmechanismen produzieren.

Luise: Habt ihr das Gefühl, dass ihr manchmal gegen diese Wahrnehmung der radikalen Linken als Szene anarbeiten müsst? Spielt das im Umgang mit Leuten, die diesen Szenehintergrund nicht haben, eine Rolle?

JENI: Da kommt es darauf an, wen wir ansprechen. Ich glaube schon, dass Menschen,

auch Linke, die nicht aus dieser Bubble kommen, bestimmte Annahmen und Vorurteile über Linksradikale mitbringen. Ich weiß nicht, ob wir dagegen anarbeiten müssen, aber ich persönlich versuche schon, diese Vorurteile abzubauen und von diesem Stigma wegzukommen.

Jo: Mir fällt auf, dass der Laden nicht damit in Verbindung gebracht wird und dass das für viele kein großes Thema ist. Von außen, aus der Nachbarschaft, wird das nicht so oft angesprochen, es spielt aber bei den Verhaltensweisen intern schon mal eine Rolle, und es gab einzelne Leuten, die damit nichts anfangen konnten oder ein komisches Gesicht gemacht haben.

JENI: Zum Beispiel kommt es vor, dass Leute in die Gruppe kommen, die einen aktivistischen Hintergrund haben und für die es ganz klar ist, dass man nach dem Plenum vor dem Laden noch zwei, drei Bierchen kippt. Das geht mit dem, was wir mit dem Laden vermitteln wollen, nicht so ganz zusammen, weil wir Rücksicht auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nehmen wollen, die in der Straße vertreten sind, ob das Kinder sind oder Menschen, die keinen Alkohol trinken. Für einige leuchtet das vielleicht nicht sofort ein. Wir arbeiten da also stärker nach innen. – Ansonsten glaube ich, dass ganz viel über die Sprache passiert: wenn wir miteinander und mit Nachbar:innen sprechen und versuchen, aus bestimmten Codes und Sprechweisen rauszukommen.

■ Arbeit in Kommissionen

LUISE: Wie sieht eure interne Struktur aus?

Jo: Wir haben monatliche Vollversammlungen, zu denen alle eingeladen sind, die Teil der KIEZKOMMUNE WEDDING sind. Es gibt außerdem die autonome Vollversammlung der FRAUEN*KOMMUNE, die Kommissionen – das sind Arbeitsgruppen, die zu verschiedenen thematischen Feldern arbeiten – und projektbezogene AGs, beispielsweise zu Demos. Diese projektbezogenen Arbeitsgruppen sind meist zeitlich begrenzt und es werden ein paar Genoss:innen bestimmt, die das organisieren.

LUISE: Wie sieht das Verhältnis der Kommissionen zur Vollversammlung der Kiezkommune aus? HÄNDE WEG VOM WEDDING arbeitet beispielsweise mit dem Delegiertenprinzip. Gibt es bei euch etwas Vergleichbares? Besteht eine Rechenschaftspflicht der Vollversammlung gegenüber, oder sind die Kommissionen weitgehend autonom darin, welche Inhalte sie bearbeiten und wie sie Entscheidungen treffen?

Jo: Die Kommissionsstruktur ist noch sehr neu. Wir mussten mit dem Wachstum unserer Gruppe neue organisatorische Schritte gehen, und das war einer davon. Wir haben bald eine Evaluation. Die Frage von Delegierten aus den Kommissionen in der Vollversammlung haben wir vertagt, das ist also noch offen. Jetzt gerade ist nichts formalisiert, de facto gibt es aber ein Berichtswesen von den Kommissionen an die Versammlung. Gleichzeitig werden den Kommissionen Themen zugeteilt, wenn sie auf der Vollversammlung als wichtig angesehen werden.

BALDO: Mal zu den einzelnen Kommissionen: Womit beschäftigt sich die Kommission für Bildung und Geschichte – mit der Geschichte des Stadtteils? Bildung spielt bei allen Stadtteilorganisationen, die ich kenne, eine Rolle, aber so eine Kommission ist etwas Spezielles.

Jo: Ein Standbein der Kiezkommunen war immer auch politische Bildung. Einerseits gibt es regelmäßige Schulungen zum »Konzept Kiezkommune«, zur Geschichte und Entstehung des Konzepts, und gleichzeitig auch zu allgemeinpolitischen Themen. Wir wollen die Kommune als Raum begreifen, in dem sich Leute, die vorher einen sehr individuellen Zugang oder gar keinen richtigen Zugang zu politischer Bildung hatten, mit politischen Themen auseinandersetzen.

zen können. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, dem mit dieser Kommission von Anfang an einen Ort zu geben, an dem das strukturiert und organisiert wird. In der Vergangenheit haben wir beispielsweise Stadtteilspaziergänge zur Widerstandsgeschichte im Wedding organisiert. Das ist ein ganz konkreter Verbindungspunkt zwischen politischer Lokalgeschichte und linker Theorie, und darüber macht sich die Kommission generell viele Gedanken: Um nicht bei einer Gegenüberstellung von Theorie und Praxis zu landen, sondern einen festen Ort in der Kommune zu haben, an dem die Vermittlung stattfindet, und von Anfang an klar zu haben, dass wir uns politisch nur weiterentwickeln können, wenn wir politische Bildung kollektiv organisieren – sonst wird die Praxis blind, und dass wir gleichzeitig praktisch arbeiten müssen, aber auf Grundlage strategischer und ideologischer Überlegungen.

LUISE: Bildung hat in eurer Gruppe also die Funktion, Theorie und Praxis miteinander zu verzahnen. Gibt es darüber hinaus noch Funktionen, die Bildung für eure Arbeit erfüllt? Wie wichtig findet ihr Bildung generell für eure Arbeit?

JENI: Unabhängig von der Bildungskommission versuchen wir, uns gemeinsam ideologisch zu bilden. Durch die Bildungskommission wurde uns das ein bisschen abgenommen, indem sie beispielsweise vorbereitet und unterstützt, dass wir gemeinsame Ansätze finden, dass die inhaltliche Auseinandersetzung zu Bewusstwerdung oder Persönlichkeitsentwicklung führt und dass Wissen weitergegeben wird.

Zu uns kommen viele Leute, die keine klassische Unilaufbahn in Politikwissenschaft durchgemacht, aber viel Erfahrung in bestimmten Bereichen haben. Ein zentraler Teil von Bildung ist es, hier eine Übersetzungsarbeit zu leisten und Wissen weiterzugeben, damit Hierarchien abgebaut werden.

Wir versuchen auch, Bildung nicht eindimensional zu betrachten und das auch nach außen zu vermitteln, zum Beispiel durch die Spaziergänge, die wir zu ganz verschiedenen Kämpfen im Kiez, aber auch aus feministischer Perspektive anbieten. Wir hatten außerdem viele Diskussionsabende und ein paar Filmabende, bevor wir offiziell eröffnet haben. Auch das ist für uns ein Ort, an dem Bildung eine Rolle spielt, wo Wissen weitergegeben wird und Sachen reflektiert werden – für uns als Gruppe, aber auch für unsere Nachbar:innen.

■ Feministische Arbeit

LUISE: Wenn ich das richtig verstanden habe, hat sich die FRAUEN*-KOMMUNE autonom gegründet und hat auch weiterhin eine autonome Vollversammlung. Wie ist denn das Verhältnis zur Kiezkommune insgesamt? Und was sind die Themen und Aktivitäten der FRAUEN*-KOMMUNE?

JENI: Die FRAUEN*-KOMMUNE hat sich damals autonom gegründet – ich glaube, das war in den Vorbereitungen zum 08. März. Wir hatten stärker mit dem Frauen*streik Berlin zusammengearbeitet und haben beschlossen, das auf eine lokale Ebene zu ziehen. Damals haben wir relativ viele Leute vom FRAUEN*STREIK mitgenommen. Es gab keine strategische Entscheidung, warum wir die FRAUEN*-KOMMUNE autonom führen wollten, sondern das ist aus einem Bedürfnis heraus erwachsen, eine Fokussierung auf feministische Themen vorzunehmen. Durch die Trennung haben sich die Arbeitsweisen, die eigentlich die gleichen waren, relativ stark voneinander entfremdet. Gerade Genoss:innen aus der FRAUEN*-KOMMUNE haben sich nicht mehr als Teil der KIEZKOMMUNE wahrgenommen. Durch die Zusammenführung haben wir versucht, das wieder aufzubrechen. Es gab in der FRAUEN*-KOMMUNE auch ein starkes Bedürfnis, die feministischen Themen nicht outzusourcen, sondern sie mit den anderen zu verbinden und sich inhaltlich breiter aufzustellen. Als wir die Kommissionen gegründet haben, war klar, dass es keine feministische Kommission geben kann, wenn wir uns entlang von Lebensbereichen organisieren wollen – wir fanden, dass Feminismus Teil jeder Kommission sein muss. So hat sich das relativ organisch wieder zu einer engeren Zusammenarbeit von FRAUEN*- UND KIEZKOMMUNE hin entwickelt. Trotzdem gibt es das Bedürfnis, sich weiter autonom abzusprechen – das hängt unter anderem damit zusammen, dass wir auf diese Weise Frauen* und FLINT-Personen in den Frauen*cafés, die wir organisieren und ausrichten, leichter ansprechen können. Wir arbeiten viel über den Aspekt der Selbsterfahrung und versuchen, Themen



wie Reproduktionsarbeit nicht nur in der FRAUEN*KOMMUNE zu besprechen, sondern auch als Teil der KIEZKOMMUNE.

Ihr habt im Vorfeld die Frage gestellt, ob die Verteilung von Care und Reproduktionsarbeit im Kiez für uns eine Rolle spielt, und da sind wir ein bisschen ins Stocken geraten. Wir besprechen das auf einer abstrakten Ebene ziemlich viel, aber konkret ist es noch nicht geworden. Klar sprechen wir darüber, dass in unserer Utopie Reproduktionsarbeit anders verteilt werden muss und bedürfnisorientiert laufen soll, aber von der Umsetzung sind wir noch etwas weiter entfernt. Gerade mit Corona ist es schwieriger, gemeinschaftlich Kochen oder Einkaufen oder Pflege füreinander zu übernehmen. Am ehesten findet so etwas in der Kommission für Soziales und Kulturelles statt, wenn wir dort versuchen, die sozialen Netzwerke miteinander zu stärken und darüber die Care-Arbeit gemeinsam zu organisieren. Es ist eine schwierige Frage und wir haben es noch nicht geschafft, unsere eigenen Bedürfnisse und die unserer Nachbar:innen zu erfassen und darauf, was da in einer sehr privaten Sphäre passiert, zu reagieren und es politisch aufzugreifen.

LUISE: Ich kann kurz etwas dazu sagen, warum wir diese Frage gestellt haben. Uns ist aufgefallen, dass dieses Thema in den Strategiediskussionen bei verschiedenen Gruppen immer wieder auftaucht: Es wird gesagt, dass sich im Bereich der Care- und Reproduktionsarbeit die Widersprüche des Lebens im Kapitalismus besonders deutlich zeigen und dass man es eigentlich im Stadtteil gut angehen und versuchen könnte, Beziehungen aufzubauen, weil da räumliche Nähe gegeben ist. Eigentlich spielt es bei allen Gruppen, die wir bisher interviewt haben, in den strategischen Überlegungen eine Rolle, aber es bleibt sehr abstrakt und es scheint, als könnten die Gruppen in ihrer Praxis keinen richtigen Zugang dazu finden – was bestimmt auch mit dem zusammenhängt, was du gerade schon angesprochen hast: dass es in einem privaten Raum stattfindet und die Umgangsformen nicht etabliert sind, aus diesem privaten Raum rauszukommen und Care- und Reproduktionsarbeit als etwas Kollektives zu begreifen und anzugehen. Unsere Frage zielt darauf ab, besser zu verstehen, woran das eigentlich liegt und ob es vielleicht auch Lösungsansätze dafür gibt.

JENI: Auf strategischer Ebene war es der Ansatz der FRAUEN*KOMMUNE, in den Frauen*cafés mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Das meinte ich vorhin mit Selbsterfahrung: Es geht darum, über eine Be-

wusstwerdung zu zeigen, dass Care-Arbeit auch kollektiv verhandelbar und umsetzbar ist. Weit gekommen sind wir damit bisher nicht; es gibt noch eine starke Diskrepanz zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir machen. Ich will nicht alles auf Corona zurückführen, aber ich glaube nicht, dass es möglich ist, so etwas bei einer Onlinekonferenz mit Nachbar:innen zu besprechen, die man nicht gut kennt. Wir müssen weiter ausprobieren, wie wir Menschen mit dem Thema erreichen können, und das nicht nur rund um den 08. März, sondern kontinuierlich.

■ Umgangsweisen und Fürsorge

Jo: Ich möchte eine Sache ergänzen: Aus meiner Sicht versuchen wir als Kollektiv aktiv nachzufragen, wie es uns gerade geht. Wenn zum Beispiel jemand gerade in Quarantäne muss, dann ist es in einem Kollektiv selbstverständlich, dass man sich anbietet, einkaufen zu gehen. Wir sehen uns in unterschiedlichen Kontexten, bei kleinen Aktivitäten. Es gibt Genoss:innen, die einmal in der Woche Sport anbieten. Ich würde das nicht nur unter diesem Begriff Care- und Reproduktionsarbeit fassen, aber das soziale Netzwerk innerhalb der KIEZKOMMUNE spielt durchaus auch in den politisch-strategischen Überlegungen eine Rolle, und wir versuchen daran zu arbeiten, was auch heißt, dass wir permanent an uns selbst arbeiten.

JENI: Genau, da gibt es auch immer mehr Versuche, das auszubauen, ohne es zu institutionalisieren, aus der Erkenntnis heraus, dass das soziale Netzwerk gerade jetzt noch stärker von uns beansprucht wird. Das Miteinander hat einen sehr genossenschaftlichen Charakter, und das ist auch eine feministische Perspektive: dass alle Arbeiten sehr wertgeschätzt werden und dass alle Zahnräder sind, die unersetzbar sind. Das machen wir uns ziemlich stark deutlich, nicht nur in der FRAUEN*KOMMUNE, und ich glaube, das führt zu einer starken Bindung und gegenseitigen Wertschätzung und ist auch Teil der Care-Arbeit, die wir miteinander und füreinander leisten.

LUISE: Es ist also Teil eurer Arbeit, aufeinander zu achten und bestimmte Umgangsweisen zu etablieren. Würdet ihr sagen, dass es in eurer Arbeit utopische Momente gibt, in denen etwas von den Verhältnissen, auf die ihr hinarbeitet, schon realisiert ist oder erfahrbar wird?

Jo: Aus meiner Sicht gibt es das in allen möglichen Aktionen, die wir machen. Wenn sie gut laufen, hat man Momente, die einen bestärken und für ein anderes Miteinander stehen, und in diesem Sinne ist es auch utopisch. Wenn, ganz klein gesprochen, freitags irgendwelche wildfremden Nachbar:innen vorbeikommen und mit uns Tee trinken und ich versuche, mit einem Familienvater, der kaum Deutsch spricht, eine Unterhaltung zu führen, und er versucht, mit mir eine Unterhaltung zu führen, dann hat das etwas Utopisches, weil wir uns vorher noch nie begegnet sind und uns plötzlich sehr nah sind. Im Konzept der Kiezkommune wird von Sozialismus geredet, und natürlich verstehen wir uns als Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung, aber uns ist auch klar: In der Kommune fangen wir im Hier und Jetzt an, Neues aufzubauen. Dafür braucht es in gewisser Weise einen neuen Menschen, eine neue Lebensweise, neue Ansprüche an uns selbst, und die fallen ja nicht vom Himmel, sondern entstehen aus etwas. Damit setzen wir uns jetzt schon ein Stück weit auseinander, auch wenn uns klar ist, dass in der Gesellschaft, wie sie jetzt funktioniert, nicht alles möglich ist. Aber wir können uns zumindest auf den Weg begeben, und dabei gibt es viele von diesen utopischen Momenten.

■ Kiezzeitung *Plumpe*

LUISE: Ihr gebt die Kiezzeitung *Plumpe* mit heraus, und uns würde interessieren, welche Funktion sie in eurer Arbeit hat. Könnt ihr sagen, wie viele Leute sie erreicht und ob sie vielleicht auch Leute erreicht, die ansonsten nicht von eurer Arbeit angesprochen werden? Welches Ziel verfolgt ihr mit der Zeitung?

Jo: Wir können das nicht quantifizieren. Die Auflage beträgt derzeit 3.000 bis 4.000 Stück, die Zeitung kommt alle drei bis vier Monate he-

raus. Die Redaktion teilen wir uns mit HÄNDE WEG VOM WEDDING. Zwei Aspekte waren für uns zentral dafür, dass wir das mit aufgebaut haben. Wir wollten ein politisches Organ im Wedding etablieren, das eine Art Gegenhegemonie etablieren kann durch einen lokalen Diskurs, der ex-



plizit linke Initiativen aufgreift und zu Wort kommen lässt – aber nicht nur linke Initiativen, sondern auch möglichst viele Menschen, die hier leben und viele Sachen zu erzählen haben. Das ist ein Kontrast zu den Zeitungen, die die verschiedenen Quartiersmanagements herausgeben und zu irgendwelchen Lifestyleblogs hier im Wedding, die seit Jahren schicke Restaurants bewerben und erzählen, wie toll doch dieser Armaber-sexy-Lifestyle ist. Wir wollen außerdem bestimmten Vereinen und Institutionen – Freikirchen, reaktionären Moscheen, faschistischen Vereinen – etwas entgegensetzen. Das ist unsere Hoffnung und das politische Ziel, das wir mit der *Plumpe* verfolgen. Gleichzeitig ist es für uns ein Werkzeug im doppelten Sinn: Einerseits ein Türöffner, um einen Bezugspunkt für Gespräche zu haben – zum Beispiel anzubieten, dass wir mit Leuten ein Interview über ihr Thema machen. Das ist eine gute Möglichkeit, um ein flüchtiges Gespräch zu vertiefen und sich besser kennenzulernen. Der zweite Aspekt ist, dass wir die Zeitung verteilen, indem wir durch die Straßen gehen, in Spätis gehen oder zu Frisörsalons und Arztpraxen, und fragen, ob wir sie auslegen dürfen – in dem Moment ergibt sich auch die Gelegenheit für ein kleines Gespräch.

Mein Eindruck ist, dass wir damit relativ viele Leute erreichen, auch dadurch, dass es ein kontinuierlich laufendes Projekt ist. Es gibt im Wedding keine andere lokale Stadtteilzeitung mit einer linken Perspektive; und es ist eine relativ hohe Auflage, deshalb können wir die Zeitung großflächig verteilen und erreichen damit automatisch schon einige Leute. Was wir außerdem etabliert haben, sind öffentliche Verteilstellen. Das sind schwarze Bretter, die rund um den Laden stehen, und da stecken wir die Zeitungen rein, bringen neue Plakate oder Flyer an und halten unsere Nachbarschaft so ganz analog auf dem Laufenden. Und auch wenn die Briefkästen, aus denen man sich die *Plumpe* mitnehmen kann, ab und zu kaputt oder leer sind, fallen diese Bretter auf und sind für uns ein Punkt, auf den wir verweisen können, beziehungsweise der Leute zu uns führt.

■ Kooperationspartner:innen

BALDO: In eurem Laden habt ihr Kontakt mit Vereinen und anderen Initiativen. Was sind das für Initiativen?

Jo: Im und um den Laden arbeiten wir vor allem mit einem somalischen Verein von geflüchteten Frauen zusammen, mit einem Jugend- und Kinderorchester, das ursprünglich in einem anderen Stadtteilladen

ansässig war und jetzt zu uns gekommen ist, und mit einem kongole-sisch-angolanischen Verein, der leider sehr von Corona mitgenommen wurde. Wir sind auf der Suche nach neuen Initiativen und Gruppen, die im Laden Angebote schaffen, und mit denen wir uns im Kollektiv orga-nisieren können. Außerhalb vom Laden gibt es natürlich noch andere Kooperationspartner:innen.

BALDO: Wie müssen wir uns die Kooperation vorstellen? Habt ihr ge-meinsame Aktivitäten oder sind es vor allem persönliche Kontakte?

Jo: Das ist unterschiedlich. Um zwei Beispiele zu nennen: Wir haben mit dem Nelson-Mandela-Kulturhaus Kontakt; das ist ein von Leuten aus Kamerun getragener Verein, der zwar nicht mehr im Wedding ist, aber früher ganz in der Nähe des Ortes war, an dem wir jetzt sind. Die Freund:innen vom Verein haben engen Kontakt zu der Kommission gegen Gewalt gegen Frauen*, und sprechen auch oft bei deren Kundge-bungen oder beteiligen sich anderweitig daran. Der somalische Verein, der bei uns im Laden ist, macht viel Beratung und Unterstützung in Be-zug auf Ämter usw. für die Community, und wir laden sie beispielsweise auch zu Kundgebungen ein, wo sie dann sprechen. Im Herbst, kurz vor dem Lockdown, haben wir mit Vereinen aus der Straße ein Straßenfest organisiert. Der somalische Verein hat gekocht und Essen verteilt, das Kinder- und Jugendorchester hat Musik gemacht und das Fest maß-geblich organisiert. Ein syrischer Verein ist bei uns in der Straße, der manchmal Leute zu uns schickt. Wir sind im Austausch und diskutieren miteinander, viel auch mit Einzelpersonen. Beispielsweise ist dort ein älterer Genosse aktiv, mit dem wir inhaltlich viel zu tun haben und der bei uns auf einem Kulturabend mal einen Vortrag gehalten hat. Wir nutzen das einerseits, um persönlichen Kontakt zu haben, um Leute in einzelne Aktivitäten einzubinden und so einen Verbindungspunkt zu schaffen, und andererseits, um die Netzwerke von den jeweiligen Vereinen nutzen zu können.

■ Wirkungskreis der Initiative

BALDO: Ihr habt am Anfang gesagt, dass der Kiezladen und die Buttmanstraße das Zentrum eurer Aktivität sind. Nun seid ihr ja die Kiezkommune Wedding, und Wedding ist natürlich viel größer. Deshalb würde mich interessieren: Wie schätzt ihr euren Wir-kungskreis ein? Ist das diese eine Straße, ist das das Viertel, das

nicht dem Bezirk Wedding entspricht, oder ist das vielleicht auch unterschiedlich, je nach Kommission? Und damit zusammenhängend stellt sich mir die Frage: Wenn sich weitere Kiezkommunen gründen würden, was wäre dann eure Idee, wie viele Kiezkommunen in den Wedding passen?

Jo: Im direkten Umfeld des Ladens fällt es uns am leichtesten zu arbeiten. Wir erreichen eine relativ breite Nachbarschaft, auch außerhalb einer linken Blase. Das ist ein qualitativer Unterschied zum Rest des Bezirks, glaube ich. Unsere Infotische machen wir nicht nur im direkten Umfeld, sondern auch in einem weiteren Umkreis, und die *Plumpe* verteilen wir wesentlich breiter – da sprechen wir uns mit HÄNDE WEG VOM WEDDING ab. Wir nutzen die Online-Kanäle, die im Wedding von einer bestimmten Blase recht breit geteilt werden. Außerdem plakatieren wir eigentlich überall.

JENI: Im Laden arbeiten wir am kontinuierlichsten und sind am präsentesten, nicht nur mit unserer Arbeit, sondern auch mit unseren Gesichtern. Ich denke, dass wir als Genoss:innen mit dem Laden assoziiert werden, weil einige von uns auch häufiger in der Buttmanstraße unterwegs sind, und dementsprechend können wir dort am besten

Kontakte und ein Netzwerk aufbauen. Und gerade, weil der Kontakt zu den anderen Vereinen in der Straße, zu den Spätibesitzer:innen und auch zu manchen Einzelpersonen ganz gut ist, ist der Laden ein Angelpunkt, aber wir versuchen, auch darüber hinaus zu wirken.

Jo: Zum zweiten Teil deiner Frage: Wir nennen es KIEZKOMMUNE WEDDING, aber das Konzept der Kiezkommune ist ja die Bildung einer territorial eng begrenzten Einheit. Wenn wir uns den Wedding mit 170.000 Einwohner:innen anschauen – die werden nicht in so etwas organisiert sein, wie wir es gerade machen. Wir stoßen jetzt schon an Grenzen, allein bei uns in der Straße



sind locker 500 Mietwohnungen. Die Vorstellung ist, dass die Kommune einen Straßenzug, einen Häuserblock oder ähnliches umfassen kann und dass sich das dann, je mehr Menschen partizipieren, auch umso mehr aufteilen kann. Im Wedding könnte man Dutzende Kommunen gründen, aber es braucht Zeit, das zu etablieren. Wir haben es bloß unter diesem Namen angefangen, weil es gerade sinnvoll für uns war.

■ Ziele, Strategien und Hürden

LUISE: Als Nächstes soll es vor allem um Zielsetzungen, Lernprozesse und Schwierigkeiten in eurer Praxis gehen. Was würdet ihr als das Ziel eurer Arbeit benennen? Unterscheidet ihr zwischen kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Zielen?

JO: Kurzfristig ist für uns als KIEZKOMMUNE wichtig, eine feste Basis im Stadtteil aufzubauen, über unser Netzwerk von persönlichen Kontakten und die Zusammenarbeit mit Vereinen. Der Anspruch ist, dass sie für uns ein Stück weit mobilisierbar sind, das heißt auch gewillt sind, mit uns gemeinsam zu kämpfen und entlang von politischen Widersprüchen Stellung zu beziehen; und dass wir als KIEZKOMMUNE ein thematisch breit aufgestelltes Umfeld haben, das alle Lebensbereiche umfasst. Mittelfristig geht es – so steht es im »Konzept Kiezkommune« – um den Aufbau von Gegenmacht im Stadtteil, einerseits vielleicht territorial, aber vor allem in thematischen Feldern – darum, nicht dem Staat die Hegemonie zu überlassen, sondern selbst einen Anspruch an Hegemonie zu haben und auch dazu fähig zu sein, Gegenmacht zu verteidigen, auf ideologische wie praktische Art und Weise. Ein langfristiges Ziel ist die Errichtung der Kommune und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Da brauchen wir noch ein bisschen (*lachen*). Aber das große Ziel im Auge zu haben, ist schon auch wichtig für uns, um uns nicht im Klein-Klein zu verlieren.

JENI: Die langfristige Strategie wird bei unserer jetzigen strategischen Ausrichtung im Kiez allerdings nicht so viel diskutiert. Wir sind, zum Beispiel in der Wohnkommission, an einem Punkt, an dem wir häufiger auf Sachen reagieren müssen, als dass wir Sachen neu anstoßen. Wir sind also in der Lage, auf Eingriffe in den Kiez zu reagieren, aber es ist schwierig, darüber hinaus zu planen, wenn man sich an verschiedensten Problemen abrackert, ob jetzt der Mietendeckel kippt oder der nächste Großinvestor kommt und irgendetwas aufkauft oder Häuser

verkauft werden. Deshalb hangeln wir uns momentan an diesen Kämpfen entlang, versuchen aber immer zumindest ein Stück weit die Idee und die Utopie, die wir uns ausmalen, dabei mitzudenken und trotz der Kämpfe Neues zu errichten.

Jo: Bei Gründung der Wohnkommission haben wir diskutiert, dass wir einerseits Zwangsräumungen verhindern oder die Großinvestoren, die bei uns sehr präsent sind, einschüchtern wollen. Wenn wir andererseits wie hier in Berlin über DEUTSCHE WOHNEN ENTEIGNEN² sprechen, sprechen wir auch über Sozialisierung und Demokratisierung von Wohnraum und darüber, welche Rolle in diesem Prozess perspektivisch die Kommune einnimmt. Oder darüber, wo die KIEZKOMMUNE in unserer jetzigen Form hinwill und wie für uns demokratisch verwaltete Nachbarschaften und Wohnraum aussehen: Wer sagt, wer die Wohnung bekommt? Was sind die Kriterien? Wie ist Wohnraum perspektivisch geschaffen, damit es auch ein gutes Wohnen ist?

Das sind zwei zentrale Aspekte: der Aufbau von Neuem und der Kampf gegen die Hegemonie des Staates, des Kapitalismus, des Patriarchats.

LUISE: Ist es eines eurer Ziele, dass Leute im Laufe eurer Arbeit antikapitalistische Positionen einnehmen und falls ja, wie ist euer Weg dahin? Geht es euch um Agitation, oder geht ihr eher davon aus, dass sich solche Positionen organisch im Prozess entwickeln?

Jo: Wir machen Kundgebungen und Demonstrationen, das ist ein Moment von Agitation. Der Fokus liegt aber eher auf einem Bewusstwerdungsprozess durch Solidarisierung, politische Bildung und Vertrauen.

JENI: Unsere Hoffnung ist, dass sich organisch Momente ergeben, in denen Leute antikapitalistische Positionen entwickeln: durch ein Erkennen von Strukturen und das Herauskommen aus der Individualisierung. Das hängt aber mit Agitation zusammen: Sie soll ja zu einer Bewusstwerdung führen.

2 DEUTSCHE WOHNEN & Co. enteignen ist eine Initiative, die einen Volksentscheid über die Vergesellschaftung aller Berliner Wohnungen vorbereitet hat, deren Eigentümer profitorientierte Unternehmen sind und mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen. Der Entscheid fand am 26.09.2021 statt und 56,4% stimmten mit »Ja«. Zurzeit steht eine Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs im Berliner Abgeordnetenhaus an. Mehr dazu auf <https://www.dwenteignen.de/>.

LUISE: Als wir das Konzept der Kiezkommune diskutiert haben, haben wir länger darüber gesprochen, dass darin auch das Ziel formuliert wird, über die Kiezkommunen einzelne gesellschaftliche Bereiche der staatlichen Kontrolle zu entziehen und selbstverwaltete Strukturen zu schaffen, die den Staat letztlich auch ersetzen können. Wir haben uns gefragt, wie ihr euch das genau vorstellt: Welche Bereiche könnten das sein, und wie kann das gelingen? Denkt ihr, dass das ohne direkte Konfrontation mit staatlicher Gewalt möglich wäre?

Jo: Ich glaube, da kommt es stark auf das Themenfeld an. Wir haben eine Kommission zur Gewalt gegen Frauen*, und wir können uns relativ sicher sein, dass in der Straße, in der unser Laden ist, häusliche Gewalt stattfindet – wir kriegen nur einfach nichts davon mit. Ein Ziel könnte da für uns sein – und der Schritt ist, denke ich, durchaus möglich –, ein Klima zu schaffen, in dem das nicht mehr möglich ist, ohne dass es sanktioniert wird. Da kann man also durchaus, ohne in direkte Konfrontation mit dem Staat zu gehen, gesellschaftliche Veränderung zumindest im Kleinen erkämpfen, und wenn so etwas stattfindet, kann man auch Handlungsmacht oder Gegenmacht entwickeln.

Bei der Konfrontation mit großen Aktiengiganten – und das steht ja auch im Konzept der Kiezkommune – ist es für eine lokale Einheit sehr schwer, etwas zu erreichen. Deshalb ist es von Anfang an Teil des Konzepts gewesen, dass wir nicht nur in einem Kiez anfangen können, sondern es von Beginn an größer denken müssen – nicht nur in einem Stadtteil, sondern in einer Stadt und darüber hinaus, bestenfalls bundesweit beziehungsweise international.

Für uns ist wichtig, dass das auf verschiedenen Themenfeldern passiert, also beispielsweise auch im Bereich der Bildung. In den Schulen als staatlichen Institutionen wird eine Art ideologischer Kampf geführt, indem eine bestimmte Sicht auf die Welt vermittelt wird. Wir wollen durch eine andere Form von Bildung und mit anderen Themen dieser staatlich vermittelten Ideologie eine eigene sozialistische Sichtweise entgegensetzen. Auch da muss es nicht zu einer physischen Konfrontation kommen. Oder in der Ökonomie: Man kann Kollektivbetriebe gründen und auch an der Stelle ein Stück weit Terrain abtrotzen, wenn man sie unter demokratische Kontrolle stellt.

Gleichzeitig wollen wir keine Inseln schaffen, weil uns bewusst ist, dass das nicht funktionieren kann und es Widersprüche geben wird –

aber wir können unsere Position im Grabenkampf verschieben. Das war jetzt ein bisschen viel Gramsci (*lachen*) ...

■ Warum Stadtteilarbeit?

LUISE: Bei den Beispielen, die ihr für eure Aktivitäten gegeben habt, ist angeklungen, dass sich die Themen, die ihr bearbeitet, stark voneinander unterscheiden und jedes Arbeitsfeld seine eigene Dynamik hat. Was hat euch zu der Entscheidung gebracht, verschiedene Themen in Form von Kiezarbeit zusammenzuführen? Wo seht ihr die Vorteile dieses Ansatzes im Vergleich dazu, sich ein Themenfeld herauszusuchen, in dem es gerade besonders brennende Anlässe gibt, und sich über Stadtteilgrenzen hinweg entlang dieses Themas zu organisieren?

Jo: In der Frage stecken mehrere Aspekte. Einerseits sagt das »Konzept Kiezkommune« in seiner ursprünglichen Fassung, dass man sich nicht auf den Stadtteil beschränken kann, sondern auch in der Schule oder im Betrieb arbeiten muss und sich die Konzeption dabei nicht groß unterscheidet. Das ist dort nicht weiter ausgeführt. Wir haben uns für den Stadtteil entschieden, weil wir mit der Annahme arbeiten, dass wir, um politische Organisation anzustoßen, drei Schritte gehen müssen: an den sozialen Beziehungen zwischen den Menschen ansetzen, diese Beziehungen beziehungsweise Vertrauensverhältnisse politisieren und dann schlussendlich organisieren. Wir haben gesagt, dass es bestimmte gesellschaftliche Bereiche gibt, in denen solche Beziehungen durch Neoliberalismus noch nicht vollends zerstört wurden, beispielsweise in Familien, im Stadtteil unter Nachbar:innen, genauso aber auch in der Schule zwischen Klassenkamerad:innen oder in Betrieben zwischen Kolleg:innen. Wir haben uns dann entschieden, einen dieser Bereiche, der uns am universellsten und am zugänglichsten klingt, auszusuchen, und das ist die Nachbarschaft, also der Stadtteil.



Der zweite Aspekt sind die Konfliktlinien: Die Kommune soll ja bestenfalls alle Lebensbereiche organisieren. Das steht im Widerspruch dazu, sich bestimmte Teilbereiche klar voneinander abgegrenzt herauszupicken. Jeni meinte das vorhin schon mit feministischen Themen: Wenn wir sagen, wir kämpfen gegen Kapital, Patriarchat, Herrschaft und Rassismus, dann muss das in allen Lebensbereichen thematisiert werden, weil es uns in allen Lebensbereichen betrifft. Deshalb haben wir uns davon wegentwickelt und gesagt, wir gründen Kommissionen etwas mehr entlang dieser Linien – wenn es auch eine Frage der Aushandlung bleibt, welchen Raum feministische Aspekte beispielsweise bei einem Wohnungskampf bekommen.



■ Messbare Erfolge

BALDO: Was mir insgesamt noch dunkel geblieben ist, ist eure Einschätzung, was ihr konkret erreicht habt. Habt ihr das Gefühl, dass ihr in der Buttmanstraße und im kleineren Umfeld in den Stadtteil gewirkt und schon Leute außerhalb eurer Gruppe erreicht habt, auch mit euren Demonstrationen oder Infoständen?

JENI: Wenn man von einer gradlinigen aktivistischen Ebene wegkommt, kann man Erfolge nicht über die Anzahl von Flyern oder Personen auf einer Kundgebung angeben. Das macht Erfolg schwer messbar für uns. Wir merken, dass wir in einem Teil des Weddings angekommen sind – damit meine ich eher die 20- bis 40-Jährigen, die eh schon links eingestellt sind, da sind wir mittlerweile voll verankert. Aber wie man Erfolg ansonsten messen kann ... Ich freue mich ehrlich über jede Person, die in den Laden kommt und danach wiederkommt. Das ist für mich ein Erfolg, der messbar ist: Dass Menschen über ein Gespräch, über einen Dialog gemerkt haben, dass das etwas Kollektives ist, und dass das ein Anreiz für die Person ist.

Jo: Ich glaube schon, dass wir in der Straße bei vielen Leuten angekommen sind. Über die Straße hinaus eher weniger. Nach einem Jahr Präsenz wird der Laden aber trotz Corona regelmäßig besucht. Wir haben

im letzten Jahr viele Kontakte gehabt, mit unterschiedlichsten Leuten, die nichts mit linker Politik in herkömmlichem Sinne am Hut haben, die aufgeschlossen sind. Daraus haben sich sehr viele Ideen entwickelt. Ich würde das als einen Erfolg begreifen, das hätte ich vor einem Jahr nicht gedacht. Es war sehr schwammig und jetzt wird es konkreter, dass man mit so einem Laden solche Schritte gehen kann. Und gleichzeitig ist es eine sehr labile Situation – es kann auch innerhalb von zwei Monaten wieder weg sein.

BALDO: Auf welcher Ebene, würdet ihr sagen, gibt es diese Präsenz? Auf einer untersten Ebene würde man sagen, die Leute nehmen wahr, dass es den Laden gibt und kommen mal vorbei, und es gibt irgendeine Art von sozialem Austausch, den es vorher nicht gab. Geht der Nutzen für die Leute noch darüber hinaus, hat es vielleicht ein Moment von Politisierung für die Leute, die nicht eh schon in der Linken aktiv waren?

Jo: Ich glaube, das lässt sich schwer beantworten. Ich weiß, dass ich bei ein paar Leuten in der Straße vorbei gehen kann und sie um Sachen bitten kann, oder dass wir bei einigen Vereinen und Läden in der Straße offen empfangen werden, dass Leute an uns verweisen, auch Leute auf uns zukommen, mit uns einen Stolperstein verlegen wollten. Das hätte ich vor einem Jahr nicht gedacht. Es ist also sehr unterschiedlich. In persönlichen Gesprächen schwingt auch etwas Politisches mit: Die Leute wissen, dass es da eine politische Position gibt. Wir haben es nicht hingekriegt, innerhalb von einem Jahr ein geschlossenes überzeugtes revolutionäres Weltbild zu vermitteln – aber das war auch nicht unser Ansatz und das haben wir, glaube ich, bei uns selbst auch noch nicht so ganz geschafft.

■ Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme

BALDO: Habt ihr auch schon Methoden ausprobiert, die nicht funktioniert haben? Davon kann man ja auch lernen ...

JENI: Ein Beispiel für etwas, das nicht so gut funktioniert hat, wäre unser Mietendeckelprogramm. Das war noch bevor wir die Wohnkommission gegründet haben. Als der Mietendeckel aufgeploppt ist, dachten wir, es ist eine coole Idee, mit Menschen in Kontakt zu kommen und sie über den Mietendeckel aufzuklären. Das haben wir gemeinsam mit der Mietergemeinschaft organisiert, und weil das während der Pandemie

war, haben wir die Aktion draußen in Form eines Picknicks gemacht. Wir hatten ziemlich aufwändig Plakate designt, geflyert und geklebt, aber am Ende kam niemand.

Jo: Eine Person ist gekommen.

JENI: Wir hatten zwei Wochen lang in Zusammenarbeit mit der Mietergemeinschaft Flyer ausgelegt, das war ein großes Projekt. Aber wir haben gelernt, dass man auf Menschen zugehen muss und dass Türgespräche tausendmal effektiver sind, als sich mit einer Picknickdecke hinzusetzen. Es kostet mehr Überwindung, bei Leuten zu klingeln, aber es ist viel nachhaltiger und effektiver. Man muss es manchmal auch mehrmals probieren und aus der Passivität rauskommen, rein in ein aktives Ansprechen, auch wenn es am Anfang beide Seiten nervt.

Wir haben mit Sicherheit Fehler gemacht, manchmal auch bei den Türgesprächen, wenn wir eine künstliche Spaltung zwischen uns und den Nachbar:innen aufgemacht und uns da in einer Rolle gesehen haben, die wir gar nicht innehaben – dass wir uns nicht einfach als Nachbar:innen und als Teil der Community sehen. Das meinte ich vorhin auch schon: Viel passiert vorher im Kopf, man zerdenkt das, und eigentlich ist es nur ein Türgespräch oder ein Kaffee. Da müssen wir hinkommen.

BALDO: Aber ihr klingelt ja nicht einfach so an der Tür, sondern ihr wollt ja auch etwas. Ich zumindest gehe nicht einfach so zu meinen Nachbar:innen, außer ich will zum Beispiel, dass sie die Musik leiser machen. Insofern hat das ja schon einen Hintergrund, wenn ihr euch bestimmte Gedanken macht und es als etwas anderes ansieht als einen Besuch von eine:r Nachbar:in bei eine:r anderen.

Jo: Das Mindeste ist zu sagen, dass es uns gibt und dass wir da sind: »Ich erzähle dir kurz, was wir machen, und ich will hören, wo bei dir der Schuh drückt oder was du gut findest.« Deshalb nutzen wir die Zeitung sehr viel, das ist ein guter Aufhänger, um kurz vorbeizukommen. Gerade können wir auch Unterschriften für DEUTSCHE WOHNEN ENTEIGNEN sammeln.

■ Umgang mit sexistischem oder rassistischem Verhalten

BALDO: Wie geht ihr damit um, wenn sich Leute, mit denen ihr ins Gespräch kommt, rassistisch oder sexistisch äußern?

JENI: Wir haben da keine vereinbarte Linie. Aber am häufigsten geklappt hat es, die Menschen damit zu konfrontieren und ihnen, nicht herablassend, sondern auf Augenhöhe zu erklären, warum das nicht so cool ist.

Wir versuchen, ein Klima zu schaffen, in dem man sich über solche Sachen austauschen kann, das vertrauensvoll und wohlwollend ist und wo es die Annahme gibt, dass bestimmte Verhaltensweisen Produkte der Umwelt sind, die wir gemeinsam überwinden müssen. Es passiert auch, dass die migrantischen Communities bei uns in der Straße ganz schön aggressiv und rassistisch untereinander sind, und es ist nicht immer einfach, damit umzugehen.

Gerade bei sexistischen Verhaltensweisen ist es wichtig, die Genossinnen – die meistens davon betroffen sind – nicht damit allein zu lassen, sondern das als Gruppe aufzugreifen und gemeinsam zu schauen, wo die Grenzen sind, und einen Umgang zu finden.

■ Abgrenzung von sozialarbeiterischen Tätigkeiten

BALDO: Ein Problem, das viele Gruppen beschäftigt, ist, dass sie eigentlich revolutionäre politische Arbeit machen wollen, dass aber die Leute, mit denen sie in Kontakt kommen, eher Bedarf nach einer individueller Beratung haben, die normalerweise Sozialarbeiter:innen übernehmen. Vorhin habt ihr gesagt, dass ihr Leute zum Teil an BASTA! oder an andere Gruppen verweisen könnt, und so wie ich das verstehe, bildet sich durch die sozialen Beziehungen um die Gruppe herum eine Art Hilfsnetzwerk. Habt ihr dennoch das Gefühl, dass das ein Problem für euch ist, und wie geht ihr damit um?

Jo: Ein Themenfeld, in dem wir das konkret sagen können, ist die Wohnungsfrage. In den letzten Monaten sind mehrere Leute zu uns gekommen, denen fristlos gekündigt wurde und die keine Wohnung gefunden haben. Wir haben es dann so gehandhabt, dass wir individuell geschaut haben, was wir machen können. Einer hat ganz okay Deutsch gesprochen, konnte es aber nicht so gut schreiben, und weil alle Wohnungsangebote online sind, haben wir uns mal eine Stunde mit ihm hingestellt, Adressen herausgesucht und Onlineformulare ausgefüllt. Mit einer Nachbarin, die wir schon ein bisschen besser kannten, haben wir uns auch eine Stunde zusammengesetzt und Jobcenteranträge ausgefüllt. Es ist aber nicht so, dass die Leute bei uns Schlange stehen

würden, um Unterstützung zu bekommen. Deshalb sehe ich das Problem gerade nicht so sehr.

Als es im Februar so kalt war, haben wir kurzfristig dazu aufgerufen, an zwei Nachmittagen Kleiderspenden bei uns abzugeben. Wir haben nur online Werbung gemacht, und innerhalb von zwei Tagen war der ganze Laden voll mit Spenden – 150 Leute hatten ihren Hausstand vorbeigebracht, auch aus anderen Stadtteilen. Einerseits haben wir praktische Fehler gemacht, weil es eine überhastete Aktion war. Andererseits hat sich dabei auch gezeigt, dass diese Denkweise einer Zentralisierung sehr stark ausgeprägt ist: Die Leute kommen nicht selbst auf den Gedanken, bei sich in der Gegend zu fragen, ob etwas gebraucht wird – dabei sieht man in Berlin an jeder Ecke wohnungslose Menschen.

Wir sind dann im ersten Schritt dazu übergegangen, soziale Träger und Vereine zu fragen, ob sie etwas brauchen, und die meinten, dass sie auch keinen Platz mehr dafür haben. Im nächsten Schritt haben wir einen Tisch draußen in der Nachbarschaft organisiert, an dem wir das verteilt haben, nicht nur für Wohnungslose, sondern für prekäre Leute im Allgemeinen. Ein Nachbar, der immer mal vorbeikommt, hat unsere Flyer ins Bulgarische übersetzt und wir haben sie an Orten verteilt, von denen wir wussten, dass dort viele bulgarische Menschen leben. Das war sehr förderlich für uns, weil viele Leute vorbeigekommen sind und sich etwas geholt haben. Sie haben ihre Kontakte dagelassen, haben sich teilweise eine *Plumpe* mitgenommen oder sind in den darauffolgenden Wochen bei uns im Laden vorbeigekommen und haben ihre Geschichten erzählt. Auch wenn es auf den ersten Blick wie eine sozialarbeiterische Tätigkeit aussah, haben wir es über diesen Umweg vielleicht doch noch hingekriegt, daraus eine gute Aktion für uns zu machen, bei der wir niedrigschwellig politische Aspekte vermitteln konnten.

■ Zusammensetzung der Gruppe

BALDO: Wenn ich euch richtig verstanden habe, ist eure Gruppenzusammensetzung tendenziell weiß-akademisch. Spielt es im Kontakt mit dem Stadtteil eine Rolle, dass ihr das Gefühl habt, dass es da Bildungsunterschiede gibt? Gerade habt ihr erzählt, dass ihr Leute bei Problemen unterstützt habt, die aufgrund von Sprachschwierigkeiten im deutschen Kontext auftauchen. Habt ihr das Gefühl, das ist eher etwas Trennendes, oder können diese Unterschiede auch zum Vorteil der KIEZKOMMUNE verwendet und

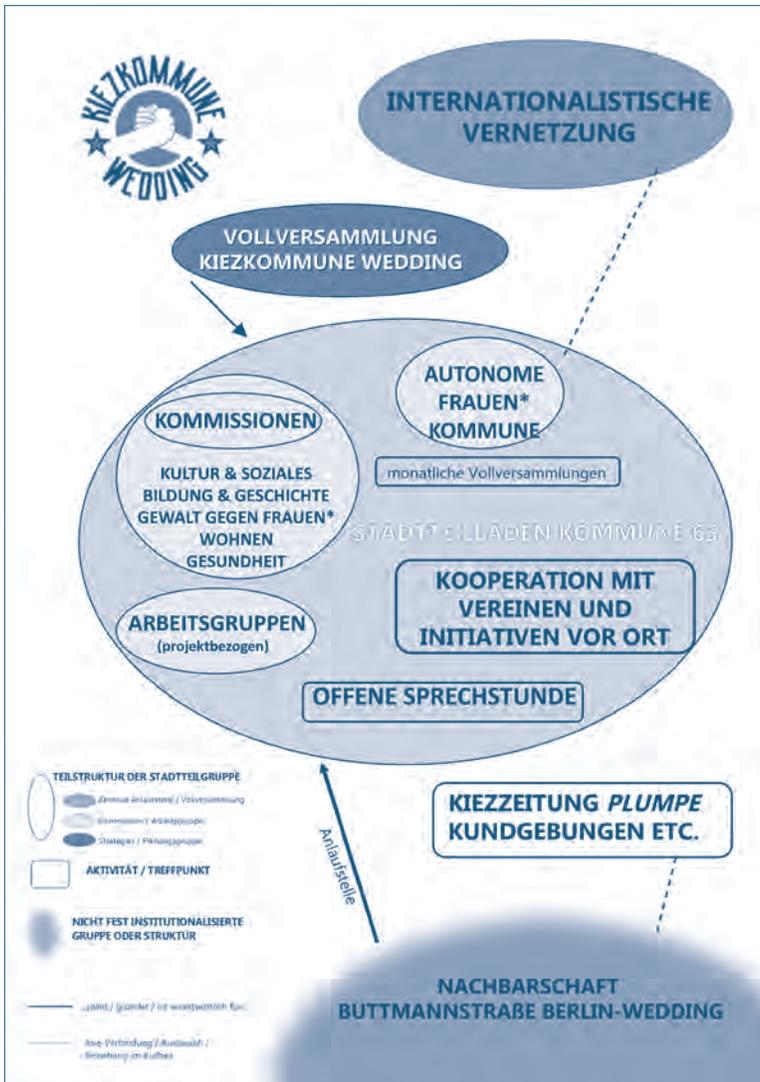
wahrgenommen werden? Wenn zum Beispiel jemand kommt und ihr sagt: »Wir können dir da helfen, unser Bildungshintergrund hilft uns, den schriftlichen Antrag machen können, den du gerade nicht hinkriegst« – ist die Außenwahrnehmung der KIEZKOMMUNE dann: »Ah, die können das und können uns helfen« oder eher: »Das sind weiße Akademiker, die stehen woanders«?

Jo: Ich glaube, von einem Vorteil kann man da nicht reden. Wir haben zwar vielleicht einen sprachlichen Vorteil, kennen uns dafür aber bei anderen Aspekten nicht aus. Dadurch, dass Unterstützungstätigkeiten in diesem Sinne nicht unsere Hauptarbeit sind, fällt das nicht so in Gewicht. Es ist uns wichtig, dass wir gegen so eine Gegenüberstellung zwischen der Nachbarschaft und uns ankämpfen. Das Ziel ist Selbstverwaltung, die alle Teile der Nachbarschaft mit einbezieht. Wir müssen kontinuierlich gegen diese Zusammensetzung ankämpfen, weil sie sich auch selbst bestärkt und reproduziert und in unseren Kreisen auch wesentlich präsenter ist als in anderen. Es braucht auch Verbindungsglieder zwischen uns und anderen Communities oder Altersgruppen. Uns als organisierter Gruppe fällt eine besondere Rolle zu, den Austausch anzustoßen. Das ist unser Ziel.

Außerdem sind wir nicht ausschließlich weiß und akademisch. Wir haben den Vorteil, dass es Genoss:innen gibt, die Türkisch, Kurmandschi, Farsi, Griechisch oder Französisch sprechen. Wir sind breiter aufgestellt und das hilft uns auch. Gleichzeitig liegt es nicht nur an uns, dass wir nur in unserer Bubble bleiben, sondern es liegt auch an der Nachbarschaft im Allgemeinen, dass der Schritt, sich zu organisieren, kein natürlicher Schritt ist, sondern erst einmal etwas ganz Abstraktes. Das ist, glaube ich, auch ein Stück weit im Individualismus und Neoliberalismus begründet.

■ Struktur der Kiezkommune insgesamt

BALDO: Im nächsten Block wird es um größere Organisationsstrukturen gehen. Ganz generell betrifft das, glaube ich, die strategischen Überlegungen von vielen Stadtteilgruppen. In Strategiepapieren steht häufig: Man muss lokal arbeiten, aber gleichzeitig reicht das nicht, man braucht an vielen Orten Organisationen und zwischen diesen muss es eine Koordinierung geben. Bisher ist es eine Besonderheit der Kiezkommune, dass das bei euch in das Konzept eingebaut ist. Es ist der einzige uns bekannte Ansatz, der dem Konzept



nach von vornherein mehrere Stadtteilgruppen unter einem Dach hat, die in unterschiedlichen Teilen Deutschlands aktiv sein sollen. Wie genau sieht die Gesamtstruktur der Kiezkomune aus?

Jo: Im Prinzip gibt es drei Ebenen. Zum einen gibt es die Vollversammlung aller Kiezkommunen, die zweimal jährlich stattfinden soll. Derzeit ist das stark eingeschränkt, weil es online nicht so gut funktioniert. Die

Kiezkommunenvollversammlung, auf der nicht nur die Berliner Kiezkommunen teilnehmen, sondern zum Beispiel auch die aus Magdeburg, sind dafür da, strategische Entscheidungen und gemeinsame Projekte, die alle Kiezkommunen umfassen, festzulegen. In der Vergangenheit war das zum Beispiel die Entscheidung, dass man zum 8. März und zum 1. Mai arbeitet. Außerdem wurden Diskussionen rund um das »Konzept Kiezkommune« geführt.

Jede Kiezkommune ist gegenüber dieser Vollversammlung berichtspflichtig, das heißt im Vorfeld werden von jeder Kiezkommune Berichte über die lokale Arbeit sowie Ideen und Kritiken geschrieben, die dann allen zugänglich gemacht und gemeinsam ausgewertet werden.

Dann gibt es die Kiezkommune als lokalen Bezugsrahmen mit lokaler Autonomie. Wir arbeiten hier im Wedding zu ganz anderen Themen, als wir das in Lichtenberg machen, oder in Neukölln – in Magdeburg sowie so. Die Idee ist, dass wir im Wedding am besten bestimmen können, was hier die zentralen gesellschaftlichen Widersprüche sind, mit denen wir umgehen müssen und an denen wir arbeiten können. Über diese Arbeitsweise haben wir lokale Autonomie im Rahmen der gemeinsamen strategischen Festlegungen der Kiezkommune.

Dann gibt es noch die Kommissionen, die thematisch eine gewisse Autonomie in der Umsetzung haben und die der lokalen Kiezkommunenvollversammlung, hier im Wedding zum Beispiel, unterstellt sind.

Darüber hinaus ist noch wichtig, dass neben diesen drei Ebenen auch immer noch eine Organisation im Raum stand, die RADIKALE LINKE | BERLIN (RLB) die 2018 die lokalen Arbeiten hier gestartet hat. Dadurch, dass sie hier in Berlin in allen Kiezkommunen präsent war, hat sie teilweise eine koordinierende Funktion übernommen – beispielsweise, um schnell einen Treffpunkt zur Demovorbereitung festzulegen oder sich unterstützend bei der Vorbereitung von Bildungsveranstaltungen zu beteiligen. Die regelmäßigen Schulungen zum »Konzept Kiezkommune« für neue Leute wurden maßgeblich von der RLB organisiert. Auch die Initiative, neue Kommunen zu begründen und personell zu unterstützen, kam aus diesem Kreis, genauso wie infrastrukturelle Aspekte. Wir haben jetzt einen dritten Laden in Berlin, den wir eröffnen. Gerade Kommunen, die klein oder neu sind und sich erst einmal als Kollektiv finden müssen, brauchen zu Beginn Unterstützung.

Außerdem war es die Rolle der RLB, sich mit der inhaltlich-ideologischen Richtung auseinanderzusetzen und mit der Frage, wie man das Kiezkommunenkonzept weiterentwickeln und verbreiten kann und

welche Fallstricke es dabei gibt, weil das Konzept relativ viel Interpretationsspielraum in einigen Sachen lässt. Der zweite Aspekt, der von der RLB übernommen wurde, vor allem hier in Berlin, war die Koordination zwischen den Kiezkommunen, und ein Stück weit die Außenarbeit, das heißt Kontakte zu interessierten Gruppen, zu Interessent:innen für neue Kiezkommunen, aber auch Austausch über das Stadtteilthema hinaus, mit anderen Gruppen und Initiativen.

■ **Vollversammlung der Kiezkommunen**

BALDO: Bei der Kiezkommunenvollversammlung würde uns interessieren, wie das organisiert ist: Sind das Delegierte aus den einzelnen Kommunen, die mit einem Mandat dorthin geschickt werden? Was genau wird dort entschieden, und wie wird es zurückgetragen, wie sind die Informationswege?

JENI: Unsere Vollversammlung ist tatsächlich eine Vollversammlung im wahrsten Sinne des Wortes. Es gibt aber einen Vorbereitungskreis für die inhaltliche Ausrichtung, der aus Delegierten besteht. Bisher fand die Vollversammlung am Wochenende statt, aufgeteilt auf zwei Tage, sodass es erstmal den Berichts- und Rechenschaftsteil gab und eine gemeinsame Analyse der gesamtpolitischen Großwetterlage durchgeführt wurde. Im zweiten Teil gab es dann strategische Überlegungen, die nicht nur die lokale Ebene, sondern auch die ganzheitliche strategische Ausrichtung der Kiezkommunen betreffen und im Mehrheitsbeschluss verabschiedet wurden. Die strategischen Überlegungen betreffen zum Beispiel die Bedrohung von aufkommenden Faschismus im Kiez, also dass das gemeinsam als Problemlage erkannt wird, darauf reagiert werden muss und in allen Arbeiten der Kiezkommunen darauf der Fokus liegen wird. Die Beschlüsse werden dann in die Kommunen zurückgetragen und dort umgesetzt.

BALDO: Das Ziel ist also auch, dass da möglichst viele Aktive aus den Kommunen an dieser Vollversammlung teilnehmen?

Jo: Das hat auch einen sozialen Rahmen: Es gibt ein Abendprogramm, es wird gekocht. Das ist vor allem für die Genoss:innen außerhalb von Berlin sehr wichtig, aber auch innerhalb von Berlin, weil man sich in der normalen Arbeit kaum kennenlernt. Es sind immer neue Leute dabei und man kennt nie alle Leute, die dort anwesend sind. Das ist auch eine Erfahrung.

JENI: Der Rechenschaftsteil hat auch die Funktion eines Austauschs und wir können sehr viel voneinander lernen. Das ist eine gute Möglichkeit, um zu fragen: »Ihr habt diese Zeitung rausgegeben, was waren eure Schwierigkeiten damit, und was habt ihr daraus mitgenommen? Wir wollen jetzt auch eine Zeitung in Kreuzberg etablieren – könnt ihr uns da helfen?« Auf den Vollversammlungen können Erfahrungen auch noch einmal evaluiert werden.

BALDO: Gibt es über diese Vollversammlungen hinaus noch andere Strukturen, die die verschiedenen Kiezkommunen miteinander verbinden? Wenn beispielsweise eine Kiezkommune eine große Aktion macht und Unterstützung braucht und sich mit anderen Kiezkommunen koordinieren möchte – läuft das alles über diese Vollversammlung?

Jo: Genau. Einerseits werden zu bestimmten Sachen Delegierte bestimmt, beispielsweise zur Vorbereitung der Vollversammlungen oder von Demos, aber auch wenn ein gemeinsamer Text verfasst oder zu bestimmten thematischen Bereichen gearbeitet wird, wie Jeni es gerade beschrieben hat – das passiert immer mal wieder. Daran müssen nicht unbedingt alle Kiezkommunen beteiligt sein, nur bei der Vorbereitung der Vollversammlungen sind es bestenfalls alle.

BALDO: Könnt ihr etwas dazu sagen, wie bisher der Prozess aussah, wenn neue Kiezkommunen dazukamen? Beruht es auf einer inhaltlichen Einigkeit: Leute wollen eine Stadtteilgruppe gründen und finden das Konzept super und treten in Kontakt mit euch, und dann spricht man darüber, ob es passt?

Jo: Wir haben dazu kein niedergeschriebenes How-To. Es war immer wichtig, dass die Kiezkommunenvollversammlung und die Organisation das letzte Wort dazu haben, ob eine neue Kiezkommune gegründet wird – schon alleine deshalb, weil eine neue Kiezkommune, die Teil dieses Verbunds werden möchte, darauf angewiesen ist, eng und auf Basis möglichst vieler geteilter Ansichten mit den anderen zusammenzuarbeiten. Bisher waren außerdem in allen Kiezkommunen Leute aus der RLB vertreten, und sie waren auch immer diejenigen, die das maßgeblich von Beginn an begleitet haben, um Verbindlichkeit und Kontinuität herzustellen. Eine Sonderrolle hat die KIEZKOMMUNE STADTFELD in Magdeburg – dort ist das immer ein bisschen anders gelaufen,

aber es gab einen engen Kontakt zwischen der RLB und einer Gruppe in Magdeburg, die das dort initiiert hat.

■ Rolle der politischen Organisation

BALDO: Ihr habt vorhin schon etwas zum Verhältnis von der RLB als politischer Organisation und den Kiezkommunen gesagt. Habe ich das richtig verstanden, dass die RLB diese Rolle mittlerweile nicht mehr übernimmt? Würdet ihr sagen, dass es eine politische Organisation braucht, die auch ideologisch arbeitet, um eine übergeordnete Organisation von Stadtteilarbeitsgruppen hinzukriegen?

Jo: Ja, auf jeden Fall! Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Diskussionen der letzten drei Jahre sind wir der Meinung, dass es politische Organisationen ergänzend zu Basisgruppen braucht. Auf Nachbarschaftsarbeit bezogen gibt es aus unserer Sicht dafür mehrere Gründe. Zum einen ist es wichtig, dass es einen Überblick und Koordination gibt, dass also geschaut wird, wie die Verhältnisse zwischen den Kommunen sind und dass zur Arbeit in anderen Teilbereichen Verbindung gehalten wird; und zum anderen braucht es, wie du schon sagst, die ideologische Arbeit, also eine politische Weiterentwicklung der eigenen Mitglieder, des Konzepts, aber eben auch grundlegende Einschätzungen der gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die Verlagerung dieser zwei Aspekte auf die Ebene der Organisation ist entlastend und gibt uns größere Freiheiten, uns auf die Weiterentwicklung der lokalen Nachbarschaftsarbeit zu fokussieren. Das schützt auch davor, in abstrakte Diskussionen zu verfallen, die für unsere Arbeit oft eher kontraproduktiv ist, ohne dass aber der Blick fürs große Ganze verloren geht. Wir sind der Meinung, dass es nicht »einen« Raum geben kann, wo alle politischen und organisatorischen Fragen verhandelt werden können, sondern dass es unterschiedliche Ebenen und entsprechende Arbeitsteilung braucht, damit strategische und taktische Planung überhaupt möglich wird.

Deshalb müssen wir in linken Projekten auch lernen, erst einmal unsere eigenen Kräfte – und auch die unserer Gegner – sinnvoll einzuschätzen, um sie dann auch strategisch und taktisch gut einzusetzen. Ohne auf die Details einzugehen, konnte die RLB für uns diese Aufgabe ab einem gewissen Punkt nicht mehr erfüllen, daher brauchte es neue organisatorische Zusammenhänge. Das Konzept der Kiezkommune war

für uns nie ein statisches oder abgeschlossenes Konzept. Es ist darauf ausgelegt und darauf angewiesen, vor dem Hintergrund von Erfahrung und Praxis weiterentwickelt zu werden. Das bedeutet eben auch, dass eine Organisation, die sich um die strategische Gesamtentwicklung kümmert, Mittel haben muss, praktische Entwicklungen zu analysieren und diese politisch einzuordnen. Dafür muss sie geteilte Werte, Prinzipien und Methoden haben. Es braucht politische Kohärenz in der Organisation, damit die vielfältigen Dynamiken aus den Kommunen auch zusammengeführt und verstanden werden können. Sonst bleibt es beliebig und diffus und man rennt den Ereignissen immer hinterher.

■ Internationalismus

BALDO: Im »Konzept Kiezkommune« schreibt ihr, dass euch eine internationale Ausrichtung und Vernetzung wichtig ist. Gibt es Kontakte, nicht nur zu Communities innerhalb Deutschlands, sondern auch zu Gruppen oder Bewegungen außerhalb Deutschlands?

Jo: Grundsätzlich ist es so, dass ein Teil der Leute, die in den Kiezkommunen tätig sind, schon lange als politisch aktive Menschen unterwegs ist, auch in verschiedenen Ländern. Daraus ist dann in den letzten Jahren ein etwas aktiverer Internationalismus entstanden, das heißt Genoss:innen von uns waren längere Zeit in Rojava, über mehrere Jahre hinweg in der Türkei, in Griechenland, Italien und Spanien unterwegs; wir haben viele Projekte besucht und daraus – teilweise aus Delegationen, teilweise aus der praktischen Arbeit vor Ort – sind viele Ideen, Überzeugungen und Ansichten in das »Konzept Kiezkommune« eingeflossen. Es ist nicht so, dass es feste organisierte Zusammenhänge gäbe, von denen die Kiezkommune ein Teil ist, aber es gibt regelmäßigen stetigen Austausch mit verschiedenen Organisationen und Bewegungen – im Nahen Osten, in Südeuropa ...

BALDO: Wie taucht das bei euch im Wedding auf? Gibt es interne Bildungsveranstaltungen oder öffentliche Veranstaltungen dazu, oder ist es eher so, dass Leute da sind und man miteinander spricht, ohne dass das irgendwie organisiert ist? Die Idee von Stadtteilarbeit ist ja, dass man sehr lokal arbeitet, und gleichzeitig ist dieses überregionale Netzwerken wichtig. Man trifft sich beispielsweise bei übergeordneten Vollversammlungen mit Leuten,

die anderswo eine Kiezkommune haben, aber in welcher Weise ist die internationale Ebene präsent?

JENI: In der Arbeit der Kiezkommunen – wie Jo gerade schon meinte – sind es Einzelpersonen, Genoss:innen von uns, die diese Kontakte haben und pflegen, aber einen organisierten Austausch über Strategien und Ansätze aus einer internationalistischen Perspektive haben wir als Kollektiv nicht, nicht mit aktuellen Bezügen. Natürlich arbeitet die Bildungscommission auch dazu, welche Bewegungen es zu anderen Zeiten in anderen Ländern gab, aber einen aktiven Austausch mit anderen Gruppen in einer organisierten Form haben wir noch nicht etabliert, zumindest nicht im Wedding.

Aber wir bekommen auch immer wieder Besuch aus anderen Städten oder anderen Ländern und dann treffen wir uns bei uns im Laden auf einen Tee.



■ Verhältnis zu anderen Stadtteilgruppen

BALDO: Abschließend würde uns noch interessieren, wie euer Verhältnis zu anderen Stadtteilgruppen ist, also zu Stadtteilgruppen, die auch linksradikal aufgestellt sind, aber nicht Teil des Kiezkommunen-Konzepts sind. Ihr habt schon gesagt, dass ihr bei der Zeitschrift *Plumpe* mit HÄNDE WEG VOM WEDDING zusammenarbeitet. Wie würdet ihr das generell sehen: Habt ihr das Interesse, dass sich andere Gruppen diesem Konzept anschließen, oder ist es gut, wenn es unterschiedliche Ansätze gibt und man an manchen Punkten zusammenarbeitet?

JENI: Hier im Wedding gibt es mit HÄNDE WEG VOM WEDDING eine Stadtteilgruppe, sie schon lange sehr starke Arbeit im Kiez leistet. Die gab es schon vor dem Konzept der Kiezkommune, und wir haben uns ein paar Sachen von deren Arbeit abgeschaut. Über punktuelle Zusammenarbeit ist es bisher nicht hinausgegangen. Wir treffen Absprachen, gerade mit der *Plumpe*, oder wenn es Kundgebungen und Demos gibt, die wir gemeinsam organisieren. Das würde ich als enge Zusammenarbeit

bezeichnen, aber es gibt keine gemeinsame strategische Ausrichtung. Da arbeiten die Kiezkommunen untereinander enger zusammen, die zwar in anderen Stadtteilen liegen, aber eine gemeinsame Ausrichtung teilen. Der Anspruch ist nicht, dass wir HÄNDE WEG VOM WEDDING schlucken oder dass die unser Konzept übernehmen, aber gerade in der alltäglichen Arbeit im Kiez unterscheiden wir uns gar nicht so stark voneinander, und es gibt auch immer wieder Annäherungsversuche von beiden Seiten, um diese Arbeit ein bisschen stärker zusammenzulegen. Aber über Verschmelzungsversuche haben wir bisher nicht besprochen.

Jo: Ich teile das. In den Stadtteilen versuchen wir, mit unterschiedlichen Initiativen zusammenzukommen, die grundsätzlich eine ähnliche Perspektive von revolutionärer Politik haben, und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Dabei ist es manchmal gar nicht so wichtig, ob es stadtteilbezogen ist oder auf eine bestimmte Community oder einen bestimmten Themenbereich fokussiert. Für die jeweilige Kommune ist dann nur wichtig, dass sie sich in einem bestimmten Projekt im Stadtteil wiederfindet oder es auf den Stadtteil angepasst werden kann.

Wir sind in jedem Fall aufgeschlossen, wenn Leute sich entschließen, eine Kiezkommune zu gründen oder das Konzept weiterzutragen und mit uns darüber zu diskutieren, welche Kritiken und Vorschläge es gibt. Davon hat ja diese ganze Debatte um die Neuausrichtung linksradikaler Politik gelebt: dass es verschiedene Perspektiven gab. Und jetzt, nach fünf Jahren, gibt es auch die ersten praktischen Erfahrungen und etwas Konkretes, worüber man reden kann – es ist eine neue Phase.



Delegiertendiskussion: BERG FIDEL SOLIDARISCH & ROSA | Münster, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN & KOLLEKTIV | Bremen

Im Laufe der Interviews haben sich für uns einige Fragestellungen herauskristallisiert, die mehrere oder alle Gruppen betreffen und die von ihnen teilweise unterschiedlich bearbeitet werden. Zwei davon haben wir im folgenden Gespräch mit BERG FIDEL SOLIDARISCH und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN noch einmal vertieft besprochen: die Frage, für welchen Zweck und auf welche Weise eine überregionale Organisation im Kontext der Stadtteilbewegung angestrebt werden soll, und die Frage nach der Rolle der »Initiativkräfte«, die in einer breiteren antiautoritären Linken durchaus kontrovers diskutiert wird.

Eine ursprünglich geplante Diskussion zwischen Delegierten aller befragten Gruppen kam leider nicht zustande. Dass es sich bei den beiden nun beteiligten Gruppen um BERG FIDEL SOLIDARISCH und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN handelt, die sich besonders nahestehen, spiegelt sich im wenig kontroversen Charakter des Gesprächs wider. Wir haben es im Juli 2021 geführt.

■ Überregionale Organisation

LUISE: In den Interviews hat sich gezeigt, dass überregionale Organisation für die meisten Gruppen ein wichtiges Thema ist, und auch aus unserer Sicht ist es entscheidend dafür, dass der Ansatz Wirkmächtigkeit bekommen kann. Gleichzeitig haben eure bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass es dabei einige Schwierigkeiten gibt und sich die Frage stellt, wie viel inhaltliche und organisatorische Übereinstimmung zwischen den Gruppen nötig ist, damit es funktionieren kann. Darüber würden wir auch jetzt gerne mit euch diskutieren: Welchen Zweck seht ihr in der überregionalen Organisation? Was können Schwierigkeiten dabei sein? Welches Maß an Übereinstimmung braucht es? Wie genau könnte die über-

regionale Zusammenarbeit aussehen? Geht es darum, sich für die unmittelbar im Stadtteil anfallende Arbeit zusammenzuschließen, oder eher darum, eine separate Organisation zu entwickeln, die eigene Funktionen erfüllt?

JOSEFINE (SIG): Es ist ganz interessant, dass jetzt BERG FIDEL SOLIDARISCH und wir hier sitzen, weil wir uns bei der überregionalen Organisation schon ein bisschen nähergekommen sind. Einige von uns haben sich vor Kurzem in Münster getroffen und wir organisieren gerade gemeinsam eine interne Bildungsveranstaltung, bei der wir vier Tage zusammen sind, um inhaltliche Diskussionen zu führen und uns auf einen gemeinsamen Stand zu bringen.

In dieser Zeit habe ich schon gemerkt, dass es gut ist, Ressourcen zu teilen. Eine ähnliche Praxis braucht ähnliche Infrastruktur und die können wir dann ja teilen. Zum Beispiel haben wir in Gröpelingen eine kleine Übersetzungsgruppe, die relativ zügig übersetzen kann. Das ist etwas, das man gut teilen kann, weil beide Gruppen Text produzieren und es für die Praxis ganz gut ist, Sachen in verschiedenen Sprache vorliegen zu haben. Wir können uns auch gegenseitig den Rücken stärken, uns ermutigen weiterzumachen und Impulse voneinander bekommen – wenn bei anderen gerade etwas gut funktioniert, dann können wir das ja auch probieren. Einmal haben wir einen Audiobeitrag für eine Demo nach Münster geschickt, um unsere Solidarität auszudrücken. Diese gegenseitige Unterstützung und das Teilen von Ressourcen, damit das Ganze am Laufen bleibt, würde ich als einen Zweck sehen.

NIMAH (SIG): Ich würde ergänzend sagen, dass eine überregionale Organisation perspektivisch das Ziel ist. Wir denken, dass Basisorganisation nicht isoliert in einem Stadtteil stattfinden kann, sondern dass es einen überregionalen Ansatz braucht. Nach unserer Erfahrung kann man das aber nicht so schnell kreieren. Es gab Versuche, vor-schnell so etwas wie einen Dachverein zu schaffen. Und es war keine Überraschung, dass sie nicht funktioniert haben. Wir denken, dass es einen gemeinsamen Suchprozess braucht, weil das, was wir vorhaben, zumindest in Deutschland noch neu ist. Wir bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN haben dazu kein fertiges Modell. Deswegen ist für uns der erste Schritt, mit den Gruppen, die wir kennen, in Austausch zu treten und uns bei konkreten Sachen zu unterstützen oder die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wie Josefine schon gesagt hat. Allerdings ist

weder Austausch noch Vernetzung das Ziel, obwohl beide notwendige Ausgangspunkte sind.

Die Hauptsache ist, gemeinsam ein Modell von revolutionärer Stadtteilarbeit zu finden, eine Perspektive zu entwickeln, mehr Gruppen dazuzuholen und in Richtung einer bundesweiten Organisation zu gehen. Wie bei jeder anderen politischen Arbeit besteht neben der Praxis auch die Notwendigkeit von Diskursverbreitung. Man merkt, dass die Stadtteilarbeit in den letzten Jahren etwas bekannter geworden ist und Leute das cool finden; aber nicht alle, die Stadtteilarbeit machen, sehen die Notwendigkeit, etwas über die isolierte Stadtteilarbeit hinaus aufzubauen. Dann braucht es lange Überzeugungsarbeit. Wir sind mit einigen Genoss:innen und Städten in Kontakt, um gemeinsam über diese Themen nachzudenken.

TABO LAMARCA (SIG): Wenn wir zu einer tiefen Veränderung der Gesellschaft beitragen möchten, dann denke ich, dass dazugehört, sich überregional zu organisieren. In einem Stadtteil allein können wir keine Veränderung der Gesellschaft erreichen. Es ist wesentlich, dass diese Arbeiten über die Städte hinausgehen. Das Ziel ist es, eine organisierte soziale Bewegung und eine Art übergreifende Stadtteilarbeitsorganisation zu entwickeln. Die Frage ist immer: Was bedeutet überregionale Organisation? Es gibt überregionale Plattformen, Bündnisse, Fronten, usw. Aber was bedeutet es für die Stadtteilarbeit, sich überregional zu organisieren? Für mich bedeutet es eine Art von Organisation, die nicht nur in einem Stadtteil arbeitet. Es gibt natürlich vieles, was am Anfang aufgrund von Kapazitäten problematisch ist. Bestimmte Sachen laufen nicht gut, aber die überregionale Organisation sollte deshalb nicht infrage stehen, sondern vorab als Grundverständnis bestehen. Wir denken, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, und wir möchten sie erreichen. Daher müssen wir die Kapazitäten schaffen und die überregionale Organisation intensivieren.

Tom (BFS): Ich möchte daran anknüpfen: Ich glaube, wir müssen uns immer wieder daran erinnern, dass wir Basisarbeit als Methode entwickeln wollen, aber nicht als Ziel an sich, sondern dass das Ziel eine gesamtgesellschaftliche Veränderung ist und wir Basisarbeit als einen notwendigen Weg dahin sehen. Wenn man sich dann die Frage stellt, wie gesamtgesellschaftliche Veränderung passieren kann, ist es ja eigentlich logisch, dass es nicht in einem Stadtteil für sich funktioniert.

Für unsere lokale Praxis ist es wichtig, dass die Organisierung anhand konkreter Themen wie zum Beispiel Mietkämpfen ein Hebel ist, um Leute überhaupt zu erreichen und in unsere Strukturen zu holen, aber nur als erster Schritt, und dass dann eine kontinuierliche Organisierung und politische Bildungsarbeit folgen müsste: Was hat zum Beispiel Miete mit Kapitalismus zu tun, warum können wir in Berg Fidel nicht den Kampf gegen die LEG Immobilien gewinnen, warum braucht es eine gemeinsame Bewegung? Ich glaube, dafür braucht es übergeordnete, überregionale Strukturen, die einem dabei helfen, so etwas wie Bildungsarbeit zu machen. Aber auch für die Nachbar:innen, die wir hier organisieren, ist es total wichtig zu merken, dass wir nicht die Einzigen sind, dass es an anderen Orten Leute gibt, die ebenso aktiv sind, dass es eine übergeordnete Idee oder ein größeres Ziel gibt.

Der erste Schritt ist, uns als Initiativkräfte zu vernetzen und uns diese Fragen zu stellen. Aber der Effekt, den es haben sollte, ist aus meiner Sicht, dass alle Beteiligten sich kennenlernen und als Teil einer Bewegung begreifen, nicht nur als Mieter:innen, die gegen ihre individuellen Probleme kämpfen. Das lässt sich nur überregional herstellen.

JANA (BFS): Ich wollte ganz ähnliche Dinge sagen wie Tom. Nimah hat vorhin von Diskursverbreitung gesprochen. Dabei geht es darum, den Ansatz von Basisorganisation auch in der Linken stark zu machen und mehr Gruppen zusammenzubringen, die Basisorganisation vorantreiben, um über unsere Gruppe hinaus eine organisierte soziale Bewegung anstoßen zu können – damit es mehr solcher Gruppen gibt. Wie Tom gerade gesagt hat, kann die überregionale Verbindung auch die Diskurse und die Haltung im Stadtteil verändern, dadurch, dass diese einen größeren Bezugspunkt bekommen und schneller die Frage aufwerfen, wo die verbindenden Elemente zwischen Kämpfen sind, weil wir alleine die Kämpfe gegen zum Beispiel die Immobilienkonzerne nicht gewinnen können usw. Das ist dann der erste Schritt, ein größeres Bild aufzumachen, größere Fragen zu stellen und anzugehen. So kann eine überregionale Organisierung auch innerhalb der Basisorganisation dazu beitragen, dass diese kein Selbstzweck bleibt, sondern dass wir auf eine größere Veränderung hinarbeiten. Auch darin würde ich eine Funktion dieser Organisierung sehen.

BALDO: Ich wollte nochmal nachfragen, wie sich Strukturen oder Beziehungen über die einzelne Gruppe hinaus entwickeln lassen. Ich glaube, ihr hattet beide in den Interviews gesagt – und das

deckt sich auch mit dem, was zum Beispiel HÄNDE WEG VOM WEDDING gesagt hat – dass es nicht funktioniert, die Sache übers Knie zu brechen, indem man einfach einen Dachverband gründet. Ist für euch aber der Schluss daraus zu sagen: Es geht überhaupt nicht, zu so etwas wie einer Konferenz einzuladen, weil das Format zu offen ist? Ist euer Weg gerade, sehr gezielt Gruppen anzusprechen, bei denen ihr schon wisst, dass ihr zusammenarbeiten könnt, um die Organisation aus einer konkreten Zusammenarbeit heraus wachsen zu lassen, von der schon bekannt ist, dass sie etwas bringt – im Gegensatz zu einem abstrakten Vorgehen, bei dem man sich einfach deshalb trifft, weil man es wichtig findet, eine Organisation zu haben? Ist das euer Schluss oder denkt ihr, man sollte vielleicht noch einmal über andere Wege nachdenken?

TOM (BFS): Ich habe keine Antwort, aber ich versuche, meine Gedanken zu teilen. Ich glaube, dass beides wichtig ist: So etwas wie ein Kongress könnte die Funktion erfüllen, Gruppen und die Erfahrungen aus der Praxis der letzten Jahren mal wieder zusammenzuführen. Es gab ja solche Versuche, wie damals mit dem »Selber-Machen-Kongress« oder dem »Kongress der Kommunen«¹, wo man immerhin mal zusammengekommen ist und wo wir gesehen haben, welche Gruppen ähnliche Sachen machen. Man konnte sich austauschen und Erfahrungsberichte teilen. Das ist in den letzten Jahren ein bisschen verlorengegangen; diese Orte gab es nicht mehr, obwohl sie eigentlich wichtig wären. Denn nach unserer Analyse besteht die Gefahr, dass die verschiedenen Ansätze sich vereinzeln. Jede Gruppe hat sich ins Lokale zurückgezogen, und man muss jetzt eigentlich wieder anfangen, das Ganze auf eine gesamtgesellschaftliche oder überregionale Ebene zu heben.

Aus unserer Erfahrung mit diesen Kongressen gelingt es kaum oder gar nicht, dadurch überregionale Organisationsprozesse oder Verbindungen zwischen Gruppen anzustoßen, aus denen auch eine konkrete Zusammenarbeit entsteht. Ich glaube, das kann ein Kongress nicht leisten, und deswegen braucht es daneben wohl einen Prozess, in dem man sich erst einmal kennenlernt und merkt, an welchen Stellen man zusammenarbeiten kann, sodass es auch tatsächlich etwas bringt und

1 Zum »Selber-Machen-Kongress« siehe S. 23, Anmerkung 5. Zum »Kongress der Kommunen«, einer Initiative zum überregionalen Zusammenschluss linker Basisgruppen, siehe <https://lowerclassmag.com/2018/04/23/kongress-der-kommunen/>.

man ein gemeinsames Ziel verfolgt. Ich würde nicht sagen, dass das ein Widerspruch ist, aber für einen Organisationsprozess braucht es aus unserer Sicht eher einen langsamen Prozess, der klein beginnt und dann wächst.

JOSEFINE (SIG): Ich kann mich da Tom anschließen. Ich glaube, man muss einfach überlegen, in was man Kapazitäten und Ressourcen stecken will, und für mich persönlich macht es gerade mehr Sinn, in einen engeren Prozess erst einmal mit Gruppen zu gehen, die wir schon ein paar Mal getroffen haben oder bei denen Einzelpersonen in Kontakt waren; oder zu versuchen, sich häufiger zu sehen und zu sprechen, statt alles aufzumachen und ein großes Treffen anzustreben. Gerade sehe ich eher die Notwendigkeit, an den kleinen Verbindungen, die es schon gibt, dranzubleiben und da Energie reinzustecken. Später daraus in größeren Treffen und Konferenzen etwas zu machen, wäre auch cool.

TABO LAMARCA (SIG): Ich denke, wir sollten schauen, wie wir etwas Überregionales als langfristigen Arbeitszusammenhang mit Verbindlichkeiten auf Grundlage eines gemeinsamen Nenners aufziehen können. Für die Frage, wieso die bisherigen Versuche gescheitert sind, ist es wichtig zu verstehen, welche Art der Organisation angestrebt wurde. War eigentlich klar, was genau erreicht werden soll? Ich denke, es ging in der jüngeren Vergangenheit häufig darum, etwas aus der Notwendigkeit der Situation heraus zu bilden, weil die Sorgen »es gibt einen Rechtsruck«, »die Faschisten sind wieder da, jetzt auch im Parlament«, »wir müssen schnell etwas entwickeln« sehr präsent waren (und sind). Aber dieses Pochen auf Dringlichkeit hat meiner Meinung nach nicht so viel gebracht.

NИМАH (SIG): Ein Kongress kann dazu beitragen, sich kennenzulernen und auszutauschen, und auch dazu, dass sich der Ansatz der Basisarbeit auf der Diskursebene innerhalb der Linken verbreitet. In diesem Sinne haben die beiden Kongresse den Diskurs jeweils zumindest ein bisschen bestärkt. Aber sie sind ihrem eigenen Anspruch nach gescheitert, weil sie damit gerechnet haben, dass so etwas wie »Wir sammeln uns zufällig, so viele Gruppen wie möglich, und hoffen, dass daraus eine Organisation entsteht« funktionieren kann. Viele von uns denken aber, dass es ein Prozess ist, der einen langen Atem braucht. Damit wir uns gemeinsam für so etwas organisieren können und um nicht enttäuscht zu werden müssen wir – auch in der Anfangsphase – viele Schritte zusammen gehen, um auf dem Weg etwas bauen zu können.

Um das zu konkretisieren: Die Gruppen, die sich bundesweit um Basisarbeit organisieren wollen, sollten schon gewisse Gemeinsamkeiten in ihrem Grundkonzept und in ihrer Praxis haben, um gemeinsam einen Aufbauprozess anfangen zu können. Erst dann können sie – vor dem Hintergrund gemeinsamer Ziele und gemeinsamer offener Fragen – zusammen einen Suchprozess entwickeln, um danach eine Übereinkunft zu finden, die diese gemeinsame Organisation ermöglicht. Dieser Suchprozess ist nicht bloß eine theoretische Diskussion, sondern es ist gleichzeitig auch ein Aufbauprozess, der durch die Praxis läuft. Das heißt, wir versuchen unsere Praxis zielführend zu ändern und so zu entwickeln, dass weitere Schritte zu einer bundesweiten Organisation möglich werden. In diesem Sinne sollten auch die ersten Schritte ganz bewusst so unternommen werden, dass die Voraussetzungen des Aufbaus eines gemeinsamen Prozesses erfüllt sind.

ANNA: Josefine hat vorhin gesagt, die Idee ist: Dadurch, dass man sich erst einmal in einem zweiseitigen Prozess annähert, arbeitet man auf das Ziel hin, sich später öffnen zu können. Was ich daran nicht ganz verstehe: Wenn sich zwei Gruppen annähern, inwiefern ändern sich dadurch die Voraussetzungen derart, dass es mit weiteren Gruppen nicht wieder den gleichen langsamen Prozess der Annäherung braucht? Meine zweite Frage ist, ob es denkbar wäre, den Prozess dahingehend zu beschleunigen, dass mehr als zwei oder drei Gruppen miteinander arbeiten können, indem man die Kooperation auf einer sehr dünnen Basis beginnt – wenn man sich beispielsweise zunächst nur zusammenschließt, um sich die Arbeit bei Übersetzung oder Ähnlichem zu teilen. Dann müsste man sich nicht gleich auf ganz viel einigen, könnte aber pragmatisch zusammenarbeiten und sich dabei dann kennenlernen und annähern.

JOSEFINE (SIG): Was wir gerade bei uns in der Gruppe merken: Wenn wir aufhören, wirklich darüber zu sprechen, was wir gerade machen und wo wir eigentlich hinwollen, zerfasert es ein bisschen. Alle machen das, was sie gerne machen, wir teilen ein paar Ressourcen, die wir uns schon aufgebaut haben, wie zum Beispiel die Übersetzungsgruppe, aber das Ganze verliert dabei an Stärke und an Richtung. Auch wir in der Gruppe sind noch nicht so weit, dass wir sagen, »da geht es am Ende hin«, und da kann es ganz hilfreich sein, mit einer anderen Gruppe in Austausch und Diskussion zu kommen, um einen gemeinsamen Weg zu zeichnen und darauf zu bleiben. Das braucht wirklich Arbeit und

Zeit, und das kann man nicht mit beliebig vielen Gruppen auf einmal machen, sondern man braucht ein Gegenüber, um ordentlich miteinander zu sprechen und zu merken, dass man sich versteht und nicht aneinander vorbeiredet. Das ist etwas Langfristiges und Langwieriges, und vielleicht sind wir am Ende irgendwann so weit, dass man einen Kongress oder Ähnliches macht, um andere Gruppen dazu einzuladen, den Weg, den man teilweise gegangen ist, mitzugehen. Aber ich weiß nicht, ob es eine Abkürzung mit einem Minimalkonsens geben kann.

Tom (BFS): Genau, ich würde sagen, auch da gibt es wieder zwei Ebenen. Die eine Ebene ist die von Austausch und Vernetzung, die, glaube ich, total wichtig ist und die man theoretisch auch mit mehr Gruppen angehen könnte, zum Beispiel in Form von Skillsharing und Erfahrungsaustausch. Aber unsere Erfahrung mit Vernetzung, ob jetzt in der Basisarbeit oder unter linken Gruppen, ist auch: Wenn es auf der Ebene bleibt, sich ab und zu zu treffen und auszutauschen, schläft es entweder relativ schnell wieder ein oder es gelingt nicht, den nächsten Schritt zu machen, der darin bestehen würde, sich tatsächlich auch zu organisieren, als gemeinsame Struktur zu verstehen und gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln. Deswegen ist es gerade wichtig, überhaupt die Diskussion zu führen, wie so eine überregionale Stadtteilbasisorganisation aussehen kann und wie man sie konkret füllen kann: Was ist das Ziel, was soll diese Organisation leisten? Wollen wir gemeinsame Positionen entwickeln, oder geht es nur darum – wie zum Beispiel bei einer Gewerkschaft – sich in konkreten Kämpfen zu unterstützen? Organisieren sich nur Basisinitiativen oder auch politische Gruppen? Unter diesem Label »überregional« sind viele Sachen diskutiert worden, aber es gab keinen konkreten Vorschlag, wie so eine Organisation aussehen kann. Und so eine Diskussion wäre eine zweite Ebene, die wir jetzt vielleicht mit SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN beginnen: Einen Vorschlag zu entwickeln, ein Modell, wie wir uns die Organisation vorstellen. Ich glaube, das ist im kleinen Rahmen erst einmal leichter zu diskutieren als bundesweit mit sehr heterogenen Gruppen. Die Hoffnung ist natürlich, dass es irgendwann einen Punkt geben wird, an dem man mehr wird, am besten auf einen Schlag, aber dafür fehlt gerade der konkrete Vorschlag.

■ Rolle der Initiativkräfte

BALDO: Wir würden vorschlagen, als Nächstes über die Rolle von Initiativkräften zu sprechen, und ich möchte eingangs nochmal kurz formulieren, worum es uns dabei geht. Generell ist uns aufgefallen, dass es bei der Basisarbeit in den Gruppen immer Initiativkräfte gibt, also Leute, die die Basisarbeit anfangen und sie häufig auch mit bestimmten Zielvorstellungen verbinden. Gleichzeitig gibt es Leute im Stadtteil, die sich auf diesen Anstoß hin selbst organisieren und Teil der Gruppe werden. Die Gruppen differenzieren sich dann in unterschiedliche Strukturen: Häufig gibt es so etwas wie eine Reflexionsgruppe wie in Bremen zum Beispiel, in der hauptsächlich Initiativkräfte sind, während es sich in der praktischen Arbeit stark vermischt. Wir haben uns gefragt, wie ihr die Zusammenarbeit wahrnehmt. Wird diese Differenzierung von den Leuten, die aus dem Stadtteil dazukommen, thematisiert? Habt ihr das Gefühl, dass dadurch hierarchische Strukturen entstehen, obwohl ihr das eigentlich nicht wollt? Oder habt ihr das Gefühl, dass es notwendigerweise so ist, dass unterschiedliche Leute, die mitarbeiten, auch unterschiedliche unmittelbare Ziele damit verbinden, und dass es nur darauf ankommt, die Entscheidungsstrukturen und die gemeinsame Arbeit so zu organisieren, dass alle bekommen, was ihnen daran wichtig ist? Um es runterzubrechen: Habt ihr das Gefühl, dass das ein grundsätzlicher Widerspruch in dieser Art von Arbeit ist – dass es sich um Selbstorganisation handeln soll, die aber von Initiativkräften ausgeht – oder ist es eher ein Sachverhalt, mit dem man nur einen guten Umgang finden muss, sodass er dann eigentlich kein Problem darstellt?

TOM (BFS): Ich würde auf die letzte Frage antworten, dass das Ziel von Basisarbeit generell ist, Leute dazu zu aktivieren, sich selbst zu Initiativkräften auszubilden, Stück für Stück mehr Verantwortung zu übernehmen, sich ein politisches Bewusstsein anzueignen und strategische Diskussionen mitzuführen. Im Moment fangen Leute, die in dem Mieter:innentreffen von BERG FIDEL SOLIDARISCH aktiv sind, an, solche Entwicklungsprozesse zu durchlaufen und in diesem Kreis selbst Verantwortung und eine Initiativkraftfunktion zu übernehmen. Ich würde nicht sagen, dass hierarchische Verhältnisse entstehen, aber es besteht die Gefahr, dass es separate Bereiche gibt, also die Mieter:innenorganisation auf der einen und die darüber hinausgehen-

de politische Organisierung im Strategietreffen auf der anderen Seite, in der dann größtenteils linke Aktivist:innen sitzen.

Die Schwierigkeit ist, wie wir es schaffen, diese Bereiche zu verbinden und in einem Feld wie der Mieter:innenorganisierung zu vermitteln, dass es uns um eine größere Idee, um eine gesamtgesellschaftliche Veränderung geht und dass wir eine soziale Bewegung aufbauen wollen. Erstmals organisieren wir die Leute ja, indem wir sagen: »Ihr habt ein Problem mit dem Vermieter, lasst uns gemeinsam dagegen kämpfen«. Der nächste Schritt muss sein zu vermitteln, dass sich das Problem nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung lösen lässt. Das ist unsere Aufgabe als Initiativkräfte. Deswegen würde ich sagen, man muss nicht nur einen richtigen Umgang mit dem Status Quo finden, sondern auch daran arbeiten, dieses Verhältnis immer wieder aufzulösen. Der Weg dahin wäre wahrscheinlich politische Bildung. Wir versuchen das im Kleinen zu machen, aber uns fehlen auch die konkreten Strukturen, um beispielsweise die Leute in die Strategiegruppe aufzunehmen und die Grundlagen zu vermitteln, die es dafür braucht. Ein instrumentelles Verhältnis entsteht glaube ich nicht, weil unser Prinzip ist: Wir entscheiden als Strategiegruppe nicht über Dinge, die den Mietbereich betreffen, sondern das wird in den Mieter:innentreffen entschieden. Das größere Problem ist, dass uns auch von Seiten der Nachbar:innen diese Rolle zugeschrieben wird und es oft unsere Aufgabe ist, zu sagen: Wir wollen das gemeinsam machen und ihr müsst es im besten Fall selber machen. Da sind wir eher selbstkritisch, als dass Kritik an uns herangetragen wird.

NIMAH (SIG): Die Rolle von Initiativkräfte ist ein sensibles Thema. Diese Diskussion hatten wir bei der Gründung von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN: Wie können wir die Fehler vermeiden, die in der Vergangenheit in diesem Bereich gemacht wurden und das negative Bild, das von dieser Praxis vorherrscht, prägen? Ich würde sagen: In einer widersprüchlichen Zeit kann man nicht widerspruchsfrei leben oder Politik machen. Um solche Projekte, die ein Gesamtkonzept entwickeln, durchzuführen, braucht es Leute, die das schultern und die Rolle von Organizer:innen oder Koordinator:innen übernehmen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Projekt schon in der Aufbauphase nicht weiter geht oder von den eigenen Zielen abweicht und keine Perspektive anbietet. Zum Beispiel hatten am Anfang einige von uns die Idee, dass es für diejenigen, die aus dem Stadtteil dazukommen, möglich sein muss, als neue

Initiativkräfte auf den Strategietreffen dabei zu sein. Wir haben sogar eine Weile lang versucht, das zu machen, aber dann haben wir gesehen, dass es nicht geht, weil es nicht nur den Prozess einschränkt, sondern für viele Personen auch nicht angenehm und eher abschreckend ist, in dieser Situation zu sein.

Grundsätzlich denken wir, dass die Gesellschaft heterogen ist, und wir nehmen uns als Linksradikale nicht als getrennt von der Gesellschaft wahr, sondern sind Teil der gesellschaftlichen Heterogenität. Aber uns ist bewusst, dass nicht alle Leute – sei es aus strukturellen oder aus zufälligen Gründen – im gleichen Maß politisch engagiert und gebildet sind. Das ist teilweise auch das Ziel der Stadtteilinitiative: Es geht nicht nur um die soziale Frage, sondern auch darum, eine Möglichkeit zu schaffen, dass die Unterdrückten sich politisch entwickeln können. Das braucht natürlich, wie Tom gesagt hat, Bildungsarbeit. Aber das bedeutet nicht, dass wir nicht auf Augenhöhe mit den Leuten sprechen können. Wir versuchen bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN, den Leuten eine Mitmachmöglichkeit anzubieten, bestimmte Angebote, bei denen sich die Leute mit dem Prozess vertraut machen können. So können sie unser Hauptkonzept besser verstehen und entscheiden, ob sie wieder rausgehen oder tiefer einsteigen möchten.

ANNA: Tom, du hast gesagt, dass die Kluft zwischen Initiativkräften und Nachbar:innen vor allem mit dem Politisierungsgrad zu tun hat und dass du dir vorstellen kannst, dass Bildungsarbeit da etwas bringen würde. Habt ihr das schon mal versucht, und welche Art von Veranstaltungen könnte das sein? Außerdem: Welche Erfahrungen habt ihr mit politischen Diskussionen gemacht, die über die konkrete Organisation gegen Mieten oder Ähnliches hinausgehen? Habt ihr schon versucht, über Kapitalismus etc. zu diskutieren, und wie reagieren Leute darauf?

TOM (BFS): Wie gesagt, damit haben wir noch nicht viele Erfahrungen gemacht, zumindest nicht in organisierter Form. Was sich bei uns an Diskussionen abspielt, findet meist in informellen Gesprächen statt oder wird auf Mieter:innentreffen kurz angerissen. Das geht auch oft bis zu dem Punkt, dass man sich darauf einigt, dass der Kapitalismus schlecht ist.

Was ich mit solchen Veranstaltungen meinte: Wir wollen Leuten, die Interesse zeigen, sich allgemein, also über ein konkretes Thema hinaus mit uns zu organisieren, die Möglichkeit bieten, bevor sie auf dem Stra-

tegietreffen sitzen und über gesamtgesellschaftliche Veränderungen reden, sich in Workshops oder Ähnlichem mit unseren Grundsätzen und Zielen und unserer Art der Diskussion vertraut zu machen. Konkret fangen wir gerade an, eine Veranstaltung zu unserem Verhältnis zu Parteien und Sozialarbeit zu planen, die wir auch für die Mieter:innen, die schon mit uns aktiv sind, nutzen wollen. Es ist für uns ein wichtiger Grundsatz, dass wir nicht mit Parteien oder sozialarbeiterischen Institutionen zusammenarbeiten, und uns ist klar geworden, dass aus Sicht der Nachbar:innen nicht so ganz ersichtlich ist, warum. Bei der Konzeption der Veranstaltung sind wir ganz am Anfang. Wir haben überlegt, Theaterelemente oder Filme mit aufzunehmen, also andere Formen zu finden als einen stumpfen Vortrag oder eine Diskussionsveranstaltung. Bisher haben wir es noch nicht wirklich geschafft, Leute in diese Strategiegruppe aufzunehmen, vielleicht weil uns solche Sachen fehlen.

JOSEFINE (SIG): Filmabende waren ein Teil unserer Bildungsangebote, die wir irgendwann nicht mehr gemacht haben, aber eine Zeit lang ziemlich regelmäßig: Wir haben politische Spielfilme gezeigt mit dem Angebot, danach noch zusammen zu diskutieren. Aus dem Stadtteil war es nicht so gut besucht, aber wenn man dann doch Leute trifft, bei denen man merkt, dass sie gerne reden wollen, dann ist es unsere Idee, sie in eines unserer Komitees einzubinden, wo eine weitere Politisierung stattfinden kann und wo man weiter über Themen spricht, beispielsweise Rassismus oder Miete oder Kapitalismus.

Wir wünschen uns immer einen einfachen oder allgemeingültigen Weg, wie Leute dann in die Strategiegruppe kommen oder Initiativkräfte werden, aber eigentlich habe ich gerade das Gefühl, dass wir auf jede Person einzeln zugeschnittene Wege finden müssen, um sie da abzuholen, wo sie ist. Wenn wir merken, dass Leute Interesse an den Hintergründen haben und viele Fragen stellen, dann haben wir in der letzten Zeit angefangen, transparent zu machen: Wo kommt SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN eigentlich her, wie hat sich die Gruppe gegründet, wie ist ihre Struktur und welche Bereiche gibt es? Damit Leute besser verstehen, wer wir sind und was wir wollen, und sich dann auch mit uns organisieren. Bei der Frage, was uns eine überregionale Organisation bringt, habe ich die ganze Zeit gedacht, dass Bildung dazugehört, denn wenn Gruppen einander ähnlich sind und sich ähnliche Fragen stellen und darauf ähnliche Antworten finden – beispielsweise, was Tom gerade genannt hat, das Verhältnis zu Parteien; das beschäftigt uns in

Gröpelingen auch -, dann wäre es cool, das gemeinsam anzugehen, also entweder das Veranstaltungskonzept und den Inhalt der Veranstaltung zu übernehmen, oder zu versuchen zusammenzukommen.

BALDO: Ich hätte zu dem Themenkomplex noch eine Nachfrage. In gewisser Weise ist das ja des Pudels Kern: Der Grund, weshalb wir den Stadtteilansatz überhaupt so spannend finden, ist, dass von euch und in den Strategietexten zur Basisorganisation der Anspruch artikuliert wird, aus der Blasenpolitik herauszukommen, die darin besteht, dass es eine linke Szene gibt, zu der zwar immer Einzelne hinzukommen, die aber in sich geschlossen bleibt, sodass man nicht besonders viel bewirkt. Und die Idee, sich langfristig im Stadtteil zu organisieren, und zwar nicht als Linke, die linke Politik machen, sondern gemeinsam mit den Leuten, die dort wohnen, beinhaltet die Hoffnung, diese Isolierung aufzubrechen. Und die Frage in unserer Diskussion bei *VOGLIAMO TUTTO*, die wir alle ja selbst keine Stadtteilpolitik machen, sondern das von außen beobachten, ist immer: Funktioniert das? Wenn ihr eure Erfahrung beschreibt, dann heißt es, »ja, irgendwas passiert da, irgendwas funktioniert da« – auch erstaunliche Sachen, mit denen wir vorher nicht gerechnet hätten. Und trotzdem bleibt die Frage: Woran bemisst sich eigentlich, dass da etwas funktioniert? Es geht ja nicht nur darum, dass man konkrete Kämpfe führt und in diesen Kämpfen Erfolge hat, sondern um dieses Allgemeinere, worüber ihr gerade gesprochen habt: dass dadurch ein Politisierungsprozess angestoßen wird. Habt ihr das Gefühl, es geht darüber hinaus, dass sich einzelne Leute in diesen konkreten Kämpfen engagieren? Ist es schon sichtbar in dem Sinne, dass ihr merkt, dass bestimmte Leute anfangen, sich anders zu verhalten zu dem, was im Stadtteil passiert? Tom hat vorhin den Anspruch formuliert, dass Leute selber zu Initiativkräften werden und dass das das Hauptziel ist. Habt ihr das Gefühl, dass das funktionieren kann, selbst wenn es nur Einzelne sind? Erreicht man Leute, die eine linksradikale Kampagnenpolitik nicht erreicht?

JOSEFINE: In der Zeit, als wir im Mietkomitee relativ aktiv waren und über eine längere Zeit mit denselben Leuten zu tun hatten, habe ich wahrgenommen, dass sich die Kultur in den Treffen verändert hat – dass Leute am Ende anders geredet haben, dass die Treffen produktiver wurden und dass man sich mehr zugehört hat; einfach in der Weise,

wie wir zusammenkommen, miteinander sprechen und Dinge planen. Was sich am Weltbild der Leute geändert hat, kann ich überhaupt nicht sagen. Es war bisher die einzige Gelegenheit, bei der wir lange genug mit Leuten in Kontakt waren und sie begleitet haben, um eine Veränderung bemerken zu können. Außerdem habe ich gerade nochmal gedacht, dass es wirklich wechselseitig ist. Wir sagen, dass wir auf eine Politisierung hinarbeiten, sodass sich Leute dafür interessieren, in welcher Gesellschaft wir leben, und dass sie sehen, dass man etwas verändern kann und das vielleicht auch Spaß macht. Aber auch wir Initiativkräfte, die aus dieser Szenenblase kommen, müssen vielleicht Dinge verlernen und andere Dinge neu lernen. Es ist ein gegenseitiger Prozess, eine Politisierung von beiden Seiten, und das ist vielleicht diese revolutionäre Kultur, nach der ihr auch gefragt habt: der Versuch, Brücken zu bauen, Verhaltensweisen und Verhaltensmuster abzulegen und uns dafür zu entscheiden, ein Stück von unserer Identität und dem, was wir gelernt haben, zurückzulassen, um uns anzunähern und neue Räume zu schaffen.

NIMAH (SIG): Das Projekt, das wir versuchen aufrechtzuerhalten und durchzusetzen, ist eine Stadtteilorganisation oder sozial-politische Organisation, in der sich links politisierte Leute, die aus dieser Isolation herauskommen wollen, verbinden, um in die Gesellschaft zu gehen und dort mitzuwirken. Aber gleichzeitig ist es auch eine Plattform, auf der Leute aus dem Stadtteil, die nicht links politisiert sind oder Erfahrung mit Organisierung haben, einsteigen und Erfahrungen machen können. Das Ziel ist, solche Leute aus dem Stadtteil perspektivisch zu Initiativkräften zu machen, aber realistisch gesehen, nach unserer Erfahrung, ist das momentan nicht so leicht und braucht eine lange starke Präsenz im Stadtteil. Was häufiger stattfindet, ist, dass Leute aus der Linken zum Projekt kommen. Die erste Seite der Plattform wird aktuell also mehr genutzt, und das ist auch gut, denn wir müssen diese Art von Politik erst einmal innerhalb der Linken bekannt und beliebt machen und die historische Notwendigkeit davon zeigen. Aber der zweite Aspekt, dass wir hoffen, dass Leute den Weg finden, sich zu Initiativkräften zu entwickeln, braucht vor allem viel Sichtbarkeit, viele kleine oder große Erfolge und Wirksamkeit im Stadtteil, damit die Leute das als einen angemessenen Weg zur Politik ansehen. Obwohl wir als Gruppe im Stadtteil Gröpelingen bekannt sind – das merkt man, wenn man drau-

ßen einen Infotisch macht oder Flyer verteilt –, ist unser Gesamtkonzept noch nicht bekannt.

TOM (BFS): Ich kann mich vielem nur anschließen, was von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN schon gesagt wurde. Wir merken auch, dass der Ansatz in der Linken Gehör findet und viele das sehr gut finden, was wir machen. Es gab noch keinen großen Zustrom aus der linken Szene zu uns, aber das haben wir auch nicht fokussiert, sondern eher geschaut, dass wir die Leute hier im Stadtteil erreichen. Da merken wir auch, dass es sehr lange dauert, was nicht heißt, dass es keine Erfolge gibt. Wir haben das ja auch im Interview schon umrissen: Wir haben ein Mieter:innenkomitee, das eine Kerngruppe von fünf, sechs Leuten hat, die über Haustürbefragung und ihr eigenes Problem mit der LEG dazugekommen sind und die sehr fest dabei sind und das Verständnis haben, dass wir weiterkämpfen müssen. Sie denken nicht nur über ihr eigenes individuelles Problem nach, sondern fangen an, sich mit darüber hinausgehenden Fragen zu beschäftigen: Wie werden wir mehr Leute im Stadtteil, warum sind wir so wenige auf den Treffen, was können wir machen, was können wir für Aktionen machen? Es bleibt noch auf das Mietthema begrenzt, auch bei uns ist das Gesamtkonzept also noch nicht vielen Leuten klar, aber das sind eigentlich ganz schöne Entwicklungen, finde ich. Wir haben auch zwischendurch Resümeegespräche mit den Leuten geführt, und da war klar, dass sie dabeibleiben und es ihnen nicht nur um diesen Kampf geht, sondern um den Raum, den wir uns schaffen, in dem sich Leute wohlfühlen und das Gefühl haben, dass sich etwas verändert – was sie über Jahre bei sozialarbeiterischen Institutionen oder Verbraucherzentrale etc. nicht hatten. Das war für uns ein total cooler Moment: zu merken, die Leute fühlen sich auch als Teil davon, auch wenn vielleicht nicht klar ist, worum es insgesamt geht; sie fühlen sich als Teil der Struktur, und dieses Banner »solidarisch« eignet sich ganz gut, um eine gemeinsame Klammer zu finden. Es ist, glaube ich, mittlerweile klar: Wenn man zu uns kommt, steht dieses »Solidarisch« im Vordergrund, es geht nicht nur um einen selbst, sondern um etwas Kollektives, und wir sind relativ bekannt im Stadtteil. Das sind Sachen, von denen ich sagen würde: Da merkt man auf jeden Fall eine Veränderung.

AUSWERTUNG DER INTERVIEWS | VOGLIAMO TUTTO

Im folgenden Text halten wir die Ergebnisse unserer Auswertung der Interviews mit den Stadtteilgruppen fest. Wir fragen, wie sich die ›Kopfgeburten‹ der Strategiedebatten vor dem Hintergrund der geschilderten Praxis darstellen, welche der Ziele sich bisher umsetzen ließen, auf welche Schwierigkeiten die Gruppen gestoßen sind und welcher weitere Reflexions- und Diskussionsbedarf sich dabei möglicherweise ergibt.

Natürlich entwickeln sich die Gruppen weiter und modifizieren ihre Praxis. Es handelt sich hier daher um die Auswertung einer Momentaufnahme. Allerdings ist die Charakterisierung bisheriger Praxisformen und Erfahrungen unserer Einschätzung nach davon unberührt.

■ Typen von Stadtteilgruppen

Alle fünf interviewten Initiativen haben sich für den Stadtteil als Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit entschieden, um mit einer antikapitalistischen und herrschaftskritischen Perspektive außerhalb der relativ geschlossenen linksradikalen Szene zu arbeiten. In Bezug auf ihre strategische Schwerpunktsetzung und die entsprechende Ausformung der Praxis haben sich für uns drei Ansätze herauskristallisiert, die wir versuchsweise mit folgenden Namen versehen haben: das Konzept der *solidarischen Selbstermächtigung*, das Konzept des *Aufbaus antikapitalistischer Gegenmacht* und das Konzept des *politischen Akteurs im Stadtteil*. Zum Einstieg skizzieren wir diese drei Konzepte, die sich dann entlang verschiedener Aspekte der Praxis weiter konkretisieren werden. Die Typisierung dient uns zunächst als Tool für die Auswertung der Interviews, aber sie hilft vielleicht auch, im Rahmen der Strategiedebatte die verschiedenen Ansätze besser diskutieren zu können.

■ Das Konzept der solidarischen Selbstermächtigung

Der Initiative WILHELMSBURG SOLIDARISCH geht es darum, der kapitalistischen Vergesellschaftung, die die Menschen zugleich abhängig macht

und vereinzelt, eine Organisation im Stadtteil entgegenzusetzen, in der Nachbar:innen gemeinsam und solidarisch ihre Alltagsprobleme bearbeiten, lösen oder abfedern können. Damit sich die Einzelnen nicht für sich und gegeneinander abstrampeln müssen, helfen sie sich wechselseitig beim Umgang mit Konflikten und Belastungen in Angelegenheiten der Lohnarbeit, beim Amt oder bei der Betroffenheit von Krankheit, von Rassismus oder von einer Zwangsäumung. Als ihr Ziel nennt WILHELMSBURG SOLIDARISCH »ein gutes Leben für alle« (S. 97). Die Gruppe sieht nicht die Möglichkeit, dies unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu erreichen und hält entsprechend revolutionäre Veränderungen für notwendig. Sie schätzt aber die aktuelle historische Situation so ein, dass eine revolutionäre Perspektive über Bewusstseinsbildung hinaus keine direkte Relevanz für die Ausrichtung ihrer Praxis haben kann. Was sie unmittelbar anstrebt, ist *Selbstermächtigung*, worunter sie das Erlernen und Erfahren einer Selbsttätigkeit versteht, die erst in einem solidarisch kooperierenden Kollektiv möglich wird. Es sind somit primär die individuell-subjektiven Voraussetzungen einer gesellschaftlichen Transformation, denen sich Gruppen dieses Typs widmen. Aus dieser Ausrichtung ergeben sich auch die dominierenden Praxisformen und der Standpunkt, den WILHELMSBURG SOLIDARISCH zur Frage einer überregionalen Organisation einnimmt.

Während auch WILHELMSBURG SOLIDARISCH an Türen klingelt, Plakate klebt, innerhalb von Bündnissen auf die Straße geht, Abendveranstaltungen zu politischen Themen anbietet etc., ist die Form der Praxis, die für diesen Ansatz am charakteristischsten ist, das gemeinsame Gespräch der Nachbar:innen bei einem wöchentlichen Termin, dem »Anlaufpunkt«, in dem Einzelne von ihren Problemen erzählen und die Gruppe nach Lösungsansätzen sucht, wobei sich gegebenenfalls Kleingruppen bilden, die eine weitere Unterstützungsarbeit durchführen. Diese kann unter anderem darin bestehen, dass jemand zum Amt begleitet wird, dass rechtliche Fragen recherchiert werden oder dass bei einer Zwangsäumung Proteste organisiert werden.

Eine überregionale Zusammenarbeit hat für WILHELMSBURG SOLIDARISCH die Funktion, die Arbeit innerhalb der Initiative zu verbessern und zu ihrem Wachsen beizutragen. Eine Vernetzung mit ähnlichen Solidarisch-Gruppen ermöglicht Erfahrungsaustausch und Skillsharing und macht die Gruppen über ihren Kiez hinaus bekannter, wodurch etwa Leute, die in eine andere Stadt ziehen, schon einen Bezug zur

dortigen Gruppe haben können. Entsprechend ihrer Skepsis gegenüber der Möglichkeit, aktuell politisch effektiv mehr anzustreben als eine gemeinsame Selbstbehauptung innerhalb feindseliger Verhältnisse, schreibt WILHELMSBURG SOLIDARISCH der überregionalen Kooperation aber keine die lokale Arbeit transzendierende Funktion zu. Sie strebt eine lockere Vernetzung, aber nicht den Aufbau fester überregionaler Strukturen an.

■ Das Konzept des Aufbaus antikapitalistischer Gegenmacht

Die Initiativen KIEZKOMMUNE WEDDING, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und BERG FIDEL SOLIDARISCH haben wohl das ihrem Ziel nach anspruchsvollste und in der Umsetzung schwierigste Konzept. Ihre Arbeit zielt darauf ab, gemeinsam mit den Nachbar:innen im Stadtteil Strukturen zu entwickeln, mit denen sie in der Lage sind, gemeinsam gegen die alltäglichen Zumutungen der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen. Ihr Ziel ist es außerdem, sich über den eigenen Stadtteil hinaus mit anderen zusammenzuschließen, um perspektivisch eine Gegenmacht gegen das kapitalistische Herrschaftsverhältnis aufzubauen, die potenziell einen revolutionären Charakter annehmen kann¹.

Die KIEZKOMMUNE unterscheidet sich von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und BERG FIDEL SOLIDARISCH darin, dass sie den Nachbar:innen bereits stärker eine feste Struktur anbietet. KIEZKOMMUNEN, die dem Konzept nach perspektivisch in allen Städten, Orten, Stadtteilen entstehen sollten², werden als mögliche Keimzellen einer zukünftigen Rätestruktur gedacht. Nach innen wie in ihrem Verhältnis zu anderen KIEZKOMMUNEN sind sie entsprechend dem Räteprinzip basisdemokratisch organisiert, haben eine bestimmte Arbeitsteilung und festgelegte Entscheidungsprozesse. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und BERG FIDEL SOLIDARISCH sind hierin offener gegenüber dem Verlauf des Prozesses, den sie anzustoßen versuchen. Zwar bieten auch sie bestimmte Strukturen an (wie verschiedene Komitees und eine Strategieguppe), doch diese fungieren eher als ein gegebenenfalls auch vorläufiges und experimentelles Tool, nicht so sehr als eine mehr oder weniger fertige Struktur, die von den Nachbar:innen »nur« noch übernommen werden muss.

Die bei diesem Ansatz dominanten Praxisformen haben mit dem Konzept der *solidarischen Selbstermächtigung* (WILHELMSBURG SOLIDARISCH) gemeinsam, dass sie an Alltagsproblemen ansetzen. Sie zielen

dabei stärker auf größere gemeinsame Aktionen ab, etwa wenn sie um die 100 Mieter:innen zusammenbringen, um gemeinsam gegen einen Immobilienkonzern vorzugehen. Besonders kennzeichnend für diesen Ansatz sind Türgespräche und Straßenstände in der Nachbarschaft, die das Ziel haben, durch individuelle Gespräche Kontakte herzustellen und herauszufinden, was die Themen sind, die die Leute umtreiben, und unter welchen Bedingungen sie für welchen Praxen ansprechbar sind. Auf den Ergebnissen solcher Umfragen beruht die Wahl der Tätigkeitsfelder und Aktionsformen. Hinzu kommen unter anderem kulturelle Veranstaltungen und Bildungsformate, wie zum Beispiel thematische Stadtpaziergänge oder Filmabende mit Diskussion.

Was dieses Konzept aber vor allem von dem der *solidarischen Selbstermächtigung* unterscheidet, ist der Maßstab für das Gelingen ihrer Praxis: Selbst ein erfolgreicher Kampf um die Verbesserung von Lebensbedingungen zählt für sie nur dann als Erfolg der Initiative, wenn er etwas zu ihren mittel- und langfristigen Zielen beiträgt, also letztlich zum Aufbau von Gegenmacht. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN die eigene Praxis in größeren Teilen umkrepelt, obwohl sie sich bei bestimmten Projekten als durchaus mobilisierungsfähig erwiesen hat, oder wenn die Initiativkräfte von BERG FIDEL SOLIDARISCH den Nachbar:innen zu verstehen geben, dass sie nicht bereit sind, sich für ein Projekt einzusetzen, wenn die Initiative dafür nicht von den Nachbar:innen ausgeht.

Überregionale Organisierung wird von diesen Gruppen als etwas gesehen, das nicht bloß idealerweise hinzukommt, sondern als ein – wenn auch noch nicht umgesetzter – integraler Bestandteil der eigenen Strategie, weil das Ziel der Entwicklung von revolutionärem Potenzial nicht von regional vereinzelt Gruppen erreicht werden kann. Der Hauptunterschied zu den Gruppen mit dem Konzept *solidarischer Selbstermächtigung* liegt unserer Wahrnehmung nach an einer positiven Beantwortung der Frage, ob die Ausrichtung der Praxis an dem Ziel des Aufbaus von Gegenmacht sich lohnt oder eher zum unnötigen Aufreiben der Beteiligten führt.

■ Das Konzept des politischen Akteurs im Stadtteil

Auch HÄNDE WEG VOM WEDDING hat den Anspruch, das linksradikale Szedasein zu überwinden, geht das aber auf eine etwas andere Weise an. Die Einschätzung der Organisation ist, dass sie ihre Zeit und Kraft auf er-

folgersprechendere Weise verwendet, wenn sie zunächst einmal nicht eine unspezifische Nachbarschaft, sondern den im weitesten Sinne bereits linken Teil des Stadtteils adressiert (vgl. S. 114f.). Ihr längerfristiges Ziel, das sie mit BERGFIDEL SOLIDARISCH, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und den KIEZKOMMUNEN teilt, nämlich Teil einer potenziell revolutionären Gegenmacht zu werden, verfolgt sie schwerpunktmäßig weniger durch den Versuch, eine Selbstorganisation der Nachbarschaft zu initiieren, als mit dem Versuch, eine Bewusstseinsänderung in der Stadtteilöffentlichkeit zu erreichen, indem sie dort virulente Themen und Missstände anspricht und Ansätze von Widerstand unterstützt.³ Dabei arbeitet HÄNDE WEG VOM WEDDING mit ihren »Vorfeldern« zusammen (vgl. S. 113): mit Leuten aus dem Stadtteil, die zwar nicht fest bei der Initiative selbst organisiert sind, aber deren Arbeit sie schätzen und die sie – teils punktuell, teils regelmäßig – unterstützen.

Der stärker auf Bewusstseinsänderung abzielenden Strategie entsprechend überwiegen Praxisformen wie lokale Kundgebungen, symbolische Blockaden bei Räumungen, Solidaritätsaktionen bei Streiks und politische Abendveranstaltungen.

HÄNDE WEG VOM WEDDING steht den anderen Initiativen, die auf eine *antikapitalistische Gegenmacht* hinarbeiten, auch insofern nahe, als langfristig eine überregionale Organisation als Voraussetzung dafür angesehen wird, tatsächlich revolutionäres Potenzial entfalten zu können. Allerdings stellt sich für die Gruppe der Aufbau einer solchen Organisation insofern als weniger dringlich dar, als sie diesen Prozess nicht so sehr als Bedingung des Gelingens der eigenen lokalen Arbeit sieht.

Aufgrund dieser Unterschiede zwischen den Ansätzen stellen sich bei der Auswertung der Interviews nicht für alle Gruppen dieselben Fragen. Daher wird es im Folgenden Abschnitte geben, die sich nur auf einen Teil von ihnen beziehen. So betrifft zum Beispiel der Abschnitt zur überregionalen Organisation WILHELMSBURG SOLIDARISCH nicht und für HÄNDE WEG VOM WEDDING ist die Frage nach der Einbindung der Nachbar:innen weniger relevant.

■ Rolle der Initiativkräfte

Wir haben in der Einleitung die Bedenken angesprochen, die in der strategischen Debatte bezüglich der Rolle von »Initiativkräften« geäußert wurden, also der Rolle derjenigen, die eine Basisinitiative gründen und auf Leute im Stadtteil zugehen: dass aus solch einem sozusagen missi-

onarischen Projekt nur ein verkorkstes und instrumentelles Verhältnis zwischen Initiativkräften und Nachbar:innen resultieren könne, in dem erstere sich anbieten und den radikaleren Schlag ihrer Gesellschaftskritik zu verstecken versuchen, und dass dieses Verhältnis aufgrund des Wissens- und Erfahrungsgefälles nur bevormundend ausfallen könne. Unter anderem auf dem Selber-Machen-Kongress (vgl. S. 23, Anm. 5) wurde das als Einwand gegen Basisarbeit vorgebracht. Vor dem Hintergrund der Interviews ergibt sich in Bezug auf diese Problematik folgendes Bild:

Laut WILHELMSBURG SOLIDARISCH (*solidarische Selbstermächtigung*) stellt sich das Problem für sie nicht. Leute, die neu hinzukommen, werden anfangs besonders betreut, damit sie sich möglichst schnell einfinden können, aber allen sind die verschiedenen Ebenen der Initiative (Anlaufpunkt, Bürotag, Reflexionstreffen, Konflikt-AG, Survival of the Sickest) sofort zugänglich. Dass die Vermeidung einer formellen Hierarchie bei diesem Konzept gut möglich ist, hängt vermutlich damit zusammen, dass es, anders als die anderen beiden Konzepte, gar nicht auf eine politische Bewusstseinsbildung ausgelegt ist. Ein voraussetzungsloses Einbinden aller Beteiligten auf allen Ebenen der Praxis ist weniger konfliktträchtig, wenn eine politische Bewusstseinsbildung nicht direkt angestrebt wird. Unterschiede in der Gesellschaftskritik sind weniger problematisch, wenn es primär darum geht, sich gemeinsam gegen die Verhältnisse zu behaupten.

Auch vor dem Hintergrund des Konzepts von HÄNDE WEG VOM WEDDING (*politischer Akteur im Stadtteil*) stellt sich die Problematik des Verhältnisses von Initiativkräften zum Stadtteil nicht in der antizipierten Weise, was daran liegt, dass diese Gruppe nur bedingt versucht, Nachbar:innen als Aktive direkt in die Initiative zu integrieren. Sie hält im Sinne einer Arbeitsteilung die Trennung zwischen Aktivist:innen und einem Vorfeld für sinnvoll: Das Vorfeld bietet Menschen, die wenig Zeit haben, eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich zu engagieren; gleichzeitig braucht es in ihren Augen Aktivist:innen, deren Lebenssituation es ihnen erlaubt, dauerhaft viel Zeit in die Initiative zu stecken und so auch die Vorfeldarbeit ermöglichen. Über die Ausrichtung der Vorfeldaktivitäten entscheidet HÄNDE WEG VOM WEDDING, während in die Entscheidungen über die Details der Durchführung auch diejenigen einbezogen sind, die nur im Vorfeld aktiv sind (vgl. S. 113). Wir finden es nicht leicht zu entscheiden, ob dieses Verhältnis lediglich als Arbeitsteilung zu fassen ist oder auch als Hierarchie, sicherlich ist es aber weder durch Anbiederung noch durch Bevormundung charakterisiert.

Bei BERG FIDEL SOLIDARISCH, SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN und der KIEZKOMMUNE WEDDING, also den Gruppen, die dem Konzept des *Aufbaus antikapitalistischer Gegenmacht* folgen, stellt sich die Sache etwas anders dar. Mit dem Ziel des Aufbaus einer politisch agierenden Gegenmacht sind sie darauf angewiesen, Leute nicht nur einzubinden, sondern auch eine gemeinsame antikapitalistische Haltung zu entwickeln. Sie gehen als Linksradikale auf eine kaum vorgefilterte Nachbarschaft zu (wenn man von der Wahl des Stadtteils absieht), und zwar mit Zielen, die die überwältigende Mehrheit der Angesprochenen nicht unmittelbar teilen.

Was ihr Auftreten angeht, versuchen die Gruppen bewusst, sich weder als Linke zu verstecken noch allzu szenemäßig zu erscheinen. In Sprache, Haltung und Einrichtung der Räume wird dem Anspruch nach möglichst darauf verzichtet, mit Codes und Jargon zu arbeiten, um keine überflüssigen Hemmschwellen zu schaffen. Was die Inhalte betrifft, sagen die Initiativkräfte von BERG FIDEL SOLIDARISCH, dass sie von Anfang an keinerlei Blatt vor den Mund genommen hätten, während beispielsweise die von SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN berichten, dass sie anfangs vorsichtig waren, um nicht direkt als zu radikal anzuecken, das aber zunehmend als nicht nur störend, sondern interessanterweise auch als überflüssig über Bord geworfen hätten: überflüssig, weil sie die Erfahrung des Aneckens in der befürchteten Weise gar nicht gemacht haben.

Dem Entstehen von Hierarchien wird zwar dadurch entgegengewirkt, dass alle Entscheidungen über die Arbeitsweise von den jeweiligen Untergruppen getroffen werden. Ein potenziell hierarchisches Verhältnis liegt aber in der funktionalen Gliederung der Gruppen in einerseits thematische und aktionsorientierte Arbeitsgruppen mit der Möglichkeit niedrighwelliger Beteiligung und andererseits eine Strategiegruppe, die den Stand der Organisierung reflektiert und Entscheidungen über deren längerfristige Ausrichtung, die Gründung von Komitees etc. trifft. Dabei werden Wissens- und Einstellungsunterschiede relevant, weil die Mitarbeit in einer Strategiegruppe, so SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN, ein gewisses Maß an inhaltlichem Verständnis der Gesellschaftskritik, der Ziele und Strategien der Initiative voraussetzt und Strategiegruppen daher nicht unmittelbar für alle offen sein können (vgl. S. 72).

Die Initiativkräfte von BERG FIDEL SOLIDARISCH, die recht energisch versuchen, ihre Rolle so klein wie möglich zu halten, berichten auch, dass es mitunter auch die Nachbar:innen sind, die ihnen immer wieder die Aufgabe zuschreiben, Entscheidungen zu übernehmen. Das

Entstehen und Abbauen von Hierarchien scheint nicht ausschließlich eine Frage des Umgangs mit Wissens- und Erfahrungshierarchien zu sein, sondern auch von einem Lernprozess abzuhängen, sich selbst überhaupt als zuständig zu betrachten.

BERG FIDEL SOLIDARISCH berichtet allerdings auch, dass einige der Nachbar:innen, die über Mietkämpfe dazugestoßen sind, inzwischen begonnen haben, einzelne Funktionen von Initiativkräften selbst zu übernehmen (vgl. S. 179).

Hinsichtlich der geäußerten Bedenken gegen Basisarbeit kann man unserem Eindruck nach Entwarnung geben, was das Sich-Verbiegen- und-Verleugnen der Initiativkräfte angeht; es scheint zwar momenthaft aufzutauchen, aber auch gut überwindbar zu sein. Eine weniger deutliche Antwort haben wir auf die Frage nach einem emanzipatorischen Umgang mit dem Faktum von Wissens- und Erfahrungshierarchien. Der Anspruch, dass sich die Initiativkräfte mit der Zeit selbst überflüssig machen (s. S. 13), indem sie tatsächlich eine potenziell revolutionäre *Selbstorganisation* der Nachbar:innen initiieren, ist sicherlich nur mittelfristig einlösbar. Doch klar ist auch, dass man diesem Problem der Wissens- und Erfahrungshierarchien nicht einfach aus dem Weg gehen kann. Auch eine sich konstituierende und von Kapitalismus und den ihn begleitenden Herrschaftsverhältnissen befreiende Gesellschaft müsste mit diesem Problem kämpfen. Dass es existiert und nur mit Arbeit und Offenheit überwunden werden kann, spricht nicht gegen den Versuch, sondern für ihn.

■ **Ansprechbarkeit der Nachbar:innen**

Unserer Vorstellung nach wäre die Ansprechbarkeit von Leuten eine erste große Hürde: Wir hätten vermutet, dass Leute, wenn man bei ihnen klingelt, entweder so sehr mit Arbeiten oder Entspannen beschäftigt sind, dass sie dankend die Tür zuschlagen, ohne eine Gelegenheit zu geben, das eigene Anliegen zu erläutern. Und wir hätten gedacht, dass die meisten Leute nicht gerade offen für ihre Umgebung durch ihren Stadtteil spazieren und überhaupt wahrnehmen, wenn sie am Stand einer Stadtteilinitiative vorbeikommen, sondern im Zweifel daran vorbeihetzen und tendenziell mit Misstrauen auf Versuche der Kontaktaufnahme reagieren.

Das alles stellt nicht in dem Ausmaß eine Hürde dar, wie wir es vermutet hätten. Alle Gruppen, die mit diesen Methoden der Kontaktauf-

nahme (Klingeln an der Haustür, Ansprechen auf der Straße) arbeiten, haben übereinstimmend berichtet, dass es – zumindest relativ zu den eigenen Kapazitäten – genug Leute gibt, die sich auf ein Interview an ihrer Wohnungstür einlassen oder sogar auf einen Kaffee hineinbitten, wenn man bei ihnen klingelt, und dass es genügend Leute gibt, die interessiert an einem Straßenstand stehen bleiben, diskutieren und über ihre Lebensbedingungen sprechen möchten. Dabei scheint der Erfolg der Versuche, mit den Nachbar:innen ins Gespräch zu kommen, auch von den gewählten Methoden, dem eigenen Auftreten und den angesprochenen Themen abhängig zu sein.

So werden, wenn es um den Erstkontakt geht, Veranstaltungsangebote wie Filmabende weniger gut angenommen als Aktionen, die auf das direkte Gespräch abzielen – wie die bereits erwähnten Türgespräche und Straßenstände mit Infomaterial sowie mit Aufrufen, die eigenen Erfahrungen im Stadtteil zu kommunizieren. Was die Themen angeht, ist es zunächst bemerkenswert, dass es eine gewisse Aufgeschlossenheit zu geben scheint, über die eigenen Alltagsprobleme zu sprechen. Das zeigt sich insbesondere bei den Interviews an der Haustür, die viele Gruppen zu Beginn ihrer Tätigkeit im Stadtteil geführt haben, um herauszufinden, welche Probleme die Nachbar:innen in ihrem Alltag im Stadtteil sehen, worüber sie Wut empfinden und welche Veränderungen sie sich wünschen. Auf diese Weise konnten die Gruppen nicht nur in Erfahrung bringen, welche Themen besonders dringend sind, sondern auch Nachbar:innen kennenlernen, um später wieder auf sie zugehen zu können. Wiederholt waren dabei die Wohn- und Mietverhältnisse ein Feld, auf dem sich die Wut der Leute besonders offen zeigte und auf dem leicht für gemeinsame Aktionen mobilisiert werden konnte.

Speziell in Zeiten der Pandemie ist darüber hinaus die Kiezzeitung für die Gruppen ein bewährtes Mittel. Sie kann relativ weiträumig verteilt werden, für Sichtbarkeit sorgen und zudem als Gesprächsaufhänger dienen. Außerdem können etwa durch Interviews, die in der Zeitung abgedruckt werden, die Probleme der Nachbar:innen sichtbar gemacht und anschließend gegebenenfalls in gemeinsamen Aktionen bearbeitet werden.

Festhalten lässt sich zur Frage der Ansprechbarkeit: Es gibt durchaus Leute, die mit ihren Lebensumständen unzufrieden sind, die darüber kommunizieren möchten und die das auch mit Linken tun.

■ Aktivitäten mit den Nachbar:innen und Tätigkeitsfelder

Wenn es darum geht, ob und inwiefern sich Nachbar:innen nicht nur ansprechen lassen und generelles Interesse zeigen, sondern an Aktivitäten teilnehmen und diese vorantreiben, fällt das Bild gemischter aus. Unter den durchgeführten, begonnenen oder anvisierten Aktivitäten der Gruppen – Kundgebungen, Mietenkämpfe, Arbeitskämpfe, feministische Kämpfe, Frauengruppen, Jugendarbeit, Besprechen individueller Probleme bspw. mit dem Jobcenter, Cafés zum Austausch oder Spielen, Bildungsveranstaltungen – sind es bisher die Mietkämpfe, die mit Abstand am erfolgreichsten waren, sowohl hinsichtlich der Menge an Leuten, die erreicht wurden und sich aktiv beteiligt haben, als auch hinsichtlich praktischer Erfolge.

■ Mietkämpfe

Die Initiative BERG FIDEL SOLIDARISCH konnte ihren Aufbau maßgeblich vorantreiben, indem sie Nachbar:innen für einen Kampf gegen den Immobilienkonzern LEG zusammenbrachte. Durch eine Kampagne konnte effektiv Druck auf den Konzern aufgebaut werden, der in der Folge seinen Reparaturservice verbessert und eine Sprechstunde für Mieter:innen eingerichtet hat. Da sich bei vielen Leuten im Viertel Wut auf den Konzern aufgestaut hatte, war es leicht, sie für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. In diesem Prozess entstand ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das auch über die unmittelbaren Aktionen hinaus anhält. Überdies kam es zu einer Solidarisierung mit streikenden Beschäftigten der LEG durch einige Mieter:innen. Ein anfängliches Gegeneinander konnte so überwunden werden. Auch bei SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gab es eine in Teilen erfolgreiche Kampagne gegen Vonovia, allerdings drängte der Konzern zu einer individualisierten Bearbeitung der Anliegen. Auch WILHELMSBURG SOLIDARISCH führte eine Kampagne gegen Vonovia und setzt sich ähnlich wie HÄNDE WEG VOM WEDDING immer wieder dafür ein, Zwangsräumungen zu verhindern.

Blickt man auf den relativen Erfolg der Berliner Mieter:innenbewegung, ist es wenig überraschend, dass die Mobilisierung rund um das Thema Mieten leicht gelingt: Es handelt sich um einen Bereich, der viele Menschen stark bewegt, weil die Mietsituation die Lebensbedingungen erschüttern und sich bis hin zur existenziellen Bedrohung entwickeln kann. Vielleicht hat es darüber hinaus auch ideologische Gründe, wenn Leute eher bereit sind, für ihre Wohnsituation zu kämpfen als beispiels-

weise für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Oft identifizieren sich Leute mit ihrem Arbeitsplatz; sie nehmen den Standpunkt des Unternehmens ein und relativieren ihre eigenen Ansprüche bezüglich Arbeitsbedingungen und Einkommens an dessen Erfolgsbedingungen. Wenn dagegen Vermieter:innen sich weigern, Wohnungsschäden zu beheben, kündigen oder gar zwangsräumen lassen, dann werten Mieter:innen das unmittelbar als Ungerechtigkeit, ohne ihre Ansprüche gegenüber den Profitbedürfnissen der Vermieter:innen zurückzustellen. Im Kontext der Praxis der Stadtteilarbeit ist aber vielleicht der wichtigste Aspekt, dass der Stadtteil in Bezug auf Wohnkämpfe Menschen mit gleichem Interesse versammelt, insbesondere dann, wenn in einem Stadtteil eine Vielzahl von Wohnungen demselben Immobilienkonzern gehören.

■ Arbeitskämpfe

Bei Arbeitskämpfen sieht die Situation etwas anders aus. Der Ort, an dem sich hier Betroffene mit gemeinsamem Interesse finden, ist zunächst einmal der Arbeitsplatz und nicht der Stadtteil. Vorstellbar sind ein Anstoßen und eine Unterstützung von Arbeitskämpfen durch die Stadtteilinitiative. Voraussetzung dafür ist eine Beteiligung nicht direkt Betroffener. Zudem muss das Verhältnis der Arbeit der Stadtteilinitiative zur Gewerkschaftsarbeit ausgelotet werden.

HÄNDE WEG VOM WEDDING begleitet Arbeitskämpfe von Pflegenden in der Charité und im Virchow-Klinikum mit Solidaritätsaktionen und pocht dabei auf den basisdemokratischen Charakter dieser Kämpfe, der teilweise eine Abgrenzung von den beteiligten Gewerkschaften erforderlich mache. Im Bereich der Sozialarbeit, wo es kaum gewerkschaftliche Organisation gibt, versucht die zuständige Kommission den Austausch über die Arbeitsbedingungen zu fördern. Laut Einschätzung der Gruppe handelt es sich um eine kleinteilige und langfristig angelegte Arbeit.

SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN hat sich mit Leiharbeit beschäftigt, die insbesondere im Logistikbereich viele Menschen im Stadtteil betrifft, hat Infotische und Kundgebungen organisiert sowie Interviews über Arbeitsbedingungen im Stadtteil geführt. Die Gruppe berichtet, dass eine umfassende Bearbeitung dieses Kampffeldes ihre Kapazitäten überstieg und es trotz einzelner Erfolge bisher nicht gelungen ist, über das Arbeitskomitee die Organisation nachhaltig voranzutreiben. Ins-

gesamt ergibt sich für uns das Bild, dass sich die Gruppen noch in einer Suchbewegung befinden, um eine sinnvolle Verzahnung von Arbeitskämpfen und Stadtteilorganisation erreichen zu können.

■ Unterstützung bei Behördenproblemen

Beratung und Unterstützung im Umgang mit Behörden scheint besonders für Gruppen mit dem Konzept der *solidarischen Selbstermächtigung* geeignet, weil es sich um individuell zu lösende Problemstellungen handelt. Sie können zur Kollektivierung und Aufhebung der Vereinzelung beitragen, indem die Probleme gemeinsam im Plenum besprochen werden und sich bei Bedarf eine Gruppe von Unterstützer:innen zusammenfindet.

Handelt es sich um ein Angebot für Leute, die (noch) nicht Teil der Initiative sind, kann die Unterstützung leicht den Charakter einer sozialarbeiterischen Tätigkeit annehmen und ihren politischen Charakter verlieren. Diese Erfahrung hat beispielsweise SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gemacht. Probleme mit dem Jobcenter werden oft als individuell und privat erlebt und so erscheint es den Betroffenen zunächst befremdlich, diese kollektiv anzugehen. Bei gemeinsamen kämpferischen Aktionen kommen die Widerstände der Behörden hinzu, die auf manche Betroffene abschreckend wirken. Für eine kollektive Bearbeitungsweise in dem Sinne, dass das Behördenwesen als solches mit seinen Inhalten und Gängelungen zum Gegenstand gemeinsamer Politik im Stadtteil gemacht wird, scheint in den Gruppen bisher zu wenig Stärke vorhanden zu sein, weshalb sich die Aktivitäten hier auf Symbolpolitik und vereinzelte Kundgebungen beschränken.

BERG FIDEL SOLIDARISCH grenzt sich – wie auch HÄNDE WEG VOM WEDDING – davon ab, eine sozialarbeiterische Rolle zu übernehmen. Die Gruppe nimmt nur Aktivitäten auf, die von den Betroffenen selbst getragen werden. SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN hat sich im Zuge einer Umstrukturierung entschieden, ein Beratungsangebot zu Themen wie Aufenthaltsrecht, Jobcenter, Arbeitsrecht und Miete einzurichten, um die unverbindlichen Angebote zu ersetzen, die zuvor als Anlaufpunkt für Nachbar:innen fungieren sollten (wie Filmabende oder ein Stadtteil-café).⁴ Die Beratung wird aber als Ausgangspunkt einer verbindlichen Organisation verstanden. Ihre Voraussetzung ist die Mitgliedschaft in der Stadtteilgewerkschaft, die an bestimmte Bedingungen wie Solidarität in kollektiven Kämpfen, Teilnahme an interner Kommunikation,

Zahlung eines kleinen Mitgliedsbeitrags etc. geknüpft ist. Ziel ist es nicht nur, Leute an die Organisation zu binden, sondern auch, ausgehend von den individuellen Themen und Problemen, mit denen sie die Beratung aufsuchen, kollektive Kämpfe und Aktionen zu entwickeln. – Da dieser Ansatz noch sehr neu ist, bleibt abzuwarten, ob so das Ziel erreicht werden kann, neben einer Verbesserung der individuellen Lebensbedingungen auch eine organisierte kollektive Kampfstruktur aufzubauen.

■ Weitere Tätigkeitsfelder

Weitere Themen, die von mehreren Gruppen bearbeitet werden, sind Antirassismus/Antifaschismus und Jugendarbeit. Im Bereich Antirassismus/Antifaschismus bieten die Gruppen teilweise Bildungsveranstaltungen an, treten Rassismus entgegen, wo er ihnen begegnet, erklären sich mit Betroffenen von Rassismus solidarisch und organisieren Kampagnen oder Kundgebungen, um Missstände im Stadtteil wie zum Beispiel Racial Profiling anzuprangern oder um Fällen rassistischer oder antisemitischer Gewalt zu gedenken. Dagegen wurden eigenständige antirassistische Kampfformen unseres Wissens bisher nicht entwickelt oder ausprobiert.

Bei dem Versuch, eine Jugend-AG zu etablieren, stellte sich SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN die alters- und herkunftsmäßige Zusammensetzung der Gruppe als Hürde dar. Das Vorhaben wurde aufgegeben, da die Initiativkräfte keinen guten Weg gefunden haben, mit den Jugendlichen in Gröpelingen in Kontakt zu treten.⁵ Hier, wie an vielen anderen Stellen der Praxis, gibt es eine ›Henne-Ei-Problematik‹: Die Organisation soll gesellschaftliche Spaltungen entlang ökonomischen, kulturellen und migrationsgeschichtlichen Hintergründen überwinden, gleichzeitig stehen genau diese Spaltungen einer gemeinsamen Organisation entgegen.

Einige Gruppen haben eigene Strukturen für feministische Arbeit eingerichtet. Bei BERG FIDEL SOLIDARISCH dienen diese Strukturen derzeit vor allem dazu, sich über Alltagsprobleme auszutauschen und sich gegenseitig zu empowern. HÄNDE WEG VOM WEDDING und die KIEZKOMMUNE WEDDING haben Kundgebungen anlässlich des Frauenstreiks und aus Protest gegen Femizide, die es im Wedding gegeben hat, organisiert.⁶ WILHELMSBURG SOLIDARISCH hat sich in Form von Diskussionsveranstaltungen mit dem Thema auseinander gesetzt.

Die Umgestaltung von Care- und Reproduktionsarbeit, die in der Strategiedebatte von der ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF als zentrales Kampffeld identifiziert wurde, wird bislang von keiner Gruppe systematisch angegangen. Zwar gibt es Küfa-Angebote («Küche für alle») oder Kinderbetreuung parallel zu anderen Veranstaltungen. Diese können allerdings nur eine punktuelle Entlastung bieten und haben in dieser vereinzelt Form nicht das Potenzial, eine umfassendere Kollektivierung von Sorgetätigkeiten herbeizuführen, die den Alltag in der Nachbarschaft spürbar verändern würde. Als eine mögliche Erklärung dafür wurde von den Gruppen angeführt, dass die Auffassung von Care-Arbeit als private und individuelle Angelegenheit so tief verankert ist, dass eine Kollektivierung aus Sicht der Einzelnen kaum als machbar oder überhaupt erstrebenswert erscheint. Die Einschätzung ist, dass dem ein langer Prozess vorausgehen muss, in dem es zunächst darum geht, Vertrauen aufzubauen und die individuellen Bedürfnisse zu ermitteln.

■ Politisierung und gesamtgesellschaftliche Perspektive

In Münster gibt es Nachbar:innen, die bei den von BERG FIDEL SOLIDARISCH angezettelten Mietkämpfen teilgenommen haben und nach deren Ende dabei geblieben sind, sich als Teil der Initiative sehen und diese aktiv mitgestalten. Genau so soll es nach dem Konzept des *Aufbaus antikapitalistischer Gegenmacht* laufen, aber bisher gibt es Prozesse dieser Art nur in kleinerem Umfang. Häufig ziehen sich Nachbar:innen wieder zurück, nachdem sie an einer bestimmten Aktion teilgenommen haben. Würde es dabei bleiben, dass eine dauerhafte Einbindung einer größeren Zahl von Nachbar:innen in die Initiative nicht gelingt, wäre der Ansatz gescheitert – selbst dann, wenn die Initiativen regelmäßig Kämpfe mit großer Beteiligung führen würden, und auch dann, wenn diese Kämpfe erfolgreich wären.

Interessenkämpfe haben für sich genommen keinen transformativen Charakter. Der Klassenkampf ist aus Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, gar nicht wegzudenken. Wenn es gut läuft, resultieren Kämpfe mit Arbeitgeber:innen oder Vermieter:innen in einer Verbesserung der Arbeits- oder Wohnbedingungen, was aber nichts daran ändert, dass diese Kämpfe die Spielregeln der kapitalistischen Produktionsweise nicht infrage stellen (weshalb auch erreichte Verbesserungen immer prekär sind und dem Klassenkampf von oben ausgesetzt bleiben). Genauso sieht es aus mit

den Ansätzen, den Alltag solidarischer und kollektiver zu gestalten. Aus diesen Gründen werden Interessenkämpfe oder Küfa- und Filmabende von den Initiativen auch nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Ausgangspunkt einer umfassenderen und dauerhaften Organisation. Vermittelt durch Erfahrungen von Handlungsfähigkeit und Solidarität, durch inhaltliche Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Bedingungen des Gelingens oder Scheiterns von Kämpfen und ihres Zusammenhangs untereinander soll die Organisation dem Konzept nach mittelfristig eine antikapitalistische Ausrichtung annehmen. Indem die verschiedenen Konflikte, die verhandelt werden, auf ihre gemeinsame Hervorbringung durch das kapitalistische System zurückgeführt werden, soll der Blick für die Möglichkeit geöffnet werden, sie durch eine Überwindung des Kapitalismus lösen zu können.

Davon sind die Initiativen zurzeit recht weit entfernt. Aktuell experimentieren sie mit verschiedenen Ansätzen, bessere Bedingungen für eine solche Politisierung herzustellen.

■ **Versuche zur Herstellung von Kontinuität**

Leute lassen sich, wie sich gezeigt hat, relativ leicht für einzelne Kämpfe mobilisieren, sehen aber oft nach Beendigung des Kampfes die Sache als erledigt an. Ein Ziel ist daher die Herstellung von Kontinuität, um Nachbar:innen dauerhaft in die jeweilige Initiative einzubinden. Insbesondere bei der KIEZKOMMUNE WEDDING ist der Kiezladen hierfür zentral. Er ist ein sozialer Treffpunkt – bei einem Straßenfest, Filmabend oder beim offenen Cafébetrieb. Mit Küfa, Nachhilfe, Bastelnachmittagen, Repair- oder Sprachcafés wird ein Angebot geschaffen, regelmäßige Aspekte der Reproduktionsarbeit und Alltagsorganisation mit anderen zu teilen. Wenn Interesse an einer politischen Mitarbeit besteht, gibt es Möglichkeiten der punktuellen und niedrigschwelligen Partizipation an der Organisation, etwa die Teilnahme am Malen von Transparenten. Für Leute, die Mitglied der KIEZKOMMUNE werden möchten, gibt es ein ›Buddy-System‹: feste Ansprechpartner:innen, die es erleichtern, sich einzufinden.

Für BERG FIDEL SOLIDARISCH spielen Angebote, die auf eine gemeinsame Alltagsgestaltung abzielen, als Weg zu einer dauerhaften Einbindung eine eher untergeordnete Rolle. Die Einbindung soll sich hier darüber ergeben, dass Leute über einen einzelnen Kampf oder eine einzelne Aktion hinaus die Ausrichtung der Aktivitäten der Initiative mitgestalten

wollen und sich so allmählich ein Verantwortungsgefühl entwickelt. Die Initiativkräfte versuchen, diesen Prozess zu unterstützen, indem sie immer wieder betonen, dass sie keine Dienstleister:innen sind und die Arbeit der Initiative nur bei einer aktiven Beteiligung aller möglich ist.

Anders als die KIEZKOMMUNE WEDDING, die berichtet, dass die offenen Angebote teilweise gut angenommen werden und zum Aufbau eines nachbarschaftlichen Netzwerks beitragen, hat SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN bisher wenig gute Erfahrungen mit Angeboten dieser Art gemacht. Das neue Konzept der Gruppe, Beratung, an der es ihrer Analyse nach einen existentiellen und hohen Bedarf gibt, nicht bloß als einseitiges Angebot zu gestalten, sondern als Grundlage für die Organisation solidarischer Kämpfe (s. S. 67–69), könnte sich auch als Antwort auf das Problem mangelnder Kontinuität herausstellen.

■ Bildung als Mittel zur Politisierung

Die Gruppen sind sich darin einig, dass sich eine umfassende Politisierung im Sinne der Herausbildung einer antikapitalistischen Haltung in der Organisation nicht von alleine ergibt, sondern dass dafür Bildungsarbeit vonnöten ist. Dabei setzen sie nicht auf ›klassische‹ linksradikale Bildungsformate, die einzelne Themen in oftmals akademischer Weise behandeln, sondern versuchen, einen Bezug zur Praxis und zu den Lebensbedingungen vor Ort herzustellen. Die KIEZKOMMUNE WEDDING hat eine Bildungskommission eingerichtet, die neben internen Schulungen zum Konzept der Kiezkommune für neue Mitglieder beispielsweise Filmabende und Stadtspaziergänge organisiert. Bei HÄNDE WEG VOM WEDDING sind die Kommissionen für ähnliche Bildungsformate zuständig, mit denen sie sich an die Vorfelder wenden. In beiden Fällen sollen die Bildungsangebote Kontinuität und Sichtbarkeit schaffen und Deutungsangebote für aktuelle Ereignisse und Zustände im Stadtteil bereitstellen.

Auch BERG FIDEL SOLIDARISCH und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN haben sich mit Filmabenden und Ähnlichem an die Nachbarschaft gewandt, um auf diese Weise das Interesse an den Initiativen zu wecken. Inzwischen sind sie allerdings dazu übergegangen, den Bedarf nach Bildung auch unmittelbar aus den Kämpfen abzuleiten, etwa wenn für eine Aktion bestimmte Fähigkeiten gebraucht werden oder es zu Meinungsverschiedenheiten kommt, die dann in einer Bildungsveranstaltung vertieft besprochen werden können. Zudem führen sie gezielt

Gespräche mit Personen, die sich bereits beteiligen beziehungsweise Interesse an einer kontinuierlichen Mitarbeit haben. Beide Gruppen äußern die Einschätzung, dass bei vielen Leuten aus Unzufriedenheit mit den Verhältnissen eine antikapitalistische Einstellung bereits in Ansätzen vorhanden ist und dass politische Bildung daher vor allem die Funktion hat, eine gesamtgesellschaftliche Alternative vorstellbar zu machen.

■ Politisierung durch Erfahrung und überregionale Organisierung

Noch ist offen, ob und wie es gelingen kann, an unterschiedlichen Orten dauerhaft größere Teile der Nachbarschaft einzubinden und zu einer geteilten kapitalismuskritischen Ausrichtung zu gelangen. Über die angeführten Versuche hinaus gibt es weitere Überlegungen zu der Frage, was einen solchen Prozess befördern könnte:

Insbesondere praktische Erfolge, die eine – auch selbst nur geringfügige – Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringen, führen nach der Erfahrung von BERG FIDEL SOLIDARISCH zu Euphorie, Solidarität und einem Gefühl von Handlungsfähigkeit, und das macht es wahrscheinlicher, dass Leute dabeibleiben und sich auch an Kämpfen beteiligen, von denen sie nicht direkt betroffen sind. Wenn Bildungs- und Diskussionsformate zur Folge hätten, dass mehr Aktive auch Aufgaben von Initiativkräften übernähmen und sich in die Strategiegruppen einbinden ließen, könnte der Kreis der Initiativkräfte heterogener werden, was zum Wachsen der Initiative beitragen und die Chancen auf erfolgreiche Kämpfe erhöhen würde. Und wenn es gelänge, dass sich die Initiativen überregional gemeinsam organisieren, könnten die einzelnen Basisgruppen Kämpfe an anderen Orten mitverfolgen und diskutieren, was bei einer Identifizierung mit diesen Kämpfen zumindest punktuell mit einem Erleben größerer Handlungsmacht einhergehen könnte. Eine wechselseitige Unterstützung der Initiativen würde außerdem die Bedingungen dafür verbessern, Kämpfe erfolgreich zu führen und auch nach außen hin sichtbarer zu werden. Damit würde es auch näherliegen, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive einzunehmen. Die Thematisierung und Konkretisierung der angestrebten gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus könnte diese Perspektive überzeugender machen (vgl. S. 48).

■ Überregionale Organisation

Fast allen Gruppen zufolge⁷ braucht es eine überregionale Organisation als dauerhaften integralen Bestandteil der Stadtteilarbeit, also nicht bloß als Ergänzung der lokalen Arbeit, sondern auch als eine Voraussetzung ihres Gelingens, und zwar auf praktischer wie auf symbolisch-politischer Ebene. Auf der praktischen Ebene kann es eine überregionale Zusammenarbeit ermöglichen, durch Arbeitsteilung und durch das Teilen von Erfahrungen und Expertise, gegebenenfalls auch durch direkte personelle Unterstützung von Aktionen, lokal eine größere Schlagkraft zu entwickeln; auf symbolisch-politischer Ebene ist die überregionale Organisation die Voraussetzung dafür, dass aus der Stadtteilbewegung eine gesellschaftliche Kraft entstehen kann, die als solche agiert und von außen wahrgenommen wird, öffentlich sichtbar und ansprechbar ist. Nach innen verbessert der überregionale Zusammenschluss die Bedingungen dafür, dass die lokalen Aktionen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive betrachtet werden. Das kann in Kombination mit gemeinsamen Reflexionen der Praxis, politisch-strategischen Diskussionen und gemeinsam organisierten Bildungsprogrammen dabei helfen, dass sich in der Bewegung eine geteilte kapitalismuskritische Ausrichtung durchsetzt.

Sieht man von den KIEZKOMMUNEN ab, deren Organisationsform bereits gemeinsame Treffen und die Koordination der KIEZKOMMUNEN untereinander einschließt, muss man sagen: Wirklich erfolgreiche Schritte hat es in diese Richtung bisher nicht gegeben. Erste Versuche, eine überregionale Organisation zu gründen, etwa beim »Kongress der Kommunen« (Vgl. S. 86, Fußnote 4.), sind gescheitert. Als Grund dafür wurde in den Interviews genannt, dass zu viel zeitlicher Druck aufgebaut wurde und der Versuch, einen Zusammenschluss bloß vor dem Hintergrund einiger strategischer Überlegungen und ohne einen vorhergehenden Annäherungsprozess herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt ist. Ungeachtet der Verbesserung auch der Bedingungen der lokalen Arbeit, die die Gruppen sich von einer überregionalen Organisation erhoffen, erfordert der Aufbau einer solchen Organisation einen hohen Aufwand an Zeit und personelle Kapazitäten, die von der lokalen Arbeit abgehen, ohne dass absehbar ist, ob, wann und in welchem Umfang sich dieser Aufwand auch für die Arbeit vor Ort lohnen wird.

Eine Zusammenarbeit ist auf verschiedene Arten und Weisen denkbar. Sie könnte lockerer oder intensiver ausfallen und auf unterschied-

lichen Ebenen angesiedelt sein. Denkbar wäre das Modell, Konzepte der technischen, politischen und theoretischen Zusammenarbeit zu erarbeiten, sich bei einem Kongress auf ein Gesamtkonzept zu einigen und dieses dann umzusetzen. Ein zweites Modell könnte so aussehen, dass man in ähnlicher Weise eine gemeinsame Organisation gründet, die Zusammenarbeit aber zunächst auf technische Aspekte wie Skill-sharing, Übersetzen und Bildungsarbeit beschränkt und sich für eine politisch-strategische Annäherung mehr Zeit lässt. Ein drittes Modell wäre, im Rahmen einer zunächst nur lockeren Zusammenarbeit gemeinsame politische, strategische und organisatorische Konzepte zu entwickeln und so in einen Annäherungsprozess zu gehen, an dessen Ende erst eine formelle gemeinsame Organisation stehen würde.

Letzteres ist der Weg, den BERG FIDEL SOLIDARISCH und SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN gehen, die bereits eine Zusammenarbeit begonnen haben. Das erste Modell halten sie für gescheitert. Erfolg verspricht ihrer Einschätzung nach nur ein Zusammenschluss, wenn er das Ergebnis von »Beziehungsarbeit« zwischen einzelnen Gruppen ist, die eine längere Kennenlernphase und das Experimentieren mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit einschließt. Auch dass die Gruppen sich inhaltlich und strategisch nahe sein müssen, halten sie für eine Voraussetzung.

Die Beschränkung des Prozesses zum Aufbau einer überregionalen Organisation auf Projekte mit einer sehr ähnlichen Ausrichtung ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen nachvollziehbar, wirft allerdings das Problem auf, dass nur noch schwer abzusehen ist, wie daraus ein größerer Prozess entstehen kann. Dafür wäre wohl eher ein großes Maß an Toleranz im Rahmen einer recht weit gesteckten gemeinsamen Zielsetzung erforderlich. Vergleichbar stellt sich bei den KIEZKOMMUNEN die Frage, wie eine überregionale Zusammenarbeit mit anderen Gruppen aussehen könnte, die nicht ihrem Konzept folgen. Auf lokaler Ebene findet die Zusammenarbeit mit HÄNDE WEG VOM WEDDING bereits statt, fällt aber eher punktuell aus; eine gemeinsame strategische Ausrichtung gibt es bislang nicht.

Angesichts der wichtigen Funktion einer überregionalen Organisation für Stadtteilarbeit mit revolutionärem Anspruch und angesichts der Schwierigkeiten, die in den bisherigen Erfahrungen der Gruppen zutage getreten sind, ist es, ähnlich wie bei der Frage nach der Politisierung und dauerhaften Einbindung, sicherlich besonders dringlich,

die Diskussion fortzuführen, um die entsprechenden Prozesse voranzubringen.

■ Weitere Perspektiven für die revolutionäre Stadtteilarbeit

Ob die Arbeit im Stadtteil tatsächlich die Bedingungen für eine gesamtgesellschaftliche Transformation verbessern kann, ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Der Aufbau von tragfähigen Arbeitszusammenhängen und sozialen Beziehungen braucht Zeit; Effekte wie eine Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen oder eine Bewusstseinsänderung stellen sich nicht über Nacht ein. Klar ist, dass dieser Ansatz ein revolutionäres Potenzial nur dann entwickeln kann, wenn er Verbreitung findet, das heißt wenn sich an vielen verschiedenen Orten Initiativen mit ähnlichen Konzepten bilden und der Wirkungskreis der bereits bestehenden Gruppen weiter zunimmt. Dafür ist es wichtig, die begonnene strategische Diskussion auf Grundlage der bereits gesammelten Erfahrungen fortzuführen.

Die Diskussion könnte auch um einige Fragestellungen erweitert werden. Bei unserer Arbeit an diesem Band haben wir uns zum Beispiel immer mal wieder gefragt, wie eigentlich das Verhältnis der Stadtteilgruppen zu anderen Organisationsformen und sozialen Bewegungen, beispielsweise dem linken Teil der Klimabewegung, aussehen könnte. Zumindest für die Perspektive eines Aufbaus von Gegenmacht scheint uns das eine wichtige Frage zu sein. HÄNDE WEG VOM WEDDING und die KIEZKOMMUNE WEDDING arbeiten bereits mit anderen lokal verankerten Initiativen zusammen – zum Beispiel mit Beratungsstellen, migrantischen Selbstorganisationen, Erwerbslosen- und Obdachloseninitiativen, Basisgewerkschaften und Mieter:innengewerkschaften. Die Stärkung eines solchen Netzwerks im Stadtteil oder in der Stadt, in dem die Stadtteilinitiativen als Knotenpunkte fungieren,⁸ hat den Vorteil, dass nicht alle Strukturen selbst aufgebaut werden müssen. Personen, die Beratung zu einem bestimmten Thema benötigen, können von der Stadtteilinitiative an andere Organisationen weitervermittelt werden; gleichzeitig kann die Stadtteilinitiative die Funktion übernehmen, eine Verbindung zwischen den einzelnen Problematiken herzustellen und aus den Tätigkeiten der anderen Initiativen Ansatzpunkte für gemeinsame Kämpfe zu ermitteln. Eine Zusammenarbeit mit dem NETZWERK CARE REVOLUTION, das an der Entwicklung neuer Modelle für eine tiefgreifende Umgestaltung von Reproduktionsarbeit arbeitet, könnte

möglicherweise auch als Inspiration für den Aufbau neuer Sorgebeziehungen im Stadtteil dienen.

In Bezug auf das Verhältnis zu sozialen Bewegungen und Bündnissen, die sich zu einzelnen Problemfeldern formiert haben, wie der Klimabewegung oder dem Frauenstreik, stellt sich die Frage, ob im Rahmen der Stadtteilbewegung auch eine »revolutionäre Realpolitik« versucht werden sollte. Das Kämpfen für politische Forderungen hat den Vorteil, dass sich auf diesem Weg eine Bewegung leichter zu einem gesellschaftlich wahrgenommenen Akteur formieren kann. Will man dabei nicht das Ziel der Überwindung des Kapitalismus aus dem Auge verlieren, müsste es sich um Forderungen handeln, deren Umsetzung im Hier und Jetzt nicht nur eine Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringen, sondern auch die Karten für einen Kampf um Transformation neu mischen würde. Wir denken zum Beispiel an die Mobilisierung zum Volksentscheid »Deutschen Wohnen und Co. Enteignen«, dessen Forderungen zwar einerseits an den Staat gerichtet sind, in dem andererseits aber gleichzeitig eine den Kapitalismus transzendierende Perspektive nahegelegt wird. Das Konzept könnte ausgeweitet werden, etwa um Forderungen nach grundlegender Umgestaltung städtischer Infrastruktur in Verkehr, Lebensmittelversorgung usw. Will man nicht kleckern, könnte man zusammen mit Krankenhauspersonal beginnen, für eine Vergesellschaftung des Gesundheitssektors zu kämpfen. – Das sind zurzeit natürlich nur Fantasien, die aber helfen können, die Frage zu diskutieren, ob für Stadtteilinitiativen oder deren mögliche überregionale Organisation über die Alltagskämpfe hinaus auch das Stellen politischer Forderungen ein sinnvolles Moment der Strategie sein kann.

■ Anmerkungen

- 1 Wir wählen hier bewusst eine vorsichtige Formulierung. Was genau die Vorstellung beinhaltet, dass die Stadtteilarbeit einen revolutionären Charakter bekommt, wird von den Gruppen und auch innerhalb der Gruppen sicherlich unterschiedlich beantwortet. Sie muss nicht mit der Erwartung verbunden sein, dass aus der Stadtteilarbeit heraus eine Revolution angestoßen wird, stattdessen kann es auch darum gehen, gewissermaßen vorbereitend Strukturen für eine revolutionäre Situation aufzubauen, für die der Impuls aber an anderer Stelle gegeben wird.
- 2 Bisher haben sich sechs Kiezkommunen gegründet: in Berlin die KIEZKOMMUNE WEDDING, die KIEZKOMMUNE KREUZBERG, die JUGENDKOMMUNE KREUZBERG, die KIEZKOMMUNE FRIEDRICHSHAIN sowie die KIEZKOMMUNE NEUKÖLLN; in Magdeburg die KIEZKOMMUNE STADTFELD: <https://kiezkommune.noblogs.org>.

- 3 Diese Abgrenzung ist eher idealtypisch zu verstehen. Je nach Thematik und Art der Aktion wendet sich auch HÄNDE WEG VOM WEDDING an eine breitere Nachbarschaft. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne gegen den Wohnungskonzern Covivio, zu der möglichst viele Betroffene mobilisiert werden sollten. Dennoch besteht in der *Schwerpunktsetzung* ein Unterschied zu den Initiativen, die sich um den Aufbau antikapitalistischer Gegenmacht bemühen: Das Ziel, als Akteur:innen mit klarem politischen Standpunkt im Stadtteil wahrgenommen zu werden, überwiegt bei HÄNDE WEG VOM WEDDING zunächst gegenüber dem Anspruch, möglichst weite Teile der Nachbarschaft ansprechen und einbinden zu können. So gehen die Tätigkeiten von HÄNDE WEG VOM WEDDING von den Kernaktiven in der Organisation aus, während die Initiativen zum *Aufbau von Gegenmacht* anstreben, dass es die Nachbar:innen sind, die primär die Projekte tragen. HÄNDE WEG VOM WEDDING sieht sich auch nicht als eine Organisation, deren Ziele ihre eigene Abschaffung und Ersetzung durch eine Selbstorganisation der Nachbarschaft einschließen.
- 4 Die folgenden Ausführungen zum Beratungsangebot sind Konkretisierungen, die im Interview mit SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN noch nicht in dieser Form formuliert waren.
- 5 Bei BERG FIDEL SOLIDARISCH befindet sich die Jugendorganisation noch in Planung. Kürzlich hat sich mit der JUGENDKOMMUNE KREUZBERG eine neue Kiezkommune gegründet, über die wir bislang allerdings nicht viel in Erfahrung bringen konnten und auf deren Entwicklung wir gespannt sind.
- 6 Die KIEZKOMMUNE WEDDING ist im NETZWERK GEGEN FEMIZIDE organisiert: https://wirwollenunslebend.wixsite.com/netzwerkgnfeminizid/about_us
- 7 Für WILHELMSBURG SOLIDARISCH sieht das anders aus – vgl. S. 108.
- 8 In dem 2018 veröffentlichten Artikel »Perspektiven gewinnen! Organisierte Nachbarschaften und Föderationen Hand in Hand« der FAU DRESDEN wird ein Modell vorgeschlagen, nach dem sich Nachbarschaften in Versammlungen und Räten organisieren und zusätzlich zum Aufbau eigener Strukturen für die verschiedenen Bereiche des alltäglichen Lebens mit anderen, teils überregionalen Organisationen zusammenarbeiten, etwa mit dem MIETSHÄUSER SYNDIKAT und mit Basisgewerkschaften. Über die gegenseitige Unterstützung in konkreten Kämpfen hinaus hätte dies den Vorteil, dass die überregionalen Netzwerke solcher Organisationen genutzt werden könnten, um mit anderen Nachbarschaftsinitiativen in Kontakt zu treten und sich auszutauschen oder gemeinsam zu organisieren. <https://direkteaktion.org/perspektiven-gewinnen-organisierte-nachbarschaften-und-foederationen-hand-in-hand/>.